

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

(Nr. 4 der Schriftenreihe: **Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution**, hrsg. von Prof. Dr. Otto Becker)

===== Heft 247 =====

---

---

## Die Feudalität in Frankreich vor und in der großen Revolution

Von

**Dr. Martin Göhring**

=====

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

# Historische Studien

Die Geschichte der deutschen Literatur im Mittelalter  
von Dr. H. F. Schlegel  
Zweite Auflage  
Berlin, 1840

Verlag von G. Reimer  
Preis 1 Thlr. 10 Sgr.

## Die Feudalität

in Frankreich vor und

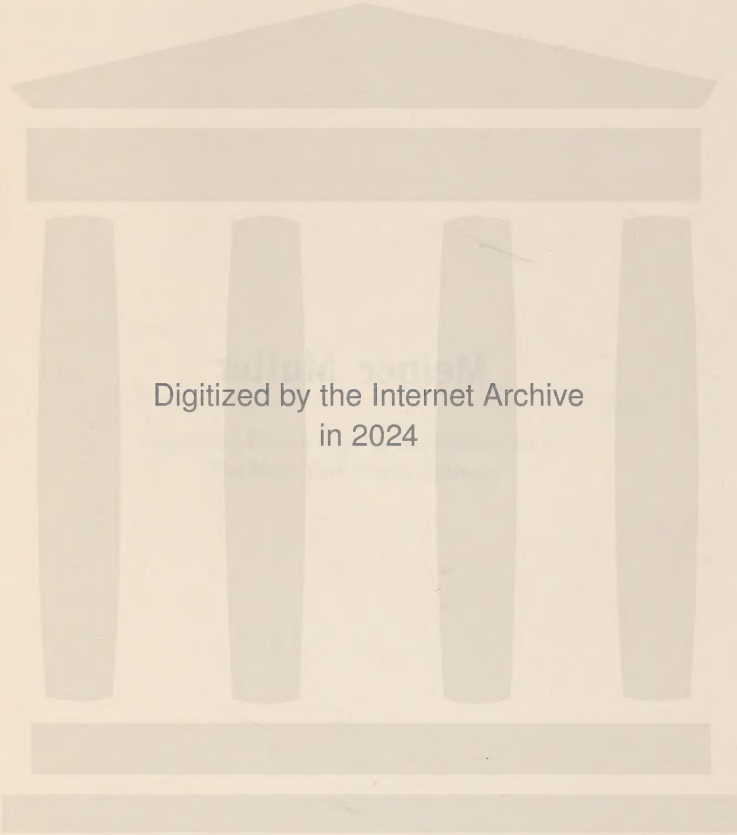
in der ersten Revolution

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Dr. H. F. Schlegel

Verlag von G. Reimer  
Berlin 1840

## Meiner Mutter



Digitized by the Internet Archive  
in 2024



## Inhalt.

	Seite
Einleitung . . . . .	5
1. Überblick über das feudale Grundregime . . . . .	9
2. Der feudale Apparat . . . . .	39
3. Zur Definition des Regimes . . . . .	57
4. Die Bedeutung der Physiokraten in agrarpolitischer Beziehung .	75
5. Die feudale Reaktion . . . . .	111
7. Die cahiers und die Bauern . . . . .	118
8. Der 4. August 1789 . . . . .	137
9. Die Aufstände in den Provinzen bis zum Frühjahr 1790 . .	157
10. Stellung der Constituante bis zum Frühjahr 1790 . . . .	178
11. Das Verfahren der Ablösung . . . . .	200
12. Die Feudalrechte und die Frage der Feudalität vom Frühjahr 1790 bis 1791 . . . . .	217
13. Die Kritik an der Constituante . . . . .	246
14. Der König . . . . .	257
15. Die Feudalität unter der Legislative . . . . .	266
16. Die letzte Konsequenz aus dem 4. August durch den Convent .	290
<hr/>	
17. Anhang . . . . .	300
18. Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	310

## Einleitung.

Vorliegende Arbeit macht es sich zur Aufgabe, unter Heranziehung unveröffentlichter Akten der Archives nationales in Paris die Bedeutung der Feudalität kurz vor der Revolution und während der Revolution sowohl in agrarpolitischer als auch rein politischer Beziehung zu untersuchen. Obwohl es sich hier um eine der wichtigsten Fragen des ausgehenden ancien régime und der Revolution handelt, ist sie von der Forschung sehr lange vernachlässigt worden. Ältere Darstellungen wie die von Thiers, Michelet, E. Quinet, Louis Blanc haben sie kaum gewürdigt. Tocquevilles geniales Werk wirft freilich auch auf diese Frage einige Schlaglichter, aber nur für die Entstehung, nicht für den Verlauf der Revolution. Taine behandelt sie sehr kurz und mit einer überraschenden Verkennung der Tatsachen. Er geht — wie auch H. v. Sybel — von der falschen Annahme aus, daß der 4. August 1789 völlig mit der Feudalität aufgeräumt habe. Am gerechtesten ist dieser Frage Ph. Sagnac in seiner Untersuchung „La législation civile de la Révolution française“ geworden. Er behandelt sie summarisch in einer Gesamtbetrachtung der Zivilgesetzgebung der französischen Revolution. Eine Spezialbearbeitung hat die Frage zum erstenmal in Doniols Buch „*La Révolution française et la féodalité*“ erfahren. Doniol, der auch auf die Agrarverhältnisse anderer Länder eingeht, kommt aber auch über allgemeine Betrachtungen nicht hinaus, da sein Quellenmaterial nicht reichhaltig ist. Die von Doniol ent-

worfene Skizze hat Aulard in seinem Buch „La Révolution française et le régime féodal“ zu vervollständigen versucht. Doch zeigen gewisse Partien dieses Büchleins, besonders die Kapitel über das ancien régime, eine so allgemein gehaltene Darstellungsweise, wie man sie sonst bei Aulard nicht gewöhnt ist. Manche seiner Ansichten, wie z. B. die über die feudale Reaktion sind geradezu haltlos und entbehren einer stichhaltigen quellenmäßigen Begründung. Auch ist die politische und soziale Bedeutung der feudalen Frage nicht hinreichend gewürdigt. Vollständig übersehen hat Aulard die Auswirkung der Physiokratie auf die Frage der Feudalität vor und während der Revolution. Die von Loutchisky übernommenen Zahlen über die Verteilung des Grundbesitzes führen ihn zu falschen Schlußfolgerungen. Der Umstand, daß Loutchiskys Resultate eine vielseitige und oft vernichtende Kritik erfahren haben, hindert ihn nicht, ihm weitgehend zu folgen. Aus der Literatur über die reinen Agrarfragen Frankreichs im 18. Jahrhundert sind die Untersuchungen von F. Wolters hervorzuheben; sie gehören zum Besten, was in dieser Richtung geschrieben worden ist.

Vorliegende Arbeit sieht, im Unterschied zu den zitierten Abhandlungen, das Problem vor allem unter der Fragestellung: Welche Bedeutung hat die Feudalität für die Revolution gehabt?

Die am weitesten verbreitete Ansicht, der auch Aulard beipflichtet, ist die, daß die Feudalität in Frankreich sich bereits vor der Revolution keineswegs mehr drückend für die ländliche Bevölkerung ausgewirkt habe; sie habe im Grunde mehr dem Namen als der Realität nach bestanden. Wenn diese These zutrifft, dann bleibt für die jahrelangen Kämpfe und Aufstände der Bauern während der Revolution nur die Erklärung, die schon Taine gegeben hat, daß nämlich jede Revolution unvermeidlich die Anarchie nach sich ziehe, und daß die Aufstände der Bauern lediglich der sinnlose Kampf wilder Leidenschaften gewesen seien. Wie weit handelt es sich bei dieser Ansicht um die Vereinfachung eines komplizierten Problems? Eine kritische Prüfung jener Ansicht hat sich vorliegende Arbeit mit zur Aufgabe gestellt.



Die eingehende Untersuchung der rein juristischen Seite dieses Fragenkomplexes rechnet der Verfasser nicht zu seiner eigentlichen Aufgabe, zumal bereits die beiden wichtigen Arbeiten vorliegen von Beudant: *La transformation juridique de la propriété foncière*, und von Chénon: *Le démembrement de la propriété foncière*.

Die termingebundene Drucklegung erfolgte während meiner Tätigkeit im Auslande, weshalb ich bitte, den Umfang der folgenden Berichtigung mit Nachsicht beurteilen zu wollen.

Paris im März 1934.

---

### Berichtigung.

S. 20 Z. 5 *lies*: es auch *statt* es nicht auch / S. 23 Z. 25: er *statt* es / S. 27 Z. 15: 18 *statt* 16 / S. 29 Z. 5: besonders weil *statt* besonders wenn man bedenkt, daß / S. 29 Z. 21: wurden / S. 45 Z. 21: Ressort / S. 50 *Anm.* 34: 1667, 1692 / S. 57 Z. 21: vermehrten / S. 60 Z. 21: sagte / S. 61 Z. 10: ihnen ihr *statt* ihm sein / S. 62 Z. 1: Dauphiné / S. 62 Z. 3: die industrielle / S. 62 Z. 17: Diözese *statt* Diozöse / S. 63 *Anm.* 21: Notes / S. 65 Z. 20: ihnen *statt* ihn / S. 71 *Anm.* Z. 3: Verfügungen *statt* Beschlüssen / S. 76 Z. 14: diese *statt* man / S. 88 Z. 8: Modus der Teilung unter *statt* Teilungsmodus unter / S. 97 Z. 28: und in den / S. 100 Z. 16: ließen / S. 102 Z. 27: wurde *statt* worden ist / S. 103 Z. 30: Anschein nach / S. 105 Z. 14: *affranchissements* / S. 113 Z. 12: aufhängten / S. 119 Z. 1: einsetzenden Racheakten / S. 126 Z. 23: nicht klar *statt* nicht bewußt / S. 132 Z. 8: war.<sup>41</sup> / S. 147 Z. 15: letztlich / S. 147 Z. 23: nicht viele *statt* garnicht auf viel / S. 150 Z. 23: Wird man glauben? / S. 150 Z. 25: wie derlei *statt* wie es / S. 159 Z. 22: sollte / S. 166 Z. 25: Anfang / S. 170 Z. 1: sie um *statt* um / S. 171 Z. 9: Anfang / S. 171 Z. 23: und kann *statt* noch kann / S. 176 Z. 1: war ihm die Voraussetzung dafür *statt* war ihm das / S. 181 Z. 21: zusammenhängen / S. 185 Z. 4: *foi et hommage* / S. 186 Z. 2: *mainmortables* / S. 190 Z. 24: sollte / S. 196 Z. 2: Savoyens *statt* das Savoyen'sche / S. 204 Z. 9: Zinsländern / S. 206 Z. 12: lag / S. 226 Z. 32: hassenswerter *statt* verhaßter / S. 233 Z. 23: sollten / S. 251 Z. 20: das *statt* da / S. 252 Z. 18: waren *statt* vertreten waren / S. 268 Z. 10: geworden seien; *statt* wurden; / S. 269 Z. 9: die Tendenzen standen / S. 272 Z. 23: verdanke / S. 275 Z. 4: bereit / S. 286 Z. 16: Vasallen / S. 299 Z. 2: mußte

## Erstes Kapitel.

### Ueberblick über das feudale Grundregime.

Ein hervorragender französischer Forscher hat die Ansicht formuliert, daß die Feudisten (Lehensrechtskundige) und Juristen, die daran gegangen seien, den juristischen Charakter des französischen Grundregimes im *ancien régime* zu definieren, stets damit geendigt hätten, sich in dem Chaos der vielen Arten von Besitzverhältnissen und dem Wüste juristischer Regeln zu verirren.<sup>1</sup> Das ist vollkommen richtig. Tatsächlich haben sich die Feudisten in sehr vielen Punkten widersprochen, je nach der Einstellung des einzelnen zum Charakter des Grundregimes, oder genauer gesagt, zur Feudalität.

Nach den zahlreichen vorausgegangenen Untersuchungen über dieses Gebiet braucht nicht besonders bewiesen zu werden, daß gegen Ende des *ancien régime* der weitaus größte Teil des französischen Grund und Bodens — in der Revolution ist mehrere Male von  $\frac{19}{20}$  die Rede — der Feudalität Tribut bezahlte. Die Höhe und die Art dieses Tributs konnte allerdings sehr verschieden sein; auch barg die Feudalität, die sozusagen alles überwucherte, unter ihrer Decke die verschiedensten Besitzarten.

Innerhalb des Systems der Besitzarten lagen die zwei großen bekannten Arten von Grundbesitz: die *terre hommagée* und die *roture*. In erstere Kategorie fiel der privilegierte Grundbesitz, also auch die Lehen,<sup>2</sup> in letztere der nichtprivilegierte Besitz. Zwischen beiden herrschte, mit einigen Ausnahmen, ein Ab-

---

1. Sagnac, *La propr. foncière*, in *L'Oeuvre sociale de la Révol. franç.*, hrsg. von Faguet.

2. Zum privilegierten Grundbesitz gehörten in erster Linie die adeligen Güter; aber nicht jedes adelige Gut war ein Lehen im gewöhnlichen Sinne, s. a. u. S. 70.



hängigkeitsverhältnis, das durch den jeweiligen Grundvertrag bestimmt war. Innerhalb der Grundverträge kann man wieder zwei größere Klassen aufstellen. In die eine Klasse kann man die Arten von tenure (Grundhaltung) rechnen, die das übertragbare Eigentumsrecht für den roturier im Gefolge hatten. Hierher gehörten in erster Linie die censives, die emphytéoses, in gewisser Beziehung auch die mainmorte réelle und personnelle, der bordelage, der complant von Rochelle und der bail à locataire perpétuelle in der Provence.

In die andere Klasse gehören die Verträge, die kein übertragbares Eigentumsrecht, sondern nur Nutznießung gewährten. Ihre Hauptarten sind der fermage, métayage, der complant der Gegend von Nantes, der bail à locataire perpétuelle in Languedoc und das domaine congéable, das vorzugsweise in der Basse-Bretagne zu Hause war.<sup>3</sup>

Außerhalb dieses Systems standen nur die alleux oder Sonnenlehen, das heißt Güter, die sich frei von jeglichen Feudal-lasten erhalten hatten, und auf die kein Seigneur seine directe beanspruchen konnte.

Die wichtigsten der genannten Formen — auch die, welche uns vorzugsweise interessieren, weil für sie die große Gesetzgebung der Constituante vom März 1790 gegolten hat — gehören der ersten Klasse an. Die berüchtigtsten Formen innerhalb dieser Klasse wiederum sind die verschiedenen Arten von mainmorte, nicht weil diese sehr verbreitet war, sondern weil sie allgemein als die härteste der im Frankreich des ancien régime bestehenden Arten von Grundhaltung angenommen wird. Ihr Bereich erstreckte sich vor der Revolution nur noch auf wenige Gebiete, besonders auf den Nordosten und das Zentrum des Landes. Am häufigsten finden wir sie in der Franche-Comté, daneben aber auch noch in der Bourgogne und Lothringen, weniger häufig in Berry, Nivernais, Combrailles, in der Marche und der Auvergne.<sup>4</sup>

---

3. s. Sagnac, loc. cit.; Chénon, le démembrement de la propriété foncière avant et après la Révolution, S. 63 ff. Chénon, Histoire des alleux en France, Einleitung.

4. s. J. Finot, La mainmorte dans la terre de l'abbaye de Luxeuil;

Der mainmortable ist ein Höriger. Hörigkeit bedeutet: wirtschaftliche Abhängigkeit. Aber das ist nicht das einzige Merkmal, Hörigkeit bedeutet zugleich auch: Mangel an Freiheit, und was die mainmorte personelle betrifft: Mangel an Freizügigkeit. Der Bauer, welcher der mainmorte unterworfen war, besaß keinerlei freies Verfügungsrecht über seinen Besitz und seinen Nachlaß. Er durfte kein Testament machen und eine Veräußerung während der „letzten“ Krankheit ohne Zustimmung des Seigneurs war untersagt.<sup>5</sup> Wohl gab es Ausnahmen, aber jede Ausnahme oder Sonderfreiheit mußte gewöhnlich teuer erkaufte werden. Eine Erbberechtigung der Kinder bestand nur, wenn dieselben in Gemeinschaft mit den Eltern lebten; für die Töchter bestanden an manchen Orten außerdem noch Sondervorschriften. Auch Brüder durften einander nur beerben, wenn sie zusammenlebten. War die Gemeinschaft einmal gebrochen, so durfte sie nicht wieder hergestellt werden, und das Heimfallsrecht an den Seigneur trat sofort in Kraft. Wenn ein mainmortable freie Güter erwarb und auf dem der mainmorte unterworfenen Gute wohnen blieb, so unterlagen auch die freien Güter dem Heimfallsrecht.<sup>6</sup> Der Hörige, der die Grundherrschaft verließ oder sich außerhalb derselben verheiratete, zahlte seinem Seigneur eine Abgabe, die *droit de forfuyance* und *droit de formariage*.<sup>7</sup> Heiratete ein Höriger eine Freie, so brachte er diese ebenfalls in den Zustand der Hörigkeit.

Ein Zeichen der Hörigkeit war auch der Kopfzins, *chevage* genannt, den der mainmortable üblich zu entrichten hatte. Er war allgemeiner und häufiger zu finden als jene beiden andern genannten Rechte und wurde entrichtet in Form einer Getreide- oder Geflügelabgabe. Die Frondienste, die der mainmortable

---

Boucomont, Des mainmortes pers. et réelles en Nivernais; Chassin, L'église et les derniers serfs; Aulard, La Révol. fr. et le rég. féod., chap. I; Darmstädter, die Befreiung der Leibeigenen in Lothringen, der Schweiz und Savoyen; H. Sée, Esquisse d'une hist. agr. en Europe au 18. et 19 S. S. 14.

5. Holtzmann, R., Franz. Verfassungsgeschichte S. 487.

6. D XIV, 10 supplique des habitants de Branges (Saône-et-Loire).

7. Holtzmann, zit. S. 488, vgl. Marion M., Dictionnaire des institutions politiques et sociales de France au 17 et 18 siècle.



zu leisten hatte, waren drückender als die des gewöhnlichen Zinsmannes. In der *mainmorte* muß man streng unterscheiden zwischen *mainmorte réelle* und *mainmorte personnelle*. Während sich erstere nur auf den Grund und Boden bezog und nicht auf die Person, bezog sich letztere auf beides. Die *mainmorte personnelle* war bei weitem seltener als die andere Art und das Los dieser *mainmortables* war seit dem Edikt von 1779, das das *droit de suite* und dessen Auswirkungen im ganzen Königreich aufhob, bedeutend leichter. Die Schollenpflichtigkeit fiel damit praktisch weg.<sup>8</sup>

Mit der *mainmorte réelle* hatten verschiedene andere Besitzarten Ähnlichkeit. So bestand in der Bretagne eine Form, die man unter dem Namen *quevaise* kennt und die ihren Sitz hauptsächlich in den Abteien von Rellec und Bégard hatte. Der jüngste Sohn, oder die jüngste Tochter, das *enfant juveigneur*, erbte das Gut unter Ausschluß der Älteren. Wenn der *quevaisier* ohne direkte Nachkommen, die in Gemeinschaft mit ihm lebten, starb, so fiel das Gut an den Seigneur zurück. Vernachlässigte der *quevaisier* sein Gut, so hatte der Seigneur das Recht, ihn fortzujagen. Auch durfte er ohne ausdrückliche Genehmigung des Seigneurs nichts von seinem Gute veräußern oder verschenken. Bei Verkauf des Gutes bezahlte er dem Seigneur als *lods et ventes*<sup>9</sup> ein Viertel des Verkaufspreises; in der Abtei von Rellec mußte sogar ein Drittel entrichtet werden.<sup>10</sup>

Mit der *mainmorte réelle* berührte sich weiter die *tenure en bordelage*. Ihre Heimat waren Nivernais und Bourbonnais. Im Nivernais bestand die *tenure en bordelage* neben der *mainmorte*. Der *bordelage* ist gekennzeichnet durch eine alljährlich zu entrichtende Abgabe, die gewöhnlich in Geld, Getreide und Geflügel bestand, oder zumindest in zwei dieser Arten. Wenn alle drei Abgabearten zusammen bestanden, so waren sie ein sicheres Kriterium für die *tenure en bordelage*, falls keine ausdrückliche Gegenkonvention

---

8. s. S. 57.

9. s. S. 23.

10. H. Sée, *Les classes rurales en Bretagne, du XVI siècle à la Rév.*  
Seite 10.

bestand. Waren nur zwei der erwähnten Arten von Abgaben vorhanden, so war es nur *bordelage*, wenn es ausdrücklich vermerkt war. Ließ ein solcher Zinsbauer seine Abgaben länger als 3 Jahre ausstehen, so hatte der Seigneur das Recht der Konfiskation, das *droit de commise*<sup>11</sup> trat in Kraft.

Die Güter *en bordelage* vererbten sich nur in direkter Linie. Ein Erbrecht der Seitenlinie bestand nur dann, wenn der Verwandte in Gemeinschaft mit dem Verstorbenen gelebt hatte oder wenn Gütergemeinschaft vorhanden war; andernfalls fiel das Gut an den Seigneur zurück. Hatte ein solcher Zinsbauer einmal ein Haus gebaut oder einen Baum gepflanzt, so hatte er nie mehr das Recht, diese Gegenstände wieder zu vernichten.

Bei *bordelage* waren die Abgaben an den Seigneur *portable*, d. h. sie mußten ihm gebracht werden, wenn die Entfernung nicht mehr als vier Meilen betrug. Die *lods et ventes*, Verkaufsabgaben an den Seigneur, waren äußerst hoch. Sie wurden auf dem Fuß des *tiers denier*, das heißt der Hälfte des Verkaufspreises, erhoben. Die Besitzart *en bordelage* war nach Renauldon eine der onereusesten, die es geben kann.<sup>12</sup>

Nicht viel weniger drückend war auch eine Besitzart, die, obwohl sie umstritten war, ihrer juristischen Definition nach mehr in die zweite der erwähnten Klassen (der nur Nutznießung gewährenden Art von Grundhaltung) gehört, nämlich das *domaine congéable*. Wenn sie demnach auch außerhalb unseres eigentlichen Betrachtungskreises liegt, soll sie doch in wenigen Worten Erwähnung finden, da sie für die Revolution von einiger Bedeutung geworden ist. Die Heimat des *domaine congéable* war die Basse-Bretagne. Diese Besitzform hat einen doppelten Charakterzug; der Grund und Boden gehört dem Grundherrn oder *foncier*, die Oberfläche dem *colon* oder *convenancier*. Zu ihr gehören die Gebäude, die Fruchtbäume und die Kulturen. Da es mehrere Arten von *usements de domaine congéable* gab, so waren auch die Bestimmungen jeweils verschieden. Das

---

11. Konfiskationsrecht.

12. s. Renauldon, *Traité hist. et prat. des droits seigneuriaux*; Marion Diet.; *Coutume de Nivernais*, chap. 6; auch *Arch. parl.* Bd. 11, S. 502, rapport von Merlin, 8. Febr. 1790.

usement von Brouerec spricht zum Beispiel dem Grundherrn das Hochholz, die Kastanienbäume, Eichen usw. zu.<sup>13</sup> Obwohl die Pachtverträge gewöhnlich auf 9 Jahre lauteten, hatte doch der Grundherr jederzeit das Recht — wenn nicht vertraglich das Gegenteil festgelegt war — den colon zu verabschieden, ihm zu kündigen. Die Kündigungsfrist betrug gewöhnlich einige Monate, auch hatte der Grundherr die Verpflichtung, dem colon die *droits réparatoires* zu bezahlen, das heißt, ihm die ausgeführten Reparaturen zu ersetzen. Während aber der Grundherr den colon jederzeit verabschieden konnte, durfte dieser vor Ablauf der Pachtzeit von sich aus nicht gehen, es sei denn, daß er auf die Ersetzung der ausgeführten Verbesserungen verzichtete. Die Verabschiedung eines colon kam aber verhältnismäßig selten vor. Es gab Fälle, wo sich die Generationen ein und derselben Familie Jahrhunderte lang auf demselben Gut gefolgt sind. Die colons haben die Verabschiedung stets gefürchtet, weil sie fast immer den Ruin des Betreffenden zur Folge hatte. So liefen die Pachtverträge stets weiter, nachdem der colon seinen *pot de vin* oder dergleichen bezahlt hatte. Gewöhnlich erhielt er auch die Versicherung, daß er nicht verjagt werde gegen Leistung einer gewissen Abgabe, *droit de commission*, die er noch außer den Renten bezahlte. So fühlten sich die Pächter infolge des lang andauernden Besitzes nicht mehr als Pächter, sondern als Eigentümer, und deshalb erschien ihnen dann eine tatsächlich eintretende Verabschiedung als eine unerhörte Gewalttat. Die Unpopularität dieser Besitzart lag also an sich nicht in ihrem System, sondern darin, daß sie ihren ursprünglichen Charakter nicht bewahrt hatte. Dieses anfänglich reine Pachtsystem war im Lauf der Zeit mit dem Feudalsystem verschmolzen. Der colon war den Bannrechten unterworfen worden, und häufig war der Grundherr zugleich sein Gerichtsherr. Die Scheidung zwischen *rentes convenancières* und *rentes féodales et seigneuriales* war häufig verwischt. So barg schließlich diese Besitzform, bei der der Pächter eigentlich nie genau wußte, was ihm gehörte und wie weit er der Macht des Seigneurs verfallen war, eine Unmenge von Widerwärtigkeiten in

---

13. Le Guevel, commentaire sur l'usement de Rohan, S. III ff.

sich. Mehr als ein gewöhnlicher Bauer konnten diese colons ausgebeutet werden, denn man konnte sie leicht gefügig halten. Dafür genügte schon die Drohung, ihnen im Falle der Widerpenstigkeit die Scholle zu nehmen.<sup>14</sup>

Ebensowenig wie das domaine congéable konnte eine andere Besitzform ihren ursprünglichen Charakter behaupten; die emphytéose. Sie war viel verbreiteter als jene. Hauptsächlich traf man sie in der Dauphiné und der Provence. Juristisch war auch diese Form umstritten. Ob sie eine Zinspacht oder eine gewöhnliche Pacht sei, ist von den Feudisten verschieden beurteilt worden. In der Praxis dagegen herrschte größere Eindeutigkeit. Der Pachtvertrag lautete meist auf eine größere Anzahl von Jahren, häufig auf 99 Jahre oder aber auf immer; er lief also auf Eigentumsübertragung hinaus. Dem Inhaber kamen auch sonst die Rechte eines Eigentümers zu: er hatte freies Verfügungsrecht über das Gut, konnte es nach Belieben veräußern oder verpfänden und auch in Afterpacht vergeben. Der jeweilige Inhaber hatte dem Grundherrn nur eine festgesetzte jährliche Rente zu bezahlen, die dieser sich zum Zeichen des Obereigentumsrechts auf das Grundstück vorbehalten hatte. In den Ländern des geschriebenen Rechts entsprach die emphytéose, wenn sie von einem Seigneur vergeben war, der Zinspacht in Ländern des Gewohnheitsrechts. Sie war also in diesem Falle nichts anderes als ein censive. In der Praxis bestand auch zwischen beiden kein Unterschied. Die emphytéose unterlag genau so der seigneurialen Ausbeutung wie jenes, gleichgültig, ob im Gebiet des geschriebenen Rechts oder in dem des Gewohnheitsrechts. Der emphytéote unterstand den Bannrechten, er bezahlte jährliche Renten und bei Veräußerungsfällen die lods et ventes, die sich z. B. in der Dauphiné gewöhnlich auf ein Sechstel des Verkaufspreises beliefen; aber es gab auch Fälle,

---

14. s. Léon Dubreuil, Les vicissitudes du domaine congéable pendant la Révolution (Collection de documents inédits sur l'hist. écon. de la Révol. fr.) derselbe, La Révol. dans le départ. des Côtes-du-Nord, (études et doc.) und Une tenure bretonne, le domaine congéable, La Révol. fr. Bd. 58; H. Sée, zit., S. 241 ff.



wo sie ein Drittel und selbst die Hälfte des Verkaufspreises ausmachten.<sup>15</sup>

Der *complant* von Rochelle und der *bail à locataire perpétuelle* der Provence waren lokal beschränkt und unterschieden sich von den Rentenpachten nicht wesentlich.

Zu den Grundverträgen der ersten Klasse (übertragbares Eigentumsrecht) gehört noch eine bereits angedeutete Art der *roture*, die nicht lokal beschränkt war, sondern sich über ganz Frankreich erstreckte und die als allgemeine Form des erblichen Grundbesitzes zu betrachten ist: die *censives*, die feudalen Zinsländer. Sie waren die eigentliche Grundlage des feudalen Systems.

Wie stellt sich die Grundstruktur der feudalen Zinsländer dar? Welches sind ihre spezifischen Merkmale? Wie ordnen sie sich in das feudale Gesamtsystem ein? Zum Verständnis dieser Fragen müssen wir, bevor wir in die Betrachtung der Feudalrechte, das eigentliche Charakteristikum des Zinslandes, eintreten, einen Blick werfen auf die Lehensverfassung selbst.

Die Zusammensetzung des dem feudalen Verbande angehörenden Grundbesitzes und der sich an ihn heftenden Rechte war sehr verschieden. Der Hauptsache nach unterschied man zwei Gruppen: die Lehen und die von diesen abhängigen Zinsländer, die *censives*, unter denen man fast allen nichtprivilegierten Grundbesitz, die *roture*, verstand.<sup>16</sup> Der die Zinsländer bebauende *roturier* hatte diese, wie bereits hervorgehoben, mit übertragbarem Eigentumsrecht, d. h. als erblichen Besitz inne.

Das Zeichen der Abhängigkeit der Zinsländer von den Lehen bestand in der Leistung gewisser jährlicher und gelegentlicher Abgaben; erstere konnten aus einem einfachen Zins oder aber aus diesem und noch einer oder mehreren Arten von Naturalienleistungen bestehen.

---

15. Conard, *La peur en Dauphiné*, S. 16; über die *emphytéose*, s. Guyot, *Répertoire de jurisprudence*, Bd. 6, Marion, *Dict.*: Chénon zit.; Kulischer, *Allgemeine Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 77.

16. s. F. Wolters, *Studien über Agrarzustände und Agrarprobleme in Frankreich von 1700—1790*, S. 245/46.

Das Abhängigkeitsverhältnis war nicht immer einfach, es konnte sogar sehr kompliziert sein. Das ganze Feudalgebäude bestand aus einer fast unentwirrbaren hierarchischen Stufenleiter, aus Lehen und Afterlehen, einer Kette, die sich vom untern Vasall bis zur Krone hinzog.<sup>17</sup> Alle diese Glieder der Kette, die der König als oberster Lehensherr schloß, standen in einem Abhängigkeitsverhältnis voneinander, das in der Erfüllung gewisser Ehrenpflichten und pekuniärer Leistungen bestand. Nicht allein der gewöhnliche Zinsbauer hatte Pflichten zu erfüllen und Abgaben zu leisten, sondern jedes der Kette angehörende Glied war dem nächstfolgenden höheren verpflichtet. Daß ein Glied in dieser Kette für sich allein existierte, war nicht möglich. Wie der Zinsbauer seinen Seigneur über sich hatte, so war auch dieser wieder Vasall und hatte einen Suzerain über sich.

Wenn die Definition dieser ganzen Abhängigkeitskette auch nicht immer leicht ist, so läßt sich doch eine gewisse übergeordnete Einteilung feststellen. Eine Anzahl von Lehen war zu einer *châtellenie* vereinigt, diese *Chatellenien* schlossen sich wieder zu *Baronnien*, diese zu Grafschaften und diese wieder zu Herzogtümern zusammen.<sup>18</sup>

Das unterste und weitest verbreitete Glied waren die Zinsländer, die sich um die *Seigneurien* gruppieren. Letztere zerfielen gewöhnlich in zwei Teile, in das *domaine proche* und die *mouvances*. Ersteres ist direktes Eigentum des *Seigneurs*. Zu diesem gehören meist die Gehölzer, die Brüche und Teiche, das was man gewöhnlich unter *terres vaines et vagues* zusammenfaßt. Das *domaine proche* umfaßt außerdem noch die Meiereien und Mühlen, die meist verpachtet wurden.<sup>19</sup> Auf der *mouvance* dagegen sitzen die Zinsbauern, die von der betreffenden *Seig-*

---

17. Boncerf sagt in „*Inconvénients des droits féodaux*“ u. a.: „Un fief est fief d'honneur, de profit, de danger, de dignité, simple, lige, corporel, incorporel, de plejure, rendable, de paise, ouvert, couvert, dominant, servant, abandonné, abrégé, ample, amété, chevel, de corps, éclipsé, empité, ferme franc, . . .“.

18. s. Kulischer, *Allgem. Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 80.

19. de La Monneraye, *Le rég. féod. en Maine*, *Nouv. Rév. hist. du droit fr.* 1921 s. a. H. Sée, zit.

neurie abhängig sind, und deren Abhängigkeitsverhältnis durch Entrichtung von Abgaben gekennzeichnet ist. Der Charakter der Abgaben selbst konnte ein verschiedener sein: sie konnten rein feudaler oder seigneurialer, oder rein grundzinslicher Natur,<sup>20</sup> oder aber alles zusammen sein, so daß der Charakter meist nicht genau feststellbar ist. Eine Scheidung der Renten in ihre Kategorien fand auch praktisch nicht statt.

Nichts wäre unrichtiger, als für ganz Frankreich ein und dasselbe Regime anzunehmen, zu denken, daß die Lasten, die in dieser oder jener Provinz bestanden, in gleichem Umfange in einer anderen Provinz auch notwendigerweise bestanden haben müssen. Es wäre sogar falsch, die Quote der Feudallasten für alle Gemeinden einer Provinz als gleich anzunehmen.<sup>21</sup> Operierte man mit dieser Annahme, so würde man oft von den Zuständen des platten Landes ein erschreckendes Bild bekommen, ein Bild, das den damaligen Zuständen auch in keiner Weise entspräche. In Wirklichkeit war das Feudalregime außerordentlich biegsam und variabel.

Die Gründe der Verschiedenheit sind sicherlich mannigfacher Natur und können durch wirtschaftliche und politische Faktoren bedingt sein. Also durch jeweilige Bodenbeschaffenheit, durch die Fruchtbarkeit einer Gegend, durch das Verhältnis des Groß- und Kleingrundbesitzes zueinander, durch die Güterverteilung unter die verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung usw. Und es ist anzunehmen, daß sich das Feudalregime bei weitem stärker halten konnte in den Gegenden, wo die wirtschaftliche Aktivität sich weniger entfaltete, oder auch

---

20. So sagt Boncerf in „Les inconvenients des droits féodaux“ u. a. „Quelque assuré que nous soyons que la plupart des lecteurs ne verront aucune exagération dans tout ce que dit l'auteur sur la complication et les embarras du droit féodal, on croit devoir leur rappeler qu'il y a plus de trois cents espèces de redevances féodales qui se subdivisent à l'infini. Par exemple, les rentes sont foncières, arrière-foncières, héréditaires, inféodées, requérables, seigneuriales, fêchées, volages; un seigneur est censier, direct, dominant, féodal, foncier, sur-foncier, haut-justicier, nouveau, féager, suzerain, utile . . .“

21. s. Rapport de Tronchet sur le mode et le prix du rachat des droits féodaux, (Arch. nat. AD IV, 23 u. Arch. parl. Bd. VIII, S. 619 ff.).



dort, wo die Seigneure infolge geringerer Einschränkung ihrer Befugnisse durch die Macht des Königs ihren Druck ungehemmter ausüben konnten,<sup>22</sup> wie zum Beispiel in der Bretagne; dort hat sich die Feudalherrschaft unter dem Schutz der Stände und des Parlaments mehr als sonstwo behauptet.

Über diese verschiedenen Faktoren hinaus weist die grundherrliche Verfassung aber auch Grundzüge auf, die man als allgemeingültig bezeichnen kann; sie sind überall vorhanden, wobei lediglich der Stärkegrad ihrer Auswirkung in den verschiedenen Gegenden voneinander abweicht.<sup>23</sup>

Diese Grundzüge sind in erster Linie die Feudalrechte. Diese wurden eingeteilt in personelle und in reelle Rechte und in Monopole.<sup>24</sup> Dazu kamen noch Rechte, die mit der Gerichtsbarkeit zusammenhingen und sich an die Person des Seigneurs als Gerichtsherrn knüpften. Von allen Rechten spielten die personellen Rechte die kleinste Rolle; sie gehörten fast zu den Ausnahmen, da sie auf Leibeigenschaft zurückgingen, die Ende des ancien régime in Frankreich in reiner Form nicht mehr existierte. Die personellen Lasten waren fast gänzlich in reelle Lasten verwandelt worden. Was davon übrig geblieben war, ist als Abnormität anzusehen. Wenn man in der Bretagne noch Rechte findet, die an alte Gebräuche erinnern wie das *devoir de chéant* und *levant*, *droit de fumage*,<sup>25</sup> in der Auvergne das *droit de menage*<sup>26</sup> und sonstwo das *des guet et garde*, so sind das, wie gesagt, Ausnahmeerscheinungen. Die *taille seigneuriale* und die *corvée arbitraire* waren ebenfalls unbedeutend. Die *Frondienste* sind oft in Geldleistungen verwandelt worden und da, wo sie verlangt wurden, beschränkten sie sich gewöhnlich nur auf einige Tage im Jahr. Die Fronverpflichtungen konnten sich auf die allerverschiedenartigsten Dienstleistungen beziehen,

---

22. H. Sée: *Esquisse d'une histoire du régime agraire en Europe au 18<sup>e</sup> et 19<sup>e</sup> s.* S. 29; vgl. H. Sée, *La France éc. et soc. à la veille de la Rév.*

23. Vgl. Dalloz, *Répertoire*, Bd. 37 (*propriété féodale*).

24. s. darüber Marion M., *Les droits féod.*, in *Revue des cours et conférences* 1926/27, I.

25. H. Sée, *Les classes rurales en Bretagne*, S. 98/99.

26. F. Mège, *Cah. d'Auvergne*, *Introduit.*

es konnten Handdienste oder auch Spanndienste sein. Die Zahl der Tage war häufig durch die coutume festgelegt. Bei Handdiensten war die Zahl höher — vielleicht 10 Tage im Jahr<sup>27</sup> — bei Gespanndiensten weniger, vielleicht 6 Tage im Jahr.<sup>27</sup> Dies hindert jedoch nicht, daß es nicht auch Ausnahmefälle gab, wo infolge besonderer Komplikationen die Einwohner eines Dorfes jede Woche mindestens einen Tag für Frondienste opfern mußten.<sup>28</sup>

Wo sich die Leibeigenschaft noch erhalten hatte, bestand sie keineswegs mehr in der ursprünglichen Form, sondern in der abgeschwächten, der mainmorte personelle oder réelle. Doch war das Los dieser mainmortables keineswegs beneidenswert: „Wir sind alle leibeigen, derart, daß der Sohn seinen Vater nicht beerbt, der Bruder nicht den Bruder und der Neffe nicht den Onkel, wenn er nicht mit ihm zusammen lebt. Der Seigneur kommt und verkauft dann den Besitz zu seinem Profit.“<sup>29</sup> Das cahier von Crevans ist noch ausdrücklicher: „Die mainmortables des Orts müssen auf ihren eigenen Gütern Hunger leiden, da sie nichts davon für ihren Unterhalt veräußern dürfen. Der Seigneur will ihnen nicht erlauben, auch nur ein quarte de mainmorte davon zu verkaufen, um im Alter einige Erleichterung zu haben. Sofort nach dem Tode eines mainmortable kommen die Agenten des Seigneurs in das Totenhaus, um den Nachlaß zu versiegeln und fortzunehmen, selbst bevor der Tote beerdigt ist; sie drohen sogar, die Leiche auf die Straße zu legen, wenn der Pfarrer sie nicht sogleich beerdige. Es ist hier schon vorgekommen, daß die eigenen Kinder den Nachlaß ihres Vaters und selbst Güter, die er ihnen schon bei Lebzeiten gegeben und von denen er sich nur die Nutznießung vorbehalten hatte, vom Seigneur zurückkaufen mußten.“<sup>29</sup>

Wenn die personellen Rechte im allgemeinen nicht als drückend bezeichnet werden können, so ist das nicht der Fall

---

27. D XIV, 6 Supplique de la communauté de Rieding et Eich (Meurthe) März 1790.

28. D XIV, 3 Remontrances des laboureurs et cultivateurs de la Haute-Marche (Creuse) mars 1790.

29. Godard et Abensour, Cah. du bailliage d'Amont, cah. de Huanne, (das entspricht durchaus der rechtlichen Definition).

bei den dinglichen Rechten. Die Befreiung der Person hatte nicht zugleich zur Befreiung des Bodens geführt, im Gegenteil, die Befreiung von einer personellen Last hatte häufig durch eine reelle erkauf werden müssen.<sup>30</sup> Die reellen Rechte waren angeblich eingesetzt auf Grund einer ursprünglichen concession de fonds und teilten sich in droits fixes und droits casuels; erstere waren feststehende, alljährlich zu leistende Geld- oder Naturalabgaben, letztere wurden nur bei gewissen Anlässen, wie Veräußerung, Besitzwechsel durch Erbfolge und ähnliches fällig.<sup>31</sup>

Die allgemein in Geld zu leistende Abgabe war der cens, Grund- oder Lehenszins, der weitaus die leichteste aller Abgaben darstellte. Da seine Höhe seit Jahrhunderten genau feststand, weil sie durch die Bestimmung der coutumes geregelt war, so war sein Geldwert im 18. Jahrhundert äußerst gering. Viel größer ist aber die Bedeutung der Eigenschaft des Grundzinses. Da wo er bestand, proklamierte er die Existenz der Feudalität und zog alle andern Rechte nach sich. Seiner Eigenschaft nach war er in den meisten Fällen irrachetable und imprescriptible.<sup>32</sup> Wenn seine Quote auch verjähren konnte, so verjährte er doch fast niemals, er war stets fällig und schuldig, ob ein Gut bebaut war oder nicht. Auch war er unteilbar, deshalb konnte der Seigneur ihn mit Recht von jedem einzelnen eines solidären Zinslandes verlangen. Rückstände konnte er gewöhnlich bis zu 29 Jahren verfolgen. Entgegen vielen andern Abgaben und Leistungen war der Zins portable, d. h. er mußte dem Seigneur gebracht werden.<sup>33</sup> Oft kam zum ursprünglichen Zins noch ein surcens, der je nach Übereinkunft in Naturalien oder Geld bezahlt werden konnte. Er hatte keinen solidären Charakter, war ablösbar und nicht unverfallbar; er kam mehr einer Abgabe gleich, die einer jährlichen Pachtsumme entsprach

---

30. s. u. S. 59; s. a. H. Sée, zit. S. 13, Marion, zit.

31. Kulischer, zit., Bd. II, S. 80 ff.; H. Sée la portée de régime seigneuriale.

32. Marion, dictionnaire des inst. soc. et pol. . . . s. cens, s. a. Renaudon, zit.

33. Marion, dict. s. cens.

und mehr die Eigenschaft einer einfachen Grundrente, als einer Feudalrente hatte, da er keinerlei Rechte nach sich zog.<sup>34</sup>

Anders der champart, terrage, tasque, agrier, droit de quart, de cinquain, de neuvième oder vingtain genannt, der rein feudalen Charakter hatte. Er bestand nicht überall, wurde aber stets da erhoben, wo die Maxime galt: „Nulle terre sans seigneur“. Wie seine Namen wechselten, so wechselte auch seine Quote, je nach coutumes und nach titres.<sup>35</sup> Er wurde von den Getreidefrüchten erhoben und seine Quote konnte sowohl  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{5}$  als auch  $\frac{1}{10}$  oder  $\frac{1}{12}$  und noch weniger betragen. Die Quote des champart wechselte nicht nur von Provinz zu Provinz, sondern unterlag innerhalb einer Provinz den größten Schwankungen. In der Generalität von Bordeaux, wo der champart selbst nicht allgemein war,<sup>36</sup> betrug die Durchschnittsquote  $\frac{1}{7}$  der Erntefrüchte. Daneben traf man auch Quoten von  $\frac{1}{13}$ ,  $\frac{1}{11}$ ,  $\frac{1}{8}$ , dann aber auch solche von  $\frac{1}{6}$ ,  $\frac{1}{5}$ ,  $\frac{1}{4}$  und selbst  $\frac{1}{3}$  der Früchte.<sup>37</sup> Ein ähnliches Verhältnis bestand auch an andern Orten, ja man kann sagen, überall wo der champart bestand. In der Auvergne schwankte er ebenfalls zwischen  $\frac{1}{5}$  und  $\frac{1}{10}$ , jedoch fanden sich auch Quoten von  $\frac{1}{3}$  und  $\frac{1}{4}$ .<sup>38</sup> Die ungeheure Verschiedenheit der Quote des champart ist in der Gesamtheit der Feudalrechte keine Ausnahme, sondern eine ganz allgemeine Erscheinung.

Auf Grund des seigneurialen Grundzinses, der das Zeichen der Lehensabhängigkeit war, und der die andern Rechte nach sich zog, wurden auch die droits casuels, die in manchen Gegenden die Haupteinnahmequelle der Seigneure aus den Feudalrechten bildeten, erhoben. Die bedeutendsten von ihnen sind die lods et ventes, die beim Verkauf des Zinslandes oder einem dem

34. *ibid.*, vgl. Wolters, *zit.*, S. 250.

35. Dalloz Répert. Bd. 38, S. 381, so betrug er in Berry und Montargis  $\frac{1}{12}$ , dagegen in Lyonnais, Forez und Beaujolais  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{5}$ , in der Champagne  $\frac{1}{10}$ — $\frac{1}{14}$ , s. Laurent, *Cah. du baill. de Chalons-sur-Marne*, Bd. I-III; Fayard, *cah. des paysans beaujolais*, für die Bretagne, s. H. Sée, *zit.*; vgl. Pansey, *Dissertations*, Bd. I, S. 325 ff.

36. s. Marion, *Etat des classes rurales en Bordelais*.

37. Ferradou, *Le rachat des droits féodaux dans la Gironde*, S. 243.

38. Mège, *Les cah. des paroisses d'Auvergne*, Einl.



Verkauf gleichkommenden Akt erhoben wurden. Je nach Gebrauch und coutume war ihre Quote verschieden. Diese Verschiedenheit war vielleicht nicht weniger groß als die, welche bei der Erhebung des champart beobachtet wurde. Gewöhnlich betrugen die lods et ventes  $\frac{1}{12}$  des Verkaufspreises. Sie konnten aber auch gerade so gut  $\frac{1}{5}$ ,  $\frac{1}{6}$ ,  $\frac{1}{8}$ ,  $\frac{1}{10}$ ,  $\frac{1}{16}$  und noch weniger betragen.<sup>39</sup> Die Quote unterlag auch innerhalb einer Provinz den größten Schwankungen. In der Auvergne z. B. schwankte die Höhe der Quoten zwischen  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{1}{20}$  des Verkaufspreises.<sup>40</sup> Die beiden Extremzahlen dürfen aber allgemein als Ausnahmefälle betrachtet werden.

Die lods et ventes wurden meist nicht in ihrer vollen Höhe verlangt, da ein zu hoher Satz für den Güterumsatz hinderlich war.<sup>41</sup> In diesem Fall behielt sich aber der Seigneur das droit de prélation vor, d. h. das Recht, das verkaufte Gut oder Lehen dem Käufer zu dem von ihm gezahlten Kaufpreis wieder abzu kaufen, oder das Gut, das sein Hintersasse veräußert hatte, wieder einzufordern, vorausgesetzt, daß er dem Erwerber die Unkosten ersetzte. Dieses Recht konnte der Seigneur ebensogut einem andern übertragen oder verkaufen, so daß ein Käufer, wenn er nicht die lods et ventes in voller Höhe bezahlt hatte, wieder depossessiert werden konnte, selbst noch nach einer Reihe von Jahren.<sup>42</sup> Nicht zu verwechseln mit dem droit de prélation, auch retrait féodal genannt, ist der retrait lignager, der kein rein seigneuriales Recht war. Es bestand darin, daß veräußerte Familiengüter von Angehörigen der Familie innerhalb einer gewissen Zeit, vielleicht von einem Jahr,<sup>43</sup> wieder zurückgekauft werden und sich die Betreffenden wieder in die Rechte auf jene Güter einsetzen lassen konnten.<sup>44</sup> Die Folge

---

39. s. Marion, dict., z. B. in Périgueux  $\frac{1}{6}$ , in Agenais  $\frac{1}{12}$ ; dagegen im Dauphiné manchmal  $\frac{1}{3}$  und selbst  $\frac{1}{2}$  (Conard, zit. S. 16); auch in der Bretagne findet man ausnahmsweise hohe Sätze, s. H. Sée, zit.

40. Mège, zit.

41. Renauldon, Traité des droits seig., S. 249 ff.

42. ibid., s. prélation; Boutaric, Traité, S. 456 ff.; Fayard, zit. S. 15.

43. Eine Bittschrift aus dem Jahr 1790 spricht von 10 Jahren (D, XIV, 2, Adresse des municipalités de Jurignac, Etriac et Ladiville).

44. Arch. nat. AD XVIII, 158, rapports faits à l'Assemblée nat. au nom

der beiden letztgenannten Rechte war eine gewisse Unsicherheit in den Besitzverhältnissen, und viele Güter hatten während einer bestimmten Zeit sozusagen keinen festen Herrn.

An die lods et ventes erinnert in mancher Hinsicht das droit d'écart, auch boutehors genannt.<sup>44</sup> Auch dieses Recht war kein seigneuriales Recht und war nicht in der Hand einzelner, sondern im Besitz einer Reihe Städte der Provinzen des Nordens. Erhoben wurde es bei Güterveräußerungen zwischen bourgeois und non-bourgeois oder forains. In Douay, Lille, Bergues, Cassel, Bailleul, Merville, Hondschotte, Bourbourg, Bapaume, Seclin und Comines bestand dieses Recht in dem Anspruch auf ein Sechstel des Werts des verkauften Gegenstands; in Arras in dem Anspruch auf ein Viertel des unbeweglichen Guts und der Hälfte des beweglichen Guts. In andern Städten war die Quote wieder anders. Auch über das Erhebungsrecht der jeweiligen Quote waren die Bestimmungen nicht immer gleich. Außer bei Verkäufen kam es gewöhnlich noch in Frage bei Verlust der bourgeoisie, bei Erbfolge von einem bourgeois auf einen non-bourgeois und bei der Heirat zweier Personen, von denen die eine ein non-bourgeois oder fremd war. In Bourbourg, Bergues, Gorgne und Orchies war es zum Beispiel Sitte, daß derjenige, der sein droit de bourgeoisie verlor, was durch einen Wohnungswechsel in eine andere Stadt eintrat, nun der Stadt, der er nicht mehr als bourgeois angehörte, den zehnten Teil seines Güterwerts bezahlte.<sup>45</sup>

Den lods et ventes, die von den Gütern der roture bezahlt wurden, entsprach der quint und requint beim Verkauf adeliger Güter. Ersterer betrug  $\frac{1}{5}$  des Verkaufspreises, letzterer noch  $\frac{1}{25}$  mehr.<sup>46</sup>

In Lehen, wo der König direkter Seigneur war, gewährte der Besitz einer Charge, wie secrétaire du roi, officier de la grande chancellerie u. a. Befreiung von den lods et ventes, was häufig zum Mißbrauch der Chargenkäuflichkeit führte.<sup>47</sup>

---

du comité de l'aliénation des biens nat. sur le retrait lignager et sur le droit d'écart, 17 juillet 1790 par Merlin.

45. Arch. nat. AD. XVIII, 158, rapport du 17 juillet 1790.

46. Marion, Dict. s. quint.

47. Marion, Les droits féod.

Andere droits casuels waren der rachat und relief,<sup>48</sup> die dem Sterbfall und Besthaupt in Deutschland entsprachen. Sie wurden gewöhnlich fällig bei Erbschaftsübernahmen von adeligen Gütern, wobei es sich meistens um Erbschaften in nicht direkter Linie handelte. Die Höhe dieser Abgabe entsprach der Jahreseinnahme aus dem betreffenden Gut oder einer gleichwertigen Geldsumme, manchmal auch der doppelten Rente.

Diesen Rechten entsprachen der capte oder acapte und arrière-acapte, die der gewöhnliche Zinsbauer bezahlte.<sup>49</sup> Ersterer war beim Tod des Seigneurs fällig, letzterer beim Tod des Hintersassen und mußte von den Erben bezahlt werden.

Zu diesen Rechten kommen noch die Monopole der Seigneure, die für sie eine nicht zu verachtende Einnahmequelle bildeten. Die bedeutendsten waren die Bannrechte, wie banalité du moulin, du four und du pressoir (Mahl-, Backbann- und Kelterzwang).<sup>50</sup> Das weitaus wichtigste und drückendste von ihnen war der Mahlmann, der dem Seigneur das Recht gab, alle im Gebiet seiner Gerichtsbarkeit wohnenden Bauern zu zwingen, ihr Getreide in seiner Mühle mahlen zu lassen. Außer in Flandern, Artois und Hainaut, die von ihm, wie überhaupt von allen Bannrechten, befreit waren, bestand der Mahlmann überall.<sup>51</sup>

Weniger bedeutend waren die beiden andern Bannrechte. Die banalité de pressoir war sogar örtlich beschränkt. Sie bestand hauptsächlich in Gegenden des Weinbaus. Beachtenswert ist aber, daß sich an dieses Recht noch das droit de banvin knüpfte, auf Grund dessen der Seigneur seinen Wein 30 oder 40 Tage nach der Weinlese vor seinen Hintersassen, also außer Konkurrenz, verkaufen konnte.<sup>52</sup>

Andere, weniger einträgliche Rechte waren die Weg- und Brückensteuern, die der Seigneur im Bereich seiner Grundherrschaft erhob, und die Marktrechte. Sie bestanden nicht so regelmäßig wie die übrigen Rechte, besonders erstere nicht, da

---

48. Marion, Dict., s. a. Kulischer, Bd. II, S. 90 ff.

49. Marion, Dict., s. capte; vgl. G. Lefebvre: Les paysans du Nord, S. 146 ff.

50. Renauldon, zit., S. 249/76.

51. Tocqueville: L'ancien rég. et la Révol., S. 429.

52. Marion: Dict., s. banvin.



im Laufe des 18. Jahrhunderts viele von der Regierung aufgehoben wurden.<sup>53</sup> Sie beruhten entweder auf der Verpflichtung für den Seigneur, die Wege und Brücken instand zu halten, oder auf den Märkten für Ordnung zu sorgen, eine Art Polizeidienst zu verrichten und die Maße und Gewichte zu liefern.<sup>54</sup> Das erklärt auch die ungeheure Verschiedenheit der Maße und Gewichte im alten Frankreich. Diese wechselten nicht nur von Provinz zu Provinz, sondern oft von Seigneurie zu Seigneurie, was den kommerziellen Transaktionen äußerst hinderlich war und manchen Mißbrauch im Gefolge hatte. „Die Verschiedenheit jener (Maße und Gewichte) verursacht viele Schwierigkeiten, wenn es sich um die Reduktion handelt; denn in Angoumois gibt es soviel verschiedene Maße, wie es Seigneuries gibt. Das ist der Grund der vielen Klagen wegen Vergrößerung oder Verkleinerung.“<sup>55</sup>

Auf Grund dieser Verpflichtungen wurden für verkaufte und ausgestellte Waren Abgaben erhoben, deren Namen je nach Art verschieden waren. Das bedeutendste dieser Rechte war vielleicht das *droit de minage*, das auf Getreide erhoben wurde und  $\frac{1}{37}$  betragen konnte.<sup>56</sup> Ähnliche Rechte sind weiter bekannt unter den Namen *droit d'étalage*, *hallage*, *stellage*, *bichenage* usw. Man faßte sie alle zusammen unter der Bezeichnung *leydes*.

Die Weg- und Brückensteuern kennt man ebenfalls unter verschiedenen Namen wie *droit de bac*, *de passage*, *de travers*, *de pontonnage*, *de barrage* usw. Sie führten die Kollektivbezeichnung *péages*. Von allen seigneurialen Rechten waren sie wohl die unregelmäßigsten und brachten am wenigsten Gewinn,<sup>57</sup> weil sie vom König einst mit der Verpflichtung verliehen

---

53. Renauldon, S. 309 ff. u. 719; vgl. Tocqueville, zit., S. 431.

54. Marion: Les droits féodaux.

55. J. Vigier: Les coutumes du pays et Duché d'Angoumois, Anmerkung 5 zu Art. 9 „Le moyen justicier, ou vassal, qui a moyenne justice, par ladite coutume peut donner tutels, curatelles, emanciper, bailler mesures, connoistre l'applegement.“ s. a. u. S. 113.

56. so in Epernay, D XIV, 6 (Sagnac et Caron, Les comités des droits féodaux et de législation, S. 34).

57. Renauldon, zit. S. 719 ff.

wurden, Wege und Brücken wie überhaupt die dem Handel dienenden Verkehrswege in Stand zu halten. Diese Verpflichtung hatte aber die Regierung allmählich übernommen und deshalb viele péages aufgehoben. Doch ist sicher, daß bei Ausbruch der Revolution derer noch viele bestanden; es hat den Anschein, als ob die Regierung den Kampf gegen sie mit mehr Eifer als Erfolg geführt habe.

Abgesehen von den Bannrechten lasteten noch am wenigsten die Monopole der Seigneure auf der Landbevölkerung. Deshalb findet man sie auch in den cahiers der Bauern nicht allzu sehr angegriffen. Ganz anders bei der Bourgeoisie; als diese 1789 ihre cahiers abfaßte, hat sich ihr Haß in erster Linie gegen die Monopole gewandt. Das wird ohne weiteres klar, wenn man jene beispiellose wirtschaftliche Aktivität, die das Frankreich der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts auszeichnet, in Betracht zieht. Der Expansionsdrang der Bourgeoisie hat sich zuerst und am meisten an Privilegien und Monopolen gestoßen.

Wie bereits hervorgehoben wurde, ist es falsch, anzunehmen, daß nur der Zinsbauer Feudallasten zu leisten hatte. Wie dieser seinem Seigneur, so war auch der Seigneur seinem Suzerain verpflichtet und von ihm abhängig. Die Abhängigkeit bestand nicht nur in der Erfüllung von Ehrenverpflichtungen, sondern auch in der Leistung gelegentlicher und reeller Abgaben. Er bezahlte beim Besitzwechsel die *droits casuels*, die den lods et ventes entsprachen, er bezahlte gewöhnlich einen jährlichen Geldzins, gelegentlich auch Naturalabgaben und der neue Vasall bezahlte, wenn es sich um eine *inféodation* handelte, ein droit d'entrée, das je nach Umfang des Gebietes mehrere hundert livres, ja sogar einige tausend livres betragen konnte.<sup>58</sup> Der Unterschied bestand nur darin, daß die mittleren Glieder der feudalen Kette und damit auch der Seigneur in der Lage waren, das, was sie nach oben schuldeten, auf die unteren Glieder abzuladen. Die Folge war, daß schließlich die ganze Last auf das letzte und unterste Glied, den gewöhnlichen Zinsbauer, fiel. Ein Beispiel möge dies veranschaulichen. Im Jahre 1736 vergab der duc

---

58. s. d. actes d'inféodation und terriers Arch. dép. Série C. u. E., s. a. Revue d'hist. mod. et contemp., Bd. III, S. 169/70.

d'Uzès den sechsten Teil der Gerichtsbarkeit von Collias als Afterlehen.<sup>59</sup> Das droit d'entrée betrug 137 livres. Im Bereich dieses Lehens lag eine Barke zur Überquerung eines Flößchens. Diese Barke übernahm der neue Seigneur „sous la censive annuelle de deux setiers orge“,<sup>60</sup> In einer reconnaissance, die die Gemeinde Collias dem Seigneur im Jahre 1752 leistete, übernahm die Gemeinde diese Barke zur freien Verfügung, jedoch mit der Einschränkung, daß sie dem Seigneur, seiner Familie und seinem Gesinde unentgeltlich zur Verfügung stehen müsse; es durfte von ihm keinerlei *droit de péage* verlangt werden, und dies „sous la censive annuelle et perpétuelle de vingt quatre Emines bled orge, faisant deux salmées quatre Emines“,<sup>61</sup> Der Vergleich ergibt, daß der Seigneur für dieselbe Sache fast fünfmal mehr von seinen Hintersassen einnahm, als er selbst seinem Suzerain leistete.<sup>62</sup>

Anders ist es nun, wenn man nach der Gesamthöhe der Lasten fragt, die jenes unterste Glied, die Zinsbauern, zu tragen hatte. Hierauf kann man nur mit großer Vorsicht, und ohne den Anspruch auf Allgemeingültigkeit, eine Antwort geben. Wie schon ein Vergleich der cahiers ergibt, besteht bei der Gesamthöhe der Lasten ein großer Unterschied. Es gab Gegenden, die vor allem die Steuerüberlastung zum Hauptgegenstand ihrer Klage machten, und dann wieder solche, die diese Frage fast ganz vernachlässigten, um nur über die Härte der Feudallasten zu klagen. Und selbst innerhalb einer Bailliage gewahrt man Unterschiede; es hing sehr viel von den einzelnen Seigneuren ab, so daß man sagen kann, die Höhe der Feudallasten wechselte von Seigneurie zu Seigneurie.<sup>63</sup> Aber sicher ist, daß sie mit wenigen Ausnahmen eine nicht un-

---

59. C. 1255 Arch. dép. (Gard.) inféod. de la sixieme partie de la justice de Collias par le duc d'Uzès an P. Guillaume de Tremoulet.

60. 1 septier = 51 l. s. Table de comparaison, mesure d'Uzès.

61. C. 1255 Arch. dép. (Gard.) Reconn. féod. en faveur du noble P. de Tremoulet, seigneur de Collias et les habitants de ladite commune.

62. 1 Emine = 20,4 l, 1 Salmée = 204 l, table de comparaison, mesure d'Uzès.

63. s. u. S. 31 ff.; s. a. G. Lefebvre, Les paysans du Nord pend. la Révol. S. 144/45, u. M. Marion, Les classes rurales en Bordelais au 18<sup>e</sup> s.

wesentliche Belastung für den Landwirt darstellten und ihnen bei der Steigerung der Pacht- und Güterpreise sowie aller landwirtschaftlichen Produkte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine größere Bedeutung denn je zukam, besonders wenn man bedenkt, daß viele Seigneure fast ausschließlich von ihren Feudalrechten lebten.

Wie hoch die Lasten sein konnten, und wie sie sich oft zusammensetzten, möge folgendes Beispiel zeigen, das einem Terrier entnommen ist. Die Gemeinde Clinchamp entrichtete 1789 ihrem Seigneur: 1. eine jährliche Rente von 200 Livres; 2. jeder Einwohner 3 Hühner, 5 sols 3 deniers; die lods et ventes auf  $\frac{1}{20}$  für alles, was am Ort verkauft wurde; 4. die erste Pinte von jedem Faß Wein, der im Kleinhandel am Ort verkauft wurde; 5. jede Zunge der am Ort geschlachteten Ochsen und Kühe; außerdem besaß der Seigneur 6. das Recht, einem Bäcker das alleinige Brotverkaufsrecht am Ort zu gewähren; 7. mehrere Grundzinse von Häusern und Liegenschaften am Ort; 8. den achten Teil der kirchlichen Zehnten.<sup>64</sup>

In einer Gemeinde der Champagne, Pierre Morains, die 1789 <sup>3</sup>42 Feuerstellen aufwies, wurde an Steuern 1600 L. 14 sols bezahlt. Das Verzeichnis von 1773 weist 1000 arpents bebautes Land und 600 arpents unbebautes Land auf. Der Seigneur besaß dort eine Abgabe, die in nur 3000 boisseaux! Hafer bestand.<sup>65</sup> Dazu kam noch der an die Kirche zu zahlende Zehnt, der außer von den Feldfrüchten noch von jedem dreizehnten Stück Federvieh und jedem sechzehnten, im Lauf des Jahres geborenen Lämmern erhoben wurde.<sup>66</sup> Gewöhnlich bestand die an den Seigneur zu leistende Abgabe nicht in einer Grundlast, sondern in mehreren Einzellasten, auch wenn die Abgabe auf Konvention mit einer Gemeinde zurückging. Sie zerfiel dann häufig in zwei Teile: der eine Teil entfiel auf jeden Haushalt, ohne jedoch immer gleich groß zu sein; den anderen Teil trug

---

64. Arch. nat. D XIV 6 (Sagnac et Caron, zit., S. 56) Pétition de M. du Puy de Lezeville, seigneur de Clinchamp (Haute-Marne).

65. boisseau ist ein Maß, dessen Inhalt je nach Gegend verschieden war; s. u.

66. Laurent, Cah. du bailliage de Chalons-sur-Marne, Bd. 1, Anmerk. des Herausgebers.



die Gemeinde als Gesamtheit. Eine derartige Grundlast ging meist auf Gewährung von Nutzrechten auf die *terres vaines et vagues* von seiten des Seigneurs zurück.<sup>67</sup>

In der Bailliage von Contentin zahlte die Gemeinde Trelly an Steuern 9868 L. 7 s. 8 d. Die Hintersassen bezahlten an ihre Seigneure insgesamt 13 227 Livres.<sup>68</sup> Diese Gesamtsumme bedeutet also eine erhebliche Überschreitung des Steuerbetrags. Für eine ähnliche Überschreitung der Abgaben an den Seigneur findet man auch Beispiele in der Franche-Comté. Die Gemeinde Arcy, 563 Einwohner zählend, bezahlte 1787 an Steuern 2037 L. Die Abgaben an den Seigneur sollen nach Angabe des cahier diese um 4636 L. überschreiten.<sup>69</sup>

Im Artois, wo die Feudalität nicht besonders drückend war, findet man, daß im Durchschnitt an Abgaben für Steuern 19,6%, für die Feudalrechte, den Zehnt inbegriffen, 27,5 % des Einkommens bezahlt wurden.<sup>70</sup>

Das über ganz Frankreich verbreitete Feudalregime war innerhalb seiner Struktur biegsam und variabel, es blieb sich aber doch darin überall gleich, daß es für das Volk, insbesondere für die Bauern, eine große Last darstellte. Am wenigsten wirkte sich diese Tatsache noch aus in Südfrankreich. Mit Recht wird dieser Teil Frankreichs, als durch die Feudalität am wenigsten belastet angesehen. Dies war einerseits bedingt durch seine wirtschaftliche Struktur und anderseits war das südliche Frankreich vom sogenannten *droit écrit* bestimmt, was, wie in

---

67. s. z. B. D XIV, 7, „. . . Ces droits consistent à lui payer, par chaque ménage un demi-franchard de froment; un franchard et demi d'avoine, deux poules, et sept sols dix deniers d'argent; un franchard de froment par cheval tirant et un franchard et demi d'avoine; cent quarante-quatre franchard de froment et autant d'avoine sur la totalité des terres du finage; vingt livres de menues censives sur les prés, terres et maisons; enfin les droits de lods et ventes; . . .“ (Pétition des officiers municipaux de Malaucourt et de Haucourt, Meuse; Dez. 1789).

68. A. Brette, La noblesse et ses privil. pécuniaires en 1789, La Révol. fr., Bd. 51, 1906.

69. Godard et Abensour, zit., s. d. a. cahiers der Gemeinden Autrey, Bassigney, Bemont, Corbenay, Le Fontenis, Le Magny, Pont-de-Roide und Tressilley, wo die Verhältnisse ähnlich sind.

70. Laude, Les classes rurales en Artois sous l'ancien régime, S. 250.

einem andern Abschnitt gezeigt wird, bedeutsame Folgen für die Feudalität hätte haben sollen. Aber wir können auch hier eine große Konfusion in den Rechtsverhältnissen konstatieren und die Wahrnehmung machen, daß Theorie und Praxis durchaus nicht immer übereinstimmen. Die Quellen, auf die sich das Folgende stützt, gehören zu den sichersten und präzisesten, die man für das Studium des Feudalregimes überhaupt verwenden kann: es sind die von den Zinsbauern freiwillig geleisteten *reconnaissances*, über die an anderer Stelle noch ausführlicher zu sprechen Gelegenheit sein wird. Die Bedeutung und Art dieser Quellen bestimmen auch die für die Darlegung gewählte Form.

Was die Feudallasten betrifft, so bestätigen die gefundenen Resultate das früher Gesagte vollauf. Man kann nämlich auch hier eine große Verschiedenheit der Quoten feststellen. Die Lasten und die Arten der Lasten wechseln von einer Seigneurie zur andern und schwanken selbst innerhalb einer Seigneurie. Letzteres darf aber nicht zu hoch eingeschätzt werden, weil aus den *Terriers*, bzw. den *reconnaissances*, die Art der betreffenden Grundstücke selten genau festgestellt werden kann. Manchmal besteht sogar die alljährlich zu leistende Abgabe nur in einem Geldzins und Hühnern, wobei man aber meist auf enorm hohe *lods (et ventes)* stößt, wie  $\frac{1}{4}$  u. ä. Ist dagegen die Quote für die *lods (et ventes)* niedriger, so sind gewöhnlich die *droits annuels* hoch. Als Quote für den champart findet man häufig  $\frac{1}{4}$  aller Feldfrüchte.<sup>71</sup>

Die in den *Terriers* (Grundbuch des Seigneurs) niedergelegten *reconnaissances* beginnen gewöhnlich folgendermaßen: „L'an mil sept cent . . . et le . . . jour du mois . . . a été présent . . . lequel de son gré a reconnu tenir devoir et vouloir tenir de la directe seigneurie juridiction haute moyenne et basse mere mixte impere droits de lods à raison de . . . , conseil, prélation, commission, retention, avantage et censive annuelles bas écrits aud. haut et puissant Seigneur . . . droits et facultés ci-après désignés . . .“<sup>71</sup>

---

71. s. Arch. départ. Séries C u. E.

Leider ist aus vielen *reconnaissances* die Größe und Qualität der darin erwähnten Grundstücke nicht ersichtlich, so daß es nicht immer leicht ist, die Höhe der Quote der Feudallasten auch nur annähernd zu bestimmen. Wie hoch aber die jährlichen Lasten sein konnten, ersieht man sehr deutlich aus dem Terrier der Seigneurie de Cassagnolles, das im Jahre 1758 erneuert und sehr genau angelegt wurde.<sup>72</sup> Wir entnehmen ihm nachstehende Beispiele. Ein Zinsbauer (Fo. 1) anerkannte u. a.: 1. Ein Haus mit Hof, „contenant 6 dextres (1 dextre = 20 qm<sup>2</sup>, mesure agraire de Cassagnolles, s. table de comparaison) sous la censive de six deniers; 2. une pièce de terre contenant 3 Quartes 1 boisseau (1 Quarte = 5 ar, 1 boisseau = 1,25 ar) sous la censive de deux boisseaux orge (1 boisseau = 3,45 Liter, mesure de capacité de Cassagnolles); 3. une pièce de terre contenant 1 Quarte 2 boisseaux sous la censive d'une Emine orge (1 Emine = 27,6 l.); 4. une pièce de terre contenant 1/2 salmée (1 Salmée = 52 ar) sous la censive de 3 boisseaux orge; 5. une pièce de terre contenant 2 1/2 cesterées (sic) (1 Seterée = 20 ar) sous la censive de 5 1/2 boisseaux orge, 7 3/4 boisseaux froment et six deniers; 6. une pièce de terre contenant 3 Emines (1 Emine = 6 ar) sous la censive de 3 Emines orge; usw.“

Die Gesamtlast des betreffenden Bauern, der außerdem noch für seine *co-tenanciers* haftete, belief sich auf (Revenant toutes les susd. censives pour la cottepart (sic) du reconn. *sans préjudicier à l'indivis qui est expressément réservé*) six cartes (sic) (1 Quarte = 13,8 l) trois boisseau et trois quarts de boisseau froment, quatre cartes deux boisseau deux quarts de boisseau et deux vingtaines (= 1/10 Emine) bled meteil, six cetiers (sic) (1 septier = 110 l) trois boisseaux un quart et un tiers de boisseau orge, scavoir . . . , dix sols trois deniers un quart pite quatre vingtaines (= 1/5 Emine) trois quarts seigle, deux ceilllets d'huile, deux boisseaux espeautre (sic) (Dinkel), deux poules deux tiers et un huitieme payable et portable aud. Seigneur chaque jour et fête St. Michel dans son chateau aud. Cassagnolles . . .

---

72. Arch. dép. I E 884 (Gard) Terriers de reconnaissances féod. en faveur de Messire Franç. Maximilien de Lauberge par ses vassaux et emphytéotes de sa terre de Cassagnolles.



Die Gemeinde hatte mit dem Seigneur einen langjährigen Prozeß geführt wegen des Gebrauchs der Maße bei der Entrichtung der Feudalrenten.<sup>73</sup> Da nach Ansicht der Gemeinde die Maße des Seigneurs zu groß waren, hatten viele Zinsbauern während der letzten Jahrzehnte ihre Feudalrenten nur zu einem Teil bezahlt. Die Rückstände seit dem Jahre 1705, die sogenannten *arrérages*, die nach der Terriererneuerung liquidiert werden mußten, beliefen sich für den obengenannten Zinsbauer auf „dix sept cent vingt cinq livres treize sols cinq deniers, que led. Foucard reconn. a réellement payé and. Seigneur . . .“ Die *arrérages* mußten meist in Geld umgerechnet bezahlt werden.

Ein anderer Zinsbauer (s. terrier S. 187) derselben Seigneurie bezahlte unter ähnlichen Verhältnissen, mit ausdrücklicher Haftung für das „*indivis*“, „quinze cartes trois boisseaux un quart quart et un huitieme de boisseau plus un quart et un huitieme de vingtaine orge, deux cartes trois boisseaux et une vingtaine froment, un quart de boisseau avoine, trois cartes deux boisseaux un quart d'autre boisseau, la moitié et un tiers de vingtaine bled seigle, quinze sols dix deniers maille, un tiers d'autre maille et pogese, quatre poules et un trente deuxieme d'autre poule et demi cartal d'huile d'olive payable et portable . . .“ (wie oben). Die *arrérages* wurden auf 1191 livres 16 s. 11 d. berechnet.

Nach den soeben angeführten Beispielen, die den *reconnaisances* der größeren Zinsbauern der Seigneurie entnommen sind, wollen wir noch die reconnaissance eines der kleinsten Zinsbauern der Seigneurie zitieren. Sein ganzer Besitz bestand aus einem Häuschen (Grundfläche  $2\frac{1}{4}$  dextres), mit Hof (Grundfläche 3 quartes plus  $\frac{1}{8}$  dextres) und einem Garten von 2 boisseaux. Die jährliche Verpflichtung gegen den Seigneur betrug „la moitié d'une poule, deux boisseaux orge, un tiers de boisseau froment et un boisseau bled méteil, payable et portable . . .“ (wie oben, s. terrier S. 195).

Es würde nicht schwer fallen, noch andere Beispiele anzuführen; denn das Terrier enthält genau ein hundert reconnaissances, die alle äußerst detailliert sind. Wir haben darauf

---

73. Arch. dép. I E 887 (Gard).

verzichtet, die in den 100 reconnaissances aufgezählten Lasten zusammenzustellen. Der vorurteilsfreie Leser wird auf Grund der angeführten Beispiele bereits imstande sein, sich eine Vorstellung der Einnahmen des Seigneurs von Cassagnolles aus den Feudalrenten zu verschaffen. Auch die Schätzung der Quote ist hier nicht allzu schwer. Nur muß man dabei die landwirtschaftlichen Methoden des 18. Jahrhunderts berücksichtigen und bedenken, daß der Ernteertrag in dieser Gegend im Durchschnitt das Fünffache nicht überstieg, nicht selten aber im Verhältnis von 3—4 : 1 stand.<sup>74</sup> Es ist dann nicht schwer, Güter zu finden, deren Belastung durch die Feudalität mindestens 20% des Reinertrags ausmachte.

Wir greifen nunmehr als weiteres Beispiel eine *reconnaissance* aus dem Terrier der Seigneurie Lasfonds heraus. Die reconnaissance wurde im Jahre 1736 gemacht und im Jahre 1755 erneuert.<sup>75</sup> Die Hauptartikel sind folgende: Ein Häuschen mit Hof, Grundfläche 39 cannes (1 canne = 4 qum<sup>2</sup>, table de comparaison, mesure de Molières); ein weiteres Gebäude von 12 cannes; ein Grundstück von = 1 dextre (= 20 qum<sup>2</sup>); ein Grundstück (chenevière) von 16 dextres; ein Grundstück (bois) von 4 ceterées 1 carte (1 Seterée = 20 ar, mesure de Molières); ein Weinberg von 2 cartes 3 dextres (1 quarte = 5 ar), ein Grundstück (bois) von 3 ceterées 1 quarte 1 dextre; ein Grundstück (bois) von 2 ceterées 1 carte 10 dextres und einige kleine Artikel „*sous la censive de 8 ceterées* (sic) (1 septier = 77 l) de bled scavoir quatre de meille, deux de seigle et deux de froment, 7 sols 6 deniers *et outre la susd. censive la huitieme partie de tous les fruits excroissants dans lesd. terres excepté . . .*“ (einiger Artikel s. terrier vom Jahre 1559). Die reconnaissances dieses Terriers weisen eine große Verschiedenheit auf. So entrichtete ein anderer Zinsbauer derselben Seigneurie genau so viel Feudalrenten, obwohl sein Besitz schätzungsweise fast doppelt so groß war. — Aus einer *reconnaissance* vom 23. August 1779 der Baronnie Marguerittes ent-

74. s. a. a. O. S. 90.

75. I E 828, Arch. dép. (Gard) Seigneurie de Lasfonds (paroisse de Molières).

nehmen wir, daß ein Grundstück von 1 Emine (1 Emine = 5 ar 58 qum<sup>2</sup>, mesure agr. de Marguerittes) belastet war von der censive annuelle et perpetuelle d'une Emine bled froment (1 Emine = 16,66 l).<sup>76</sup> Nicht immer sind die Angaben so präzise. So ist z. B. aus den Papieren der Seigneurie de Lèques nur zu ersehen, daß der Seigneur im Jahre 1775 an Grundzinsen 268 l. 11 s. 8 d. eingenommen hat.<sup>77</sup> Genauer ist schon das „Terrier de Montfrin servant au recouvrement annuels des censes et arrérages“,<sup>78</sup> obwohl die Größe der den einzelnen Zinsbauern gehörenden Artikel nicht ersichtlich ist. Es heißt dort: „Les censes du terrier de Montfrin consistent en 8 salmées 1 Emine 8 civadiers bled, 16 salmées 1 Emine 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> civadiers orge (1 salmée = 178 l. 1 Emine = 22,3 l, 1 civadier = 2,8 l, mesure de Montfrin s. sable de comparaison) 395 poules, 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Chapons, 36<sup>2</sup>/<sub>3</sub> livres huile, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> livre lize, 2 albergues de cheval <sup>1</sup>/<sub>4</sub> + <sup>1</sup>/<sub>24</sub>, 1 livre poivre, 1 livre gingembre, 42 livres, 4 sols 7 deniers en argent“. Nach einer beigefügten Tabelle zur Berechnung der arrérages betrug der Durchschnittspreis (der Durchschnitt ist errechnet aus dem Marktpreis der letzten 14 Jahre, 1755-1768) für 1 Salmée bled = 30,5 livres, für 1 Salmée orge 14,5 l. — Wir geben nun einige Beispiele aus dem Terrier. Ein einzelner Zinsbauer (F<sup>o</sup> 4) zahlte jährlich: 2 Emines 3 civadiers bled, 1 Salmée 2 Emines 6 civad. orge, 19 sols 4 deniers, 12 Hühner, ein droit de pontanage von 1 l. 10 s. Die arrérages beliefen sich 1769 auf 583 liv. 10 s. 14 d. (Eine nähere Begrenzung des Zeitraumes für den Verfall der arrérages ist nicht angegeben). Ein anderer (F<sup>o</sup> 18) bezahlte jährlich 1 Emine 1<sup>5</sup>/<sub>6</sub> civad. bled, 3 civadiers orge, 1 sol, 11 deniers, 2 Hühner. Die Summe der arrérages belief sich auf 115 l. 10 s., die am 3. Februar 1769 bezahlt wurde. Dieser Zinsbauer gehörte zu den kleinen Bauern der Seigneurie. Ein weiterer Bauer (F<sup>o</sup> 8) bezahlte jährlich 3<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Emines, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> civad. bled, 1 Emine, 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> civad. orge, 5 s. 2 d., 3 Hühner, ein droit de pontanage von 1 l. 20 s. Die arrérages beliefen sich auf 317 l. 12 s. 8 d., die am 14. Februar 1769 be-

---

76. E 1249 Arch. dép. (Gard) reconnaissances féod. de la Baronnie de Marguerittes.

77. E 201 Arch. dép. (Gard) Seigneurie de Lèques.

78. E 245 Arch. dép. (Gard).

zahlt wurden. In Geld bezahlte dieser Bauer 1771 und 1772 je 22 l. 12 s., 1776 = 39 l. 10 s., 1777 = 31 l. 2 s. und 1778 = 37 l. 5 s.

Interessant ist nun ein Vergleich des Terriers mit dem cahier der Gemeinde für die Generalstände von 1789. Dieses setzt sich zum größten Teil aus Beschwerden über das Feudalregime zusammen. Es klagt, daß die Lasten ständig steigen, daß der Seigneur im Lauf der Zeit seine directe auf die allodialen Güter ausgedehnt habe und daß er sich alle möglichen Übergriffe erlaube. Die Quote der jährlichen Abgaben an den Seigneur wird auf mehr als 10 % des Ertrags angegeben.<sup>79</sup> Diese Angabe scheint nach dem Studium des Terriers keineswegs übertrieben. Man beachte außerdem, daß zu all den erwähnten Lasten noch die lods et ventes hinzukommen, die in dieser Gegend gewöhnlich  $\frac{1}{5}$ , nicht selten aber auch  $\frac{1}{4}$  des Verkaufspreises betrug.

Zu den angeführten Beispielen fügen wir noch ein weiteres. Am 23. Juni 1789 verpachtete der Seigneur von Blandas, baron du Clapier, sämtliche ihm von seinen Hintersassen der Baronnie Clapier schuldige droits féodaux einschließlich der Hälfte der lods et ventes für den jährlichen Pachtpreis von 1080 livres.<sup>80</sup> Die Baronnie Clapier ist bekannt als unfruchtbare Gegend. Nach dem Terrier von 1750 zählte sie etwa 120 Zinsbauern. Meistens waren es ganz kleine Bauern, die oft nur ein Häuschen mit wenig Boden besaßen. Er wurden damals auch Güter neu in Zins gegeben, die früher wegen Unfruchtbarkeit liegen gelassen worden waren.

Die Zahl der Beispiele könnte beliebig vermehrt werden; wir glauben jedoch, daß das Gebotene genügt, sich einen ausreichenden Begriff von der realen Beschaffenheit der Feudalität machen zu können. Und man wird erkennen können, daß auch in Südfrankreich dieses System einen ganz erheblichen Belastungsfaktor für die Bevölkerung darstellte.

Doch wird man, obwohl man sehr wenig exakte Durchschnittsangaben über einzelne Provinzen besitzt,<sup>81</sup> im allgemei-

79. s. Bligny et Bondurand Bd. I. zit.

80. I E 1418 Arch. dép. (Gard).

81. Die etwas hypothetische Schätzung Marion's beträgt 11—12 % für das Bordelais; ähnlich schätzt de La Monneraye für die Provinz Maine.



nen annehmen dürfen, daß die Belastung durch die Feudalität der Steuerbelastung nicht gleich kam, und daß die entgegengesetzten Fälle außergewöhnlich sind. Darf man dagegen aber annehmen, daß sich die Feudalrechte gegen Ende des ancien régime immer mehr vermindert und an Bedeutung verloren hätten? Nicht nur das bisher Gesagte, sondern auch folgende Beispiele lassen diese Annahme nicht zu. Das Domkapitel von Rennes sah den Wert seiner Feudalrenten (Zins und champart) in Pordiac in nachstehendem Verhältnis steigen: der Ertrag daraus betrug im Jahre 1745 750 L., im Jahre 1768 betrug er 1000 L. und im Jahre 1790 = 2000 Livres. Ähnlich ist das Verhältnis der Einnahmen aus den lods et ventes. Das Durchschnittseinkommen aus diesen wurde für die mense abbatiale von Saint-Melaine im Jahre 1790 auf 4000 L. gegen 1500 L. bzw. 2000 L. im Jahre 1770, je nachdem man die Priorei von Morlaix hinzurechnete oder nicht, geschätzt.<sup>82</sup>

Ähnliche Beispiele finden sich auch in den Studien von Marion über die Gironde und von Roupnel über die Bourgogne. Die Feudalrenten aus den Gemeinden Nicole und Aiguillon brachten dem Herzog von Aiguillon im Jahre 1758 = 5400 L. ein, im Jahre 1771 dagegen 7500 L.<sup>83</sup> — Die Einnahmen der Grafschaft Baumont aus den Feudalrenten betrugen 5011 L. im Jahre 1718, 6000 L. im Jahre 1730, 7600 L. im Jahre 1747, im Jahre 1757 betrugen sie 8310 L. und im Jahre 1776 = 13 000 L. Der Backbann erbrachte im Jahre 1566 = 12 L. und 270 L. im Jahre 1784. In demselben Zeitraum steigerte sich die Einnahme aus dem Mahlbann von 16 L. auf 628 L.<sup>84</sup> In anderen Gegenden war es ähnlich. So wurde die Mühle der Seigneurie Haye-Dix, in der Bretagne, im Jahre 1771 für 100 L. verpachtet. Im Jahre 1777 betrug der Pachtpreis 200 L., 1783 = 300 L. und 1787 betrug er 350 L.<sup>85</sup> Die Mühle der Seigneurie von Rommefort, in

82. Rebillon, A., La situation écon. du Clergé à la veille de la Révol. dans les districts de Rennes, de Tongères et de Vitry, S. LXIX.

83. Marion, zit. S. 462.

84. s. Roupnel, G., Les populations de la ville et de la campagne dijonnaises au 17. s. s. a. Mathiez, Notes sur l'importance du prolétariat en France à la veille de la Révolution, Annales hist. de la Rév. franc. 1930.

85. H. Sée, Les classes rurales en Bretagne, S. 135.



der Provinz Maine, kostete 1772 = 180 L. Pacht, 1780 = 335 L. und im Jahre 1789 = 490 L.<sup>86</sup>

Zweifelloos entspricht diese gewaltige Steigerung der seigneurialen Einnahmen bis zu einem gewissen Grade der kontinuierlichen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte und Güter, die dem 18. Jahrhundert, vornehmlich in der zweiten Hälfte, sein wirtschaftliches Gepräge gibt.

Diese Entwicklung bedingte zugleich eine ansteigende reale Belastung der Bauern und somit ein anwachsendes Gefühl der Bedrückung. Das Eintreten dieser zunehmenden Belastung war eine zwangsläufige Folgeerscheinung, die nur zu vermindern gewesen wäre durch die Erfüllung einiger grundlegender Voraussetzungen; die Voraussetzungen dafür waren: eine auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens im gleichen Verhältnis zueinander stehende Entwicklung und Auswirkung der kontinuierlichen Preissteigerung; eine entsprechende Angleichung der Arbeitslöhne an diese wirtschaftliche Evolution; und vor allem eine durchgängige wirtschaftliche Unabhängigkeit der Zinsbauern, denn nur unter dieser Voraussetzung war ihnen die Möglichkeit gegeben, aus der wirtschaftlichen Aktivität, die jener Preissteigerung entsprach, gleichfalls Nutzen zu ziehen. Diese Voraussetzungen waren jedoch in keiner Weise auch nur annähernd vorhanden. Die wirtschaftliche und soziale Struktur des damaligen Frankreich schaltete jegliche Erfüllung derartiger Voraussetzungen von vornherein aus. Und so mußten sich bei dem andauernden Steigen der Preise aller landwirtschaftlichen Produkte die auf den Gütern liegenden Feudallasten immer stärker auswirken und von der großen Mehrzahl der Zinsbauern als immer unerträglicher empfunden werden. — Zu all diesen aus dem feudalen System resultierenden realen Gegebenheiten kommt nun noch hinzu, daß die Seigneure die Möglichkeit besaßen, ihren Pächtern und Zinsbauern immer härtere Bedingungen auferlegen zu können, die ihnen eine Erhöhung ihrer Einkünfte gewährleisteten. Und auf Grund der cahiers und anderer Zeugnisse sind wir zu der Annahme berechtigt, daß die Seigneure von dieser ihnen zustehenden Möglichkeit auch Gebrauch gemacht haben.

---

86. de La Monneraye, zit.

## Zweites Kapitel.

### Der feudale Apparat.

Damit all die betrachteten Rechte, besonders die direkt seigneurialen, eine Sicherung erhielten, damit verhindert wurde, daß kein Glied sich von der feudalen Kette löste und der Vasall seinerseits vor allzu großen Übergriffen von Seiten der Seigneure geschützt war, bestand der Zwang, den Lehensrevers zu leisten. Vor dieser Verpflichtung hatte sich der Vasall seinem Seigneur vorzustellen und ihm den Treueid, *foi et hommage*, zu leisten.<sup>1</sup> Innerhalb von 40 Tagen nach dieser Zeremonie hatte der neue Vasall den betreffenden Lehensrevers, sein *aveu* bei seinem Seigneur einzureichen. Wie für einen Vasallen, der ein Lehen erwarb, so bestand auch für den gewöhnlichen Zinsmann, sobald er ein im feudalen Gutsverband liegendes Grundstück übernahm oder erwarb, diese Verpflichtung. Für ihn beschränkte sie sich auf die Leistung einer *reconnaissance*, *dénombrement* genannt; die Zeremonie der Leistung von *foi et hommage* war für ihn Ende des *ancien régime* im allgemeinen weggefallen. *Aveu et dénombrement* war eine ins einzelne gehende Beschreibung des betreffenden Lehens oder Gutes, eine Art Kataster, die jeder Besitzer mindestens einmal in seinem Leben zu machen hatte.<sup>2</sup> Der Seigneur hatte das Recht, diese Leistung von Zeit zu Zeit zu verlangen; die Anzahl der Jahre war häufig durch die *coutume* bestimmt, sie konnte zwanzig oder dreißig Jahre betragen, je nachdem. War das *aveu* nicht genau oder hatte es Auslassungen, so war es ungültig und zog dem Vasall, beziehungsweise dem Zinsmann eine Strafe zu und die Verpflichtung, es nochmals zu machen.<sup>3</sup> Die Strafe bestand

---

1. Giraud, A., Des *aveux féod. et des déclarations censuelles*.

2. Marion, Dict., s. *aveu*; Renaudon, S. 98 ff.

3. s. H. Sée, *La portée du régime seign.* (Rév. d'hist. mod. et contemporaine 1906).

häufig darin, daß die Auslassung einer Sache für den Zinsmann den Verlust derselben und Konfiskation zugunsten des Seigneurs nach sich zog.<sup>4</sup> Die Leistung von *aveu et dénombrement* erhielt Ende des *ancien régime* besondere Bedeutung, weil die Seigneure sich viel mit der Erneuerung ihrer *terriers* beschäftigt haben — dies hängt mit jener bekannten feudalen Reaktion zusammen — und dazu jedesmal von den Hintersassen genaue Besitzerklärungen eingereicht werden mußten. Dabei kam es vor, daß der Seigneur nachträglich den Besitz eines Hintersassen, der sein *dénombrement* eingereicht hatte, ausmessen ließ und den etwa überschüssigen Besitz, d. h. den Boden, der über die Angaben der Bauern hinausging, zu seinen Gütern schlug.<sup>5</sup> Wurde die erwähnte Frist von 40 Tagen nicht eingehalten, oder weigerte sich der Vasall überhaupt, die Erklärung zu leisten, so trat die *saisie féodale* in Kraft, das heißt, der Seigneur konnte das Lehen oder Zinsland bis zur Erfüllung dieser Formalität zum Pfand nehmen. Nach Leistung der *aveux et dénombrement* hatte der Seigneur seinerseits nach den Vorschriften der allermeisten *coutumes* eine Frist von 40 Tagen, um die Erklärung anzunehmen oder abzulehnen. Die *coutume* von Maine ließ dem Seigneur ein Jahr und einen Tag, die *coutume* der Bretagne sogar dreißig Jahre dazu Zeit.<sup>6</sup>

Die *aveu*-Leistung war für die Hintersassen eine verhaßte Angelegenheit. Schon die Androhung dieser Formalität machte die Bauern gefügig.<sup>7</sup> Das ist vor allem für die Bretagne, die Heimat des *domaine congéable*, wohl verständlich, wenn man bedenkt, daß die Auslassung eines Grabens oder eines Baumes die Nichtigkeit der Erklärung zur Folge haben konnte.<sup>8</sup> Daß dieser Fall nicht eintrat, hing nur vom Seigneur ab, denn innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren war die Verhinderung einer Änderung nicht gut möglich.

---

4. Vgl. de La Monneraye, zit.

5. G. Lefebvre, zit., S. 150.

6. Giraud, *ibid.*, S. 4.

7. Dupont, E., *La condition des paysans du Nord*, *Annales de Bretagne*, Bd. 15.

8. Le Gevel, *Commentaire sur l'usage de Rohan*, S. 43.

### Die seigneuriale Gerichtsbarkeit.

Die Besitzerklärungen, aveux et dénombrements, der Vassallen und Hintersassen, sicherten dem Seigneur die Legitimität seiner Rechte. Wie aber, wenn der Hintersasse sich weigerte zu bezahlen oder die Erklärungen zur bestimmten Frist nicht einreichte? Wohl konnte der Seigneur das Recht der saisie féodale in Anspruch nehmen, aber welche Mittel standen ihm zur Verfügung, sich dieses Rechtes zu bedienen, sich überhaupt praktisch seine Rechte zu sichern? Das Mittel zur Wahrung seiner Rechte war die (grundherrliche) Gerichtsbarkeit, das Instrument, das die feudale Ausbeutung garantierte und ihm noch den letzten Rest von Autorität und Macht über seine Hintersassen erhielt. Sie ist der Schlüssel zum feudalen Gebäude. Die Gerichtsbarkeit war häufig mit dem Lehen verbunden, knüpfte sich aber nicht unbedingt an dasselbe, so daß mit Ausnahme der Bretagne sich die Begriffe Seigneurie und Gerichtsherrschaft nicht stets decken.<sup>9</sup>

Die Bedeutung dieser Gerichte war im 18. Jahrhundert stark gesunken. Von den königlichen Gerichten, ihren Rivalen, wurden sie immer mehr zurückgedrängt und in ihren einst weitgehenden Befugnissen eingeschränkt, so daß Ende des ancien régime ihre compétence criminelle sehr erschüttert, wenn nicht ganz aufgehoben war. Die compétence féodale dagegen hatten sie uneingeschränkt behalten<sup>10</sup> und mit großer Energie verteidigt; denn wenn die Gerichtsbarkeit dem Seigneur auch nicht viel einbrachte, so bildete sie doch die Garantie für die Erhaltung der seigneurialen und feudalen Rechte und Monopole und tat somit ihrem Zweck Genüge.

Die größte Macht haben diese Gerichte in der Bretagne behalten. Mit mehr Erfolg als sonstwo haben sie unter dem Schutz des Parlaments und der Stände der Beschränkung durch die Zentralmacht getrotzt.<sup>11</sup> Aber auch dort war ihre Dekadenz

---

9. De La Monneraye, Essai sur le régime seign. dans le Haut-Maine au 18<sup>e</sup> s. (Annales de Bretagne 1911/12.) s. Giffard, Les justices seign. en Bretagne.

10. H. Sée, Esquisse d'une hist. agraire . . ., S. 27.

11. Giffard, Les justices seign. en Bretagne, S. 292, s. Lefebvre, S. 124.



dieselbe wie überall in ganz Frankreich. Einer ihrer Hauptschäden war, daß die Richter in den grundherrlichen Gerichten vollständig vom Seigneur abhingen, der sie ernannte und absetzte. Sie hatten deshalb ein großes Interesse, ihre Pflichten zur Zufriedenheit der Seigneure zu erfüllen.<sup>12</sup> Die Rechtsprechung war deshalb stets eine parteiische. Da das Einkommen dieser Beamten ein sehr mäßiges war — eine Gerichtsbarkeit war oft nicht imstande, einen Richter zu ernähren, — suchten sie die Prozesse zu vermehren und in die Länge zu ziehen, um möglichst hohe Kosten herauszuschlagen.<sup>13</sup> Die Unmenge der Gerichtsbarkeiten und die Zahl der seigneurialen Beamten, denen der Apparat den Unterhalt gewähren mußte, vermehrten noch das Übel.<sup>14</sup> Die Richter waren des geringen Einkommens wegen oft gezwungen, neben ihrem Amt noch Nebenämter, wie das eines notaire royal, oder das eines procureur fiscal zu führen. Manchmal waren sie auch gar régisseur oder fermier.<sup>15</sup> Ein weiterer Mangel war, daß die seigneurialen Richter meist nicht am Hauptort der Seigneurie residierten. Sie kamen nur unregelmäßig, um die Geschäfte zu erledigen. Das ist sehr einleuchtend, wenn man bedenkt, daß eine Gerichtsbarkeit in mehr als 10 Gemeinden, selbst in 20 und noch mehr Ge-

---

12. s. außer Giffard, Lefebvre, zit., S. 124, Marion, zit., S. 359.

13. „La marche des affaires est devenue si lente et les procès si dispendieux que les peuples préfèrent abandonner leurs intérêts plutôt que de s'exposer à être ruinés.“ (Le Parquier, zit. cah. de Biville-la-Baig.) und „C'est peut-être un des plus redoutables fléaux des campagnes, elles font naître des procès sans nombre et n'en terminent aucun“. (Mège, cah. d'Auvergne, cah. d'Opme.)

14. Babeau sagt: „Une petite paroisse du Nivernais renfermait en 1787 six procureurs et six notaires. Comme ils sont peu occupés le prix de leurs actes n'est que plus considérable.“ (Le village sous l'anc. rég. S. 207.)

15. Typisch ist folgendes Beispiel: Jacques Louis Aguze de Lavalette war bei Ausbruch der Revolution „avocat au Parlement (de Montpellier), feudiste au Vigan et à Montpellier, juge à Bès, d'Aue etc., secrétaire du Marquis de Caillar, maire de Montdardier, subdélégué au Vigan, contrôleur des actes des notaires, receveur des domaines“. (s. I E 673 Arch. dép. (Gard), Papiers d'Auze Lavalette.) Außerdem s. a. Couturier, La préparation des États-gén. en Poitou.



meinden<sup>16</sup> Ressortgebiete haben konnte. Dabei war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß fast ebensoviele andere Gerichte noch Ressortgebiete in einer solchen Gemeinde hatten. Damit war notwendigerweise auch eine schlechte Abgrenzung der Ressortbezirke der einzelnen Gerichtsbarkeiten verbunden. Diese ging in der Bretagne so weit, daß ein Haus im Ressortbezirk zweier Gerichtsherrschaften liegen konnte, was dazu führte, daß sich die Richter der betreffenden Gerichtsbarkeiten das Recht streitig machten, das Inventarverzeichnis nach dem Tode des Besitzers aufnehmen zu dürfen. Zur Entscheidung dieses Streitfalles mußte dann an die höhere Instanz appelliert werden, die z. B. dahingehend entschied, daß die Lage des Hauseingangs maßgebend sei.<sup>17</sup>

Kam nach langer Abwesenheit endlich der Richter in ein Dorf, um die Geschäfte zu erledigen, so hatte er vielleicht nicht einmal ein Verhandlungslokal. Trotz verschiedener Verordnungen der Regierung gab es Gemeinden, die weder Sitzungssaal noch Gefängnis noch Archiv besaßen. Recht wurde oft in Privathäusern, im Cabaret, vor der Kirche, oder unter einem Baum gesprochen,<sup>18</sup> und es kam vor, daß bedeutende Angelegenheiten in einer Scheune verhandelt wurden, wobei der bailli auf drei Korngarben saß und das Pult für den Schreiber aus einem umgestürzten Faß bestand.<sup>19</sup>

Diese feudale Einrichtung hatte kein allzu Vertrauen erweckendes Aussehen; die Bestechlichkeit und Unerfahrenheit der Richter war notorisch. Was der Verfasser des „*Stile criminel du Parlement de Bretagne*“ sagt, hat mit einiger Abschwächung für Frankreich allgemeine Geltung: „Da es nichts Außergewöhnliches ist, 10 oder 12 Gerichte in einer Gemeinde zu zählen, so gibt es in der Bretagne eine große Zahl von grundherrlichen Gerichten. Zur Ausübung jener Gerichtssprengel

---

16. de La Monneraye führt sogar einen Fall mit 30 Gemeinden an; s. a. Lesueur et Cauchie, *Cahiers du bailliage d'Arques*, Einleitung.

17. Giffard, zit., S. 57 (Der Fall datiert aus dem Jahre 1769).

18. Lefebvre, S. 121, s. a. Combes, *Les justices seign. du Vermandois*; Loyseau, *Les Justices de village*, Bussière, *La Rév. en Périgord*, Bd. 1, Mathieu, *L'ancien rég. en Lorraine*.

19. Babeau, zit., S. 209.

braucht man eine Unmenge Beamte und da der Distrikt der meisten Sprengel von sehr kleiner Ausdehnung ist und folglich den betreffenden Beamten wenig einbringt, sind die Seigneure gezwungen, sie aus einer Schicht zu nehmen, deren Kenntnisse sehr beschränkt sind“.<sup>20</sup> Wenn man Salvaing folgen darf, so wurden an diese Beamten auch keine allzu großen Anforderungen gestellt.<sup>21</sup> Ihre Funktion beschränkte sich auf die Überwachung der Erhebung der Feudalrenten, der Frondienste, der Bannrechte usw. Sie empfingen und prüften die aveux et dénombrements, leisteten eine Art Polizeidienst im Dorfe und auf den Märkten.

Nach dem Vorausgegangenen braucht nicht mehr besonders darauf hingewiesen werden, daß das Verfahren bei den grundherrlichen Gerichten nicht nur kompliziert, sondern auch teuer und bei alledem wenig aussichtsreich war. Es konnte sehr lange dauern, bis man an das Parlament appellieren konnte. Prozesse zwischen Gemeinden und ihren Seigneuren, die innerhalb von 20 Jahren nicht zum Abschluß kamen, waren keine Seltenheiten. So gab es in der Bretagne im 18. Jahrhundert nur 53 Gerichtsprengel, die direkt an das Parlament appellieren konnten. Die andern mußten zuvor 3, 4, 5, selbst bis zu 8 Instanzen durchlaufen. Jene Zahl ist verhältnismäßig gering, wenn man in Be-

---

20. zit. von Giffard, S. 293; vgl. a. Arch. nat. D XIV, 5, Notes de Séguin, curé de Sauveterre, (Lot-et-Garonne) Le juge est trop souvent un ignorant, et s'il ne l'est pas, ses officiers le sont; les procureurs, qui sont presque toujours, à la campagne, des hommes illettrés et sans pas une connaissance des lois, jugent les trois quarts des affaires à l'absence du juge qui, chargé de plusieurs judicatures et éloigné par conséquent de plusieurs de ses sièges, ne peut se rendre tous les jours d'audience; pour lors ses procureurs, faisant la fonction de juge, jugent à tort et à travers et augmentent souvent les frais sans nécessité; quelquefois ils consultent un avocat et lui font passer la procédure: voilà des frais qu'on porte au compte et qui sont à la charge des plaideurs qui deviennent la dupe et les victimes de l'ignorance de leurs juges. (Sagnac et Caron, S. 6.)

21. „quand le blé dû pour les rentes n'est pas beau pour contraindre le malheureux emphytéote à en payer la valeur, on fait rendre un jugement par le juge seigneurial qui ordonne que le blé sera payé au prix moyen du carcabeau le plus voisin“ (Salvaing de Boissien, Traité de l'usage des fiefs et autres droits seigneuriaux, S. 449).

tracht zieht, daß es bei Ausbruch der Revolution in der Bretagne mindestens noch 2500 grundherrliche Gerichte gab, so daß im Durchschnitt auf jede Gemeinde ungefähr 2 Gerichte entfielen. Die genaue Zahl konnte 1766, als eine vom Intendanten der Provinz befohlene Untersuchung angestellt wurde, nicht genau festgestellt werden. Der Subdélégué von Montauban schrieb damals: „Jene Gerichte sind in dieser Provinz so zahlreich, daß ich Ihnen kaum die Zahl derer angeben kann, die in meinem Departement existieren.“<sup>22</sup> Auch in andern Provinzen waren die Gerichte sehr zahlreich. In der Subdelegation von Cambrai gab es vor der Revolution 84 geistliche und 42 weltliche Gerichtsbarkeiten.<sup>23</sup> Im Rouergue bestanden bei Ausbruch der Revolution ebenfalls noch mehr als 600 seigneuriale Gerichtsbarkeiten.<sup>24</sup>

Die grundherrlichen Gerichte haben in den cahiers der Gemeinden eine verschiedenartige Kritik erfahren. Häufig ist sie hart und radikal, jene Gerichte werden verdammt und ihre sofortige Unterdrückung gefordert. Nicht selten findet man sie aber mit Stillschweigen übergangen, oder es wird nur ihre Reform gefordert. Man verlangt, daß die kleinen Gerichte aufgehoben werden und die Resorts genau abgegrenzt, daß die Instanzen vermindert werden, daß die Richter am Hauptort der Grundherrschaft wohnen sollen und vor allem, daß sie vom Seigneur unabhängig seien, daß im Namen des Königs Recht gesprochen werde, damit eine objektive Rechtsprechung gesichert sei. Da sich an die seigneuriale Gerichtsbarkeit eine Art Polizeidienst knüpfte, insbesondere die Ausübung der Flurpolizei in ihren Händen lag, eine Funktion, die bei der Bettelfrage im ancien régime eine bedeutende Rolle spielte, so ist es

---

22. Nach Giffard, zit.

23. Lefebvre, zit., S. 120.

24. s. Malrieu V., cah. de dol. de la sénéch. de Montauban, Einl. An andern Orten war die genaue Zahl nicht feststellbar, so schreibt z. B. der subdélégué v. Auvillac (Auvergne) an den Intendanten: „Le nombre des justices est si grand, qu'il ne serait pas possible de parvenir à les connaître toutes; il n'y a presque point des villages en ce pays où il n'y ait plusieurs seigneuries. Le même héritage relève souvent partie de la directe et censive de l'un, partie de l'autre . . .“ zit. v. Mège, S. 81.

begreiflich, daß die grundherrliche Gerichtsbarkeit nach einer gründlichen Reformierung eine bequeme und leicht zugängliche Einrichtung gewesen wäre, die man einer Gerichtsorganisation vorgezogen hätte, welche die Bewohner des Landes zwang, ihren Rechtsbeistand in weit entfernten und schwer zugänglichen Gerichtshöfen zu suchen.

Wenn man in einem cahier die seigneurialen Gerichtsbarkeiten mit Stillschweigen übergangen sieht oder nur die Forderung findet, daß der seigneuriale Richter unabhängig vom Seigneur gemacht werden soll, so darf man daraus nicht etwa den Schluß ziehen, daß dieses Institut gar nicht so mangelhaft gewesen sei, wie man es häufig darstellt, und daß es nur durch die Modelle häßlich gemacht wurde. Diesen Schluß zu ziehen bevor man weiß, wer die Gemeindeversammlung bei der Abfassung des cahier präsidirt hat, wäre voreilig, denn man berücksichtigt dabei nicht, daß zufolge des Reglements vom 24. Januar 1789 die grundherrlichen Richter dazu bestimmt wurden, die Wahlversammlungen der Landgemeinden zu präsidieren und damit in der Lage waren, in einem für sie selbst vorteilhaften Sinne auf die Forderungen des cahier einzuwirken. Wenn die Bauern die Abhängigkeit des Richters vom Seigneur aus Gründen kritisiert haben, die mit der Rechtsprechung zusammenhingen, so haben sie mit dieser Kritik zugleich auch für die Richter gesprochen, deren Existenz infolge der Abhängigkeit vom Seigneur eine sehr unsichere war. Wie sehr sie auf die Erhaltung dieses Instituts bedacht waren, zeigen ihre Protestationen und Bittschriften, die sie an die Constituante einsandten, als die feudalen Gerichtsbarkeiten unterdrückt wurden. Dürfte man deshalb nicht mit einigem Recht fragen, ob es sich nicht manche Gemeinde überlegt haben wird, allzu streng mit diesen Beamten ins Gericht zu gehen, besonders, da man ja nicht wußte, welche Folgen das haben konnte; denn man stand erst am Anfang einer Bewegung, deren Ende und Resultat in keiner Weise vorausgeahnt werden konnte.

### Die Feudalität in rechtlicher Beziehung.

Wenn man nach dem bisher Dargelegten sich nicht ernsthaft der Ansicht anschließen kann, daß die Feudalität Ende des



ancien régime zum Absterben reif war, sondern daß sie im Gegenteil eine größere praktische Bedeutung als je erlangt hatte, so ist es nun interessant, der Frage näher zu treten, ob in rechtlicher Beziehung Anhaltspunkte für jene Ansicht vorhanden waren. Konnte sich Frankreich vom Feudalstaat zum modernen Staat umwandeln und konnte diese Transformation ohne tiefgreifende Umwälzung vor sich gehen? Hat weiterhin die juristische Tendenz eine Richtung genommen, die diese Vermutung nahe legt?

Bei der Betrachtung dieser Frage müssen wir davon ausgehen, daß die feudale Ordnung die Grundlage der Gesellschaft war und daß die Feudalität im größten Teile Frankreichs einen durchaus rechtlichen Hintergrund hatte. Der Absolutismus hatte wohl die Feudalität besiegt, er hatte ihr die politische Macht genommen und sie zu einer fast bürgerlichen Institution herabgedrückt. Aber das Königtum hatte die Feudalität nur so lange bekämpft, bis sie außerstande schien, ihm zu schaden. Dadurch, daß der König seinem Adel die politische Macht im Staate nahm, hat er ihn auf die Stufe eines privilegierten Grundbesitzers, den man unter dem Namen Seigneur kennt, zurückgeschraubt. Diesem blieb nichts mehr als sein Lehen mit den damit verbundenen Prärogativen. Als bürgerliche Institution war die Feudalität rechtlich garantiert. Wenn der Seigneur von seinem Vasall oder Hintersassen eine Besitzerklärung verlangte oder ihn zur Zahlung und Leistung der Feudalrechte verurteilte, so tat er das nicht, weil dies so Brauch und Sitte war, sondern er verlangte seine Rechte kraft eines höheren Rechts — kraft des Gesetzes; und die bis zum Jahre 1789 geltenden Gesetze standen unter dem Zeichen der Feudalität. Man kann hier nicht mit absoluten Begriffen arbeiten; denn nichts war variabler als das Recht im alten Frankreich. Hierin liegt vielleicht nicht zum wenigsten auch mit der Grund des Scheiterns so mancher Reformprojekte. Die Durchführung der wirtschaftlichen Reformen hat sich erheblich an dieser Klippe gestoßen. Es waren überhaupt größtenteils mehr Teilversuche als Reformen im eigentlichen Sinne des Wortes. In Frankreich war es eben selten möglich, ein für alle Provinzen absolut gültiges Gesetz zu erlassen. Die Anwendung eines erlassenen Gesetzes war häufig



paralysiert durch die Anwendungsbestimmung „d'après les règles de la coutume“.

Frankreich zerfiel in zwei große Rechtsbezirke. In dem einen Bezirk, der sich vor allem über das südliche Frankreich erstreckte, galt das geschriebene Recht, das auf dem römischen Recht fußte; im andern Bezirk, dem weitaus größeren, galten die coutumes, d. h. ein Gewohnheitsrecht, das von der Überlieferung bedingt war und sowohl Bestandteile des germanischen wie auch des skandinavischen und des baskischen Rechts enthielt, je nach Provinzen und früheren Völkerstämmen. Auch die südlichen Provinzen Frankreichs hatten coutumes, aber es waren meist sogenannte coutumes locales und ihr Hauptaugenmerk war auf die in ihnen niedergelegten Privilegien der Provinz gerichtet. Aber in Frankreich hatte nicht nur jede Provinz ihre eigene coutume, es gab neben den großen coutumes noch eine Menge lokaler coutumes, so daß Frankreich im ancien régime, genau gesprochen, in mindestens 368 Rechtsbezirke zerfiel.<sup>25</sup> Innerhalb dieser Bezirke galt jedesmal ein anderes Recht; denn wenn die coutumes auch nicht immer sehr voneinander abwichen, so enthielt doch jede wieder Bestimmungen, die in einer andern coutume nicht zu finden waren.

Wie sehr die coutumes voneinander abweichen, sieht man am besten an dem Standpunkt, den sie der Feudalität gegenüber einnehmen. Dieser Standpunkt ist bedingt durch das Resultat des Kampfes, den in früheren Jahrhunderten — im 14. und 15. Jahrhundert, der Zeit, wo die allermeisten coutumes zum letzten Male offiziell abgefaßt wurden — die Feudalität gegen die Allodialität geführt hat.<sup>26</sup> Die coutumes nehmen zur Allodialität und somit auch zur Feudalität eine ganz ver-

---

25. Nach Laferrière, Hist. du droit français, Bd. 1—6; s. Bd. 6, appendice I, S. 435, demnach gab es in Frankreich: 60 coutumes générales en pays de droit coutumier, 11 coutumes de bailliages ou de prévôtés, 13 coutumes générales en pays de droit écrit; total 84 coutumes générales de Bailliages; daneben noch, mit Ausschluß der zahlreichen coutumes locales de Berry, de l'Auvergne, de la Picardie, 284 coutumes locales, von denen 41 einen ziemlich ausgedehnten Ressort hatten.

26. Person, De l'allodialité en Champagne, S. 41; s. a. Chénon, Hist. des alleux en France.

schiedenartige Stellung ein. Einige dieser coutumes sind ausdrücklich allodial,<sup>27</sup> andere dagegen ebenso deutlich antiallodial;<sup>28</sup> es gibt weiterhin coutumes, die allodial implicit sind,<sup>29</sup> d. h. solche, die die Allodialität nicht ausdrücklich annehmen.<sup>30</sup> Es gibt welche, die ausdrücklich censuel,<sup>31</sup> und wieder andere, die ganz allgemein censuel sind. Und schließlich gibt es noch eine besondere Kategorie von coutumes, deren Kennzeichen eine vollkommene Ignorierung der allodialen Frage ist.<sup>32</sup>

Die Coutumes der ersten Kategorie sehen jeden Besitz als frei an; hier gilt die Regel: „Nul seigneur sans titre“. Die anti-allodialen coutumes dagegen ächten den freien Besitz, das Allod ist unmöglich; hier gilt die Regel: „Nulle terre sans seigneur“. Die andern Kategorien von coutumes lehnen sich mehr oder weniger an diese beiden Extreme an. Sie enthalten Bestimmungen, die mit der Maxime „Nulle terre sans seigneur“ unvereinbar sind, weil sie Verjährbarkeit der Zinsrechte annehmen und den Beweis eines Rechtes dem Seigneur zuschieben. Oder aber, sie enthalten Bestimmungen, die mit der Maxime „Nul seigneur sans titre“ unvereinbar sind, weil sie Unverjährbarkeit der Zinsrechte annehmen; sie schließen das alleu zwar nicht aus, aber es konnte nur dann existieren, wenn der Besitzer eines solchen durch ausdrückliche titres nachwies, daß er seinen Besitz durch einen legitimen Akt befreit hatte. In den Ländern des geschriebenen Rechts wurde im Prinzip die Allodialität der Güter angenommen und der Seigneur hätte demnach keine Ab-

---

27. So die coutumes von Troyes, Sézanne, Chaumont, Metz, Verdun, Langres, Auxerre, Nivernais; mehr oder weniger allodial sind auch die coutumes der Franche-Comté, Bourgogne, Bresse, Bugey; Maconnais, Lyonnais, Dauphiné, Languedoc, Roussillon, Soule, Gascogne, u. a. (nach Chénon, zit.).

28. So die coutumes der Bretagne, Blois, Senlis u. Boulenois; (nach Person, zit.).

29. Die coutumes von Bourbonnais, Auvergne, Haute-Marche, Lorraine, Barrois, Vitry Châlons-sur-Marne, Sens; s. Chénon.

30. coutumes von Péronne, Meaux, Melun, Poitou, Angoumois, Saintoge, Hainaut, Cambréicis.

31. coutumes von Paris, Orléans, Lorris, Chartres, Normandie, Maine, Anjou, Artois, Annis, Vermandois, etc.

32. s. b. Chénon, zit.

gabe verlangen dürfen ohne eine legitime Urkunde als Grundlage zu haben.

Hier könnte sich nun die Frage erheben, ob es nicht möglich sei, sich an Hand der *coutumes* ein einigermaßen genaues Bild über Stärkegrade und Ausbreitung der Feudalität über die verschiedenen Gegenden Frankreichs zu machen. Wenn man diesen Versuch unternehmen würde, so käme man zu Resultaten, die der Tatsächlichkeit der Verhältnisse im 18. Jahrhundert sehr wenig entsprechen. Man gelangt dann nämlich zu der Annahme, daß in einem großen Teil Frankreichs eine wirkliche Feudalherrschaft gar nicht bestanden habe. Dabei würde man aber vergessen, daß sich seit der Abfassung der *coutumes* bis Ende des *ancien régime*, also innerhalb von drei Jahrhunderten, manches ändern konnte und sich auch manches geändert hat. Damals hat es noch keinen Absolutismus gegeben, der seine *directe universelle* auf alle Güter des Landes beanspruchte, wie das Ludwig XIV. in den Erlassen vom 27. August 1657 und vom März 1667 tat.<sup>33</sup> Die Doktrin, die Ludwig XIV. geltend machte, war, daß kein *alleu* ohne seinen Willen geschaffen sein könne. Besonders der Adel konnte nach ihm kein *alleu* haben, da er direkter Vasall des Königs war. Es tritt von da ab die Scheidung zwischen adeligem und bürgerlichem *alleu* ein. Das adelige *alleu* wurde unterdrückt, das bürgerliche konnte sich, wenn auch nur mühsam, behaupten, besonders wenn die *coutume* ausdrücklich *allodial* war. Der Besteuerung konnte es jedoch nicht entgehen.<sup>34</sup> Die Regierung setzte ihre Versuche auch noch im 18. Jahrhundert fort.<sup>35</sup>

Als die Spannkraft des Absolutismus erlahmte und der Adel wieder freier sein Haupt erheben konnte, hat er immer mehr die Tradition wieder aufgenommen, die der Absolutismus Ludwig XIV. ihm gegenüber geübt hatte. Er hat angefangen, die bürgerlichen *alleux* seiner *directe* zu unterwerfen. Die *Seigneurs-*

---

33. Person, zit., S. 86.

34. Tricot, *Étude sur l'allodialité en Nivernais*, S. 130: durch Edikt vom März 1767 und Edikt v. 1792.

35. s. Sagnac, *Quomodo jura dominii aucta fuerint Ludovico sexto decimo regnante*.

haut-justiciers verlangten zuerst von den alleutiers eine Besitz-erklärung über die im Bereich ihrer Gerichtsbarkeit liegenden Güter. Dazu hatte der Seigneur sehr wohl ein Recht; denn in bezug auf die Gerichtsbarkeit war auch das alleu einem feudalen Gerichtsherrn unterstellt. Diese Abhängigkeit hatte sehr bedeutsame Folgen, die mit dem Erbrecht des Seigneurs zusammenhingen. Starb zum Beispiel ein Bastard, so fiel dessen Nachlaß, selbst wenn er ein alleutier war, dem Gerichtsherrn zu, dem er unterstand. Die Macht des Seigneurs auf solche Güter ging in gewissen Fällen bis zum Recht der Konfiskation.<sup>36</sup> Jene Besitzzerklärungen — man nannte sie *déclarations sèches* — konnten also unter Umständen sehr wichtig werden und sie wurden besonders dann verlangt, wenn ein Seigneur daran ging, sein Terrier zu erneuern.<sup>37</sup> Bertin de Rocheret sagt 1744: „Man beginnt damit, indem man eine Erklärung von denen verlangt, deren Besitz tatsächlich irgendwie belastet ist, dann geht man an die andern und scheut selbst Gewaltmittel nicht. Drei Viertel der Bewohner sind unter das Joch geraten, die Zuletztkommenden fürchten als Aufwiegler betrachtet zu werden. Die servitude setzt sich fest und die Zeit legitimiert sie.“<sup>38</sup> Diese Legitimation erhielt eine Stütze durch die Rechtsprechung der Parlamente.<sup>39</sup> Tatsächlich war auch seit Ende des 17. Jahrhunderts ein Umschwung in der Rechtsprechung eingetreten; zumindest wurde sie äußerst widerspruchsvoll. Die Parlamente nahmen im 18. Jahrhundert häufig Stellung gegen die Allodialität. Mit einiger Sicherheit auf Erfolg konnte man sich nur verteidigen, wenn die *coutume* ausdrücklich allodial war. In Zweifelsfällen entschied man nach der *coutume* von Paris.<sup>40</sup> Aber auch die verschiedenen Kammern des Pariser Parlaments selbst waren wiederum geteilter Auffassung: zwei Kammern waren im Prinzip für Allodialität, zwei gegen sie, und so kam es nach Bertin de Rocheret für einen schlaunen Kläger weniger

---

36. s. Person, zit. S. 65.

37. *ibid.* S. 93; und Tricot, *Étude sur l'allodialité en Nivernais*, S. 137.

38. zit. nach Person, *ibid.* S. 92.

39. Ebendort und Sagnac, *Quomodo jura dominii aucta fuerint Ludovico sexto decimo regnante*, chap. III.

40. Person, *ibid.* S. 95.



darauf an, daß er im Recht war, sondern daß er ein Mittel fand, seine Sache derjenigen Kammer zuzuweisen, die ihr im Prinzip günstig gesinnt war.<sup>41</sup> Welche Richtung die feudale Tendenz genommen hat, zeigen am besten einige Beispiele aus den Gegenden, wo seit Jahrhunderten die Allodialität Prinzip war und wo im 18. Jahrhundert diese mit Erfolg angegriffen und eingeschränkt wurde. Dies geschah sowohl in der Dauphiné als auch in der Provence, in Languedoc und in anderen Provinzen.<sup>42</sup>

Die coutume von Nivernais war ausgesprochen allodial. Trotzdem haben die alleux dort sehr gelitten. Ende des 18. Jahrhunderts gab es dort nur noch ungefähr 100 freie Güter, die sich vor der directe seigneuriale bewahrt hatten.<sup>43</sup> Diese Erscheinung wurde auch in der Auvergne beobachtet. Die alleux waren auch hier bedeutend zurückgegangen.<sup>44</sup>

Die Dauphiné, ein Land des geschriebenen Rechts, war im Prinzip allodial; das war aber nur ein imaginärer Zustand. Von Rechts wegen konnte es wohl alleux haben, aber in Wirklichkeit war die Zahl der Bauern, die keinen Feudallasten unterworfen waren, sehr klein. Die Protokolle einer revision de feux zeigen, daß es in der élection von Vienne unter 193 Gemeinden nur drei gab, die vollständig allodial waren, alle andern waren ganz oder teilweise dem Feudalregime unterworfen; man findet dort sogar Quoten, die als außergewöhnlich hoch bezeichnet werden können. Selbst die Bannrechte waren nicht weniger hart als anderswo.<sup>45</sup>

Die Bewegung hatte sich in der Richtung entwickelt, daß zwischen den Maximen „Nul seigneur sans titre“ und „Nulle terre sans seigneur“ praktisch kein großer Unterschied mehr bestand. Die alleux waren selten, im Süden zwar häufiger als im Norden, aber jedenfalls war ihre Zahl im Lauf des 18. Jahrhunderts bedeutend gesunken und es kommt ihnen bei weitem nicht die Be-

---

41. Tricot, zit. S. 141, vgl. a. Person.

42. Kowalewsky, La France écon. et sociale à la veille de la Rév. S. 91, Bd. 1.

43. Tricot, zit. S. 141.

44. Gipoulon, Etude sur l'allod. en Auvergne.

45. Conard, zit. S. 10, s. a. a. O.

deutung zu, die ihnen Kowalewsky zumißt, der sie als Grund für die Existenz des Kleingrundbesitzes annimmt.<sup>46</sup>

Es kam den Seigneuren nicht darauf an, einen alleutier schwer zu belasten, sondern es handelte sich im Anfang nur darum, einen leichten Zins aufzuerlegen, weil dieser die einträglichen Rechte der lods et ventes nach sich zog.<sup>47</sup>

Bei Streitigkeiten über Allodialität entschieden nicht immer die erwähnten Maximen. Das zeigt zum Beispiel der Prozeß der Stadt Sezanne mit ihren Seigneuren, die versucht haben, ihre directe auf alleux auszudehnen. Die coutume von Sezanne war, wie erwähnt wurde, allodial. Aber ein Erlaß des Pariser Parlaments hatte entschieden, daß jene coutume locale ohne Autorität sei, und daß das ganze Gebiet jener coutume von der coutume von Meaux beherrscht sei, nach der ein alleu nur mit ausdrücklichen titres behauptet werden konnte.<sup>48</sup> Der Gemeinde Barbonne ging es besser, sie konnte nach langen Prozessen ihre Freiheit behaupten.<sup>49</sup> Die Klagen der Bauern in den cahiers über Übergriffe der Seigneure auf franc-alleux sind sehr häufig. Das cahier von Savon-sur-Aube<sup>50</sup> sagt uns, daß sie dem Seigneur pro Morgen Ackerland einen Zins von 10 deniers bezahlen, außerdem  $\frac{1}{2}$  boisseau Weizen,  $\frac{1}{2}$  boisseau Dinkel,  $\frac{1}{2}$  boisseau Gerste und  $\frac{1}{2}$  boisseau Hafer; für Wiesen- und Weideland bezahlten sie pro Morgen 5 sols und 1 lebenden Kapaun (Kapphahn), außerdem jeder Haushalt jährlich ein lebendes Huhn, eine Feder im Wert von 10 sols und 1 boisseau Hafer. Dazu kam noch die Leistung von  $1\frac{1}{2}$  Tagen Frondienst im Jahr. Das cahier klagt darüber, daß der Seigneur diese Abgaben verlange, ohne authentische titres vorzuweisen und spricht die Vermutung aus, daß er solche wohl auch nicht besitze, weil er sie trotz ver-

---

46. Kowalewsky, zit., S. 79 ff.; auch Loutchitzky hat die Bedeutung des alleu weit überschätzt, s. *La petite propriété en France avant la Rév.*; vgl. die Kritik von Roupnel, *La ville et la campagne*, S. 75 ff.

47. Marion, *les classes rurales en Bordelais*, S. 223.

48. Laurent, zit., Bd. 1, S. 22, Anmerkung zum cahier.

49. *ibid.*, Bd. 1; vgl. die cahiers der Gemeinden Courcemain, Eslavolles, Envy, Marigny mit entspr. Anmerkung des Hersgb., s. a. Vernier, *cahiers du bailliage de Troyes*, cah. v. Auxon, Beaumont-Sarivour.

50. Laurent, Bd. II, S. 650/51.

schiedener Aufforderung nie vorgewiesen habe und sie auch nie vorweisen könne, denn die charte der châteltenie von Chantemerle bestimme ausdrücklich, daß alle in ihrem Bereich liegenden Grundstücke franc-alleux seien, wenn nicht das Gegenteil erwiesen werde.

Auch in der Bourgogne, der Bresse, der Provence und Beaujolais, in Provinzen, wo die Allodialität der Güter angenommen wurde, waren die meisten alleux der inféodation zum Opfer gefallen. Fast jeder Grundbesitz trug Zins. Ähnliche Verhältnisse herrschten in der Provinz Maine; dort war das franc-alleu wohl auf Grund ausdrücklicher titres möglich, in Wirklichkeit soll es aber in jener Gegend gegen Ende des ancien régime überhaupt keine alleux mehr gegeben haben.<sup>51</sup> Diese Erscheinung ist vor allem zu erklären aus der Usurpation; es spielen aber auch noch andere Gründe mit hinein. Die Großgrundbesitzer nämlich, auch die Nichtadeligen, haben Teile ihrer roture in Zinspacht vergeben, wodurch dann im Laufe der Zeit aus der ursprünglichen roture ein Lehen wurde. Und es ist sehr gut möglich, daß gerade mit Hilfe dieses Mißbrauches, d. h. durch verschleierte Usurpation, die Bourgeoisie in den Besitz von „adeligen“ Gütern gelangt ist, ohne das franc-fief zu bezahlen.<sup>52</sup> Diese Erscheinung war ein Analogon zu der unrechtmäßigen Aneignung des Adelstitels, die im 17. und 18. Jahrhundert keineswegs eine Seltenheit war.<sup>53</sup> Das, was man also meistens unter paysan-propriétaire versteht, ist nicht, wie Roupnel mit Recht sagt, ein propriétaire libre, sondern ein tenancier-héréditaire, ein censier. Und die Katasterpläne zeigen, daß tatsächlich in den untersuchten Gebieten jedes Grundstück mit einem Zins belastet war.<sup>54</sup>

Der Absolutismus hatte also die Feudalität in politischer Hinsicht unschädlich gemacht. Dennoch hatte er sie keineswegs so sehr unterdrückt, daß sie außerstande war, die unter ihr

---

51. De La Monneraye, zit.

52. Roupnel, zit., S. 75/76; vgl. a. Fayard, cah. des paysans beaujolais, Einl., de La Monneraye.

53. H. Carré, la noblesse en France et l'opinion publique au 18<sup>e</sup> s., Teil I.

54. Roupnel, ibid. (betr. die Gegend um Dijon).

stehenden Schichten des Volkes wirtschaftlich zu fesseln. Das wollte der Absolutismus auch gar nicht, denn er brauchte ja andererseits einen privilegierten Adel und eine feudale Gesellschaftsordnung. Diese band nämlich den Adel an das Lehen und machte seine Existenz überhaupt abhängig von den Prärogativen des Lehens. Diese Begünstigung der Feudalität trotz der politischen Ausschaltung hatte aber ein erstarkendes Wachstum derselben zur Folge, das zugleich eine Teilerscheinung innerhalb der bekannten feudalen Reaktionen gegen den Absolutismus im Verlaufe des 18. Jahrhunderts, insbesondere seiner zweiten Hälfte, war.

Die Feudalität wandte sich aber nicht nur gegen die Allo-dialität, sondern auch gegen die Gemeindegüter. Auch diese suchten die Seigneure auf alle nur erdenkliche Weise zu ihrem Besitz zu schlagen; sie gaben sie dann in afféagement und machten aus ihnen neue Zinsländer, um sich auf diese Weise neue wirtschaftliche Hilfsquellen zu erschließen. Und diese feudale Tendenz ist im Grunde auch eine ganz natürliche Erscheinung: sie ist die zwangsläufige Folge einer ungeheuren, fast beispiellosen wirtschaftlichen Entwicklung<sup>55</sup> in Frankreich während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts; einer Entwicklung, die sich in ihrer ideologischen Unterbauung in einen immer schärferen Gegensatz setzte zu der damals entstehenden neuen geistigen Haltung, der Aufklärung, und die zugleich die soziologischen Vorbedingungen für die große Revolution in sich einschloß. Das neue Lebensgefühl, das die Revolution vorbereitete und durchführte, richtete sich in erster Linie gegen die feudale Gesellschaftsordnung, die auch tatsächlich der eigentliche Grund war für das Entstehen der scharfen sozialen und allgemeinen Interessengegensätze zu jener Zeit, und ohne deren sich zuspitzende Entwicklung diese Gegensätze auch niemals so hart aufeinander geprallt wären.

Das feudale System war also der soziologische Angelpunkt der damaligen geistigen Auseinandersetzungen. Hier setzte das revolutionäre Pathos ein, besonders seit sich immer mehr die Unmöglichkeit erwies, dieses System auf evolutionärem Wege

---

55. s. a. a. O. Kap. 5.



abzuschaffen und an seine Stelle einen modernen Einheitsstaat zu setzen. Der Absolutismus selbst konnte diese Aufgabe nicht durchführen, da er schon längst nicht mehr die erforderliche Macht dazu besaß. Außerdem hätte er auch gar nicht die dazu notwendigen Ausführungsgänge gefunden; die Organe, deren er sich hätte bedienen müssen, waren nämlich gerade die Körperschaften, deren Existenz auf der feudalen Gesellschaftsordnung beruhte. Außerdem stand die feudale Tendenz ganz im Einklang mit einer ebenfalls gegen den Absolutismus gerichteten partikularistischen Tendenz, hinter der wiederum die ganze Nation stand. Diese Tendenz lief hinaus auf den Anspruch und die Stabilisierung der Provinzialprivilegien, die garantiert waren durch die coutumes. Auch mit dieser Frage hat sich die Revolution auseinandergesetzt; das Resultat war allerdings am Ende ein vollkommen anderes als man zu Beginn der Revolution erwartet hatte und erwarten durfte.

### Drittes Kapitel.

#### Zur Definition des Regimes.

Die Umrisse des Bildes, das wir uns bis jetzt von den Lasten des französischen Bauern zu entwerfen versucht haben, sind noch sehr grob. Es wäre noch ein großes Kapitel über die fiskalischen Lasten und Schäden hinzuzufügen. Es ist hier jedoch nicht der Ort, längst bekannte Tatsachen aufzuzählen. Wohl hat man auch auf diesem Gebiet durch mancherlei Reformen versucht, Besserung zu schaffen, die Steuern gerechter zu verteilen usw.; aber diese Bemühungen wurden wieder zu nichte gemacht durch den Mißbrauch, den man mit der Chargen-Käuflichkeit trieb, um der Besteuerung zu entgehen und durch die Landerwerbung der Bourgeoisie der Städte, wodurch viele Güter der Taille entzogen wurden. Während die Steuersumme nicht nur nicht gleich blieb, sondern im Gegenteil wuchs, verminderte sich die Zahl der Taille-Pflichtigen andauernd. Die Zusammenlegung der Steuer-cotes in eine Gemeinde derjenigen Besitzer, die in mehreren Gemeinden Güter besaßen, die Steuerprivilegien des Adels, der, wenn er seine Güter nicht selber bewirtschaftete, sie in Pacht vergab, die Pächter aber als seine Verwalter oder Bediensteten ausgab, um die Güter der Taille zu entziehen und höhere Pachtpreise zu erzielen, vermehrte noch das Übel und machte das Maß der Ungleichheit voll. Die Schäden und Mängel des Regimes blieben groß und manche Klagen der cahiers waren nur allzu berechtigt.<sup>1</sup> Trotzdem muß hervorgehoben werden, daß die Lage dieser Klasse weniger drückend war als in irgendeinem andern

---

1. s. Marion, Les impôts directs sous l'ancien régime, vgl. Boissonnade, zit., besonders cahier der Stadt Angoulême.

größeren Land des Festlandes von Europa.<sup>2</sup> Die überwiegende Mehrzahl der Bauern war persönlich frei, die Leibeigenschaft, in der abgeschwächten Form der *mainmorte*, gehörte zu den Ausnahmeerscheinungen. Das sich an diese heftende *droit de suite* bestand seit 1779 nicht mehr. Die *mainmorte* selbst war auf den königlichen Domänen unter der ersten Ministerschaft Neckers abgeschafft worden. Das Hauptverdienst, diese Einrichtung als barbarisch und unmenschlich gebrandmarkt und ihre Abschaffung in seinen Briefen als auch durch wiederholte Bittschriften an die Regierung gefordert und so ihre Abschaffung schließlich als ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung notwendig gemacht zu haben — eine Popularitätsgelegenheit, die ein Minister wie Necker nicht unbenützt vorübergehen lassen konnte — gebührt vor allem Voltaire.<sup>3</sup> Leider gestattete es der Stand der Finanzen, der Regierung nicht, dieses Recht, soweit es sich in den Händen der *Seigneure* befand, durch den Staat abzulösen.<sup>4</sup> Da die Regierung es aber als legitimen Besitz anerkannte<sup>5</sup> und deshalb nicht wagte, die *mainmorte* allgemein ohne Entschädigung zu unterdrücken, gab sie wenigstens der Hoffnung Ausdruck, daß die *Seigneure* ihr Befreiungswerk nachahmen möchten. Um sie zur Nachfolge zu ermutigen, wurden die notariellen Akte bei Freilassungen gleicher Art von allen Abgaben für frei erklärt. Die Aufforderung der Regierung, ihr Beispiel nachzuahmen, hatte nicht den Erfolg, daß es bei Ausbruch der Revolution keine *mainmortables* mehr gab. Die *Franche-Comté* blieb das Land der *mainmorte par excellence*. In besonders kompakten Massen fand man sie noch auf den Gütern der Abteien Saint-

---

2. A. Mathiez, *La Rév. fr.* Bd. 1, S. 16, s. a. Doniol, *La Rév. et la féodalité*, Aulard, *La Rév. fr. et le régime féod.*; Knapp, *Die Bauernbefreiung*, Bd. 1.

3. s. bes. requête au Roi en son conseil (1770) contre les moines Bénédictins devenus Chanoines de Saint-Claude. Nouvelle requête au Roi en son conseil (Sept. 1770), Supplique des serfs de Saint-Claude à Mons. Le chancelier. Extrait d'un mémoire pour l'abolition de la servitude (1775), Supplique à Mr. Turgot, 1776, Oeuvres herausgeg. v. Beuchot, Bd. 46 u. 48.

4. Isambert, *Rec., des anc. lois*, Bd. 26, S. 139 ff.

5. *ibid.*, s. Vorrede.

Claude und Luxeuil.<sup>6</sup> Doch hatte der letzte Abt von Luxeuil, Clermont-Tonnerre, schon viele seiner mainmortables vor der Revolution befreit, so in den Dörfern Ainvelle, Troidecouche, Esboz-Brest, Pusey, Bougey, Autet, Cornot u. a.<sup>7</sup> Auch andre Seigneure müssen im Lauf der Zeit ihre mainmortables befreit haben, da ihre Zahl zu Beginn der Revolution sehr niedrig war.<sup>8</sup> Jene Befreiungen spielen, wie man später sehen wird, in der Gesetzgebung der Constituante eine bedeutende Rolle; denn man beachte wohl, daß die Seigneure die Befreiung nicht umsonst, sondern entweder gegen Geld, gegen einen surcens oder sonstige Grundlasten, oder aber auch gegen Eintausch von Gemeindegütern gewährten.<sup>9</sup>

Trotz der einigermaßen erträglichen sozialen Lage des französischen Bauern finden wir nirgends eine größere Unzufriedenheit als bei ihm. Diese beruht nicht zum wenigsten auf

---

6. J. Finot, *La mainmorte dans la terre de l'abbaye de Luxeuil*, S. 12 ff., s. a. Aulard, zit. S. 10 ff.

7. *ibid.*, Lit. s. o.

8. Marion M.: *Dict.*, gibt ihre Zahl nach Schätzung von Rochefoucauld i. J. 1789 auf 140 000 an. Die Broschüre „*Cris de la Raison*“ des abbé Clerget, curé von Ornans, Franche-Comté, spricht von 1 500 000. Als mittlere Schätzung dürfte die von Henri Sée, 1 000 000, anzunehmen sein. (*Esquisse* . . . S. 14.)

9. Beispiel eines Befreiungsvertrags der Gemeinde Esboz-Brest: „Ordonnance de l'intendant et lettre ministérielle au sujet de l'homologation du traité passé entre les habitants et leur seigneur, M. de Clermont-Tonnerre, abbé de Luxeuil, par lequel ce dernier les affranchit: 1. de la mainmorte personnelle, moyennant la somme de 1000 livres; 2. de la mainmorte réelle, moyennant le paiement d'un cens annuel et perpétuel d'un sou par journal de tous les bienfonds, champs, prés et étangs qui étaient de mainmorte, ledit cens estimé à 50 livres par an; 3. d'un cens ou dîme seigneuriale de 14 gerbes l'une, de pareille quantité de masses de chanvre sur la plus grande partie de territoire, et de 22 sur un autre, dont le produit peut s'élever à environ 1000 livres; d'une taille de 16 livres 13 sols 4 deniers; d'une prestation en poules évaluée à 50 livres; de corvée à bras évaluées à 60 livres; le tout moyennant la somme de 36 000 livres, payable dans quatre années après la confirmation du traité par lettres-patentes (28 septembre 1788; 14 avril 1789. — Archives de Haute-Saône, C. 40; réprod. von J. Finot: *Affranchissements inédits* . . .).

s. a. D. XIV, 3 Supplique d'un croupe d'habitants de la Marche et de la Rouergue (Creuse) April 1790.



der Zwitterstellung, die er als Eigentümer und Staatsbürger einnahm. Er besaß Grund und Boden, der ihm nicht gehörte. Diese halbfreie Stellung reichte hin, ihm die volle Freiheit erst recht begehrenswert zu machen. Aber auch seine wirtschaftliche Lage war sicherlich keineswegs beneidenswert. An der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs und der Blüte, die die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, besonders die Zeit Ludwig XVI. auszeichnet, hat er nicht in dem Maße teilgenommen, wie man annehmen möchte. Freilich kann man über den Wohlstand des Volkes nur relative Urteile fällen. Man besitzt darüber die widersprechendsten Zeugnisse.<sup>10</sup> Jedenfalls ist sicher, daß die Lebensverhältnisse in den einzelnen Provinzen sehr verschieden und von wirtschaftlichen, kulturellen und klimatischen Faktoren wie Steuerbelastung, Härte des Feudalregimes, Bodenbeschaffenheit, Verhältnis des Groß- und Kleingrundbesitzes zueinander usw. abhängig waren. Nie aber sollte man Rousseau benützen, um zu beweisen, daß es dem französischen Bauern tatsächlich besser ging, als er sich den Anschein gab. Wenn der Bauer seinen Wein wegen den aides und sein Brot wegen der taille verbergen mußte, und wenn er sagt, daß er ein verlorener Mann wäre, wenn man annähme, daß er nicht Hungers stürbe,<sup>11</sup> so ist das ein wenig nützender Reichtum. Und wenn das Steuersystem eines Staates so beschaffen ist, daß es die Entwicklung des einzelnen Bürgers unterdrückt beziehungsweise sich dieser nur durch den Schein der Armut vor dem Untergang retten kann, wenn er nicht soviel besitzt, daß er aus seiner Klasse in eine höhere aufrücken kann, so ist es wohl denkbar, daß die einem solchen Regime unterworfenen Klasse dieses bei der ersten Gelegenheit abschütteln und eine neue Errungenschaft mit ihrem Blut verteidigen wird. Nur so ist es erklärlich, daß manche Einrichtung des ancien régime, die an und für sich gut war, fallen mußte und fiel, weil sie ein verhaßtes Regime repräsentierte.

---

10. s. A. Young: Reisen durch Frankreich.  
Journal von Argenson; Sée H.: Les classes rurales en Bretagne;  
Beudant R.: La transformation juridique de la propriété foncière dans le droit intermédiaire, S. 150 ff.

11. Rousseau: Confessions, Partie I, livre IV.

Wenn für viele Provinzen Frankreichs eine Besserung der ländlichen Verhältnisse in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts konstatiert werden kann, so rührt dies nicht zum wenigsten von einer Erscheinung her, die je länger desto mehr eine bedeutende Rolle gespielt und die man fälschlicherweise bisher wenig beachtet hat. Dies ist die Verbreitung der Landindustrie. Frankreich war ja schon damals nicht nur ein Agrarstaat, sondern auch ein Industriestaat. Und die Industrie wurde für die Kleinbauern immer mehr ein Mittel, sich das zu erwerben, was ihm sein Gut nicht abwerfen konnte. Leichtbegreiflicherweise war die Landindustrie besonders da zu Hause, wo der Grundbesitz sehr zersplittert war, und wo der kleine Besitz neben dem großen existierte.<sup>12</sup> Weit entfernt davon, ein Privileg der Städte zu bleiben, dehnte sich die Industrie weit auf das flache Land aus. Namentlich die Textilindustrie, die Spinnerei und Weberei, war ein Zweig, der auf dem Lande vorherrschte. Frühzeitig haben die Unternehmer ihre Produktionsplätze auf das Land ausgedehnt, weil sie hier von der Aufsicht der Intendanten und durch die Reglementation weniger behindert waren und billigere Arbeitskräfte fanden. Außerdem war damit noch der Vorteil verbunden, daß das Rohmaterial nicht geliefert zu werden brauchte, da Flachs und Hanf Produkte der Landwirtschaft sind.

Als der Erlaß vom 7. September 1762 erschien, durch den die Bauern das Recht erhielten, Stoffe zu fabrizieren, ohne Korporationen anzugehören, sanktionierte er nur einen Zustand, der in Wirklichkeit längst bestand, den zu sanktionieren also eine Notwendigkeit geworden war.<sup>13</sup>

„Die Dokumente der Zeit Ludwig XVI. zeigen uns eine weitere Ausdehnung der Landindustrie, die fast allgemein in Frankreich ist. Im Norden, im Nordwesten und Nordosten, in der Bretagne, in Flandern, in Cambresis, in Beauvaisis, in Hainaut, in den drei Bistümern, in Lothringen, der Champagne, in

---

12. s. Sagnac: *L'agriculture et les classes rurales en France*, in *Revue de synthese historique*, 1906.

13. Tarlé E.: *L'industrie dans les campagnes en France à la fin de l'ancien régime*, S. 4.

der Bourgogne, der Dauphine, in Languedoc und im Westen in Touraine.“<sup>14</sup>

Die ganze industrielle Aktivität des Nordens spielte sich fast ganz auf dem Lande ab und nicht in der Stadt.<sup>15</sup> Um 1782 zählte man in einem Umkreis von 15 Meilen der Stadt Rouen 188 000 Arbeiter, die im Tuchgewerbe tätig waren.<sup>16</sup> Die meisten Fabrikanten von Yvetot hatten 1782 ihre Werkstatt nicht in der Stadt, sie bereiteten nur die Stoffe zu und gaben sie in Arbeit in die Dörfer, die bis zu 7 Meilen entfernt sind. Alle Dörfer in der Entfernung von zwei bis vier Meilen von der Stadt waren angefüllt von Fabrikanten, die ihre Werkstätten ebenfalls nicht bei sich hatten. Sie waren Zwischenhändler oder Fabrikanten, die ihr Material in Arbeit gaben.<sup>17</sup> Jede Bauernhütte war zugleich eine primitive Fabrik. Der Subdélégué in Carcassonne schreibt 1787: „Viele Arbeiter verbringen ihre Zeit zwischen der Wollweberei und dem Ackerbau.“<sup>18</sup> Er schätzt die Zahl der in der Diozöse dauernd beschäftigten Arbeiter auf 18 000 und fügt hinzu, daß während den 6 Monaten der Untätigkeit in der Landwirtschaft die Fabrik 30 000 Arbeiter beschäftigte.<sup>19</sup> Diese Tatsache wurde auch von A. Young beobachtet, aber nicht gebührend eingeschätzt;<sup>20</sup> denn die Bauern fabrizierten nicht nur ihren eigenen Tuchbedarf, sondern waren auch für die Fabrik tätig, und der wenn auch geringe Lohn, den sie aus ihrem Nebengewerbe zogen, ermöglichte es ihnen, ihre Lebenslage in mancher Hinsicht zu verbessern und sich eine bessere Nahrung und Kleidung zu verschaffen als früher. Und wenn Young in verschiedenen Provinzen die Beobachtung eines gewissen Wohlstandes machte, so muß dies mehr der industriell-

---

14. *ibid.* S. 10.

15. *ibid.* S. 11.

16. Le Parquier, *zit.*, Einl.

17. Sion: *Les paysans de la Normandie orientale*, S. 182.

18. Dutil: *L'état écon. de Languedoc*. S. 289 ff.

19. Dutil, *ibid.*, S. 290.

20. A. Young, *zit.*, Bd. II, S. 384 ff. s. a. Demangeon, *La plaine picarde*, S. 277 ff., Levasseur, *Histoire des classes ouvrières et de l'industrie en France avant 1789*, 2. édit., 1901, Bd. II, S. 762 ff. u. Sée H.: *Les classes rurales en Bretagne*, S. 446—456.

len Entwicklung als dem Fortschritt in der Landwirtschaft und der angeblichen Erleichterung der Feudallasten zugute geschrieben werden.

Übrigens konnte die Regierung jenen Kräfteausgleich nicht ungern sehen, versprach er doch, den Bauern steuerkräftig zu erhalten, und stand er doch der physiokratischen Agrartendenz, der Konzentration der Güter, nicht im Wege, sondern förderte sie.

Die Landindustrie ist ein Faktor, dem auch noch in anderer Beziehung Rechnung getragen werden muß: er trug nämlich wahrscheinlich nicht unwesentlich zum Scheitern der von den Physiokraten geplanten Agrarreformen bei. Die kleinen Zinsbauern, das Landproletariat überhaupt, die, welche nur ein Fleckchen Erde oder gar nur eine Hütte besaßen — und es waren derer viele<sup>21</sup> — sahen jede Maßnahme im Sinne einer Änderung der bestehenden Flurgebräuche als ein gegen sie gerichtetes Manöver an. Die Erhaltung der alten Gebräuche, die Ungeteiltheit der Gemeindegüter erlaubte ihnen, ein erträgliches Dasein zu fristen. Der kleine Verdienst, der aus der Industrie gezogen wurde, und einige Stück Vieh, die auf der Gemeinde durchgebracht werden konnten, halfen dazu.

Ein anderes Symptom, das durch die industrielle Entwicklung Frankreichs sehr bedingt ist und auf keine besonders glänzenden Verhältnisse hinweist, ist die Abwanderung aus der Landwirtschaft. Der kleine Zinsbauer hatte nur das Bestreben, aus seinem Beruf herauszukommen, sei es, daß er ein Gewerbe ergriff oder aber seinen Lebensunterhalt in der Industrie oder in der Stadt zu verdienen suchte. Nicht selten hören wir in den cahiers klagen, daß Güter seit vielen Jahren brach liegen und sie niemand mehr bewirtschaften wolle, weil die darauf liegenden Lasten zu schwer seien, und daß das Land sich entvölkere.<sup>22</sup> So sagt das cahier von Pallnaud: „Die großen Städte bevölkern sich zum Nachteil des platten Landes. Man kann nicht ohne

---

21. s. A. Mathiez: *Notos sur l'importance du prolétariat en France à la veille de la Révolution* (Annales hist. de la Révol. franç. 1930).

22. s. bes. Boissonnade: *cah. du baill. d'Angoulême*.



Schaudern einen Blick auf diese Entwicklung werfen. Wir flehen unsern großen Monarchen an, diesem Übel Grenzen zu setzen.<sup>23</sup> Die Leute verließen die Dörfer auch, um Lakai, Stalldiener oder Handwerker zu werden.<sup>24</sup> Selbst die vom Dienst befreiten Soldaten wollten nicht mehr in ihre Dörfer zurück, da sie glaubten, sich damit zu degradieren.<sup>25</sup> Die Seltenheit der reichen Bauern auf dem Lande hat Tocqueville schon betont;<sup>26</sup> denn „gelingt es schließlich einem Landwirt, sich durch Fleiß einiges Vermögen zu erwerben, dann schickt er seinen Sohn weg vom Pflug, in die Stadt und kauft ihm ein kleines Amt.“<sup>27</sup> Die Folge davon war, daß die Bauern eine isolierte Klasse wurden und daß jeder Bauer nur das Bestreben hatte, aus dieser herauszukommen, trotzdem man ihm stets zu beweisen suchte, daß sein Beruf der wichtigste im Staate sei. Diese Widersprüche haben nicht wenig dazu beigetragen, seine Unzufriedenheit zu steigern.

Weit wichtiger ist aber ein anderer Grund, der seine Ursache in der Wandlung der Feudalität hat. Die Autorität, die der Seigneur über seine Hintersassen besaß, beruhte ursprünglich auf einer Funktion, die der Verwaltung und militärischen Pflichten diente. Die Zeit jedoch, in der die Dorfbewohner bei Gefahren ein Asyl im Schloß des Seigneurs suchten, war längst vorüber. Jetzt hatten sie in ihm nur noch Frondienste zu leisten — wenn auch nur noch wenige Tage im Jahr — und ihre Abgaben zu entrichten.<sup>28</sup> Der Absolutismus hatte jenem Zustand ein Ende bereitet und das Königreich unabhängig von den inter-

---

23. *ibid.*; s. a. Marion, *Les classes rur. en Bordelais*, S. 107 ff.

24. de Calonne: *La vie agricole sous l'ancien régime dans le Nord de la France*, S. 130.

25. *ibid.*, S. 131.

26. Tocqueville: *L'ancien rég. et la Révol.*, S. 183.

27. *ibid.*, S. 184.

28. Die entsprechende Konsequenz daraus war ungefähr folgende: „Il nous parait évident que toutes ces perceptions sur nous étaient, de la part des seigneurs, autant d'injustices criantes; dès qu'ils ne nous protégeaient plus, ils ne devaient plus exiger de nous des tributs qui étaient autrefois le prix de la protection que nous recevions d'eux.“ (D XIV, 6.)

mediären Gewalten gemacht. Die Feudalität hatte ihre politische Macht vollständig an den Absolutismus abgetreten, war als solche aufgehoben, sie lebte nur noch als bürgerliche Institution weiter, und auch hier wurde sie auf dem Gebiet der Verwaltung und strafrechtlichen Gerichtsbarkeit durch den Intendanten als den Vertreter der Zentralmacht immer mehr beschränkt und in ihren autoritativen Rechten (im Unterschied von den Nutzrechten) bedroht. Ihre Funktion ist auf die seigneuriale Ausbeutung beschränkt. Die Feudalität, die früher einmal einen Zweck erfüllt hatte, war in den Augen der Bauern jetzt unberechtigt. Der mächtige Seigneur von früher war in den Augen seiner Hintersassen nur noch ein „crédi-rentier“.<sup>29</sup> Was dem Seigneur von seiner *directe* übriggeblieben war, war das Recht, gewisse Abgaben zu verlangen, die ihren Ursprung in einer *concession de fonds* haben konnten oder ihm in seiner Eigenschaft als Seigneur zustanden, also kraft eines Souveränitätsrechts.<sup>30</sup>

Da die Existenz dieser Rechte nicht mehr gerechtfertigt erschien und die Seigneure so wenig im Staate zählten, warum überließ dann der Bauer ihm einen beträchtlichen Teil seines Einkommens? Das war für den Kurzdenkenden die nächstliegende Frage. Nicht nur, daß das Grundregime in den Augen der Bauern keine Daseinsberechtigung mehr hatte, es war auch im Laufe der Zeit sogar gelockert worden, die personellen Rechte waren in reelle verwandelt worden, und die Befreiung der Person weckte und bestärkte den Wunsch, auch den Besitz frei und unabhängig zu sehen und sich der letzten und drückendsten Fesseln zu entledigen. Die Bedeutung dieser Tatsache hat Tocqueville treffend hervorgehoben.<sup>31</sup>

Das Grundregime hatte noch weitere Begleiterscheinungen, die es verhaßt machten. Selten werden wir in den cahiers der Gemeinden die Ehrenprivilegien des Adels, die die Bourgeoisie so sehr bekämpfte, angegriffen finden. Auch treffen

---

29. Bussière: *La Rév. en Périgord*, Bd. I, S. 141.

30. Beudant, zit., S. 139.

31. s. Tocqueville, zit.; s. a. De La Monneraye: *Le rég. féod. dans le Maine*.

die Klagen viel mehr die Beamten der Seigneure als diese selbst; manchmal finden wir sie sogar lobend erwähnt.<sup>32</sup> Der Seigneur zeigte gewöhnlich seinen Hintersassen gegenüber eine gewisse Gutmütigkeit, wenn er selber seine Güter bewirtschaftete.<sup>33</sup> Dies war aber verhältnismäßig selten der Fall. Auf dem Land lebte im allgemeinen nur der Edelmann, den sein geringes Vermögen hinderte, in der Stadt oder am Hof zu leben. Gewöhnlich ließ der Adel seine Güter durch einen Intendanten oder irgendeinen seiner Beamten verwalten, oder aber er verpachtete seine Güter mitsamt den ihm von den Hintersassen schuldigen Feudalrechten.<sup>34</sup> Dabei geschah es dann oft, daß der Pächter einen Teil des Gutes, zum Beispiel die ihm schuldigen Feudalrechte wieder in Unterpacht weiter vergab.<sup>35</sup> Dieses Verfahren war dann häufig die Quelle jener Vexationen, über die die cahiers so viel klagten.

Eine sehr schwerwiegende Folge, die sich aus der Abwesenheit des Adels von seinen Gütern ergab, war die, daß der französische Bauer seinem Adel, den er ursprünglich verehrte, fremd wurde oder umgekehrt. Der Adel ließ sich dadurch seine Macht, die er vermöge seiner Stellung und seiner moralischen Überlegenheit über die Bauern hatte, aus der Hand gleiten.

---

32. Außer den cahiers s. Babeau: *Le village sous l'anc. rég.*

33. Tocqueville, *ibid.*, S. 134.

34. Donat: *Une comm. rurale sous l'anc. rég.*, S. 213. s. a. De La Monneraye, zit.

35. Donat, *ibid.*, S. 140; vgl. a. das Zeugnis v. Joseph de Maistre in „Appréciation sur la Réforme des Affranchissements en Savoie“, u. a.: „... Les droits féodaux n'étaient plus à beaucoup près, le patrimoine exclusif de la noblesse. D'abord, les fiefs volants, dont le nombre était immense, pouvaient être possédés par toutes sortes de personnes, d'ailleurs, nous n'étions plus dans le temps où chaque seigneur cantonné dans son château, faisait exploiter son fief sous ses yeux, connaissait tous ses débiteurs, se trouvait avec eux dans une relation journalière, ouvrait son coeur aux prières de l'indigence et pouvait mettre dans l'exécution de ces droits cette générosité qui est toujours plus ou moins l'apanage d'une naissance ou d'une éducation distinguée. Dans l'état actuel des choses, les droits féodaux étaient beaucoup moins le patrimoine des nobles que celui de leurs fermiers et d'une phalange de praticiens impitoyables qui ne cessaient de spéculer sur la renouation et l'exaction des droits féodaux au détriment du malheureux agriculteur . . .“

Er untergrub damit selbst sein Fundament. Am Hofe stürzte er sich überdies in Schulden. Deshalb suchte nicht nur der Pächter soviel wie möglich aus den Gütern und Rechten herauszuziehen, sondern auch für die Seigneure gewannen die Feudalrechte eine höhere Bedeutung, zumal die Kosten der Lebenshaltung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sich stets steigerten. Sie waren gezwungen, auf eine rücksichtslose Ausbeutung ihrer Güter und Rechte zu sehen.<sup>36</sup>

Aber auch der arme Adel, der seine Güter selbst verwaltete, war nicht in der Lage, dem Bauern Liebe und Achtung abzunötigen. Es gab nicht selten Adlige, die in proletarischen Verhältnissen dahinvegetierten und sowohl Feinde des Hofadels, der große Pensionen genoß, als auch der Bourgeoisie waren, die sich in Handel und Industrie bereicherte und sie im Grundbesitz ablöste. Dieser kleine Adel war, jene beiden hassend, ebenfalls gehaßt vom Bauern. Denn um leben zu können, mußte er die Feudalrechte besonders rücksichtslos einfordern. Er beschränkte des Bauern Rechte auf die Gemeindegüter immer mehr, und suchte ihn zu einem nachteiligen Teilungsvertrag zu nötigen, wenn er nicht einfach Stücke jener usurpierte, um sie in Form von sogenannten *afféagements* zu vergeben.<sup>37</sup>

Das unter dem Adel herrschende Erbfolgesetz, nach dem der Erstgeborene stets  $\frac{2}{3}$  des Ganzen erbte und die andern sich in das restliche Drittel teilten, hatte viel zu seiner Verarmung beigetragen. Die Kriege hatten seinen Ruin beschleunigt. Das Gesetz über die „*dérogeance*“ verhinderte ihn, an der Entwicklung des Handels und der Industrie aktiv teilzunehmen.<sup>38</sup>

---

36. s. Ph. Sagnac. *Quomodo jura dominii aucta fuerint Ludovico XVI regnante.*

Marion: *Les classes rurales en Bordelais*, S. 74 ff., *Rev. des études hist.* 1902.

Champion: *La France d'après les cahiers en 1789*, S. 149—154.

H. Sée: *Les classes rurales en Bretagne*, 3. Partie.

37. s. A. Mathiez: *La Rév. fr.*, Bd. I, S. 3; Tocqueville, *zit.*, livre II, chap. 9.

P. Lefeuvre: *Les communaux en Bret. à la fin de l'anc. rég.*; Sée H., *zit.*, 3. part.

38. s. H. Carré: *La noblesse de France et l'opinion publique au 18 s.*



Die Zahl der Adeligen, die fast nur von Feudalrechten lebten, war beträchtlich. Von Limousin schreibt Turgot: „Mehrere Provinzen, wie Limousin, haben nur einen kleinen armen Adel, der fast keine Güter mehr besitzt und nur von Feudalrechten und Grundrechten lebt.“<sup>39</sup> In der Bretagne, Poitou und Boulonnais und vielen andern Gegenden war der arme Adel ebenfalls sehr zahlreich.<sup>40</sup> Häufig sehen wir ihn zum gewöhnlichen Bauern herabsinken, der selbst nicht lesen und schreiben kann, und der, um seine Lage zu bessern, ein Bürgermädchen heiratet, damit er einiges Land erwerben kann. Die Heiraten des hohen, verschuldeten Adels mit der Hochfinanz — „fumer sa terre“ — sind übrigens auch eine häufig beobachtete Erscheinung im 18. Jahrhundert.

Das Protokoll der Versammlung des Adels von Poitou im Jahre 1789 berichtet, daß sieben Adlige in Bauernkleidung, ohne Schwert zur Versammlung gekommen seien, daß man ihnen Säbel habe geben und die Herberge bezahlen müssen. In der Intendanz von Soissons sind Adelige sogar *collecteurs de taille* geworden. Deshalb wundern wir uns nicht, daß das *cahier* von La Valette seine Forderungen folgendermaßen begründet: „Wir greifen keineswegs ihren Adel an, sie sind tapfer, loyal und edelmütig, aber sie sind unsere Brüder, unsere Verwandten, unsere Kinder und haben dem Staat und dem Vaterland nicht mehr Dienste geleistet als wir. Wenn andere Edelleute oder Marquis ihre Vermögen verschleudert hatten, sahen wir sie die Mädchen heiraten, die sie ‚unsere kleinen Bürgerinnen‘ nannten.“<sup>41</sup>

Was diesen Adel hauptsächlich noch von den Bauern unterschied, war das Privileg, seine Güter in den Provinzen der *taille personnelle et mixte*, die in dem weitaus größten Teil des Staates vorherrschte, ganz frei von dieser so verhaßten Steuer ausbeuten zu können. Wenn er auch dieses Recht mit der Bourgeoisie der Städte gemeinsam hatte, so können wir doch

---

39. zit. v. Beudant: *La transformation juridique de la propriété foncière*, S. 153.

40. Carré, *ibid.*, das Folgende nach Carré.

41. Boissonnade, *zit.*; über den Adel vgl. a. A. Young, *zit.*

verstehen, daß die Forderung der Steuergleichheit eine einmütige in den ländlichen cahiers war.

Die Tatsache der Verarmung eines großen Teils des Adels begünstigte weiterhin eine andere Erscheinung, die der Bauer ebenfalls nicht mit Freude begrüßte: den Landerwerb der Bourgeoisie. Frühzeitig schon hatte diese Bewegung eingesetzt, machte sich aber im 18. Jahrhundert besonders bemerkbar. Die durch Handel in der Stadt reich gewordene Bourgeoisie hatte sich Güter auf dem Lande erworben, um das Kapital sicher anzulegen. Der Erwerb von Grund und Boden war je länger je mehr ein aussichtsreiches Geschäft geworden, und der Kapitalist hatte nicht nur Güter erworben, um sie wieder zu veräußern, sondern um sie an einen Pächter zu vergeben, wenn er sie nicht selber ausbeutete. Seit dem grundlegenden Edikt von 1744, das dem Adel das Monopol der alleinigen Ausbeutung des Untergrundes nahm, und ihn der Ausbeutung im Großen, dem Kapital, eröffnete, bot der Grundbesitz neben der landwirtschaftlichen Ausbeutungsmöglichkeit auch noch industrielle, den Bergbau betreffende Möglichkeiten.

Die Landerwerbung durch die Bourgeoisie ist keine vereinzelte Erscheinung. Sie wird uns von einem scharfen Beobachter, Marquis d'Argenson, als allgemein berichtet.<sup>42</sup> Die Finanzspekulationen anfangs des 18. Jahrhunderts, besonders die mißglückten Unternehmen des Finanzkünstlers Law im Jahre 1720, hatten den Geschmack an den Renten verdorben. Sie hatten bewirkt, daß die Bürger, die vorher ihr Geld in Renten und Aktien anlegten, es jetzt in Grund und Boden anlegten.<sup>43</sup> Das Interesse des Bürgertums für die Landwirtschaft hatte sich vollends in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, dank der physiokratischen Bewegung, gesteigert. Die Steigerung der Boden- und der Pachtpreise, der landwirtschaftlichen Produkte überhaupt, um das Doppelte und Dreifache und manchmal noch mehr, innerhalb von dreißig Jahren, ist ein beredtes Zeugnis dafür. Aber die Grunderwerbung durch die Bourgeoisie war maskiert durch die Tatsache, daß die reich gewordenen Bürger

---

42. Argenson, *Considérations sur le gouvernement de France*.

43. *ibid.*, S. 260.

mit der Erwerbung gewöhnlich in eine höhere Klasse eintraten, sei es durch direkte anoblissement oder durch den Kauf einer Charge. Die Existenz einer noblesse de robe und einer Klasse von anoblis war die Ursache, daß selbst am Vorabend der Revolution die Seigneure noch Eigentümer des Bodens par excellence waren, sagt Kovalewsky.<sup>44</sup> Dieser Satz ist nur zu einem Teil richtig. Wahr ist es wohl, daß der Adel, oder die Privilegierten überhaupt, bis zur Revolution einen beträchtlichen Teil des Bodens inne hatten, aber zu diesem Besitz dürfen doch nicht die von den Hintersassen bewohnten censive gerechnet werden. Dieser Besitz hatte in den Händen der Bauern vollen Eigentumscharakter, nur war er nicht autonom. Dem Bauern jeglichen Grundbesitz absprechen zu wollen, ist falsch; sein Anteil am Bodenbesitz war im Gegenteil manchmal sehr beträchtlich.<sup>45</sup> Auch sind nicht alle grunderwerbenden Bürger, selbst wenn sie privilegierten Boden erwarben, adelig geworden. Der Erwerb eines Lehens machte noch nicht adelig, er war höchstensfalls eine Vorstufe zum Adel.<sup>46</sup> Es gab viele Bürgerliche, die, ohne adelig zu sein, eine Seigneurie besaßen und alle an diese sich knüpfenden Rechte, auch die Gerichtsbarkeit, ausübten. Der Besitz eines Lehens genügte noch nicht, um ein homme de qualité zu sein, und oft unterschied sich ein kleines Afterlehen nur wenig von einem censive.<sup>47</sup> Weiterhin muß man in Betracht ziehen, daß nicht alle von der Bourgeoisie erworbenen adeligen Güter Lehen waren, wohl aber im feudalen Lehensverband lagen und daher nicht autonom waren. So drängte sich also zwischen den Seigneur und den Bauern eine neue Macht, die zugleich der Träger der Opposition gegen die Feudalität wurde. Landerwerb bedeutete für die Bourgeoisie eine Spekulation, aber nicht nur deshalb, weil sie die Güter wieder an die Bauern verkaufte,<sup>48</sup> sondern weil sie dieselben verpachtete oder durch Verwalter ausbeuten ließ, wenn sie dieselben nicht selber be-

---

44. Kovalewsky, *La France écon. et soc. à la veille de la Révol.* I, S. 1.

45. s. b. H. Sée, *Hist. écon. de France*, S. 218; vgl. G. Lefebvre, *zit. (Rev. d'hist. mod. 1928.)*

46. s. Holtzmann, *Franz. Verfassungsgeschichte*.

47. Soulgé, *Le rég. féod. et la prop. paysanne (en Forez)* S. 178.

48. Loutchisky nimmt das häufig an.

wirtschaftete. Diese Spekulation wurde wesentlich beeinträchtigt durch die Feudalrechte, die die volle Ausbeutung der Güter hinderten, ihren Wert herabsetzten und den Stolz der sonst unabhängigen Bürger verletzten. Das um so mehr, als der Bürgerliche, der ein adliges Gut erwarb, das *droit de franc-fief* bezahlen mußte. Dies war eine an den König zu zahlende Steuer, die dem Jahresertrag des betreffenden Gutes gleichkam. Je nach den Bestimmungen der *coutumes* mußte dann diese Steuer alle 20 oder 30 Jahre erneut bezahlt werden.<sup>49</sup> Diese Steuer wurde erhoben, weil der Bürgerliche im Prinzip nicht berechtigt war, ein adeliges Gut zu besitzen; ursprünglich sollte sie die Erhaltung des privilegierten Grundbesitzes begünstigen. Wohl stand sie dem Güterumsatz hindernd im Wege und machte sich bei dem gesteigerten Gütertausch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts besonders unangenehm bemerkbar — die Bourgeoisie kaufte vornehmlich die Güter des verarmten Adels — aber sie hatte auch etwas Verletzendes an sich. Deshalb findet man in allen *cahiers de bailliage* die Unterdrückung dieser Steuer kategorisch gefordert. In den *cahiers de paroisse* dagegen findet man diese Forderung verhältnismäßig wenig; denn der Bauer kaufte selten ein adeliges Gut.

Ganz ähnlich verhielt es sich in einem Frankreich benachbarten Land, in Savoyen. Auch dort war es die Bourgeoisie, die, als der Augenblick der Bodenbefreiung kam, den Klassenkrieg gegen die *Seigneure* eröffnete.<sup>50</sup> Diese Umstände sind bei der Betrachtung der Verhältnisse im Jahr 1789 sehr zu berücksichtigen. Ohne diese Faktoren wäre das Verhältnis von *Seigneur* und Bauer ein notgedrungen friedliches geblieben. Vergessen darf man aber trotz allem nicht, daß auch zwischen dem Bürgertum und den Bauern gewaltige Interessengegensätze bestanden. Diese zeigen sich, sobald man vom feudalen zum rein

---

49. s. Marion, *Dict.*, *franc-fief*.; das *franc-fief* fiel wohl durch die Beschlüsse des 4. August, seine Abschaffung wurde aber schon in den Beschlüssen der *séance-royale* in Aussicht gestellt, s. b. O. Becker, *Die Verfassungspolitik der französischen Regierung bei Beginn der großen Revolution*, S. 190.

50. Vermale, *Les classes rurales en Savoie au 18<sup>e</sup> s.*, S. 63 ff.



wirtschaftlichen Programm übergeht. Dies wurde dann später in der Revolution von großer Wichtigkeit.

Wenn auch ein großer Teil der Bourgeoisie Grund und Boden aus reinen Spekulationsgründen erwarb, so hat es unter ihr doch auch viele gegeben, denen der adelige Landerwerb als Vorstufe in den privilegierten Stand diente. Ein beträchtlicher Teil des adeligen Besitzes gehörte dem jüngeren, aus der Bourgeoisie stammenden Adel, besonders der noblesse de robe. Wie weit dieser den alten Adel im Grundbesitz abgelöst hatte, zeigt sehr gut eine Studie über Forez. Dort besaß kurz vor der Revolution der ganz alte Adel nur noch 4,6 % des Bodens, der aus der Bourgeoisie der Bourbonen stammende Adel 15 % und die privilegierte Bourgeoisie 10 %;<sup>51</sup> alles andere gehörte der kleineren Bourgeoisie und den Bauern. Der Anteil der Bourgeoisie von Dijon am Grundbesitz der umliegenden Dörfer war schon im 17. Jahrhundert derart, daß die gesamte Oberfläche von 32 Dörfern ausschließlich in ihrem Besitz war. Die Bewohner waren sämtlich Zinsleute der Bürger von Dijon. Daneben gab es noch viele Dörfer, in denen ihr Anteil am Bodenbesitz beträchtlich war.<sup>52</sup>

Was diesem jungen Adel nun an Tradition abging, suchte er durch titres und Stolz zu ersetzen.<sup>53</sup> Auf nichts war er mehr bedacht, als seine Ehrenprivilegien zu wahren und sich mit solchen zu umgeben, um seine Herkunft vergessen zu machen. Die Hartnäckigkeit, mit der die droits honorifiques, die ohne reellen Wert waren, verteidigt wurden, ist ein charakteristischer Zug dafür.<sup>54</sup> Ein Vergleich der erneuerten Terriers mit den alten zeigt, daß der am präzisesten ausgeführte Teil derjenige ist, der die Ehrenrechte betrifft. Wenn ein Bürger ein Lehen kaufte, um in den Adelsstand überzugehen, so ist das verständlich, denn das Lehen bildete die Grundlage aller titres. Der territoriale Besitz war die Grundsäule der adeligen

---

51. Soulgé, zit. S. 252.

52. Roupnel, *La ville et la campagne*, s. S. 192 ff.

53. Savina et Bernard, zit., Einl.

54. Roupnel, *ibid.* S. 242; s. a. Marion, *Les classes rur. en Bord.* S. 942/49.

Stellung. Deshalb gingen die reichen Bürger aufs Land, um sich diese zu erwerben. Dem Erwerb einer Charge ging meist der Erwerb von Grundbesitz voraus.<sup>55</sup> Das hatte aber auch für den Bauern Nachteile. Während der alte Adel eine Tradition besaß und sich Verdienste um das Vaterland erworben hatte, die auch der Bauer schätzte, brachte der neue Adel nichts weiter mit als seine gefüllte Börse.<sup>56</sup> In Handel und Industrie groß geworden, betrachtete er die Ausbeutung seiner Güter von einem andern wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus als seine Vorgänger. Er brachte Ordnung in die Gutsverwaltung, beutete die Feudalrechte strammer aus, ließ alte Rechte wieder aufleben, was dann der Bauer als Erschwerung des Regimes auffaßte.<sup>57</sup> Je mehr die Produkte im Preise stiegen, desto schwerer mußten die Lasten für den kleinen Zinsmann werden, dessen Gut meist nicht soviel abwarf, daß er unabhängig leben konnte. Für ihn galt in gewisser Beziehung dasselbe wie für den Arbeiter: das immer größer werdende Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Lebenshaltung wirkte erschwerend auf seine wirtschaftliche Lage ein.

Diese ganze Entwicklung brachte aber auch Veränderungen in kultureller Hinsicht mit sich: die Bildungsgüter und gesellschaftlichen Vorrechte, bisher ein Monopol der Privilegierten, gingen nun allmählich auch in die Hände der Nichtprivilegierten über. Die Schranken zwischen den Ständen wurden vielfach durchbrochen, eine gegenseitige Durchdringung fand statt. Der arme Adel war oftmals durch die Not zu einer Übertretung des Gesetzes der *dérogeance* gezwungen; der hohe Adel wurde durch die wirtschaftliche Aktivität dazu verlockt, es mit diesem Gesetz immer weniger genau zu nehmen. Der Landadel verheiratete sich immer häufiger mit Bürgerstöchtern, um ein Stück Land erwerben zu können und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu entgehen. Der hohe Adel heiratete in die Hochfinanz ein, um sein zerrüttetes Vermögen wieder in Ordnung bringen und die Schulden bezahlen zu können. Adel und Bourgeoisie hatten häufig gemeinsame wirtschaftliche Interessen, vor allem

---

55. Roupnel, *ibid.*

56. Duval, *Cahiers du bailliage d'Alençon, cah. de Sées.*

57. s. a. a. O. (die feudale Reaktion).

auf industriellem Gebiet, und so bildete sich mit der Zeit ein liberaler Adel, der gleichsam ein Mittelding war zwischen konservativem Grundadel und hoher Bourgeoisie.

Auf der einen Seite also trat eine Durchbrechung der gegenseitigen Isoliertheit innerhalb der Stände ein und somit eine kulturelle Umschichtung. Auf der anderen Seite eine immer schärfer werdende Klassenbegrenzung, die zum völligen sich Abschließen der einzelnen Kasten untereinander führte. Die hohen Ämter wurden immer mehr ein Monopol des hohen Adels. Die hohe Magistratur und die Armee konstituierten sich als in sich abgeschlossene Gesellschaftsschichten, an denen sogar die Macht des Geldes ihre Grenze fand. Die Adelsnachweise, die *preuves*, wurden immer schärfer überwacht; immer weniger nützte dem Bürgertum die Erwerbung einer Charge zu dem Zwecke, Parlamentarier oder Offizier werden zu können; man brauchte dazu den Nachweis eines adeligen Stammbaumes von vielen Generationen. Mit der Macht des Geldes war hier also nichts zu erreichen. Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht erweiterte sich immer mehr. Eine Kluft tat sich auf, die Mathiez ganz richtig definiert hat als eine Antinomie zwischen den wirklichen Tatbeständen und den Gesetzen, zwischen den Institutionen und den Sitten, zwischen dem Buchstaben und dem Geist.<sup>58</sup>

Innerhalb dieser Entwicklung trat dann schließlich noch ein Moment auf, dessen Auswirkung letztlich von entscheidender Bedeutung war: der Kampf einer geistigen Schicht gegen das feudale System. Diese Schicht bildeten die sogen. Physiokraten; sie setzten sich vor allem theoretisch mit dem Problem der Feudalität auseinander und unterzogen es einer systematischen scharfen Kritik. Sie haben die Revolution geistig vorbereitet.

Dieser ganze Entwicklungsprozeß ist also im Grunde nichts anderes als eine große Evolution, die eine allgemeine kulturelle Umschichtung mit sich brachte und auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu Gegensätzen führte, die schließlich die Revolution als Kulminationspunkt dieser Entwicklung ihrer letzten Maskierung beraubte und in kontradiktorischer Härte aufeinanderprallen ließ.

---

58. Mathiez, A.: *La Révol. franç.*, Bd. I, S. 1.

## Viertes Kapitel

### Die Bedeutung der Physiokraten in agrarpolitischer Beziehung.

„In Wirklichkeit hat niemand das morsche Gebäude des alten Regimes tiefer unterwühlt und in seinen Grundfesten ärger erschüttert als die Physiokraten.“<sup>1</sup> Die Zeit der Physiokraten war eine Epoche energisch betonter Abkehr von der Tradition, der Reformbestrebung großen Stils, des Antifeudalismus und der Antireglementation. Ihre Theorie fand in der Maxime „laissez faire — laissez passer“ ihren höchsten Ausdruck. Sie lief gegen Privilegien und Monopole Sturm und ihr Bestreben war ein großer Versuch, schon bestehenden und sich bildenden wirtschaftlichen Bedingungen und Notwendigkeiten gerecht zu werden und überlebte Einrichtungen zu beseitigen. Es war der Versuch der ökonomischen Transformation Frankreichs, und man kann sagen: es war eine der Revolution vorausgehende Revolution, gegen die aber 1789 ein großer Teil der Bevölkerung wieder Revolution macht.

Nie wird man die Evolution, die Frankreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erlebte, vom Begriff Physiokratie trennen können, zumindest nicht, wenn man an die agrarische Entwicklung denkt, das Gebiet, auf dem der Schwerpunkt der physiokratischen Lehre ruht. Dank ihrem Bemühen ist die Landwirtschaft für die Regierung bald ein Lieblingsgebiet geworden und hat unter dem Minister Bertin (1761—1783) eine getreue, wenn auch einseitige Pflegestätte gefunden.<sup>2</sup>

---

1. Glagau H., Reformversuche und Sturz des Absolutismus in Frankreich, S. 11 (s. d. die treffliche Zusammenfassung des physiokratischen Programms S. 9—53).

2. s. a. Bloch M.: La lutte pour l'individualisme agraire dans la France du 18<sup>e</sup> s.



Die etwaige Behauptung, daß die Menschenschicht, die in erster Linie aus der Fürsorge der Regierung Nutzen ziehen sollte, das Gefühl hatte, man füge ihr den größten Schaden zu und begehe einen Raub an ihr, würde keineswegs sofort ohne weiteres einleuchten; besonders nicht, wenn man in Betracht zieht, daß man dem Egoismus des einzelnen ein Zugeständnis machen wollte, denn die eingeleitete Bewegung bedeutete ja eine Transformation des *propriété collective* zum *propriété individuelle*. Damit hatte sich ein Problem von ungeheurer Tragweite aufgetan. Der Landwirtschaft konnte man aus ihrer Rückständigkeit nicht heraushelfen, wenn man sich nicht mit diesem Problem positiv auseinandersetzte. Daß man die reformatorische Bewegung aber von vornherein als segensreich empfinden würde, war deshalb nicht gut möglich, weil man als Vorbild ein Land, nämlich England, nahm, dessen soziologische Struktur in jeder Hinsicht eine andersartige war als die Frankreichs. So erklärt es sich, daß die Transformation nicht vor sich gehen konnte, ohne tiefe Wunden zu reißen und dem kranken Körper wehe zu tun.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts setzte in Frankreich ein lebhaftes Interesse für die Landwirtschaft ein. Dieses wurde durch die Theorien der englischen Volkswirtschaftler und Agromomen in hohem Maße gefördert und weitergebildet. Eine Anzahl von englischen Werken über dieses Gebiet wurde ins Französische übersetzt und in ganz Frankreich verbreitet. Bald entstand aber auch eine eigene Literatur über diese Fragen; die geistige Führung übernahmen Quesnay und seine Schüler, deren bedeutendster Mirabeau war.<sup>3</sup>

Durch das Wirken der physiokratischen Schule, die die Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihres Systems stellte, wurde in Frankreich das Interesse für diese so stark wachgerufen, daß landwirtschaftliche Betätigung eine Art Mode wurde. In den literarischen Salons und auch von den Philosophen wurde sie als die eigentlich würdige Arbeit propagiert. So trug die Zeit nach 1760 immer mehr das Gepräge einer Epoche der Landwirt-

---

3. (der Verfasser des *Ami des hommes*, des *Vaters des großen Mirabeau*.)

schaft. Die nach 1760 in den verschiedensten Provinzen gegründeten Ackerbaugesellschaften sorgten dafür, daß das Interesse in den oberen Kreisen für die Landwirtschaft erhalten blieb, und suchten durch Erprobung neuer wissenschaftlich fundierter Methoden die Agrikultur zu heben.

Der Ausgangspunkt der Physiokraten war der Satz, daß die Erde die Quelle alles Reichtums und die Landwirtschaft der erste und wichtigste Beruf sei. Die Vermehrung der agrarischen Produktion war ihre erste Sorge, denn diese zu heben, bedeutete den Staat lebensfähiger zu machen und ihn von dem Cauchemar des ancien régime, der ständig drohenden Lebensmittelteuerung mit ihren traurigen Folgen, zu befreien.<sup>4</sup>

Durch drei Mittel hofften sie, ihr Programm zu verwirklichen: durch eine rationellere Ausbeutung des bebauten Bodens auf Grund besserer Methoden und anderer Besitzverhältnisse, durch Vermehrung des ertragfähigen Bodens mittels Urbarmachung ödliegender Gebiete und durch eine Befreiung des Bodens von den Fesseln, die seine freie Entfaltung hinderten. Eine Ausführung dieses Programms war nicht möglich ohne eine gewaltige Umwälzung und die Frage war, wie Frankreich eine solche weitreichende Krisis überwinden werde. War es auch nur möglich, die Masse der Bauern von der Nützlichkeit der geplanten Reformen zu überzeugen? Davon hing das Gelingen dieser Pläne wesentlich ab.

Die Hauptvertreter dieser Schule, Quesnay und Mirabeau, waren Theoretiker und Praktiker zugleich. Die eigentliche Schwäche der französischen Landwirtschaft sahen sie in der mangelhaften Ausbeutung des Bodens, die wesentlich durch die so weit gehende Zersplitterung des Grundbesitzes bedingt sei.

---

4. Über die Geschichte der Physiokraten und ihre Doktrin s. bes. die instruktive These von G. Weulersse, *Le mouvement physiocratique en France de 1750—1770*; s. a. F. Wolters, *Studien über Agrarzustände und Agrarprobleme in Frankreich von 1770—1790*, S. 146 ff., 199 ff., 228 ff., 275 ff. Außerdem Kareiew, *Les paysans et la question paysanne*, S. 244 ff. A. Oncken, *Geschichte der Nationalökonomie* S. 247 ff. Maugin, *Etudes historiques sur l'administration de l'agriculture*, Bd. 1, S. 227—411; Laude, *Les classes rurales en Artois*.

Sie waren energische Gegner der Kleingrundbesitzer. Diese Klasse, aus schlechten Steuerzahlern bestehend, zählte bei ihnen sehr wenig im Staat. „Jene Menschen, ihre Erzeugnisse und der Boden, auf dem sie leben, sind wertlos für den Staat“, sagt Quesnay.<sup>5</sup> Je reicher die Landwirte sind, desto mehr sind sie in der Lage, die Produktion ihrer Güter und damit die Macht der Nation zu heben.<sup>6</sup> „Um Reichtümer zu produzieren, braucht man Reichtümer.“<sup>7</sup>

Nur der, dem die Landwirtschaft nicht nur eine Möglichkeit des Vegetierens bietet, der vielmehr die nötigen Betriebsmittel besitzt, ist in der Lage, sein Gut rationell auszubeuten, und je größer ein Gut ist, desto eher ist dies möglich. „Nicht dem armen Bauern darf man die Kultur des Bodens anvertrauen; den wohlhabenden Besitzern muß man die landwirtschaftlichen Unternehmungen übertragen, damit sie sich selbst und den Staat reich machen.“<sup>8</sup>

Was sie also vorschlugen, war die Zusammenlegung von Grundbesitz, mit der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch tatsächlich begonnen wurde.<sup>9</sup> Die kurze Zeit bis zur Revolution hat allerdings nicht genügt, dem Charakter der Bodenausbeutung einen wesentlich andern Stempel aufzudrücken.

Weit mehr haben der zweite und dritte Teil des Programms eine nachhaltige Wirkung hervorgerufen. Während man den zweiten Teil mit viel Kostenaufwand und unter möglichst weitgehenden Begünstigungen durchzuführen versuchte, ist der dritte Teil in Versuchen stecken geblieben, die allerdings bemerkenswert sind. Er galt der Beseitigung alles dessen, was eine freie Entwicklung verhindern konnte. Um die Erträge steigern zu können, mußte man dem Besitzer volles Verfügungsrecht über seinen Besitz geben, diesen von den Parasiten, die an ihm fraßen, befreien. Hierher gehörten die Feudal-lasten, die Gemenggelage der Äcker, jene „barbarischen Ge-

---

5. Max. gén., note 26.

6. Quesnay: art. fermiers.

7. Quesnay: art. hommes.

8. s. observations sur la Maxime XXVI.

9. Kovalewski, zit. s. Bd. II Anh.

bräuche",<sup>10</sup> wie das droit de glanage,<sup>11</sup> droit de parcours, des vaine paturage. Man mußte dem Besitzer erlauben, sein Gut zu umzäunen, damit er seinen Ertrag in Ruhe unter Dach bringen konnte, damit ihm nicht mehr ein Teil durch die Sitte des Ährenlesens verloren ging, und damit es nicht mehr den Viehherden anderer offenstand. Um den Ertrag zu steigern, mußte man unabsehbare, bisher unbebaute Flächen in Kultur nehmen, man mußte die Gemeindegüter verteilen, damit jeder einen Teil abbekam, den er ohne wesentliche Belastung für lange Jahre, und deshalb auch mit viel Liebe, bebauen konnte.

Als erste Frage wurde die der „dessèchement“ und „défrichement“ aufgeworfen. Um diese zu ermutigen, gewährte die Regierung durch den Erlaß vom 16. August 1761 für die urbar gemachten Gebiete Steuerfreiheit für 10 Jahre.<sup>12</sup> Diese Verfügung wurde durch einen neuen Erlaß vom Januar 1763 betreffs der dessèchements vervollständigt.

Am 14. Juni 1764 folgte wieder ein Erlaß, der die urbar gemachten und zu machenden Gebiete vom Zehnt freisprach und die Steuerfreiheit auf 15 Jahre festsetzte.<sup>13</sup>

Das Gelingen dieser Versuche hing noch von andern Fragen ab. Sie konnten nur Erfolg haben, wenn der Besitzer volle Freiheit über seinen Boden hatte, und wenn er durch die herrschenden Gebräuche nicht mehr beschränkt war. Die Frage der clôture und damit auch die des vaine paturage und des parcours stellten sich ein.

Ihre theoretische Lösung wurde vorbereitet durch die sociétés d'agriculture, und durch die Akademien, die Preisaufgaben über Fragen der Landwirtschaft stellten. Den Preis erhielt stets der, der sich gegen das Alte erhob, seine Mängel rücksichtslos aufdeckte und seine Abschaffung forderte.<sup>14</sup>

---

10. Mirabeau: Ami des hommes, Bd. III, S. 77.

11. Sitte des Ährenlesens.

12. Weulersse, zit. S. 81, Teil 1.

13. Isambert: Rec. Bd. 22; s. a. Erlaß v. 13. Aug. 1766, ibid. Bd. 22, das die früheren Erlasse bestätigte und die seit 40 Jahren brachliegenden Güter als terres incultes bezeichnete.

14. Die Akademie von Dijon krönte 1762 eine Denkschrift mit dem Preis, die sich energisch gegen den parcours und für die clôture ausge-



Ein Hindernis für die *clôture*, d. h. das Recht, seine Güter zu umzäunen und sie so von der allgemeinen Weidebenützung nach der Ernte oder dem ersten Schnitt abzuschließen, war der *vaine paturage*, kraft dessen jederzeit die Herden einer Gemeinde auf den nicht bebauten Flächen weiden konnten, auf den Kulturen aber nur in den erwähnten bestimmten Zeiten.<sup>15</sup> Der *parcours* war die Erweiterung des *vaine paturage* und galt reziprok zwischen Nachbargemeinden.

Die Physiokraten vertraten den Standpunkt, daß das so schädliche Recht des *vaine paturage* dem Bauer als Vorteil erscheine, während es die Quelle seines Elends und seiner „*corruption*“ sei.<sup>16</sup> Aber die Menschen seien zu konservativ, sie sähen ihre Vorteile nicht immer gleich ein, und deshalb solle die legislative Gewalt nachhelfen. Dank des Eingreifens der englischen Regierung sei die Landwirtschaft in England so hoch entwickelt.<sup>17</sup>

Die legislative Gewalt half auch in Frankreich nach. Im März 1767 erschien das erste Edikt für Lothringen, das die *clôture* erlaubte. Im Dezember 1767 folgte Béarn, im März 1769 die Champagne, nachdem die *clôture* inzwischen in der Franche-Comté, Bar und den drei Bistümern erlaubt worden war;<sup>18</sup> der *parcours* und der *vaine paturage* für die umschlosse-

---

sprochen hatte. Die Akademie von Besançon stellte 1767 die Frage „Vorteile und Nachteile der *clôture*“. Den Preis erhielt Ethis de Nouvéan, der sich ebenfalls für die *clôture* aussprach. Es heißt dort u. a.: „Le droit de *parcours* atténue le droit de propriété, décourage le cultivateur et détourne les canaux de l'abondance. Tout héritage grevé de ce droit devient communal dès le moment que le propriétaire en enlève la récolte au jour qui lui a été indiqué. La propriété cesse à cette époque, elle est interrompue pour être transmise au public. Il est donc de l'intérêt de l'agriculture et par conséquent de l'État de supprimer un tel abus, afin de laisser au propriétaire de la terre la liberté de faire sa récolte dans le temps qui lui est propre et de disposer son terrain à lui fournir de nouvelles productions. (Arch. nat. AD IV 23, III.)

15. s. Code rural, Bd. 3.

16. Journal économique, März-April 1766, Réflex. sur l'agricult. du Valage. Vgl. Arch. nat. AD IV 23, Voy. agr. pièce II.

17. Arch. nat. AD IV 23 Nr. 1, Extrait de l'essai sur l'amélioration des terres par Pattullo.

18. Isambert: Rec. Bd. 22 S. 486.

nen Gebiete wurde zugleich untersagt. 1770 und 1771 folgten noch andre Provinzen wie Roussillon, Hainaut, Flandern.

Damit war das Programm aber noch nicht vollständig. Die Urbarmachung konnte erst in die richtige Phase treten, wenn die Möglichkeit geboten war, die oft sehr umfangreichen Gemeindegüter in sie einzubegreifen. Erst verhältnismäßig spät wurde die Teilungsfrage brennend. — Ein delikater Punkt scheint die Frage des Verteilungsmodus gewesen zu sein. Teilte man nach Familien, so lag die Möglichkeit nahe, daß viele Teile liegen blieben. Auch lag dieses Teilungsprinzip nicht im Sinne der Physiokraten. Die Mehrzahl der *sociétés d'agriculture* sprach sich für die Teilung unter die Grundbesitzer im Verhältnis ihres Besitzes aus;<sup>19</sup> das hätte aber in Gegenden der ausschließlichen Viehzucht zu einer Teilung im Verhältnis der Zahl der Viehköpfe und nicht der Familien geführt.

Seit 1769 erschienen verschiedene Edikte, die die Teilung betrafen; zuerst für Lothringen, dann im Juni für die drei Bistümer, 1773 für die *généralité d'Auch*, 1774 für die *Bourgogne*, *Maconnais*, *Auxerois*, *Bar-sur-Seine*, *Bugey*, *Gex* und *Elsaß*.<sup>20</sup> Für Flandern durch *lettres patentes* vom 27. März 1777,<sup>21</sup> so auch für Pau. Ein Erlaß für *Artois* vom Jahre 1774 ließ die Teilung fakultativ; 1779 wurde sie befohlen.<sup>22</sup>

Was die Regierung durch diese Verordnungen bezwecken wollte, war nicht nur, der Landwirtschaft einen Impuls zu geben, sondern auch die Kapitalkraft der Landwirte zu erhöhen. Sie hatte sich in ihren Anordnungen häufig davon leiten lassen, daß Gemeinden, die viele *communaux* besitzen, auch viele Arme aufweisen;<sup>23</sup> und sie folgerte daraus: je mehr Arme vorhanden seien, desto weniger steuerkräftige Bürger gäbe es; dieser Umstand aber ziehe wieder eine anwachsende Überlastung letzterer nach sich. Ihre Absicht war also die Anstrebung eines Kräfteausgleiches; die Frage war nur, wie sich diese neue Be-

---

19. Weulersse, zit. S. 413, T. I.

20. Graffin R. *Les biens communaux en France*, S. 71.

21. *ibid.* S. 71.

22. Laude, zit. S. 152.

23. *ibid.* S. 143.

wegung auswirken sollte, ob die Masse der Kleinbauern instande war, diese radikale Umstellung aller ihrer bisherigen Bedingungen zu ertragen. Wie sollte sich die Urbarmachung vollziehen, wenn die Bauern nicht die nötigen Unternehmungsmittel besaßen? Wie sollte die Viehhaltung werden, solange die künstlichen Wiesen nicht angelegt waren, geschweige denn einen Ertrag gaben?

Die Urbarmachungen hatten trotz der von der Regierung gewährten Vergünstigungen nicht den erwünschten Erfolg. Wohl sind große Gebiete urbar gemacht worden, so in der Bretagne von 1768—1780 130 895 arpents,<sup>24</sup> in Languedoc 55 000 arpents.<sup>25</sup> Dafür wurden aber alte Gebiete liegen gelassen und selbst anfangs urbar gemachte Gebiete wieder aufgegeben.<sup>26</sup>

„Die Bewohner sind nicht reich genug, um die Kosten und Vorschüsse für die Urbarmachungen aufzubringen“, sagen die Konsuln von Saint-Benoit de Carmaux 1772,<sup>27</sup> und der Subdélégué von Carcassonne schreibt ebenfalls in jener Zeit, daß das große Hindernis die Armut der Landwirte sei, die vorher schon alle Mühe gehabt hätten, ihr Gut zu bebauen, und die mangels Kapital keine Urbarmachungen unternehmen könnten.<sup>28</sup>

Die ganze physiokratische Gesetzgebung brachte nicht nur nicht das erhoffte Ergebnis, sondern erregte die größte Unzufriedenheit aller Kleingrundbesitzer. Sie faßten die Sache nicht anders als einen systematischen Raub auf; denn sie sahen in der Erhaltung jener Rechte eine Existenzbedingung. Trotz der Edikte schickten sie ihr Vieh auf die urbar gemachten Felder, machten in der Provinz Hainaut Aufläufe, drohten und rissen die ersten Umzäunungen mit Gewalt wieder weg.<sup>29</sup> Überall umzäunten die wohlhabenden Besitzer, vor allem die Seigneure,

---

24. Sée H.: Les classes rurales en Bretagne, S. 441.

25. Dutil: L'état économique de Languedoc à la fin de l'ancien régime, S. 100.

26. Sée H.: Esquisse d'une histoire du régime agraire en Europe, S. 45.

27. Dutil: *ibid.* S. 112.

28. *ibid.* S. 112/13. s. a. Marion M.: Les classes rurales en Bordelais, Laude, zit.

Lefebvre G.: Les paysans du Nord.

29. Lefebvre G., zit. S. 87/89. s. a. Laude, zit. S. 140 ff.

schlossen damit ihre Güter von der allgemeinen Weide aus und schickten trotzdem ihre Herden auf die nichtumzäunten Gebiete. Der Anteil an der offenen Weide vergrößerte sich daher für die, welche die Umzäunungen anlegten und verminderte sich für die, die nicht die Mittel hatten, ihren Teil abzuschließen. Die Folge war, daß so nach und nach die wenig begüterten Leute und „Landproletarier“, die vorher auf der Gemeinde einige Stück Vieh durchbrachten und dabei ein erträgliches Leben fristen konnten, diese verkaufen mußten und sich somit einer wichtigen Hilfsquelle beraubt sahen.<sup>30</sup>

Die cahiers der Landgemeinden forderten 1789 ganz energisch die Wiederherstellung des alten Zustandes, also Wiederaufhebung der erlassenen Edikte. Sie klagten, daß die land-

---

30. Arch. nat. DXIV, 9 Délibération des habitants de Gère-Belesten. (Basses-Pyrénées.) Sagnac Ph. und Caron, zit. S. 153, „... que la principale ressource des habitants de la vallée d'Ossau et surtout de Gère-Belesten consiste dans le nourrissage du bétail de toute espèce, du produit duquel ils doivent acheter le grain qui leur est nécessaire et acquitter les impositions des tailles royales et locales; avant cette faculté de clore accordée par l'édit de 1767, tous les habitants pouvaient nourrir du bétail parce qu'on jouissait de tous les pacages des propriétés après la récolte des fruits; les bestiaux y trouvaient leur subsistance une partie de l'automne, et on les faisait passer pendant l'hiver au plat pays, au pont-long (sic) de Bordeaux. Maintenant que la plus grande partie des terres ont été emparées par les propriétaires et que ceux-ci encore ne peuvent nourrir en leurs terres seules leurs bestiaux, ils jouissent des terres de ceux qui laissent leurs propriétés libres pour le pacage, et que, si chacun fermait son terrain, il n'y en aurait aucun qui puisse nourrir du bétail, et que cet inconvénient, qui porte considérablement, les habitants réduits à la dernière misère et hors d'état de subsister et d'acquitter leurs charges, sur le public, n'est pas le seul qui résulte de la clôture des héritages; ... ces clôtures donnent lieu à des contestations sans fin, mettent le trouble, la haine et la division parmi les habitants qui vivaient ci-devant en paix, par les procès qu'elles occasionnent au sujet des passages qu'elles gênent ou qu'elles interceptent entièrement, par les informations qu'elles occasionnent lorsque le bétail d'un voisin entre dans quelque une de ces clôtures, enfin par les pertes des bestiaux qui périssent sur les haies et sur les pieux lorsqu'ils veulent les franchir pour passer dans l'enfermé où ils aperçoivent de l'herbe fraîche. — Aucun de tous ces inconvénients n'était connu avant les clôtures faites en exécution de l'édit de 1767.



wirtschaftlichen Produkte gestiegen seien, während sie gezwungen gewesen seien, ihr Vieh zu verkaufen. „Seit die clôtures gemacht sind, ist das Fleisch, die Futtermittel und selbst das Getreide gestiegen, weil ein einzelner, der zwei oder drei Kühe hielt, jetzt nur noch eine halten kann.“<sup>31</sup>

Nicht weniger schwer wurde die andere Maßregel, die eigentlich nur die Krone des Ganzen ist, die Teilung der Gemeindegüter, empfunden. Nicht nur bedeutete sie eine scharfe Abwendung von der Tradition, sondern kein Gesetz hatte mehr Haß und mehr Prozesse im Gefolge als gerade dieses. Es hat vielleicht nicht wenig dazu beigetragen, das Vertrauen der Masse zu der Regierung zu erschüttern, die eine Politik zu betreiben anfang, welche gegen deren Lebensinteressen gerichtet schien.

Nachdem die Regierung Ludwig XIV. durch das Edikt von 1667<sup>32</sup> den Gemeinden Gelegenheit gegeben hatte, sich ohne Schwierigkeit und ohne Gerichtsformalität wieder in den Besitz der seit 1620 veräußerten Gemeindegüter, die entweder durch Zwangs- und Notlage oder durch triage veräußert worden waren, zu setzen, verbot sie durch ein Edikt von 1683 den Gemeinden, ihre Güter in Zukunft zu veräußern. Was die Teilung auf Grund des Rechts der triage betraf, so wurde sie durch das bedeutende Gesetz von 1669 geregelt.

Die triage konnte nur noch unter zwei Bedingungen ausgeführt werden: das Terrain mußte ursprünglich vom Seigneur umsonst an die Gemeinde abgegeben worden sein, und der der Gemeinde verbleibende Teil mußte ihr genügen können. Andernfalls durfte die Teilung nicht ausgeführt werden.<sup>33</sup>

Diese Bestimmung wurde jetzt nacheinander für verschiedene Provinzen widerrufen<sup>34</sup>. Die Teilung wurde erlaubt und begünstigt, in Artois sogar, um alle Widerstände zu brechen,

---

31. Étienne: Cah. de dol. des gén. de Metz u. Nancy; cah. de Kerprich, s. a. Laurent, zit., Vernier, zit., Godard et Abensour et Martin, zit., G. Lefebvre, zit.

32. s. Graffin, zit.

33. Graffin, zit. S. 249.

34. ibid. 1774 für die Bourgogne, Maconnais, Auxerois.

befohlen.<sup>35</sup> Geteilt wurde nach Familienzahl, aber das Recht der triage blieb bestehen, d. h. der Seigneur hatte ein Drittel des Geländes zu beanspruchen; sein Teil war vorher wegzumessen.

Die Teilungsfrage hat nicht nur dazu beigetragen, den Konflikt zwischen Seigneur und Bauer zu verschärfen, sie hat auch mehr als jede andere Frage Klassengegensätze der ländlichen Bevölkerung herausgebildet. Die Gemeindemitglieder waren in der Mehrzahl Gegner der Teilung. Nicht selten kam es zu Aufläufen und Tätlichkeiten. Das Erscheinen eines Subdélégué in einem Dorf genügte, um eine Art Aufstand hervorzurufen.<sup>36</sup> Trotz der vollzogenen Teilung schickten die Bauern ihr Vieh auf die angebauten Äcker.<sup>36</sup>

Ein sehr plastisches Bild der Frage malt uns das cahier der Gemeinde Frenelle-la-grande:<sup>37</sup> „Die Bewohner fanden alle genügend Weide für ihr Vieh, es herrschte Friede und Eintracht, aber was ist die Folge der erzwungenen Teilung? Sie hat eine schreckliche Zuchtlosigkeit erzeugt. Neid, Haß, Eifersucht und Raub sind auf die schöne Harmonie, die vor der Teilung zwischen Bauer und Tagelöhner herrschte, gefolgt. Letztere sind durch das patrimoine, das der König zu machen gedachte, zum Teil ränkevoll, faul, stolz oder unverschämt geworden . . . Der Ackerbau verlangt Kapitalien. Der Bauer pflügt für den Tagelöhner nur unter der Bedingung einer gerechten Entschädigung. Aber wieviele gibt es unter den mindestens 60 Arbeitern, die imstande sind, die Kosten der Kulturen zu zahlen! Wie kann der einzelne, der für sich selbst nicht genug hat, solche Unternehmungen<sup>38</sup> beginnen, von denen er vorher nicht weiß, was sie einbringen? Jedenfalls in den ersten Jahren nicht viel. . . .

„Die Bettelei soll seit der Teilung von Frenelle verbannt

---

35. Laude, *ibid.* S. 163.

36. *ibid.* s. a. Lefebvre: *zit.* S. 143.

37. Martin E.: Cah. du bailliage de Mirecourt, (die Teilung wurde der Gemeinde im Jahre 1774 vom Seigneur, comte de Frenelle, aufgezwungen, seither befand sie sich mit ihm im Streit, verlangte Wiederherstellung des alten Zustandes, hatte aber 1789 noch keine endgültige Entscheidung. s. d. Anm. des Hrsgb.).

38. Spielt auf die Urbarmachung an

sein! Um wahr zu sein, muß man sagen: die Bettelei ist mit der Teilung in Frenelle eingezogen. Vor der Teilung gab es keine Bettler, und wenn es welche gab, fanden sie im Reichtum der andern eine Stütze. Das ist jetzt vorbei, und ist es nicht deshalb vorbei, weil sie in der traurigen Notwendigkeit waren, mangels Weide den größten Teil ihres Viehs zu veräußern? Das trifft um so mehr zu, als vor der Teilung drei oder vier Bürger ebensoviel Vieh hatten, wie jetzt die ganze Gemeinde besitzt. Vor der Teilung gab es kaum einen Tagelöhner, der nicht eine oder mehrere Kühe besaß; seit der Teilung sind wenige mehr in der Lage, Kühe zu halten. Die Milch, die jetzt so selten ist, gab es in allen Familien . . . Die Religion schreit gegen diese Teilungen. Was hat die Teilung Gutes gebracht? Sie hat Herrn von Frenelle zum Großgrundbesitzer in Frenelle gemacht; vorher hatte dieser in der Gemeinde nur einen Weideplatz von 14 paires, jetzt, nachdem er sein Drittel hinzubekommen hat, besitzt er beinahe 40 paires (de resaux) . . .<sup>39</sup>

Da wo die Teilungen ausgeführt wurden, spalteten sie die Bewohner einer Gemeinde in zwei feindliche Lager, von denen der konservative Teil der Zahl nach meist stärker war. Daß die Teilungen trotzdem ausgeführt werden konnten, erklärt sich daraus, daß der den Teilungen abgeneigte Teil der Landbevölkerung vom andern abhängig war, weil er auf den Gütern der besser gestellten Bauern und vor allem der Seigneure, die ohnehin Mittel besaßen, auf die Bauern einzuwirken, Arbeit fand und seinen Unterhalt verdiente. Überall machte man die gleiche Erfahrung: die Teilungen machten die verhältnismäßig Wohlhabenden noch wohlhabender und die Armen noch ärmer.<sup>40</sup> Mirabeau aber schrieb: „Die

---

39. s. D XIV, 5 Représentations des habitants de la paroisse de Cheffes (Mainet-Loire) févr. 1790, als Gegenstück dazu: „Un nouveau système créé par les économistes a cherché à persuader que les communes étaient inutiles pour le bien de l'agronomie; des seigneurs puissants, des gens en crédit, se sont enrichis des dépouilles des paroisses de campagne en envahissant leurs communes; les sollicitations auprès des grands ont fait rendre contre des gens pauvres et sans appui des arrêts surpris à la religion des cours, le bon droit à été proscrit, et l'oppression a donné l'être à des titres inconnus et sans force jusqu'alors.

40. Weylensse. zit. S. 457

Interesse der Armen ist, inmitten einer starken Landwirtschaft zu leben, deren vermehrte Arbeiten sie notwendig machen und ihnen den Lebensunterhalt gewähren.“<sup>41</sup> Die Teilungen sollten nicht nur der Landwirtschaft zugute kommen, man schrieb ihnen sogar eine fördernde moralische Wirkung zu.<sup>41</sup> Bevor die Teilungsepoche praktisch eingesetzt hatte, gestand Baudeau der Physiokratie lobredend zu, daß die Bauern der Gemeinden mit großem Weidebesitz die faulsten und ärmsten des ganzen Königreichs seien, weil die Möglichkeit, einige Stück Vieh auf der Gemeindeweide durchzubringen, sie von der Arbeit abhalte. Es wäre eine heilsame Gewalttätigkeit, die man an mehreren Millionen Ackerbautreibenden verüben würde, wenn man ihnen die unheilvolle Hilfsquelle der „*friches*“ nehmen würde, um sie zu zwingen, den Spaten und das Rebmesser oder den Rechen in die Hand zu nehmen; bald würden sie dann reicher sein.<sup>42</sup>

Ein Blick in die cahiers der Gemeinden und noch mehr in ihre Bittschriften, die sie bald darauf an die Constituante sandten, zeigt uns, daß es trotz allen Bemühungen weder der Regierung noch den führenden landwirtschaftlichen Kreisen gelungen ist, die Masse der Bauern von der Heilsamkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Die von den Physiokraten vom Zaun gebrochene Agrar- und Reformfrage hat in vielen Gegenden Frankreichs eine nicht geringere Rolle gespielt als selbst die Feudalität. Die Aufstände in den Jahren 1789 und 90 haben sich nicht allein auf einen Zug gegen die Schlösser beschränkt, sondern sich auch auf Übergriffe gegen die von den Seigneuren gemachten *afféagements*<sup>43</sup> bezogen, die selbst so weit gegangen sind, daß längst vor der Revolution gemachte Umzäunungen niedergerissen wurden, um diese Felder wieder der allgemeinen Weidebenutzung zu eröffnen.<sup>44</sup>

---

41. Mirabeau, *Ami des hommes*, Bd. III, S. 70.

42. *Ephémérides*, 14. April 1766, Bd. III, S. 194.

43. a. a. O. erklärt.

44. D XIV, 1, *Supplique de Lescamoussier, seigneur d'Authe et d'Autruche* (Ardennes) novembre 1789. s. a. D XIV, 5, *Adresse des propriétaires afféagistes de Saint-Herblain* (Loire-Inférieure), s. Sagnac et Caron, *Les Comités des droits féodaux et de législation*, 507—622.



Das Recht der triage, das die Seigneure besaßen, und auf Grund dessen die allermeisten Teilungen ausgeführt wurden, war nicht allein schuld am Widerstand der Bauern. Auch als dieses Recht in der Revolution abgeschafft worden war, stießen die Teilungen mancherorts noch auf den größten Widerstand, der im Elsaß so groß war, daß es zu blutigen Schlägereien in Gemeinden kam.<sup>45</sup> Doch spielte hier auch noch der Teilungsmodus unter die einzelnen Bürger, die man in bourgeois und manants schied, eine Rolle. Die Rechte der beiden Klassen auf die Gemeindegüter waren verschieden, was dann bei den Teilungen zu Komplikationen führte. Der tiefe und wahre Grund für den Widerstand der Bevölkerung gegen die neue Bewegung ist jedoch allein in den Besitzverhältnissen und in der Verteilung des Grundbesitzes unter die verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung zu suchen. Ein Hauptcharakterzug des französischen Grundregimes im ancien régime ist die ungeheure Zersplitterung des Grundbesitzes, die neben großen Komplexen existierte. Was dem einen der beiden dienlich war, war dem andern schädlich. Um dieses zu verstehen, genügt ein kurzer Blick auf die Güterverteilung.<sup>46</sup> Der französische Bauer besaß fast nirgends mehr als die Hälfte des Bodens und in manchen Gegenden wie in der Bretagne, der Normandie und Poitou sogar nur ein Fünftel.<sup>47</sup> Dabei stellte er aber 90 % der Grundeigentümer.<sup>47</sup> Es gab fast keine Bauern, die keinen Besitz hatten, aber dafür waren ihre Besitzungen oft so klein, daß sie nicht ausreichten, eine Familie zu ernähren. Wie groß die Zersplitterung des Bodens sein konnte, zeigen am besten einige Beispiele aus dem Norden Frankreichs, der Gegend von Avesnes, Maroilles und Artois, wo die Teilungen und Umzäunungen auf den größten Widerstand stießen. In der Gegend von Avesnes stell-

---

45. D XIV, 9, Représentations du directoire du département du Haut-Rhin, 24. August 1790, „... il en résulte des schismes et des divisions qui se multiplient et s'aigrissent de jours en jour. ... il en est parmi elles qui déjà en sont venues à des combats sanglants, d'autres sont au point d'avoir les mêmes prises et de voir leur citoyens s'entre-égorger.

46. s. G. Lefebvre, La répartition du sol avant la Rév. (Revue d'hist. mod. 1928.)

47. H. Sée, Hist. économique de France, S. 218.

ten die Bauern 91 % der Grundbesitzer, die Bourgeois und Privilegierten also nur 9 %.<sup>48</sup> Von den Bauern selber machten die mittleren und großen Besitzer 9 % aus, hatten aber 50 % des bäuerlichen Grundbesitzes inne. Alle anderen waren Kleingrundbesitzer, von denen keiner mehr als 5 ha besaß, die meisten von ihnen besaßen nicht mehr als 1 ha. In der Gegend von Maroilles waren 48 % der Bauern ganz kleine Besitzer, von denen keiner mehr als 1 ha besaß. Ihr Anteil am bäuerlichen Grundbesitz betrug 7 %. Der Prozentsatz der kleinen Besitzer betrug 38 %, diese hatten 38 % des bäuerlichen Grund und Bodens inne. Der Umfang ihres Besitzes schwankte zwischen 1 und 5 ha. Der Prozentsatz der mittleren Besitzer betrug 13 %, sie besaßen 54 % des bäuerlichen Besitzes; ihre Güter waren 5—10 ha groß. Der Anteil der Bauern am Bodenbesitz in jenen Gegenden variierte zwischen  $\frac{1}{3}$  und  $\frac{2}{3}$ , und nur 2—3 % von ihnen waren unabhängige Grundbesitzer, alle andern mußten ihren Lebensunterhalt durch Nebenverdienste ergänzen. Bemerkenswert ist, daß in der Gegend von Avesnes 45 % der bäuerlichen Besitzer in der Industrie, insbesondere der Weberei, beschäftigt waren. Sie besaßen 45 % des bäuerlichen Grund und Bodens.<sup>49</sup>

Ähnlich war es im Artois. Die Durchschnittsberechnung von 27 Gemeinden ergab, daß der Prozentsatz der bäuerlichen Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sich auf 81,2 % belief.<sup>50</sup> Der Anteil der Bauern am Grund und Boden betrug 37,65 %, die Bourgeois besaßen 9,9 %, der Adel 31,77 %, und der Clerus 19,77 %. Während die drei letzten Klassen 13,73 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, besaßen sie doch 60,63 % des Bodens. Der weitaus größte Teil der Grundbesitzer, insbesondere der bäuerlichen Besitzer, war Kleingrundbesitzer. Von den insgesamt 3735 Bauern, die in den betreffenden Gemeinden ansässig waren, besaßen 1900 eine Fläche von 1—10 mesures. 52,97 % der Bauern

---

48. G. Lefebvre, zit. S. 32.

49. *ibid.* (alle Ziffern sind Lefebvre entnommen, S. 32 ff.).

50. Laude F., *Les classes rurales en Artois à la fin de l'ancien régime*, S. 21 ff. Das Folgende nach Laude.

waren Kleingrundbesitzer. Der Prozentsatz derjenigen Besitzer, die weniger als 1 mesure besaßen, betrug 35,86 %; 52,61 % der Besitzer besaßen eine Fläche von 1—10 mesures, 8,37 % 10—50 mesures, 0,8 % 50—100 m., 1,18 % 100—200 m., 0,16 % 200—300 m., 0,36 % 300 mesures und darüber. In diesem Zusammenhang findet die Tatsache der Landindustrie erst ihre volle Erklärung.

So extrem diese Beispiele auch zu sein scheinen, so wäre es doch falsch, sie als Ausnahmen bezeichnen zu wollen. Ein noch weit extremeres Beispiel hat eine Untersuchung in der Generalität von Orléans geliefert.<sup>51</sup> Fast überall konstatiert man dieselbe Erscheinung.<sup>52</sup> Die Bauern besaßen wohl manchmal einen ganz beträchtlichen Anteil am Grundbesitz, aber sie stellten auch stets die weitaus größte Anzahl der Grundbesitzer und hatten im Verhältnis zu ihrer Zahl nur einen minimalen Besitz inne. Dieser Besitz war aber zu alledem nicht frei, er war nicht nur vom Fiskus ungeheuer belastet, sondern er trug auch noch die Last der Feudalität. Die Überlastung des bäuerlichen Grundbesitzes hatte zur Folge, daß die Methoden primitiv bleiben mußten und deshalb der Ertrag des Bodens gering blieb. Dieser wechselte wohl von Gegend zu Gegend, aber meistens war er nicht allzu hoch, für heutige Begriffe fast unglaublich gering. In der Bretagne überstieg er nicht 5 : 1, in Roussillon und Limousin war er noch schwächer, 3—4 : 1.<sup>53</sup> In schlechten Jahren mußte man selbst mit einem Ertrag von 3—2 : 1 rechnen. Die besten Felder gaben im Bordelais in den besten Jahren einen 8—10fachen Ertrag.<sup>54</sup> Flandern scheint mit einem 11fachen Jahresertrag an der Spitze zu stehen. Im Gesamtdurchschnitt darf man wohl 5 : 1 annehmen.<sup>55</sup>

---

51. C. Bloch, Répartition de la propriété foncière à la veille de la Révol. dans quelques paroisses de la généralité d'Orléans (Revue d'hist. mod. 1900).

52. Marion, M., Les classes rurales en Bordelais aux XVIII<sup>e</sup> s., S. 99—106. s. a. Loutchisky, zit. — Ähnliche Beispiele gibt auch E. Patoz, La propriété paysanne dans les bailliages de Semur-en Auxois, Saulien. Arnag le Duc (Semur 1908).

53. H. Sée, Histoire économique de France, S. 238.

Die Physiokraten fühlten sehr wohl, daß die in Angriff genommenen Reformen im Grunde immer halben oder gar negativen Erfolg haben und die Landwirtschaft immer nur auf einem Fuße stehen würde, solange der Bauer nicht sein freies Verfügungsrecht über seinen Besitz besaß. Erst wenn die Fesseln, in die der Boden gelegt war, gesprengt waren, wenn die Besitzverhältnisse günstiger waren, wenn die Ernten nicht mehr von den Wildschäden bedroht waren, wenn die Bannrechte der Seigneure nicht mehr lasteten und die Feudalrechte nicht mehr bezahlt zu werden brauchten, erst dann wäre die Zeit gekommen für die volle gewünschte Entwicklung des Ackerbaus. Erst dann würde es für den Bauern nicht nur eine Entschädigung bedeuten für die durch die Teilung der Gemeindegüter verursachte Expropriation — so hatte er die Operation wenigstens aufgefaßt — sondern zugleich die Mittel zu neuen Entfaltungsmöglichkeiten. Um also den Widerstand der Bauern zu überwinden und der physiokratischen Doktrin zum Siege zu verhelfen, mußte man sich schließlich an ein neues Problem von ungeheurer Tragweite heranwagen. Dieses Problem war die Ablösung der Feudalrechte. Es war nicht neu, selbst für Frankreich nicht.<sup>54</sup> Aber selbst im Zeitalter der Physiokraten wagte man lange nicht, diese Frage offen aufzuwerfen. Die Denkschriften der Akademien haben nur zögernd an sie zu rühren gewagt. Wohl haben sie die Feudalverfassung als einen Hemmschuh der agrarischen Entwicklung bezeichnet, „jene in der Barbarei oder durch Notwendigkeit entstandenen Landgebräuche, ohne Verhältnis und Regelmäßigkeit“, aber „man könnte sie vergleichen mit gotischen Gebäuden, die sich kaum noch auf ihren ruinierten Grundlagen erhalten, an die man aber nicht zu rühren wagt aus Furcht, mit ihnen umgestürzt und unter ihren Trümmern begraben zu werden“,<sup>55</sup> schreibt eine solche Denkschrift.

Einen Anstoß zur näheren Betrachtung des Problems gab zweifellos die Agrargesetzgebung durch König Karl Emanuel III.

---

54. Marion, zit. S. 453.

55. D'Argenson, *Considérations*, S. 280, dort war schon die Zwangsablösung gefordert worden.

56. Arch. nat. AD IV, 23, Akad. de Metz, *Mémoires de M. Vaultrin*, 1770.



von Sardinien. Das Edikt vom 19. Dezember 1771 hatte die allgemeine Ablösung der Feudalrechte in Savoyen angeordnet.<sup>57</sup>

Unter dem Ministerium Turgot erschien im Januar 1776 eine von seinem Freund und Sekretär Boncerf verfaßte und wahrscheinlich auch von Turgot inspirierte Broschüre über die Feudalrechte,<sup>58</sup> die zum erstenmal das Problem offen und scharf aufwarf.<sup>59</sup> Boncerf schlug in seiner Broschüre nicht die radikale Unterdrückung der Feudalrechte, sondern nur ihre Ablösung vor, und zwar sollte diese nicht schon für die gegenwärtige Generation, sondern erst für die nachfolgende obligatorisch sein. Er unterschied zwischen usurpierten und legitimen Rechten. Nur die Rechte sollten abgelöst werden, deren Legitimität durch die titres primordiaux erwiesen werden könne. Die Ablösung sollte zuerst durch die Krone geschehen und sich dann durch die ganze Kette der feudalen Hierarchie fortsetzen. Der König sollte seinen Vasallen erlauben, ihre Lasten auf dem Fuß des denier 30 oder 40 abzulösen. Den Seigneuren gestand er eine höhere Entschädigung zu. Er unterließ dabei nicht, die Nachteile der Feudalrechte in ein krasses Licht zu stellen und die aus ihrer Unterdrückung resultierenden Vorteile zu rühmen. Die Seigneure würden keine Beamten und keine Archive mehr brauchen und die Erhebungskosten würden nicht mehr einen Teil der Rechte verschlingen. Die Unmenge der feudalen Gesetze, die wie die coutumes ein großes Labyrinth sei, würde fallen und mit ihr die Millionen der Prozesse der feudalen Tyrannei, die ohne Maß und Ende um ein Scherflein Zins prozessiere und sich nach einem Jahrhundert der Ruhe und des Stillschweigens mit Wut wieder erhebe.<sup>60</sup>

Wenn die Privilegierten auch gern das Nützliche der physio-kratischen Reformen annahmen und sie es gewesen waren, die zugleich am allermeisten von jenen Reformen profitierten, so weigerten sie sich doch hartnäckig, selbst einer Idee nachzugeben, die ihre Privilegien bedrohen konnte.

---

57. Bruchet M., L'abolition des droits seig. en Savoie 1761—1793 (documents).

58. Les inconvenients des droits féodaux.

59. s. Oeuvres de Voltaire, Bd. 69, S. 284; Kareiew, zit. S. 325.

60. Les inconvenients des droits féodaux.

Die Verwirklichung der Idee Boncerf's hätte den Einsturz des feudalen Gebäudes und der sozialen Stellung des Adels zur Folge gehabt. Für die Lösung dieses Problems war jedoch Frankreich noch nicht reif. Der Revolution und nicht den Physiokraten und einer langsamen organischen Entwicklung blieb es vorbehalten, diese Frage zu lösen und damit eine nicht nur für die Geschichte der Agrargesetzgebung, sondern auch eine für die gesamte Geschichte überhaupt bedeutungsvolle Epoche einzuleiten. Daß dieses Problem im ancien régime selbst nicht gelöst wurde und nicht gelöst werden konnte, ist für den Gang der Revolution von großer Bedeutung geworden; denn die Gegensätze mußten deshalb im entscheidenden Moment um so heftiger aufeinander prallen, als doch die ganze politische und wirtschaftliche Entwicklung sich immer mehr auf dieses Problem hin zuspitzte und seine Lösung immer dringlicher werden ließ. Das Sich-Auswirken der physiokratischen Tendenz im ancien régime kann in der Betrachtung der Vorgeschichte der Revolution nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Gegensätze, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in bisher nicht gekannter Schärfe zutage traten, sind zu einem guten Teil auf diese Tendenz zurückzuführen. Nach zwei Richtungen hin bildet sie eine Hauptkomponente unter den vielen Komponenten, deren Resultante in die große Revolution einmündet.

## Fünftes Kapitel.

### Die feudale Reaktion.

Ein sehr strittiger Punkt in der Geschichte des anciens régime ist die Frage der feudalen Reaktion, durch die die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, vornehmlich aber die Regierungszeit Ludwig XVI. ausgezeichnet war. Die in dieser Zeit von den adeligen Schichten vertretene Bewegung lief darauf hinaus, den alten dekadenten Zustand, der durch den Sieg des Absolutismus über die Feudalität entstanden war, wieder zu beseitigen. Wenngleich dieses Bestreben von den Zeitgenossen als Reaktion empfunden wurde, so war sie doch der ganzen Sachlage nach weniger eine aggressive Bewegung als eine Abwehrstellung, hervorgerufen durch eine Strömung, die gegen die Feudalität Sturm lief, und deren Träger sowohl die Philosophen wie auch die Physiokraten waren. Die Philosophen aus humanitären Gründen, die Physiokraten, um ihrer Doktrin von der ungehemmten Entwicklung zum Sieg zu verhelfen. An Stelle eines privilegierten Adels wollten sie eine nichtprivilegierte Aristokratie setzen. Einer derartigen Neuordnung ohne Kampf zu weichen, die Grundlage der bisherigen sozialen Stellung ohne weiteres preiszugeben, konnte der Adel sich nicht entschließen. Weil er aber nicht mächtig genug war, die Strömung wirksam zu bekämpfen, setzte er sich wenigstens in Verteidigungszustand. Als ein solcher ist die Bewegung der feudalen Reaktion anzusehen.

Von den drei Tendenzen dieser Reaktion, der politischen, der sozialen und der rein grundherrlichen, interessiert uns hier nur die letztere. Diese war dadurch gekennzeichnet, daß die Seigneurs, durch die Bedürfnisse der Lebenshaltung dazu gezwungen, auf alle Arten versuchten, ihre Einkünfte sowohl aus dem domaine proche als auch durch Ausbeutung der Zinsbauern zu vermehren. Sie haben ihre Rückstände an Feudal-

renten, die sie bisher oft jahrelang, sogar bis zu 29 Jahren, ausstehen ließen, rücksichtslos eingefordert und die Wald- und Weiderechte der Hintersassen auf die Gehölze, Weiden und Gemeindegüter so sehr als möglich beschränkt und versucht, sie als Eigentum für sich in Anspruch zu nehmen. Betreffs der Renten muß jedoch gesagt werden, daß es bei diesem Verfahren von Seiten der Seigneure weniger um Schaffung neuer Rechte als um exaktere Eintreibung der vorhandenen und Sicherstellung der außer Gebrauch gekommenen handelte.<sup>1</sup>

Da, wie gezeigt wurde, die Grade der seigneurialen Ausbeutung in Frankreich sehr verschieden waren, und man deshalb auch in bezug auf das Feudalwesen zu verschiedenen Resultaten gelangen kann, je nach der Gegend, die man zum Objekt der Untersuchung macht, so hat es auch nicht an namhaften Forschern gefehlt, unter deren Zahl kein Geringerer als Aulard zu rechnen ist, die versucht haben, die Bedeutung der feudalen Reaktion abzuschwächen oder sie gar als einen imaginären Punkt hinzustellen.<sup>2</sup> Zu diesem Standpunkt kann man

---

1. s. Sagnac Ph.: *Quomodo jura dominii aucta fuerint Ludovico sexto decimo regnante*; Karélew: *Les paysans*; Lefebvre G.: *Les pays. du Nord*; Marion: *Les classes rurales en Bord.*, *Rév. des ét. hist.* LXVIII, S. 74 ff.; Sée H.: *Les classes rurales en Bret.* vgl. a. Wolters, zit. S. 260—275. Chérest A., *La chute de l'ancien régime*.

2. Aulard, zit. chap. I, 5, 6, 7. Die Frage, ob die Seigneure ihre Abgaben exakter als früher einforderten, läßt er offen und führt dagegen das Beispiel eines Großgrundherrn, den duc de Cossé-Brissac, an, der seinen Intendanten zur Mäßigkeit ermahnte. Sicher ist nach ihm nur das eine, daß die Bauern unter Ludwig XVI. mehr als je über die Feudalrechte klagten, und daß sie unerträglicher als je schienen. Dies setzt er aber mehr auf Rechnung der Philosophen, der Schrift Boncerfs und auf die „propos et libéralités même des seigneurs“ als auf tatsächliche Erschwerung der Lasten; man war nach A. „moins résigné“. Für diese Ansicht Allgemeingeltung zu beanspruchen, heißt nichts anderes, als den Tatsachen nicht Rechnung zu tragen. Bezeichnend ist, daß A. die Klagen der Bauern über Vergrößerung der Masse durch die Seigneure wenig glaubwürdig findet, weil ihm zwei etwas allgemein gehaltene Dokumente aus Sagnac et Caron, *Les com. des droits féod.*, S. 78 u. 412/13 nicht stichhaltig genug erscheinen. Im selben Werk hätte er aber, um nur einen sicheren Beleg dafür zu nennen, auf S. 201 (s. a. a. O.) sehr leicht einen solchen finden können.



aber nur gelangen, wenn man die feudale Reaktion losgelöst von ihren Komponenten und der Gesamtentwicklung betrachtet und bestimmten Tatsachen überhaupt nicht Rechnung trägt. Als Erscheinung für sich, als das, was man gewöhnlich unter ihr versteht, wäre sie freilich niemals so schwer empfunden worden; aber sie war von Umständen begleitet, die trotz ihrer nicht rein feudalen Natur sich für den Bauern doch nachteilig auswirkten. Diese Faktoren haben wir zu einem großen Teil kennen gelernt, und es gilt jetzt nur noch, sie unter diesem Aspekt kurz zu beleuchten, wobei es nicht zu umgehen ist, bereits Erwähntes zu wiederholen. Ein recht wunder Punkt war zum Beispiel das von der Regierung unter Inspiration der Physiokraten vertretene Agrarprogramm, das der Bauer als gegen sich gerichtet ansah, und aus dem die Seigneure größten Nutzen zogen. Es hatte nicht wenig dazu geholfen, die Gegensätze zu verschärfen und der Agrarfrage manchmal den Charakter eines Klassenkampfes zu geben, der sich nicht allein zwischen den Ständen, sondern auch innerhalb der Stände selbst abspielte. Während der ganze dritte Stand, auf dem Land als auch in der Stadt, geschlossen gegen die Feudalrechte Sturm lief, spaltete er sich bei der Stellungnahme zum landwirtschaftlichen Programm. Das Bürgertum, Träger der neuen Richtung, ging im Verein mit dem Adel gegen den Kleingrundbesitz vor.

Was zum Heil der Landwirtschaft geschah und geschehen mußte, war durch eine Umstellung bedingt, die Frankreich nicht leicht ertragen konnte, weil sie auf Kosten der Masse der Kleinbauern ging. J. Jaurès weist nicht ganz mit Unrecht darauf hin, daß der Aufschwung in der Landwirtschaft dazu beigetragen habe, die Lasten der Kleinlandwirte, d. h. der Masse der Landwirte überhaupt, zu erschweren.<sup>3</sup> Dies zu behaupten ist auf Grund der Lektüre der ländlichen cahiers nicht schwer. Wollte man den Inhalt unzähliger ländlicher cahiers kurz zusammenfassen, so könnte man sagen, daß sie die Ablehnung all der in den letzten 30 Jahren von den Physiokraten verwirklichten Bestrebungen in der schärfsten Form darstellen und den Eindruck eines jahrelangen Kampfes gegen diese vermitteln.

---

3. J. Jaurès: Hist. socialiste, Bd. 1, S. 199.

Dagegen wird der angestrebte, aber nicht verwirklichte Teil des Programms, die Liquidation des Feudalregimes, gefordert.

Der Interessengegensatz innerhalb des dritten Standes selbst kommt in den cahiers sehr deutlich zum Ausdruck. So verlangt das cahier von Bourget, daß die alten Verordnungen, die den Grundbesitzern gebieten, ihre Felder nach der Ernte zum mindesten 24 Stunden für die Ährenleser offen zu halten, wieder in Kraft gesetzt werden.<sup>4</sup> Das cahier des dritten Standes der Sénéchaussée de Boulonnais dagegen verlangt, daß es unter Gefängnisstrafe für jedermann verboten sei, ohne geschriebene Erlaubnis des Syndikus oder eines andern Polizeibeamten Ähren zu lesen. Nur Kinder unter 14 Jahren, sowie Greise über 70 Jahren und Arbeitsunfähige sollen eine Erlaubnis bekommen.<sup>5</sup>

Dieselbe Stellungnahme kommt auch in der Frage des parcours, des vaine paturage und vor allem bei der Teilung der Gemeindegüter zum Ausdruck.

Während die cahiers de bailliage über diese Punkte schweigen, oder aber die allgemeine Durchführung des Verbots des vaine paturage, „jener Sitte, die das Eigentum direkt angreift und das Verfügungsrecht darüber 4 Monate im Jahr beschränkt“,<sup>6</sup> fordern, verlangen die cahiers der Gemeinden die Aufrechterhaltung beziehungsweise Wiederinkraftsetzung jenes alten, dem nationalen Boden anhaftenden Rechtes.

Ein Moment, das sich ferner ungünstig ausgewirkt hat und auf die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens zurückzuführen ist, ist die Tatsache, daß die Seigneure am Ende des ancien régime die Bauern in bisher nicht gewohnter Weise in den Nutzungs- und Weiderechten auf den Gemeindegütern und den Gehölzen zu beschränken und ihnen zu verbieten suchten, Holz aufzulesen und ihr Vieh in den Gehölzen weiden zu lassen. Voltaire, ein sehr gütiger Seigneur, verbot seinen Hintersassen, Holz in seinen Wäldern aufzulesen. Er ließ deshalb selbst arme Frauen verfolgen.<sup>7</sup>

---

4. J. Jaurès, zit. S. 187.

5. *ibid.*, S. 189.

6. Arch. parl., Bd. 4, S. 135.

7. H. Carré: La noblesse de France et l'opinion publique, S. 114.

Mehr als je war das Holz ein Wertgegenstand geworden. Als Beweis dafür genügt die Tatsache, daß der Preis des Holzes in Limousin sich innerhalb von 15 Jahren verdreifacht hat.<sup>8</sup> Die ungewöhnlich schnelle Entwicklung des Bergbaus, überhaupt der Industrie und der Städte, bedingte einen so gewaltigen Holzverbrauch, daß selbst waldreiche Gegenden um ihren Holzbestand in Sorge kamen. Der von den Salinen verursachte Holzverbrauch war derart, daß manchmal die Bevölkerung Mühe hatte, sich das nötigste Holz zu verschaffen: „Die Salinen haben sich vervielfältigt, das Holz mangelt so sehr, daß der „*misérable*“ sich kaum wärmen kann, und oft gezwungen ist, seine Hütte verfallen zu lassen, da er sich nicht ein Stück Holz besorgen kann, um die nötigen Verbesserungen vorzunehmen.“<sup>9</sup> Das cahier de bailliage von Mirécourt verlangt Verminderung der in Lothringen bestehenden Hochöfen, Glashütten und andern Feuerwerkstätten auf  $\frac{1}{4}$ , weil die einst so holzreiche Provinz wegen des dadurch verursachten Holzverbrauches an fortschreitender Holzverteuerung leide.<sup>10</sup> Auch das cahier des Adels von Toul verlangt Verminderung der Hochöfen um die Hälfte.<sup>11</sup>

Die Klagen über Holzangel und Holzteuerung, verursacht durch den Verbrauch der Salinen, der Hochöfen und der Städte, waren äußerst häufig.<sup>12</sup> Wenn deshalb die Seigneure ihren Holzbestand mehr als bisher hüteten und ihn in den Dienst einer wertvolleren Ausbeutung als bisher stellten, so ist das ebenso verständlich wie der Umstand, daß die Gemeinden dagegen protestierten.

Ähnlich war es mit der Frage der Gemeindegüter. Wenn die Seigneure diese usurpierten, um sie urbar zu machen, so erfüllten sie damit wohl eine vielgerühmte und wichtige Mission, trugen dadurch aber keineswegs dazu bei, ihr Verhältnis zu

---

8. Wahl A.: Vorgesch. d. fr. Rev., Bd. I, S. 340, vgl. Avenel: Hist. écon., I, S. 380 ff.

9. Etienne, zit., Bd. II, cahier de Marthil.

10. Arch. parl., Bd. IV, S. 6 ff., Art. 21: s. a. Martin E., zit.

11. ibid., Bd. VI, S. 19, vgl. a. Dutil, Et. écon. de Languedoc.

12. s. bes. Laurent, zit. Porée, zit., Etienne, zit., Martin, zit., Gandhilon, zit., Godard et Abensour, zit., Sée et Lesort, zit.

ihren Zinsbauern zu verbessern. Wie an anderer Stelle schon dargelegt wurde, hat nichts das Verhältnis der Gemeinden zu ihren Seigneuren so gespannt gemacht wie die Teilungen der Gemeindegüter.

Obwohl die gewaltsame Aneignung der Güter eine häufig beobachtete Erscheinung war, haben doch die Seigneure auch versucht, auf legalem Wege in den Besitz eines Teils der Gemeindegüter zu kommen. Sie haben mit den Gemeinden Übereinkünfte, sogenannte cantonnements und triages abgeschlossen. Auf Grund eines solchen Vertrages erhielt der Seigneur im ersten Falle  $\frac{2}{3}$ , im letzteren nur  $\frac{1}{3}$ . Sonderbarerweise sind die cantonnements in der Bretagne häufiger gewesen als das Verfahren durch triage. Die so gewonnenen Güter haben sie entweder selbst urbar gemacht oder aber als afféagement vergeben. Dieses Verfahren bedeutete eine gute Einnahmequelle, da die droits d'entrée ziemlich hoch waren.<sup>13</sup> Da sich Ende des ancien régime Bourgeois und wohlhabende Bauern gleich eifrig darin zeigten, neue Gebiete in Kultur zu nehmen, und die Regierung die Urbarmachungen durch Steuerfreiheit begünstigte, waren die afféagements — obwohl den minderbemittelten Schichten verhaßt — eine häufige Erscheinung. Nicht nur in den cahiers,<sup>14</sup>

---

13. Über cantonnement s. Renauldon: *Traite hist.*, S. 532—547. s. a. H. Sée: *Les cl. rur. en Bret.*, S. 208—240; Lefebvre, *zit. chap. 3*; Loutchisky, *zit.*

14. *Cahier d'Abbaretz*: „Nous supliant humblement Sa Majesté de vouloir bien nous rande justice pour les landes et commun dans cette paroisse d'Abbaret; il y a une petite partis des abittan et des plus riche qui ont pris les landes et commun et étant protégé des seigneur et des officié et même en étant eux du nombre des officié en ons pris en grand nombre et même dans des endrois il on pris toute la candité des communs et que les petis vasaux ne se trouve qua vecqu leurs ensiennes terres ous il ne peuve plus tenir de bestieaux pour gresser et marnicer leurs terres et même ne peuve affermer leurs biens a sa valeurs; nous demandons que si les affeagement on lieux que nous en desirons aux prorata de nos rentes même dans les affeagement fait ous il ny a pas de commun de reste en remboursant les frais des afeagement fait, ous que le tous soit anulle. — Fait et araité à Abbaret, le 5 averil 1789, du consentement de tous seux qui on signé et de beaucoup qui ne save pas signé.“ (reprod. p. Sée H., *Les cl. rur. en Bret.*, S. 73.)



sondern auch in den Bittschriften an das comité féodal<sup>15</sup> der Constituante haben die Bauern gegen die afféagements protestiert.

Die afféagements waren für die begüterten Bauern und die Bourgeois ein willkommenes Mittel, ihre Güter abzurunden und zu vergrößern. Loutchisky zeigt, daß in den von ihm untersuchten Gebieten der Adel von 1779—1791 durch afféagements 2750 arpents Grundfläche veräußert hat. 54 % der Erwerber waren Bauern, 46 % Bourgeois. Obwohl sich am Erwerb alle ländlichen Klassen beteiligt haben, so war doch der Prozentsatz der wohlhabenden Erwerber weitaus der größte.<sup>16</sup>

Wir haben diese Punkte nur angedeutet, um zu zeigen, daß zwischen Seigneur und Zinsbauer mancherlei auf Interessengegensatz beruhende Reibungsflächen bestanden, und daß die feudale Reaktion von Umständen begleitet war, die sie schwerer ertragbar erscheinen ließ. Die strammere Einziehung der Feudalrechte allein hätte keinen so großen Zorn ausgelöst wie sie es in Wirklichkeit getan hat. Aber sie war mit einer Begleiterscheinung verbunden, der außer den damit verbundenen Lasten auch ein gut Teil psychologischer Bedeutung zukommt: es ist die so häufig beobachtete Erscheinung der Terriers-Erneuerung, zu der die Seigneure Ende des ancien régime geschritten sind.

Ein Terrier war eine Sammlung von notariell beglaubigten aveux et dénombrements, Erklärungen mit genauer Aufzählung der Güter und der sich an sie heftenden Rechte. Je nach den Bestimmungen der coutumes konnten die Terriers alle 20 oder 30 Jahre erneuert werden. Von diesem Rechte wurde lange Zeit wenig Gebrauch gemacht. Dies änderte sich jedoch unter der Regierung Ludwig XVI. Da die meisten Terriers ungenau gehalten waren und die mangelhafte Ausführung eines Terrier der Grund zur Herstellung eines neuen sein durfte, so ist von diesem Recht sehr häufig Gebrauch gemacht worden, besonders da es auf Kosten der Hintersassen ausgeübt werden durfte.<sup>17</sup>

---

15. s. Sagnac et Caron: Les com. des droits féod., S. 133—155, S. 507—622.

16. s. Loutchisky, De la petite propriété en France avant la Révol.

Hatte der Seigneur das Recht der Terrier-Erneuerung erhalten, so hatte der Hintersasse kein Mittel, sich dieser kostspieligen Operation zu entziehen. Diesem Zwang konnte selbst der Besitzer eines alleu ausgesetzt sein, da er trotz aller Freiheit dem seigneur-haut-justicier bei der Aufnahme eines Gesamtterriers die Einreichung einer Besitzerklärung schuldete.<sup>18</sup> Von diesem Recht wurde auch häufig Gebrauch gemacht, und nicht selten protestieren die cahiers gegen diese Maßnahme und dagegen, daß bisher freie Erbschaften, franc-alleux, in Gegenden, wo die coutume diese ausdrücklich bestätigte, den Feudallasten unterworfen wurden.<sup>19</sup>

Seit der Erklärung von 1786, die die Taxen für die Terrier-erneuerung neu regelte, war diese Operation zu einer wirklichen Last geworden. Sie setzte fest, daß das erste Objekt eines Terrier 15 S. und jedes weitere 7½ S. kosten sollte.<sup>20</sup> Bei der großen Zersplitterung des einzelnen Besitztums, wodurch die Zahl der Objekte sehr hoch werden konnte, konnte diese Bestimmung manchmal zu einer drückenden Last werden.

Die von den Hintersassen beizubringenden Erklärungen — reconnaissances — mußten notariell beglaubigt sein. „Eine solche kann 4—5 L. kosten, oder besser gesagt, die Notare lassen sich bezahlen, wie es ihnen gut dünkt.“<sup>21</sup>

Die Terriers wurden äußerst sorgfältig ausgeführt. Man hat sich häufig nicht mit den Angaben der aveux und dénombrements, beziehungsweise der reconnaissances begnügt, sondern oftmals noch katasterähnliche Grundpläne mit genauen Verzeichnissen der personellen und reellen Lasten herstellen lassen.<sup>22</sup>

Weil die in früheren Jahrhunderten gemachten Terriers

---

17. s. Marion: dict. v. terrier; Freminville, zit. I. S. 60 ff.; Wolters, S. 267 ff.

18. Wolters, zit., S. 269.

19. Laurent, zit., Bd. I—III.

20. Marion, ibid.; Aulard, zit., S. 52. Dazu kamen außerdem noch für jede Pergamentrolle mit 22 Linien auf der Seite und 15 Silben in der Linie 20 S.

21. Bloch, zit., Bd. I, S. 102.

22. De La Monneraye, zit. (Nouvelle Rev. hist. du droit fr. 1922).

viel sorgfältiger ausgeführt waren, so ging man jetzt bei der Renovation gern auf sie zurück.<sup>23</sup> Daher kam es, daß viele nicht mehr gebräuchlichen Rechte wieder entdeckt wurden, die, wenn sie auch nicht geltend gemacht wurden, für den Zinsbauern ein stets drohendes Fantom bildeten. Hierzu kam, daß eine Klasse von Beamten, die *commissaires à terriers*, dieser Operation ihre Existenz verdankte, also auf Kosten der Bauern lebte, Rückstände entdeckte, die man längst vergessen und verjährt glaubte. Auf diese Beamten entlud sich der ganze Haß der Bauern, weil die Erneuerung der *Terriers* für sie außerdem eine Gewähr war, daß sie dem Joch, von dem sie sich schon halb befreit wähnten, mehr als je und auf unabsehbare Zeit weiter unterworfen bleiben würden.

Die *commissaires à terriers* sind als eine Landplage betrachtet worden und haben in den *cahiers* eine Kritik erfahren, wie sie schärfer nicht sein könnte: „Jene Menschen, die, weil sie lesen und schreiben gelernt und einige Monate bei einem Feudisten gearbeitet haben, alles zu wissen glauben, finden alle *Seigneurs* geneigt, mit ihnen zu verhandeln. Der Handel ist bald gemacht. Der *Seigneur* bezahlt nichts, aber er läßt ihnen vollständige Freiheit, seine Vasallen zu belästigen und zu bedrücken“.<sup>24</sup> Die Klagen, daß die *Seigneurs* den Forschungsseifer ihrer Beamten dadurch anstachelten, daß sie ihnen einen Teil der rückständigen Renten überließen, sind häufig.<sup>25</sup> Wenn man dem *cahier* von La-Celle Saint-Cyr<sup>26</sup> glauben darf, so kam es sogar vor, daß der Vorteil, ein *Terrier* machen zu dürfen, wie ein Objekt an den meistbietenden *commissaire* versteigert worden ist. Das *cahier* klagt, daß die Nachteile eines solchen Verfahrens die armen Zinsbauern zu tragen hätten.

Wir haben im Laufe unserer Betrachtung gesehen, daß in der

---

23. Vgl. Marion, *dict. s. terrier*; Lefebvre, *zit.*; H. Sée: *Les classes rurales en Bret.*, S. 204 ff.; rapport de Godard et Robin, *zit.* (Arch. parl., Bd. 25, S. 279 ff.)

24. Bellé, *zit.*, Bd. 4, S. 355.

25. Außer den vielen *Cahierausgaben* s. rapport de Godard et Robin, *zit. a. a. O.*

26. Vernier: *Cah. de dol. du baill. de Troyes*.

zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Strömung gegen die Privilegien, ein Vorspiel des Kampfes zwischen den privilegierten Ständen und dem Bürgertum auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet einsetzte und darauf hingewiesen, daß die eben betrachtete Erscheinung mehr einem Verteidigungszustand als einer Aggression entsprach, wenn sie auch zur Folge gehabt hat, daß die Revolution keinen absterbenden Adel, sondern einen wieder erstarkenden zu bekämpfen hatte.

Nicht umsonst hatten die Privilegierten versucht, die Trümmer der ihnen verbliebenen Feudalität zusammenzuraffen und ihnen eine gesetzliche Form zu geben. Nie sind nämlich die Feudalrechte mehr angegriffen worden als unter der Regierung Ludwig XVI. Die Physiokraten haben den Staat ohne Privilegien gedacht, sie waren jeder staatlichen Intervention feind. Feind waren sie deshalb auch im Interesse des Handels, speziell des Getreidehandels, den verschiedenen Binnenzöllen, den Brücken- und Wegsteuern, den Marktrechten<sup>27</sup> und sonstigen Privilegien, die sich in den Händen einzelner befanden. Daß die Regierung sehr wohl gewillt war, ihr Programm zu verwirklichen, zeigt besonders das Ministerium Turgot.

Bald nach Verkündigung der Freiheit des Getreidehandels im Innern des Landes erschienen Erlasse betreffs der Erhebung seigneurialer Rechte auf das Getreide. Der Erlaß vom 13. August 1775<sup>28</sup> bestimmte, daß innerhalb von 6 Monaten alle Besitzer solcher Rechte ihre titres vorweisen mußten. Zur Prüfung dieser wurden Kommissare eingesetzt, die nach peinlich genauen Vorschriften nicht nur die Rechtmäßigkeit prüften, sondern auch die Ausdehnung und Form der Erhebung der Rechte.

Derselbe Krieg wurde auch den péages erklärt,<sup>29</sup> allerdings wurde er allem Anschein mit mehr Eifer als Erfolg geführt, denn bei Ausbruch der Revolution bestand noch eine große Anzahl dieser péages. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft versuchte man die Unterdrückung der Frondienste durchzusetzen. Offen

---

27. s. Isambert, Bd. 23, Erl. v. 2. Nov. 1774.

28. *ibid.*, Bd. 23; s. a. Erl. v. 10. Mai 1776.

29. *ibid.*, Bd. 23, S. 39, Bd. 26, Erl. v. 12. Aug. 1779; 17. Okt. 1779, 4. Nov. 1786.



bedroht wurden die Feudalrechte zum ersten Mal, als Boncerf mit seiner bekannten Broschüre hervortrat, der Voltaire sehr nachdrücklich zugestimmt hat.<sup>30</sup>

Daß die Ablösungsfrage aktuell blieb, ist als sicher anzunehmen. Dazu hat zweifellos auch die Agrargesetzgebung des Königs von Sardinien in Savoyen beigetragen. Die von der Regierung geleitete Liquidation des Feudalregimes vollzog sich dort seit 1778 in aller Ruhe und Ordnung. Victor Amadeus, der Nachfolger Karl Emanuel III., hatte das Gesetz vom 19. Dezember 1771 unter dem Druck der Privilegierten am 24. September 1775 zwar suspendiert, es aber durch *lettres patentes* vom 2. Januar 1778 wieder in Kraft gesetzt.<sup>31</sup>

Daß in Savoyen bei Ausbruch der Revolution die Liquidation noch nicht vollzogen war, kann nicht als Schuld der Regierung angesehen werden. Mannigfache Komplikationen traten auf und wirkten als retardierende Momente, von denen die finanzielle Regelung den Gemeinden die meisten Schwierigkeiten bereitete. Man hatte den Wert der Feudalrechte auf 5—6 Millionen geschätzt, während er sich nachher als weit höher — auf 11—12 Millionen — herausstellte.<sup>32</sup>

Das in Savoyen angewandte Verfahren darf als sehr gerecht angesprochen werden. Einen Monat nach Bekanntmachung des Edikts in den Gemeinden hatten sich die interessierten Gemeindeglieder zu einer Generalversammlung einzufinden, um über die Befreiung abzustimmen; zur Annahme der Befreiung war eine  $\frac{2}{3}$ -Stimmenmehrheit notwendig. Nach der Beschlußfassung hatte die Gemeinde dem Intendanten der Provinz über das Ergebnis Mitteilung zu machen; der Intendant forderte hierauf die Seigneure der betreffenden Gemeinden auf, ihre *titres* innerhalb 6 bzw. 9 Monaten öffentlich im Beratungssaal der Gemeinde aufzulegen. 3 Monate lang konnten die Gemeindeglieder darin Einsicht nehmen und ihre Reklamationen geltend machen.<sup>33</sup>

---

30. Oeuvres, Bd. 46, S. 172 ff.; Bd. 48, 236.

31. Bruchet, zit., Einl.

32. Jos. de Maistre: *Appréciation sur la Réforme des affranch. en Savoie*.

33. Art. 1—5: Edikt v. 19. Dezember 1771.

In Streitfällen über die Rechtmäßigkeit eines titre oder die Höhe der Ablösungssumme entschied in letzter Instanz eine eigens dazu eingesetzte Kommission, in der beide Teile, der Seigneur und die Gemeinden, in gleichem Verhältnis rechtlich vertreten waren, damit eine objektive Rechtssprechung gesichert war. Die Befreiung geschah im allgemeinen auf Grund des Zinsfusses des denier 25. Sie wurde ausgeführt en corps durch die Gemeinden; jede einzelne Gemeinde regelte dann wieder unter sich die Befreiungsakte der einzelnen Bürger. Zur Bestreitung des Kapitals konnten die Gemeinden die auf Grund des Gutachtens des avocat fiscal général für sie nicht notwendigen Gemeindegüter veräußern. Der Befreiungsakt wurde weiterhin erleichtert durch Gründung einer caisse générale des affranchissement in jeder Provinz, die aus speziellen Steuern gespeist wurde; diese wurden auf Vorschlag der Verwaltung jedes Jahr erhoben.<sup>34</sup>

Hätte nun die Agrarreform in Savoyen die Vorstufe einer ähnlichen Reform in Frankreich sein können? Die Annahme liegt nahe, besonders wenn man bedenkt, daß ja die Frage der Aufhebung aller Feudalrechte durch die Physiokraten ganz offen aufgeworfen worden war, daß die Auseinandersetzung mit dieser Frage ein Hauptpunkt der Wirtschaftspolitik jener geworden war. Die Annahme ist jedoch nicht richtig. Die Verhältnisse in Frankreich und Savoyen waren grundverschieden. In Savoyen wurde die Reform durchgeführt von einem starken Absolutismus, der gegen keine hemmende Macht zu kämpfen hatte wie der Absolutismus in Frankreich. Hier war der Absolutismus fast lahmgelegt von einer Macht, deren Tendenz auf Erhaltung und Festigung des bisherigen Zustandes hinauslief. Diese Macht waren die Parlamente; sie haben die feudale Ordnung mit einem Eifer verteidigt, der des vollen Beifalls der oberen Stände wert war. Dieser Kampf der Parlamente war natürlich im Grunde ein Kampf für sich selbst, denn ihre soziale und politische Stellung im Staat beruhte ja auf dem territorialen Besitz, auf dem Lehen und auf den titres. Diese waren lebensnotwendige Bestandteile der alten Ordnung; ihr Wegfall be-

---

34. Art. 27 des Edikts v. 19. Dez. 1771.

deutete den Zerfall des ganzen damaligen Gesellschafts-systems. Die energische reaktionäre Haltung hatte also ihren guten Grund. Die Ende des ancien régime stockadeligen Parlamentarier, die im 17. Jahrhundert noch gewöhnliche Bürger gewesen waren, waren meist reiche Grundbesitzer und Seigneure; so in Dijon,<sup>35</sup> in Besançon,<sup>36</sup> in Paris und in der Bretagne, wo im Jahre 1766 von 117 Parlamentariern mehr als 100 Grundbesitz hatten.<sup>37</sup> Meistens waren sie Großgrundbesitzer, Seigneure und im Besitz von seigneurialen Gerichtsbarkeiten; es war also ganz natürlich, daß sie energisch für die alte Ordnung eintraten, daß sie jede literarische Strömung, die gegen die Feudalität Sturm lief, zu unterdrücken versuchten, und daß sie stets zugunsten der Seigneure Recht sprachen. Das sind die Gründe, weshalb die Gemeinden so oft in ihren cahiers über die Rechtsprechung der Parlamente klagen, mochte es sich um die Gemeindegüter handeln und um die Prozesse, die aus jenen Konflikten resultierten, oder um die Klagen, die sich auf die Feudalrechte bezogen.<sup>38</sup>

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Rechtsprechung in der Frage der Zehnterhebung oft von der angedeuteten Tendenz abwich. Der Grund dafür liegt in der vorhin erwähnten Tatsache. Da die Parlamentarier meistens große Grundbesitzer waren, mußten sie auch große Zehntabgaben entrichten; denn der Zehnt wurde erhoben mit der Begründung, daß Gott der

---

35. Roupnel, *La ville et la campagne*, S. 193 ff.

36. s. Godard et Abensour, zit., Einl.

37. Le Moy, *Le Parlement de Bretagne au 18<sup>e</sup> s.*, S. 8, s. Giffard, zit. S. 230 ff.

38. s. z. B. D XIV, 2, „A-t-on jamais entendu dire que, dans aucune des cours supérieures connues sous le nom de parlements, un censitaire ait gagné son procès contre son seigneur, quelque bien fondé qu'il fût en droit“ (Mémoire de Vayron cadet, chanoine à Saint-Flour, Cantal, avril 1790). D XIV, 9 „... un cris général s'était élevé de toutes les parties de la France, contre ces cours despotiques dont la puissance était également redoutable au peuple et au roi. Vos prédécesseurs ont renversé ce colosse; il n'existe plus de parlement. Un ci-devant seigneur qui était en même temps conseiller, avait en sa puissance tous les moyens de vexer ses vassaux et d'augmenter sa fortune, . . .“ Adresse des citoyens actifs d'Artix (Basses-Pyrénées), Jan. 1792. (In einer Bittschrift über Angelegenheit der Gemeindegüter.)

erste Seigneur auf Erden sei; selbst auf den Gütern des Königs wurde der Zehnt erhoben.<sup>39</sup> Wenn in den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts die Zehntstreitigkeiten immer häufiger wurden, so hängt dies zusammen mit den physiokratischen Edikten der sechziger Jahre, die die neu in Kultur genommenen Gebiete für eine Reihe von Jahren vom Zehnt freigesprochen hatten. Diese Güter begannen, besonders in den Jahren vor der Revolution, der Zehntpflicht zu verfallen. Da vor allem die Großgrundbesitzer von jenen Edikten profitiert hatten, so wehrten sie sich nun auch besonders heftig gegen das Erheben des Zehnt seitens der Zehntherren.

Bei allen Widersprüchen in sich selbst war das feudale System doch nach außen hin so fest gefügt, daß eine Opposition sich zunächst nur ganz zaghaft und aus ebenfalls gesicherter Stellung gegen dieses System erheben konnte. Als Boncerf seine erwähnte Broschüre veröffentlichte, wurde sie vom Pariser Parlament sehr ungnädig aufgenommen. Im Februar 1776 wurde sie sogar als staatsgefährlich verurteilt und verbrannt.<sup>40</sup> Hätte Boncerf nicht mächtige Beschützer gehabt, es wäre ihm sicherlich nicht viel besser ergangen als seiner Broschüre.

Die Stellungnahme des Parlaments zugunsten der Feudalität ist in der Geschichte des anciens régimes keineswegs eine vereinzelte, sondern eine ganz allgemeine Erscheinung. Als Turgot 1776 die Frondienste durch eine Steuer ersetzen wollte, die auf alle Klassen der ländlichen Bevölkerung, also auch auf den Adel, fallen und im Verhältnis der Steuerrollen des vingtième verteilt werden sollte, stieß er auf heftigen Widerstand des Parlaments. Nur durch ein *lit de justice* konnte er am 12. März 1776 die Einregistrierung des Edikts erzwingen.<sup>41</sup> Aber bereits im August desselben Jahres, also kurz nach Turgots Sturz, setzte das Parlament durch, daß die Frondienste wieder in der

---

39. Marion, H. La dîme ecclési. au 18<sup>e</sup> s. et sa suppression, S. 50 ff.

40. Das Parlament verurteilte die Broschüre als „injurieuse aux lois et coutumes de France, au droits sacrés et inaliénables de la couronne et au droit de propriété des particuliers, comme tendant à ébranler toute la constitution de la monarchie en soulevant tous les vassaux contre leurs seigneurs et contre le roi même.“ (s. Bruchet, zit. Einl. S. 10.)

41. Isambert, anc. lois, Bd. 23.



alten Form durchgeführt wurden. Dabei verstand es das Parlament sehr gut, seinem Egoismus ein Mäntelchen der Besorgnis für das öffentliche Wohl umzuhängen. Es begründete nämlich seine Haltung mit der Behauptung, daß die Regierung keineswegs die Lasten des Volkes erleichtern wolle, sondern daß diese Maßnahme nur eine neue Steuer bedeute und daß sofort nach ihrer Einführung die Frondienste doch wieder in der alten Form aufgenommen würden, unter gleichzeitiger Beibehaltung dieser Steuer.<sup>42</sup> Das Edikt enthält in seiner Vorrede eine scharfe Kritik der Fronordnung und rechtfertigt das Bestreben der Regierung, auch diejenigen dieser Steuer zu unterwerfen, die am meisten von guten Verkehrswegen profitieren.<sup>43</sup> Das Parlament von Toulouse bezeichnete dieses Edikt als ein Produkt der revolutionären Sekte — es meinte damit die Physiokraten — die die Staatsordnung umstürzen wolle.<sup>44</sup>

Erst durch das Edikt vom 27. Juni 1787<sup>45</sup> wurden die Frondienste allgemein unterdrückt und in eine Geldleistung verwandelt, von der aber die Privilegierten frei blieben. Eine Ausnahme machte die Bretagne. Als 1776 das Edikt Turgots erschien, wurde es vom Parlament in Rennes weder eingetragen noch bekanntgegeben. Die interessierte Bevölkerung hat von dem Bestreben der Regierung offiziell nie etwas erfahren. Auch dem Edikt von 1787 wurde keine größere Beachtung geschenkt. Die Frondienste wurden also in der Bretagne bis zur Revolution in der alten onereusen Form geleistet.<sup>46</sup> Die Aufrechterhaltung derartiger Zustände war in dieser Provinz deshalb möglich, weil das Parlament in Rennes in vollstem Einverständnis mit den Provinzialständen arbeitete und dadurch besser als irgendeine andere Provinz der königlichen Macht trotzen konnte.

Der Fall Bretagne zeigt uns deutlich einen Zustand zur Zeit des *ancien régime*, der allgemeingültige Bedeutung besitzt und

---

42. Arch. nat. C, 5, 15, *Mémoire sur la corvée*.

43. s. b. Isambert.

44. Lachaze, *Les états provinciaux et la question des états prov. au 18<sup>e</sup> s.* S. 44.

45. Isambert, *anc. lois*, Bd. 27.

46. J. Letacounoux, *Le régime de la corvée en Bretagne*; *Annales de Bretagne* Bd. 23.

den man bei einer kritischen Betrachtung jener Zeit niemals übersehen darf, wenn man nicht bedauerlichen Irrtümern zum Opfer fallen will: er weist uns die Tatsache auf, daß der Erlaß eines Gesetzes und die Anwendung bzw. Ausführung des betreffenden Gesetzes zwei ganz verschiedene Dinge waren. Diese Tatsache raubte der vielfach recht positiv beurteilten Reformtätigkeit zur Zeit Ludwig XVI. natürlich zum großen Teil ihren praktischen Wert, da ja viele Erlasse nur ein Papierleben führten. Dafür noch ein Beispiel: Durch das Edikt vom 12. August 1779 wurde die mainmorte auf den königlichen Domänen abgeschafft. Das Parlament von Paris registrierte das Edikt nur unter der Bedingung ein, daß die betreffenden Rechte der Seigneure nicht angetastet würden. Das Parlament der Franche-Comté, die Heimat der mainmorte, war noch vorsichtiger: es registrierte das Edikt erst im Jahre 1788, also neun Jahre später, ein<sup>47</sup> und auch erst auf ausdrücklichen Befehl des Königs. Als Grund für diese Haltung gab man an, daß die mainmorte vorzugsweise geeignet sei, den Bauer untrennbar mit seiner Scholle zu verbinden und so seine Existenz zu sichern?<sup>48</sup>

So behauptete also in Frankreich gerade diejenige Klasse die Rechte des Volkes zu verteidigen, die in Wirklichkeit am hartnäckigsten die auf dem Volk lastenden Privilegien der oberen Stände verteidigte. Den Grund für diese Haltung haben wir bereits aufgewiesen. Und Voltaire hatte ihn schon damals ganz klar erkannt, wenn er kurz nach der Verbrennung der Broschüre Boncerfs schrieb: „Die Unterdrückung der Feudalrechte vorzuschlagen, heißt das Besitztum der Herren vom Parlament, von denen die meisten Lehensbesitzer sind, direkt anzugreifen. Jene Herren haben also ein persönliches Interesse, die Feudalrechte zu verteidigen und ihnen Respekt zu verschaffen. Es ist hier die gemeinsame Sache der einander nur zu oft entgegengesetzten Kirche, Adel und robe, sich geschlossen gegen den gemeinsamen Feind zu wenden.“<sup>49</sup>

Die von den Parlamenten vertretene feudale Reaktion, hin-

---

47. D XIV, 3, Mémoire des juges du Tribunal du district d'Ornans, Doubs (abgedruckt in Sagnac et Caron, s. a. a. O.), s. a. Aulard, zit.

48. s. Marion, M., Revue des cours et conférences, Bd. 26.

49. Oeuvres, Bd. 48, S. 284, Lettre du révérent père Polycarpe à M l'avocat général Séguier.

ter der der gesamte Adel und die obere Geistlichkeit stand mit Ausnahme des liberalen Adels, wäre niemals so schwer empfunden worden, wenn sie nicht auf eine genau entgegengesetzte Strömung getroffen wäre, die fast ebendieselbe Macht auf wirtschaftlichem Gebiet besaß, wie die Parlamente auf politischem Gebiet. Lange Zeit hindurch waren die Gegensätze nur latent vorhanden, weil die Parlamente eine angeblich volksfreundliche Politik betrieben, die einen Schutzwall gegen den fortwährend besteuernnden und sich zu Tode reformierenden Absolutismus darzustellen schien; 1788 traten sie aber schließlich in ein akutes Stadium und prallten nun mit um so größerer Wucht aufeinander. In ihrer ganzen kontradiktorischen Härte traten sie plötzlich zutage. Auf der einen Seite stand die feudale Strömung mit der Tendenz, den gegenwärtigen Zustand zu erhalten oder gar zum alten Feudalstaat zurückzukehren. Sie besaß keine Angriffsmittel mehr gegen ihren Gegner; sie befand sich also in der Verteidigung. Sie verschanzte sich hinter das Bollwerk der alten Ordnung mit ihren Privilegien und war sich ihrer Existenz sicher, solange sie diese Stützpunkte behaupten konnte. Der Gegner wußte das, er griff deshalb in erster Linie diese Stützpunkte an. Er kämpfte gegen Privilegien; er kämpfte für die Freiheit auf wirtschaftlichem, wie auch auf politischem Gebiet; es bedeutete gleichsam eine Reaktion gegen die Reaktion. So entgegengesetzt ihrer ganzen Ideologie nach beide Richtungen auch waren, so haben sie doch ein gemeinsames Merkmal: Sie waren beide revolutionär — nur mit umgekehrten Vorzeichen. Beide erhofften von der Revolution die Erfüllung ihrer Wünsche. Jetzt erst zeigte sich deutlich, daß die bisherige Politik der Reaktionen gegenüber dem Absolutismus revolutionär gewesen war und nur einem egoistischen Machtzweck gedient hatte der dem politischen Interesse des dritten Standes genau so zuwider lief wie dem der legitimen Macht.

## Sechstes Kapitel.

### Die Einstellung der Bauern zum Regime.

Über die Einstellung der Bauern zum Feudalregime gibt noch immer die Quelle die beste Auskunft, die Tocqueville als das Vermächtnis des ancien régime bezeichnet hat: die cahiers der Gemeinden für die Generalstände. Sie offenbaren uns die Gefühle und Erwartungen der ländlichen Bevölkerung über die zukünftige Entwicklung. Ihr einziger Schrei im Jahre 1789 ist: Freiheit des Bodens!<sup>1</sup> Aber man muß wohl beachten, daß dieser Schrei weniger gegen das Regime an sich, als gegen die Vexationen, die es in sich barg, gerichtet war. Was die Feudallasten so unerträglich machte, war vor allem die Art ihrer Erhebung und Verwaltung, waren ihre Regellosigkeit und ihre Systemlosigkeit. In diesem Labyrinth konnte man fast jeden Prozeß zu Ungunsten des Zinsbauern entscheiden. Diese Tatsache erhielt noch eine gesteigerte Bedeutung durch den langen Zeitraum, nach dem die Feudallasten verjährten. Rückstände verjährten meist erst nach 29 Jahren.<sup>2</sup> Daraus resultierte ein Mißbrauch, der den Ruin manches Zinsmannes zur Folge haben konnte, besonders, wenn es den Seigneuren oder vielmehr ihren fermiers an der nötigen Ehrlichkeit fehlte. Die Seigneure konnten außer für das laufende Jahr die Rückstände, auch 29 *dernières* genannt, einfordern. Sie brauchten nicht der Jahresreihe zu folgen. Ein colporteur, der die Abgabe für das Jahr 1789 einforderte, konnte nach kurzer Zeit dieselbe Abgabe für das Jahr 1780 verlangen: er konnte sie sogar noch von einem früheren Jahr einfordern. Wenn der Bauer nicht so vorsichtig war, genaue Quittungen zu verlangen, dann mußte er unter Umständen seine Nachlässigkeit

---

1. Sagnac, La législation civile de la Rév. fr., S. 77.

2. s. Kap. I u. außerdem, Marion M., Les classes rurales en Bordelais, S. 345/47.



teuer büßen. Ohne genaue Kontrolle konnte er nie wissen, was er bezahlt hatte, noch was er schuldete. Aber der größte Teil der Bauern konnte weder lesen noch schreiben; er konnte deshalb von gewissenlosen Verwaltern straflos ausgebeutet werden.<sup>3</sup> Sehr oft waren die Feudalrenten portable, d. h. sie mußten dem Seigneur gebracht werden. Diese Bestimmung wirkte sich besonders nachteilig aus beim champart, weil die Früchte nicht abgeführt werden konnten, bevor der champarteur seinen Teil weggezählt hatte. War das geschehen, so mußte zuerst der Teil des Seigneurs abgeführt werden, und wenn der Bauer kein eigenes Gespann hatte, so konnten die Abführungskosten, die er ebenfalls noch zu tragen hatte, den Wert der Abgabe selbst übersteigen.

Eine Klausel, die ebenfalls in sich die größten Ungerechtigkeiten barg, war die Solidarität der Feudalrenten. Die Lehen waren häufig in freches<sup>4</sup> eingeteilt. Die Bewohner einer freche hafteten gemeinsam für die Renten. War ein Bauer in einem Jahr nicht in der Lage, seine Renten zu bezahlen, so konnte sie der Seigneur von jedem anderen solidär Haftenden verlangen. Diese Bestimmung barg eine Menge von Streitigkeiten in sich. Ein Stiftsherr aus dem jetzigen Departement Cantal schreibt, daß kein Jahr vergangen sei, in dem nicht einige Zinsbauern wirtschaftlich zusammengebrochen seien, weil sie für die andern mitbezahlen mußten.<sup>5</sup> Diese Behauptung ist sicherlich übertrieben; auf jeden Fall aber sind die cahiers einig in der Auflehnung gegen diese Institution. Das Cahier der Gemeinde Saint-Saturnin schreibt: „Die Solidarität erlaubt den Seigneuren, ihre Renten lange ausstehen zu lassen; die Rückstände sind ohne Gefahr und die Seigneure oder ihre fermiers erheben sie, ohne irgendwelche titres vorzuweisen. Aus der Unwissenheit der Hintersassen ziehen sie Nutzen, um ein Vermögen zusammen zu raffen, über das sie erröten müßten. Die Hintersassen

---

3. D XIV, 3 Mémoire du directoire du département des Côtes-du-Nord, Sept. 1790.

4. s. de La Monneraye, Essai sur le régime seign. dans le Haut-Maine au 18<sup>e</sup> s. Annales de Bretagne, 1911/12

5. D XIV, 2, Mémoire de Vayron cadet, Chanoine à Saint-Flour, April 1790 (Sagnac et Caron, S. 356.)

können die Kosten eines Prozesses nicht erschwingen, geben gezwungenerweise nach und werden so die geduldigen Opfer jener Blutegel, die man reformieren müßte."<sup>6</sup> Auch nahmen die Seigneure oder vielmehr ihre fermiers das Getreide nicht so an, wie es die Bauern brachten, sondern ließen es über eine Sichtmühle laufen, damit nur das beste Getreide zurückblieb.<sup>7</sup> War das Getreide nicht gut, so mußten sie den Wert in Geld, zum höchsten Marktpreis geschätzt, bezahlen. Diese Gepflogenheit der Seigneure erboste die Bauern besonders stark; daraus ist auch die teuflische Freude zu erklären, mit der sie ein Jahr später Galgen und Maibäume errichteten und an diesen kleine Siebe aufgehängt haben.<sup>7</sup>

Die ungeheure Verschiedenheit der Maße und Gewichte gab ebenfalls zu Klagen Anlaß. Bei der Erhebung der Renten bedienten sich die Seigneure angeblich alter und ungenauer Maße. Die Bauern hatten zwar keine Kontrollmittel, aber ihr Mißtrauen war deshalb um so reger.<sup>8</sup> Dieses war auch keineswegs immer ganz unberechtigt. Gerade in dieser Bailliage (d'Angoulême), wo so heftig geklagt wird, befanden sich im April 1790 80 Gemeinden mit ihren Seigneuren wegen Anwendung falscher Maße in Streit. Eine diesbezüglich in der Baronnie von Marthon angestellte Untersuchung ergab, daß die Maße der Seigneure, die boissaux, tatsächlich die vorgeschriebene Größe beträchtlich überschritten.<sup>9</sup>

Als weitere Last zu den reellen Lasten kamen dann noch die durch die Jagd entstandenen Schäden. Über diese ist schon so viel geschrieben worden, daß sie hier nicht dargelegt zu werden brauchen. Daß das Wild, besonders in waldreichen Gegenden, eine ständige Landplage bedeutete, gegen die der Bauer

---

6. Mège, Cah. d'Auvergne, cah. de Saint-Saturnin; vgl. a. Marion, zit., Sée, zit.

7. Besonders instruktiv sind die cahiers der Bailliage d'Angoulême, Boissonnade; s. a. rapport de Godard et Robin, Arch. parl. Bd. 25.

8. Boissonnade zit. S. 181: „Les des rentes seigneuriales tiennent un boisseau fort ancien y ayant beaucoup de bois pourri au fond et par côté de tombé qui l'aggrandit de plus d'un seizième.“ Vgl. a. Mège, zit., Introd.

9. D XIV, 2, Mémoire des commissaires nommés par les municipalités de la Baronnie de Marton. (Sagnac et Caron, S. 201.)

fast machtlos war, kann nicht bestritten werden.<sup>10</sup> „Der unglückliche Bauer wagt selbst nicht einmal, das Tier, das zum voraus die Frucht seiner Arbeit zerstört, mit einem Stock zurückzutreiben.“<sup>11</sup> Wohl sah er mit Ärger und Wut die Adeligen fast zu jeder Jahreszeit durch seine Felder reiten, aber er sah dies noch lieber, als wenn das Wild zu sehr überhand nahm. „Wir bestreiten den Adligen das Jagdrecht nicht, wir bitten nur, daß sie häufiger jagen, damit das Wild nicht so zahlreich ist.“<sup>12</sup>

Zahlreich sind auch die Klagen über die Tauben und Taubenhäuser; man verlangt aber meistens nicht ihre Zerstörung, sondern man bittet, daß die Tauben während der Saat- und Erntezeit eingesperrt gehalten werden. Und das cahier von Berry-Villequiers erbittet zur Hebung des Übelstandes, daß der König in Zukunft nur noch den Adeligen das Recht gewähre, Taubenhäuser zu halten.<sup>13</sup> Das Recht, Taubenhäuser zu haben, war nämlich nach den Bestimmungen verschiedener coutumes kein ausschließliches Privileg des Adels; auch der Bourgeois besaß hierzu das Recht, nur mußte die Form des Taubenhauses nach bestimmten Vorschriften ausgeführt sein.

Äußerst heftig wurden dagegen die banalités angegriffen. Man verurteilte sie besonders deshalb so allgemein, weil man sie als Überrest der Leibeigenschaft ansah. Aus diesem Grunde wurde auch ihre entschädigungslose Abschaffung gefordert. Vor allem war der Mahlmann eine stetige Gelegenheit für Betrügereien, denen man unweigerlich verfallen war.

Der Müller war infolge der oft sehr hohen Pachtpreise genötigt, so viel wie möglich aus seiner Mühle herauszuwirtschaften.

---

10. s. Isambert: Rec. Bd. 23, règl. v. Juni 1776, auf Grund dessen Wildschadenersatz verlangt werden konnte; das Verfahren war äußerst umständlich, da der Entschädigungsbetrag erst nach dreimaliger Schätzung festgesetzt wurde.

11. Laurent, zit.: cah. de Fontaine; vgl. Renauldon, zit., v. pigeon: Jagdfrevel wurde mit schweren pekuniären Strafen und körperlichen Züchtigungen bestraft, „les peines corporelles ordinaires contre ces voleurs de pigeon, sont le fouet, le carcan; et les amendes se règlent suivant les conséquences du délit. Je ne trouve nulle part que ces voleurs de pigeon puissent être condamnés aux galères.“

12. Etienne Ch., zit.: cah. de Dalhain.

13. Porée, zit.; vgl. Guyot, Répertoire v. colombier.

ten; er unterlag aber der Versuchung des Betruges um so mehr, als sein Risiko nicht groß war, denn er brauchte den Verlust seiner Kundschaft nicht zu befürchten. Auch konnte er stets hoffen, daß der Seigneur bei einem Streit eher für ihn Partei ergreifen würde als für die Hintersassen, da für den Seigneur die Zahlungsfähigkeit des Müllers die Hauptsache war.

Die Mahlgebühr, *droit de mouture*, betrug gewöhnlich  $\frac{1}{16}$  des zu mahlenden Getreides, aber die Müller nahmen gerne mehr und, was noch schlimmer war, sie mischten zur Erlangung eines guten Gewichtes Sand oder sonstige Bestandteile ins Mehl.<sup>14</sup> „Jenes Recht“, schreibt die Gemeinde Tinténac, „das die Seigneure haben, ihre Vasallen den banalités zu unterwerfen, entartet in Mißbrauch und Betrugerei. Die Seigneure verpachten ihre Mühlen zu äußerst hohen Preisen, die Müller sind infolgedessen nicht in der Lage, den Preis zu bezahlen und stehlen soviel wie möglich von dem Getreide, das man ihnen zu mahlen bringt. Um dem Mehl ein stärkeres Gewicht zu geben, machen sie es schlecht oder stellen es an feuchte Orte ihrer Mühle, damit es schwerer wiegt. Meist sind die Müller zahlungsunfähig, und wenn sie einigen Besitz haben, so ist er vom Seigneur gepfändet. Einen solchen Mann gerichtlich zu verfolgen, hat keinen Zweck, und meist sind die Kosten höher als das Wertobjekt.“<sup>15</sup>

So hart auch die Klagen sind, so sind doch die Forderungen der Gemeinden nicht allzu radikal. Was man 1789 erstrebt, ist die Befreiung von der alten willkürlichen Form und die Emanzipation des Bodens. Man fordert die Herabsetzung der Verjährungsfrist für die Feudalrenten von 29 Jahren auf 5 Jahre oder noch weniger, damit man vor unliebsamen Streitigkeiten bewahrt bleibe; außerdem soll die Ablösung der Rechte erlaubt werden. Die Verwirklichung dieser Forderungen der Bauern bedeutet keine Bedrohung der sozialen Stellung des Adels oder gar eine Bedrohung seiner Existenz. Seine Ehrenprivilegien

---

14. s. H. Sée, *La portée du régime seigneurial en France au XVIII<sup>e</sup> siècle* (Revue d'histoire moderne et contemporaine, an. 1908), u. Rég. agr. en Europe, S. 30.

15. Sée H. et A. Lesort, zit., Bd. I.



tasteten die Bauern niemals an, im Gegensatz zur Bourgeoisie, die das mit so viel Eifer getan hat; sie gestanden ihm im Gegenteil dieselben oft ausdrücklich zu.<sup>16</sup>

Die auf dem Grund und Boden lastenden Feudalrechte anerkennen sie meist als legitimen Besitz und sie fordern im allgemeinen nur ihre Ablösung. Häufig ist auch ein Satz genannt, auf dessen Fuß die Ablösung stattfinden sollte; manchmal ist es der 20., meistens aber der 25. oder 30. denier. Manche cahiers erheben die Ablösungsforderung mit der Einschränkung, daß nur die Grundrechte abgelöst werden sollen, deren Legitimität durch die titres primordiaux erwiesen sei. Ganz selten dagegen ist die Art des einzuschlagenden Ablösungsverfahrens angegeben. So wünscht das cahier der Gemeinde Ervy-le-Châtel,<sup>17</sup> daß in der Bailliage eine Kommission, bestehend aus 7 Mitgliedern, gebildet werden solle. Diese Kommission, in der 3 Mitglieder Seigneure oder Großgrundbesitzer sein dürften, solle über die Rechtmäßigkeit der titres urteilen und diejenigen Rechte, die als legitim erkannt würden, als ablösbar erklären. Die terriers der Seigneure sollen ebenfalls innerhalb eines bestimmten Termins und auf gewisse Zeit öffentlich ausgelegt werden, damit den Zinsbauern die Möglichkeit der Diskussion darüber gegeben werde. Daß manche Gemeinden von den Seigneuren die titres verlangten, ist nur zu natürlich. Die Seigneure hatten bei ihren Streitigkeiten mit den Gemeinden um die Gemeindegüter von den Bauern ja auch ihre titres verlangt.

Ob alle Forderungen, die man in den cahiers der Gemeinden findet, originale Forderungen sind, ist gleichgültig. Jedenfalls ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Gemeinden vom Inhalt ihrer cahiers genaue Kenntnis hatten und ihre weitere Stellungnahme war bedingt von den Hoffnungen, die sie auf die

---

16. s. z. B. Bloch, C., Cah. du bailliage d'Orléans, cah. d'Allainville: „Nous conserverons toujours pour la Noblesse qui va partager avec nous le fardeau des impositions de l'Etat, le respect du à son rang. Nous conviendrons éternellement de la supériorité qu'elle a toujours eue sur nous... Nous espérons que la respectable assemblée des Etats généraux sanctionnera pour toujours la suppression de l'abus d'autorité dans les seigneurs qui entraînent nécessairement la ruine des vassaux.“

17. Vernier, J., Cah. du bailliage de Troyes, Bd. 2.

Wirkung der cahiers setzten. Manchem der ländlichen Wünsche wurde im cahier de bailliage die Spitze abgebrochen; in letzterem nehmen die Forderungen ein mehr juristisches Gepräge an, sie tauchen in den andern Forderungen wirtschaftlicher und politischer Art unter und der Schwerpunkt ist häufig verschoben. Während sich der Kampf der Bauern gegen die feudale Substanz richtete, richtete sich der Kampf der Bourgeoisie gegen das feudale Gerippe.

## Siebentes Kapitel.

### Die cahiers und die Bauern.

Am 5. Juli 1788 kam ein Erlaß der Regierung heraus, in dem sie zur Untersuchung der Formen aufforderte, in denen die alten Generalstände berufen worden waren; er enthielt außerdem die Aufforderung nach alten, die Generalstände betreffenden Dokumenten zu forschen; und am 8. August wurde dann der 1. Mai 1789 als Termin für die Berufung angesetzt. Diese Ereignisse waren der Anstoß zu einer fieberhaften Tätigkeit in ganz Frankreich. Eine ungeheure geistige Bewegung setzte ein, deren Niederschlag wir in den cahiers zu den Generalständen finden.

Es gehört nicht zu unserer Aufgabe, diese cahiers einer genauen Analyse zu unterziehen — das wäre Aufgabe einer Spezialuntersuchung; es genügt, wenn wir einen allgemeinen, zusammenfassenden Blick auf sie werfen.<sup>1</sup> Ihre Bedeutung beruht für uns nicht in erster Linie darin, als Quelle zur Beschreibung der damaligen Zustände zu dienen, sondern die cahiers sollen uns die Meinung und Kritik der Bevölkerung über die damals herrschenden Zustände aufzeigen. Die Kenntnis dieser Stellungnahme der Bevölkerung zu den Einrichtungen des ancien régime ist wesentlich für das Verständnis der Zusammenhänge der Ereignisse während der ersten Revolutionsjahre.

Natürlich darf man bei der Lektüre eines solchen cahier nie vergessen, daß es ein cahier de doléance ist, d. h. daß es die Äußerungen eines Standes enthält, der im Grunde genommen niemals irgendwie bedeutsame Rechte besessen hatte, der nicht

---

1. Vgl. dazu den Aufsatz von L. Bergsträßer „die cahiers als geschichtliche Quelle in „Vom staatlichen Werden und Wesen“ (Festschrift E. Marcks 1921). Wir können manche der dort angeführten Punkte nur bestätigen. Leider kam uns der Aufsatz erst nachträglich zu Gesicht.

einmal ohne Furcht vor sofort einsetzender Racheakte seitens der Seigneure often und laut Klage erheben, höchstens murren durfte, und dessen Rechtsvertretung bisher ebenfalls auf sehr unsicheren Füßen gestanden hatte. Es war tatsächlich so, wie das cahier von Vieuvic sagt: „Bis auf den heutigen Tag haben wir nur ohnmächtige Wünsche äußern können, jetzt aber ist der Augenblick gekommen, wo wir unsere berechtigten Reklamationen vorbringen können.“<sup>2</sup>

Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß sich die Klagen gegen das gesamte damalige Regime richten mit all seinen Fehlern und Mißständen und nicht nur gegen die Feudalität, obwohl diese in vielen Gegenden die Hauptrolle spielte. Daß sie vielerorts tatsächlich als sehr drückend empfunden wurde, dafür legen auch Zeugnis ab die zahlreichen Dankschreiben, die nach dem 4. August 1789 ganz spontan aus allen Provinzen einliefen, und die der Nationalversammlung für ihr großes Geschenk dankten.<sup>3</sup> Einen Beweis dafür, daß die in den cahiers geschilderten Zustände tatsächlich zu einem großen Teil der realen Wirklichkeit entsprachen, liefern uns auch die mit unzähligen Bittschriften angefüllten Kartons des comité féodal<sup>4</sup> und die anlässlich der Liquidation des Feudalregimes sich erhebenden Streitfragen; weiterhin die Kämpfe der Bauern in vielen Provinzen während der Revolution um die Bodenbefreiung, — die Taine nur als Folge einer allgemeinen Anarchie sah und deren Grund er vollständig verkannte; schließlich noch die erbitterten parlamentarischen Kämpfe in der ersten Hälfte des Jahres 1792, die lediglich um die Frage der Bodenbefreiung tobten und so heftig waren, daß sie die erstmalige Scheidung der Nationalversammlung in zwei sich bekämpfende Lager zur Folge hatten, und in denen sich die Tendenzen „Gironde“ und „Montagne“ zum erstenmal in voller Schärfe voneinander abhoben und zum Kampf antraten. Den Tatsachen im allgemeinen entsprechend sind die cahiers also; das gilt besonders für die Schilderungen,

---

2. C. Bloch, *ibid.* Bd. 1.

3. s. Arch. nat. D 2 XXIX com. des rapports und des XXIX bis. com. d. recherches.

4. Arch. nat. D XIV, 1—12.



die sich auf die eigenen örtlichen Verhältnisse beziehen. Dagegen sind die cahiers häufig nicht der originelle Ausdruck der Gedanken und Wünsche der ländlichen Bevölkerung selbst.

Der Grund dafür ist, daß verschiedene Faktoren bei ihrer Abfassung eine unverkennbare Rolle gespielt haben; die wesentlichste Rolle spielte dabei der Einfluß, den das führende Bürgertum durch Verbreitung von Vorlagen und sonstigen ihm zu Gebote stehenden Mitteln ausgeübt hat. Auf sich allein gestellt hätte der Bauer niemals gewagt, dem Feudalregime den Krieg zu erklären; niemals hätte er seinen Unwillen schriftlich niedergelegt und Forderungen von so beträchtlichem Ausmaße gestellt, wäre ihm nicht die Feder von einem politisch reif gewordenen Bundesgenossen geführt worden. Dieser Bundesgenosse war die Bourgeoisie der Städte, der führende dritte Stand überhaupt, der ein großes Interesse daran hatte, den Bauern auf seiner Seite zu finden.

Der Adel unternahm seinerseits Gegenaktionen: er versuchte den Bauern klarzumachen, daß das reiche Bürgertum ja in Wirklichkeit gar nicht ihre Interessen vertrete,<sup>5</sup> und daß nur die adeligen und geistlichen Seigneure die natürlichen Beschützer der Bauern seien. Aber das nutzte nicht viel, denn der Bauer hatte etwas Entscheidendes mit dem Bourgeois gemeinsam: den Haß gegen die Privilegien, gegen die „nobles“ und „anoblis“ und den Wunsch nach Freiheit. Der Freiheitsbegriff beider war jedoch ein ganz verschiedener. Der Bauer verstand unter Freiheit: Befreiung von der ihm verhaßten Feudalität; als deshalb das Bürgertum die Unterdrückung dieses Regimes auf seine Fahne schrieb, hatte es den gesamten dritten Stand gewonnen. Die Bourgeoisie dagegen verstand unter Freiheit in erster Linie die politische und soziale Emanzipation des dritten Standes. Sie wußte, daß ihre Stärke nur in der Verbindung mit allen Schichten des dritten Standes lag, und deshalb tat sie gern ein Übriges. In Gegenden, wo das Feudalregime dem Bauern nicht zu drückend erschien, wo deshalb auch an erster Stelle die Klagen über die Steuerbelastung standen, wäre nämlich ein Kom-

---

5. H. Sée et A. Lesort, zit., Bd. I, Introd.; vgl. a. Lesueur und Cauchie, zit., Introd.; s. a. Wolters, zit., S. 202.

promiß zwischen Adel und Bauer sehr wohl denkbar gewesen, weil der Adel gerade auf dem Gebiet der Steuern zu weitem Entgegenkommen und auch zu allgemeinen Reformen, die er allerdings nicht allzu scharf umschrieb, bereit war. Die Furcht der Bourgeoisie war also nicht ganz unbegründet, auch schon deshalb nicht, weil der Adel ein Mittel besaß, mit dem er auf die Abfassung der cahiers de paroisse einen wesentlichen Einfluß ausüben konnte: die juges seigneuriaux. Die Verordnung vom 24. Januar 1789<sup>6</sup> schrieb den Gemeinden vor, sich vor den juges du lieu zwecks Abfassung des cahiers zu versammeln. Diese Richter gehörten meist den grundherrlichen Gerichten an, waren also Beamte der Seigneure. Sie kamen dieser Ehrenpflicht nicht überall in gleicher Weise nach, aber im allgemeinen machten sie von diesem Recht ausgiebigen Gebrauch.<sup>7</sup> Da diese Beamten an einer radikalen Unterdrückung des Feudalregimes kein Interesse hatten, und da die Vorsitzenden der Versammlung nicht selten ein bereits vorher von ihnen abgefaßtes cahier in die Versammlung mitbrachten,<sup>8</sup> so war also ein indirekter Einfluß der Seigneure auf die Abfassung der cahiers sehr gut möglich. Ausschlaggebend dafür, daß die Bauern oftmals selbst den ihnen verhaßten Einflüssen nachgaben, war die Gewißheit, daß bei einer Einigung mit dem Richter die Reklamationen der Gemeinde auch wirklich gültig waren, oder aber auch die Sorge, daß die Klagen bei der assemblée de bailliage andernfalls überhaupt nicht vorgebracht würden.<sup>9</sup> Allerdings wurde diesen Einflüssen keineswegs immer ohne weiteres nachgegeben; es kam auch nicht immer zu einem Kompromiß zwischen beiden Parteien, so daß mehrere Versammlungen nötig wurden. Schließ-

---

6. s. A. Brette: Recueil de doc. rel. à la convoc. des États généraux, Bd. I, Einl. Art. 50.

7. *ibid.*, Bd. I, S. LXVIII; vgl. Dr. F. Lesueur u. A. Cauchie, cah. de doléances du Bailli. de Blois, Einl. S. XXX ff., von 212 Versammlungen wurden 130 von Beamten der Seigneure, 52 vom Syndikus und 30 von notaires präsiert; dagegen in der sénéchaussée de Quimper und Concarneau (J. Savina et D. Bernard: Cah. de dol. . . .) nahmen die Beamten der Seigneure an der Cahierabfassung nur ganz geringen Anteil.

8. s. Sée H. u. Lesort A.: Cah. de dol. de la sénéch. de Rennes, Bd. I, Einl. S. LV ff.

9. s. A. Brette, *ibid.* S. LXVIII.

lich versammelte sich sogar die Gemeinde selbständig unter dem Vorsitz eines Bürgers oder eines andern Beamten, um ein cahier abzufassen, das ihren Wünschen entsprach. Ein solches cahier wurde dann auch bedeutend radikaler als das zuerst abgefaßte.<sup>10</sup> Zur Feststellung dieses Unterschiedes genügt ein rascher Vergleich zwischen den cahiers eines Wahlbezirktes, die unter dem Vorsitz eines Beamten des Seigneurs und denjenigen, die unter dem Vorsitz eines andern öffentlichen Beamten oder des curé zustande gekommen sind. Man wird finden, daß letztere im allgemeinen viel schärfer gehalten sind. In einem cahier der Sénéchaussée von Cahors findet sich der Satz: „Aber man glaubt nicht, daß der dritte Stand die Zwangsablösung der Grundrenten, der lods et ventes und der seigneurialen Rechte verlangen darf, wie einige Flugschriften es vorgeschlagen haben. Das wäre gegen die Pachtgesetze, auf Grund derer die Seigneure ihre Güter vergeben haben und würde Uneinigkeit zwischen alle Stände säen.“<sup>11</sup> Ist es anzunehmen, daß diese Konzession der tatsächlichen Einstellung der Bewohner der Feudalität gegenüber entspricht, in einer Gegend, wo eine Wetterfahne auf dem Dach oft der einzige titre war, kraft dessen die Seigneure enorme Abgaben erhoben; in einer Gegend, wo die Maxime „Nulle terre sans seigneur“ uneingeschränktes Geltingsrecht besaß,<sup>12</sup> und wo die Bauern sich bereits ein Jahr später mit größerer Wut als sonstwo gegen ihre Seigneure erhoben?

Daß der Einfluß der Beamten der Seigneure sich auch außerhalb der Gemeinden, und zwar bei der Abfassung des allgemeinen cahier, geltend machen konnte, zeigt das Beispiel der Stadt Angoulême. Diese fügte ihrem cahier eine Denkschrift bei, die als Annexe zum cahier zu betrachten ist und aus der hervorgeht, daß das cahier des dritten Standes infolge des Einflusses, den die Beamten der Seigneure in der assemblée géné-

---

10. H. Sée et A. Lesort, zit. Bd. I, S. LX ff., Bd. III, cah. der Gemeinden Plélan, Messac, Bain, Goven.

11. Fourastier, V., zit., cah. de Cieurac.

12. Arch. parl. Bd. 25, rapport de Godard et Robin.

rale gehabt haben, nicht den wirklichen Wünschen der Bevölkerung Ausdruck gab.<sup>13</sup>

Die Vertretung der Landgemeinden bei den Bailliageversammlungen war nicht immer die glücklichste. Meistens übernahmen sie die Versammlungsleiter oder zumindest Leute, die die Kosten der Reise und die übrigen mit einer solchen Vertretung verbundenen Geldausgaben selbständig tragen konnten. Aber auch wenn diese Leute keine Beamten der Seigneure waren, besaßen sie doch keineswegs immer das unbedingte Vertrauen ihrer Wählerschaft.<sup>14</sup> Nicht selten kam es ferner vor, daß eine Gemeinde, die das Recht zur Entsendung zweier Vertreter hatte, nur einen Abgeordneten entsandte oder gar den Abgeordneten einer andern Gemeinde mit ihrer Vertretung beauftragte. Auch die Beamten der Seigneure wurden häufig als Vertreter entsandt. So vertrat bei der assemblée générale des dritten Standes in Epernay ein jünger seigneurial 6 Gemeinden.<sup>15</sup> Begreiflicherweise fanden deshalb manche Wünsche der Gemeinden

---

13. Boissonade, P., Cah. de dol. de la sénéchaussée d'Angoulême, in der Denkschrift selber heißt es: „Si, lors de la nomination des députés du Tiers-état aux États généraux, la cabale et l'intrigue n'eussent porté que sur le choix de quelques-uns d'entre eux, l'espoir d'un nouveau règlement capable de réprimer les abus dans les nominations subséquentes auraient imposés un silence respectueux; mais les députés des campagnes, non contents d'en avoir ouvertement écarté ceux de la ville capitale par l'influence des officiers des seigneurs sur l'esprit de leurs justiciables; se sont encore attachés à élaguer du cahier général tout ce qui n'était pas dans les leurs.“

Über den Einfluß der Beamten der Seigneure bei der Cahierabfassung s. a. Laurent, zit. Bd. II, S. LXVI.

14. Le Parquier, Cah. de dol. du baill. d'Arques, S. 590, Lettre du Martin Lemaitre, d'Yvetot, à Necker, v. 29. März 1789, u. a. „vous remontre qu'il a été représenté dans les assemblées du tiers état toute chose utile; mais je crois que l'on a oublié à représenter la misère des pauvres mercenaires aussi grande qu'il peut être. Car dans ses assemblées, il n'a paru que les plus riches fermiers de toutes paroisses et tout les plus apaissant qui, bien au delà de représenter la misère dans son degré quel peut être; car tous les fermiers sont très félicités de vendre le blé bien cher et de voir le commerce tombé, dont ils se servent de cette circonstance pour avoir leurs domestiques et tous les gens utiles pour faire leurs travaux à meilleur marché et se trouvent élevés dans leurs état par la misère du povre (pauvre) . . .“



keine getreue Interpretation, wie das schon am Beispiel der Stadt Angoulême sichtbar war. Im allgemeinen darf man aber die Bedeutung dieser Tatsache nicht überschätzen, und annehmen, daß die Abgeordneten der Gemeinden von Grund aus den Charakter des allgemeinen cahier bestimmen und ihre Sonderwünsche durchsetzen konnten. Denn obwohl die Landabgeordneten in den *assemblées préliminaires de bailliage* der Zahl nach überlegen waren, so hatte doch das Element der Stadt, vermöge seiner größeren Kenntnis und Bildung das moralische Übergewicht und riß die Führung an sich. Den Kommissionen, die in jenen Versammlungen die Aufgabe hatten, die cahiers der Gemeinden zu einem einzigen zu vereinigen, fiel es nicht schwer, diese Arbeit an einem Tage zu leisten; dabei konnten freilich die einzelnen Punkte meistens nur sehr flüchtig behandelt werden. So wurden zum Beispiel in Poitou an einem Tag 500 cahiers zum cahier général zusammengefaßt.<sup>16</sup> Gegen dieses Verfahren protestierten 34 Abgeordnete aus den Gemeinden wegen Unterdrückung und Vernachlässigung lokaler Forderungen.

Schon durch dieses vielfach beschleunigte Verfahren bei der Abfassung des cahier général zeigte sich das Bürgertum als ein wenig eifriger Verfechter der Wünsche seiner Gefolgschaft. Während es die Bauern kurze Zeit vorher zum Klagen ermunterte und ihnen Vorlagen zusandte, schwächte es jetzt örtliche Wünsche nicht nur häufig ab, sondern es nahm sie gelegentlich sogar gar nicht auf.<sup>17</sup> Dem Bürgertum war bei der Abfassung der cahiers généraux das politische Programm bedeutend wichtiger als das agrarische. Das war auch ganz natürlich; denn die Bitten der Landgemeinden wurden in einen Rahmen eingefügt,

---

15. Onou, *La comparaison des paroisses en 1789*, *La Révol. franç.* 1897, Bd. 32.

16. Couturier, H., *La préparation des États-généraux de 1789 en Poitou*, S. 353; s. a. Bussière, *La Révol. en Périgord*, Bd. 1, Bruneau, *Les débuts de la Révol. dans le Cher et l'Indre*; Babeau, *Hist. de Troyes*.

17. So nehmen sogar die cahiers des dritten Standes der *sénéchaussée* de Quimper und Concarno die fast allgemein gestellte Forderung der Abschaffung des *domaine congéable* nicht auf, vgl. Savina et Bernard, *Cah. de la sénéch. de Quimper et Con.*, *Introd.*

dessen Ganzes ebenso homogen sein mußte, wie es die Vorlagen waren, die man vorher den Landgemeinden zugehen ließ, deren Zweck ja nicht nur darin lag, die Bauern zur Erhebung von Forderungen zu ermutigen, sondern auch darin, den Forderungen eine einheitliche Richtung zu weisen.<sup>18</sup> Die Vorlagen, ein viel umstrittener Faktor, sind meist das zusammenfassende Ergebnis der vielen im Laufe des Herbstes und Winters tagenden Versammlungen der Städte; sie sind zugleich der Teil des Programms des führenden dritten Standes, mit dem er die Bauern zu ködern suchte. Die Bourgeoisie hat erst verhältnismäßig spät, und auch erst unter dem Druck der Verhältnisse, wie etwa in der Bretagne, wo der Wahlkampf zum regelrechten Ständekampf ausartete, die Verbindung mit der Landbevölkerung aufgenommen. Die Städte haben den Landgemeinden nicht nur verschiedene Vorlagen zugesandt, die auf die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Gegend zugeschnitten waren und Forderungen in großen Umrissen enthielten, sondern auch ihre Versammlungs- und Beratungsprotokolle. Sie bemühten sich, die Bauern zu überzeugen, daß nichts sie vom dritten Stand der Städte trenne: „Wir sind sehr wohl eure Freunde, und damit ihr es selbst beurteilen könnt, öffnet unsere cahiers de doléances, leset unsere Klagen und unsere Bitten, und wenn diese Schriften nicht in eure Dörfer gelangen, dann hört das résumé, das wir euch davon zukommen lassen!“<sup>19</sup> Und vorher schrieben die Bürger von Rennes: „Ihr werdet aufgefordert werden, euch zu versammeln. Ihr werdet ein cahier de doléances zu machen haben, d. h. zu schreiben, was ihr wünscht, und über was ihr euch zu beklagen habt. Unsere Liebe zum öffentlichen Wohl hat uns bewogen, euch die Klagen und Wünsche aufzuschreiben, die wir vorbringen würden, wenn wir an eurer Versammlung teilnehmen würden.“<sup>20</sup> Als die Land-

---

18. s. H. Sée et A. Lesort, zit., Bd. I. Introd., u. a.: „... Es ist wesentlich, daß die Reklamationen des dritten Standes ebenso übereinstimmend wie allgemein seien . . .“

19. Sée H. et A. Lesort, zit., Bd. I, Introd., S. LXXXII, lettre des bourgeois (de Rennes) aux gens de la campagne, fermiers métayers et vassaux de certains seigneurs qui trompent le peuple.

20. Dupont, zit.: Annales de Bretagne, Bd. 15, S. 14 ff.

bevölkerung fühlte, welch mächtigen Rückhalt sie auf einmal in der Bourgeoisie hatte, wuchs ihr der Mut zur Klage. Und deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß sie den konservativ-reaktionären Elementen nicht ohne weiteres nachgab. So bedingen also gleichartige wirtschaftliche Verhältnisse innerhalb eines Wahlbezirks nicht allein eine Ähnlichkeit der cahiers, sondern diese kann auch durch die Verwendung ein- und derselben Vorlage in verschiedenen Gemeinden bedingt sein.<sup>21</sup> Daß die Gemeinden die Hilfe der Bourgeoisie gern in Anspruch nahmen, ist ohne weiteres anzunehmen, wenn man das damalige kulturelle Niveau des französischen Bauern in Betracht zieht. In besserer Form hat das Bürgertum die von den Bauern diktierten Forderungen zu Papier gebracht.<sup>22</sup> Und wenn wir die Bedeutung der Vorlagen für die cahiers im gesamten beurteilen wollen, so werden wir vielleicht sagen, daß die Vorlagen für die Bauern mehr ein Maßstab, eine Richtlinie und ein Programm waren, die ihnen zeigten, wie weit sie mit ihren Klagen gehen durften, und wie sie diese zu formulieren hatten, als etwa eine Quelle, aus der sie ihre Klage schöpfen konnten.

Anders ist es mit den politischen Forderungen der Landgemeinden. Man findet sie häufig vertreten, aber ernst dürfen sie wohl kaum genommen werden. Die Mehrzahl der Bauern war sich über deren volle Tragweite nicht bewußt. „Nous n'entendons pas trop bien ce que c'est voter par ordre ou voter par tête“, sagt ein cahier.<sup>23</sup> Diese Wünsche müssen wir betrachten als ein dankbares Zugeständnis an die Führer. Die Bauern haben sie übernommen mit einer naiven Vorstellung von Volksvertretung und Volkssouveränität, um einem Stand zur Macht zu verhelfen, der sich für die Verteidigung ihrer Rechte einsetzte. Der Sieg der neuen Ideen war in ihren Augen eine Garantie für die dauernde Beseitigung ihrer Leiden. Wie die Bourgeoisie ihre Wünsche in Wirklichkeit interpretieren würde,

---

21. Vgl. A. Wahl: Studien zur Vorgeschichte der franz. Revol. Nr. 1

22. Nous lui avons dit nos raisons qu'il a écrites presque comme nous les avons dictées en les mettant en meilleur français que nous n'aurions pu faire“, schreibt eine Gemeinde, Dupont: *ibid.* (Annales de Bretagne), Bd. 15.

23. *ibid.*, S. 131.

ahnten sie natürlich noch nicht. Sie glaubten an das ausschließliche Primat ihrer Forderungen und erkannten noch nicht, daß dieselben im allgemeinen cahier nur einen sehr kleinen Raum einnehmen und keineswegs an erster Stelle stehen würden; sie begriffen nicht, daß es für die Bourgeoisie weit wichtigere Dinge gab als die Sache der Bauern. Wichtig waren dem Bürgertum vor allem: Garantie der individuellen und der Pressefreiheit, Wahrung des Briefgeheimnisses, Unverletzlichkeit des Privateigentums, Steuerbewilligungsrecht der Generalstände, Periodizität der Generalstände, Abstimmung nach Köpfen und gemeinsame Beratung, Verfassungsreform, Ministerverantwortlichkeit, Konsolidierung der Staatsschuld, Etatsrecht, Reform der bürgerlichen und strafrechtlichen Gesetzgebung, Zollreform im Innern<sup>24</sup> usw. Das naive Bauerntum aber sah infolge seiner politischen Unkenntnis nicht voraus, daß in dem Moment, wo das französische Volk aufgerufen wurde zur Entscheidung über sein Schicksal, die soziale Frage nicht eine *question ouvrière* oder *paysanne*, sondern eine *question bourgeoise* war. Und der Bourgeoisie kam es darauf an, daß der dritte Stand — zu diesem gehörte alles, was nicht privilegiert war, vom armen Arbeiter bis zum reichen Großhändler — jener Stand also, der nach Sieys noch keinerlei Bedeutung im Staate besaß, nun endlich eine aktive Rolle in ihm spiele. Ihm kam es darauf an, daß die kleine Minderheit der Privilegierten, also die Adeligen und die Priester, nicht mehr im Besitz ihrer durch nichts mehr gerechtfertigten Privilegien blieben; daß jene in Zukunft nicht mehr von den meisten Steuern befreit seien, daß ihre Sondergerichte aufgehoben, daß sie nicht mehr im Besitz des Monopols für alle hohen Ämter bleiben, und daß ihre den Tresor belastenden Pensionen unterdrückt würden; es kam ihr weiterhin darauf an, daß in Zukunft für alle Franzosen Gleichheit bestehe vor dem Gesetz und den Steuern, ohne Unterschied der Geburt.<sup>25</sup> Und schließlich hatte sie ein Interesse daran, daß die Gläubiger des

---

24. Vgl. das Programm der bedeutendsten cahiers-Modelle, wie z. B. „Instructions du duc d'Orleans“, das Sieys zugeschrieben wird; „Avis d'un bon Normand“, „Charges d'un bon Citoyen de la campagne“.

25. s. Mathiez A.: *La Question soc. p. la Rev. fr.*, S. 6.



Staates endlich auch einmal ein gewichtiges Wort in der Finanzpolitik mitsprechen dürften.

Die cahiers ergeben oft ein recht trübes Bild von den Zuständen gegen Ende des anciens régime. Aber dazu trugen außergewöhnliche Umstände ein gewichtiges Moment bei, und das ist die Tatsache, daß Frankreich in jener Zeit inmitten zweier Krisen stand, die schwerwiegende wirtschaftliche und psychologische Folgen hatten und auf die Ereignisse des Jahres 1789 verhängnisvoll mit einwirkten. Die Krisen, die Frankreich damals durchmachte, vollzogen sich auf industriellem und auf agrarischem Gebiet.<sup>26</sup>

Der Handelsvertrag mit England vom Jahre 1786 hatte sich in Frankreich äußerst ungünstig ausgewirkt. Die Herabsetzung der Einfuhrzölle hatte die Überschwemmung der französischen Märkte mit englischen Waren zur Folge. Die einheimischen Fabrikate blieben daher unverkauft, die Preise fielen und somit auch die Löhne; nicht selten mußten ganze Betriebe stillgelegt werden, so daß Tausende von Menschen arbeitslos wurden. In Lyon allein gab es 20 000 Arbeitslose, in Abbéville 12 000.<sup>27</sup> „Vollständiges Daniederliegen und Stillstand des Handels, Verfall der Manufakturen, Arbeitsmangel, Entlassung und Untätigkeit der Arbeiter, die keine andere Hilfsquelle als den Bettelsack auf dem Rücken und den Stock in der Hand, haben.“<sup>28</sup> Diese Eindrücke vermitteln uns die cahiers einer Industriegegend.

Die Agrarkrise war die primäre Krise und von sich aus schon sehr folgenschwer; das Hinzukommen der industriellen Krise und ihre Auswirkung auf die erstere bedeutete eine noch wesentliche Verschärfung derselben. Das Jahr 1788 war in wirtschaftlicher Hinsicht eines der schlechtesten des ganzen

---

26. Unzählige cahiers aller Gegenden spielen darauf an, besonders auf die wirtschaftliche Krisis, während die industrielle sich mehr lokal auswirkte. s. Ch. Schmidt: *La crise industrielle*, Rev. hist., Bd. 97, auch Le Parquier, zit., Einl., Dr. Lesueur et Cauchie, zit., Einl., Bruneau, zit., Lefebvre G., zit.

27. Mathiez A.: *La Rév. fr.*, Bd. I, S. 40.

28. Le Parquier, zit., cah. de Chapelle-sur-Dun; s. a. cah. d'Authieux, Auffay, Gonneville, Iclon, Belleville, Arremesnie.

Jahrhunderts, darin stimmen alle Zeugnisse über jene Zeit überein. Im Laufe des Sommers verwüsteten Hagelschläge weite Strecken Landes und vernichteten damit die Ernten; aber auch in den vom Unwetter verschont gebliebenen Gegenden waren Mißernten zu verzeichnen. Es folgte ein ungewöhnlich harter Winter, der bei einbrechender warmer Witterung im Frühjahr große Überschwemmungen nach sich zog. Alle diese unglücklichen Ereignisse drohten eine Entwicklung zu zeitigen, an deren Ende Teuerung und Hungersnot stand. So trat neben die politische Frage eine Wirtschaftsfrage, die der Regierung ebenfalls große Sorge machte, da diese ganze krisenhafte Entwicklung in ein Chaos auszuarten drohte, das nur mit Mühe und schweren Geldopfern verhindert werden konnte; aber die Frage blieb akut bis in die Juli—August-Tage, sie spitzte sich sogar immer mehr zu und bedeutete infolge ihrer Schärfe ein wichtiges Glied in der Kette der Ereignisse, die das Anfangsstadium der Revolution wesentlich bestimmten.

Man kann wohl sagen, daß es im Jahre 1789 keine wichtigen Fragen mehr gab, die nicht schon längst erörtert waren. Die Epoche Ludwig XVI. war eine Epoche der Reformbewegung und folglich auch der Kritik. Die Auseinandersetzung mit den großen Fragen der Zeit wurde vor allem vorbereitet und vorwärtsgetrieben durch die im Jahre 1787 konstituierten Provinzial- und Munizipalversammlungen;<sup>29</sup> diese trugen wesentlich dazu bei, die Diskussion der aktuellen Fragen in stärkerem Maße als bisher in die breitere Masse zu tragen und das Interesse für sie zu wecken.<sup>30</sup> Dem demokratischen Gedanken wurde damit eine wesentliche Grundlage verschafft. Zwar hatte die Notablenversammlung die großen Fragen schon aufgerollt, sie hatte sie aber nicht gelöst und dadurch die Erregung gesteigert.<sup>31</sup> Denn wenn auch der Masse das politische Verständnis fehlte, für die wirtschaftlichen und besonders für die landwirtschaftlichen Fragen war es vorhanden. Die Regierung hat durch ihre Reform-

---

29. s. Isambert Bd. 26, Edikt vom Juni 1787.

30. s. Tocqueville: *L'ancien rég.* S. 296 (hat treffend darauf hingewiesen). s. a. Aulard; *Hist. pol.* S. 17.

31. s. Wahl A.: Die Notablenversammlung; Glagau, Reformversuche u. Sturz des Absolutismus.

versuche am allermeisten dazu beigetragen. Sie hatte wohl Reformen gewollt, besaß aber nicht die Mittel und die Macht, diese Reformen vollständig durchzuführen; einige wurden überhaupt niemals in die Wirklichkeit umgesetzt. So kam zu der Erbitterung über die Mißstände häufig noch die Enttäuschung, verursacht durch das Versagen der Regierung. In den Vorreden zu den Reformedikten, die durch die Pfarrer in den Kirchen auf der Kanzel verlesen wurden, hatte die Regierung selbst an den jeweils in Frage stehenden Einrichtungen eine vernichtende Kritik geübt.<sup>32</sup> So heißt es z. B. in der Vorrede zum Edikt vom Februar 1776<sup>33</sup> über die Frondienste: „Dieses System ist schädlich, weil es der Landwirtschaft Abbruch tut und ihr die Kräfte raubt und die Last immer auf den Ärmsten fällt. Sie ist eine Quelle von Vexationen, die die schärfste Wachsamkeit der beaufsichtigenden Personen nicht verhindern kann.“ Vom Prinzip der den Frondiensten zugrunde liegenden Ungerechtigkeit ausgehend und betonend, daß ihre Lasten auf den ärmsten Teil der Bevölkerung, die cultivateurs und fermiers, fielen, während die Großgrundbesitzer, die fast alle Privilegierte waren, frei davon seien, während doch gerade sie den größten Nutzen aus guten Straßen zögen, heißt es dann weiter: „Es ist also die Klasse der Großgrundbesitzer, die die Früchte der Instandsetzung der Wege erntet, und es ist jene Klasse, die allein die Kosten tragen sollte, da sie den Nutzen davon zieht. Wie kann es gerecht sein, daß diejenigen dazu beitragen sollen, die nichts besitzen? Wie kann man sie zwingen, ihre Zeit und Arbeit unentgeltlich zu opfern und ihnen damit die einzige Hilfsquelle, die sie gegen das Elend und den Hunger besitzen, nehmen?“<sup>34</sup> Dieses Edikt sah eine Belastung der Privilegierten im Verhältnis der vingtièmes vor. Aber nach Turgots Sturz, also schon 5 Monate später, im August 1776,<sup>35</sup> wurde es widerrufen unter dem Vorwand, daß der betreffende Steuerertrag, durch den die Frondienste ersetzt werden sollten, später seinen Zweck doch wieder verlieren und die Frondienste in der alten Form wieder aufge-

---

32. Mathiez A.: *La Révol. franc.* Bd. 1, S. 20.

33. Isambert: *Recueil . . .* Bd. 23, S. 358 ff.

34. *ibid.* S. 360.

35. *ibid.* Bd. 24,

nommen wurden.<sup>36</sup> Erst durch die Erklärung vom 27. Juni 1787 wurden bekanntlich die Frondienste allgemein in eine Geldleistung umgewandelt;<sup>37</sup> der Versuch der Regierung jedoch, die Privilegierten dieser Steuer zu unterwerfen, war gescheitert. Außerdem wurde jene Geldsteuer auch keineswegs überall als Segen empfunden; viele cahiers verlangen deshalb die Rückkehr zur alten Form. Die Mehrzahl allerdings fordert die von der Regierung geplante Reform mit derselben Begründung, wie sie die Regierung 1776 gegeben hatte.

Wir können unsre Betrachtung über die cahiers nicht abschließen, ohne den Hinweis auf einen Faktor, der nicht nur bei ihrer Abfassung eine große Rolle spielte, sondern der sich schon vorher ausgewirkt hatte und sich auch späterhin noch auswirkte. Die Einstellung des Bauern zum Régime ist wesentlich durch diesen Faktor bedingt, und er ist als einer der Hauptträger im Anfang der französischen Revolution anzusehen. Dieser Faktor ist der curé, der Gemeindegeistliche. Seine Bedeutung kann bei dem damaligen geistigen Niveau des französischen Bauern und seiner Isoliertheit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der curé war nicht nur Pfarrer, sondern zugleich Beamter. Er hielt die Geburts-, Heirats- und Sterberegister und empfing die Testamente; er war ein Organ der Regierung, weil er deren Erlasse bekannt machte, er war nach Turgot eine Art Subdélégué.<sup>38</sup> Condorcet, in seinen „Mémoires sur Turgot“, sagt von ihm: „Seine Funktion ist, die Moral zu predigen, Streite zu schlichten und Einigkeit zu schaffen. Mehr als sonst jemand sind die Pfarrer berufen, auf den Gemütszustand des Volkes einzuwirken.“<sup>39</sup> Die Kanzel diente nicht nur der religiösen Instruktion, sondern auch der administrativen. Der Pfarrer erfüllte damals für seine Gemeinde in gewisser Beziehung die heutige Funktion der Zeitungen. Er war der Vermittler zwischen Außenwelt und Dorf.<sup>40</sup> Er kannte die philosophischen und politischen Schriften

---

36. Arch. nat. C 5 doss. 15, Mémoire sur la corvée.

37. Isambert, Bd. 26.

38. Babeau: Le village sous l'ancien rég. S. 129.

39. de Calonne: La vie agricole sous l'ancien rég. dans le nord de la France, S. 255.

40. ibid. S. 254.



des Jahrhunderts; er wußte von dem skandalösen Leben seiner Vorgesetzten in ihren prächtigen Palästen, während er selber sich mit seiner portion congrue kümmerlich durchschlagen mußte. Und dieser Gemeindegeistliche predigte bald nicht mehr wie in früheren Zeiten seinen Beichtkindern Resignation und Hoffnung auf einen Ausgleich im Jenseits, sondern träufelte ihnen ein wenig von der Bitterkeit ein, mit der seine Seele angefüllt war. Der zwischen hoher Geistlichkeit sowie dem Adel und niederer Geistlichkeit bestehende Gegensatz war ganz zwangsläufig und tiefgründig. Er beruhte nicht auf Meinungsverschiedenheiten über Fragen des kirchlichen Dogmas, sondern auf der sozialen Frage. Der curé stand infolge seiner wirtschaftlichen Lage an der Seite des Bauern. Er teilte mit diesem den Haß gegen die Privilegierten, gegen die Seigneure und die Großpächter, die ihm den Zehnt wegnahmen oder ihm denselben streitig machten.<sup>42</sup> Dieser Gegensatz ist auch in den cahiers deutlich ausgeprägt, und zwar nicht nur in den cahiers der curés,<sup>43</sup> sondern auch in den cahiers der Gemeinden, in denen der Pfarrer die Versammlung der Bauern präsidierte.

In den Versammlungen der Geistlichkeit war das Verhältnis zwischen hoher und niederer Geistlichkeit häufig ein sehr gespanntes; es kam sogar vor, daß beide sich gesondert versammelten.<sup>44</sup> Der zwischen ihnen bestehende Interessengegensatz darf als allgemein bezeichnet werden. Bei der assemblée générale der drei Stände in Fréjus erklärte der Probst, daß die curés congruists nicht als Repräsentanten der andern Schichten der Geistlichkeit betrachtet werden könnten, da deren Interessen mit den ihrigen im Widerspruch stünden.<sup>45</sup>

---

41. Mathiez, A., *La Révol. franc.* Bd. 1, S. 17.

42. Der kleine Zehent gehörte häufig dem curé; s. z. B. D XIV, 5, notes de Séguin, curé de Sauveterre, „. . . un moine seigneur en France, un homme qui a fait par état voeu de pauvreté, endosser la qualité de seigneur, jouir de cinq de dix, de vingt mille francs de rente, dévorer lui seul plus que tous les habitants d'une petite ville, en vérité c'est un abus, une injustice, un scandale qui n'a pas d'exemple . . .“ (Lot-et-Garonne).

43. s. z. B. Porée Ch.: *Cah. des curés du bailliage d'Auxerre.*

44. s. z. B. Savina et Bernard: *Cah. de dol. de la sénéch. de Quimper et de Concarneau*, Einl. Bd. 1.

45. Mireur F.: *Procès verbaux des élections des députés des sénéch. de Draguignan, de Grasse et de Castellane.*

Auch zwischen dem Adel und der niederen Geistlichkeit war mancherorts das Verhältnis nicht weniger gespannt. Als in der Franche-Comté, bei der Wahlversammlung in Vésoul, die niedere Geistlichkeit eine Abordnung in die Versammlung des Adels schickte zwecks Interpretation eines Reglements, wurde diese aus dem Lokal herausgedrängt, beschimpft und mißhandelt. Der Marquis von Langéron schrieb am 11. Mai 1789 aber diesen Vorfall an Necker: „Die curés konnten den Ärzten ihre von Streichen zerquetschten Rücken zeigen, mit denen der Adel sie beehrt hatte“.<sup>46</sup>

So ist es nur folgerichtig, daß von Anfang an die curés überall für die Revolution eintraten, nicht nur in der Nationalversammlung, sondern auch in den Provinzen. Nicht selten sind sie dabei ins Extrem verfallen und haben in den Juli- und Augustaufständen eine dunkle Rolle gespielt;<sup>47</sup> sie sind als curé nicht selten zugleich Kommandant der bürgerlichen Miliz und Vorsitzender der comités révolutionnaires gewesen, sie haben die Gemeindeverwaltung in ihrer Hand konzentriert, sie haben oft das Mißtrauen der Bauern gegen die Adeligeu erweckt und angestachelt und diese nicht selten ihren Haß fühlen lassen.<sup>48</sup>

Instruktive Zeugnisse über die Gesinnung der Gemeindepfarrer sind die cahiers, die von den curés selbst oder unter ihrem Vorsitz abgefaßt worden sind. In ihren eigenen cahiers nehmen sie Bezug auf die Forderungen der Bauern, sie verlangen Reformen der grundherrlichen Gerichtsbarkeit, sie wünschen, daß die Beamten der Seigneure in Zukunft von diesen unabhängig seien, um zu verhindern, daß die Richter sich weiterhin aus Furcht vor der Amtsenthebung vom Seigneur beeinflussen lassen.<sup>49</sup> Das cahier des curé von Leugny<sup>49</sup> klagt über die Nachlässigkeit der grundherrlichen Richter: „man spielt, man ißt, man ergötzt sich, man geht auf die Jagd und sitzt selten zu Gericht, weil man keine Zeit hat, unwissend und manch-

---

46. A. Brette, Les privil. pécun. de la noblesse de France en 1789, La Révol. fr. 1906, Bd. 51.

47. Arch. nat. D XXIX bis 1 Nr. 7.

48. s. Bussière: La Révol. en Périgord, Bd. I.

49. Porée Ch.: Cah. des curés et des communautés ecclés. du bailliage d'Auxerre, cah. du curé d'Andryes . . .

mal parteiisch ist; gewöhnlich sind es Leute, die bestochen oder ganz dem Seigneur ergeben sind und die größten Mißbräuche dulden“.

Ein großer Teil dieser cahiers ist den kirchlichen Fragen und dem Zehnt gewidmet. Sie fordern, daß der Zehnt der Gemeinde zurückgegeben werde und nicht ein Mittel für die Seigneure sei, sich an ihm zu bereichern; sie klagen über die Vexationen der gros-décimateurs und sind zum Teil bereit, in die allgemeine Abschaffung des Zehnt zu willigen, wenn ihren Forderungen kein Gehör geschenkt werde.<sup>50</sup>

Sehr feindlich sind die curés den Abteien und deren Insassen gesinnt: „Sind es nicht unnütze Glieder am Staat, und wäre es folglich nicht angebracht, sie vom Körper abzuschneiden? Sind sie nicht als Wespen zu betrachten, die den Honig und die Nahrung der Bienen verschlingen?“<sup>51</sup> Andere cahiers verlangen ausdrücklich die Unterdrückung aller Bettlerorden, Aufhebung der Abteien und Ordenspfründen, die für Kirche und Staat keinerlei Wert hätten. Die Mönche und Nonnen sollten verpflichtet sein, die Kinder wenig bemittelter Familien bis zum Alter von 20 Jahren zu ernähren und zu unterrichten.<sup>52</sup> Derartige Forderungen erhoben auch die Gemeinden vor allem dann, wenn der curé die Versammlung der Bauern leitete und somit an der Abfassung des Gemeindecahiers aktiv beteiligt war. So sagt das cahier von Avord,<sup>53</sup> nach der üblichen Beschwerde über die Steuern und Feudalrechte: „Aber wenn wir die Augen auf die reichen Pfründe und Abteien, die fast alle dem Staat unnütz sind, werfen, und deren Verschwendung uns ein Skandal ist, wie sollte man da nicht die Stimme erheben und über solche Mißbräuche klagen! Wäre es nicht am Platz, daß das Übermaß der Steuern, die uns bedrücken, auf sie fiel. Als gros-décima-

---

50. *ibid.* cah. du curé de Thury.

51. *ibid.* cah. du curé de Leugny.

52. *ibid.* cah. du curé de Sainte-Pallaye.

53. Gandilhon A.: Cah. de dol. du bailliage de Bourges. s. a. Sée H. und Lesort A., zit., Vernier J.: Cah. de dol. du Baill. de Troys. Laurent: Cah. de dol. du Baill. de Chalons-sur-Marne et de Sézanne. Le Parquier, zit. Boissonnade, zit., Bridrey E.: Cah. de dol. du Baill. de Cotentin. Malrieu V.: Cah. de dol. de la sénéch. de Montauban.

teurs sind sie meistens verpflichtet, Chor, Kanzel und die Ornamente unserer Kirche in gutem Zustand zu erhalten, aber auf welchen Grad von Unanständigkeit lassen sie alles fallen, wie oft muß man sie drängen, bis sie endlich die allerschlimmsten Schäden reparieren! Obwohl auf Kosten der Armen fett geworden, sieht man doch niemals, daß sie diese unterstützen“. Dieser vom curé als Vorsitzender der Versammlung inspirierte Ton der cahiers de paroisse ist durchaus keine Seltenheit.<sup>54</sup> Aus diesen Umständen heraus ist es zu begreifen, daß die Auseinandersetzung des Bauern mit dem ancien régime so radikal war. Er stand zwischen zwei großen Bewegungen: einer reaktionären und einer fortschrittlichen Bewegung. Er ahnte, daß sich große und entscheidende Dinge vorbereiteten. Intuitiv erfaßte er die Sachlage und nutzte sie aus zur Anmeldung seiner Forderungen in dem Augenblick, in dem er einen tatkräftigen Bundesgenossen gewann, der ihm klar machte, daß seine Lage keineswegs hoffnungslos sei. Wenn ihm auch die politische Seite der ganzen Entwicklung mehr oder weniger verborgen blieb und er weder die Schrift eines Sieys kannte, noch jemals verstanden hätte, so fühlte er doch, daß seine Interessen am besten aufgehoben seien bei der Schicht, die Sieys der „stérilité privilégiée“, der kleinen Minderheit der Privilegierten, gegenüberstellte. Einmütig hat sich der Bauer, trotzdem der Adel mit den verschiedensten Mitteln um ihn warb, an die Seite desjenigen Standes gestellt, zu dem er in Wirklichkeit gehörte und der nach dem damaligen Begriff die Nation bildete: an die Seite des dritten Standes, der Bourgeoisie. Er kämpfte mit der durch keine Privilegien geschützten und gehemmten und durch ihre wirtschaftliche Aktivität verbundene Masse, die politisch erwacht und reif geworden war. Diese Masse war freilich in bezug auf ihre einzelnen Interessen alles andere als homogen; die verschiedenen Tendenzen

---

54. Gandilhon A.: *ibid.* Cah. de Moulins-sur-Yèvre: „Mais ceux qui enlèvent si injustement la dîme du fruit de nos travaux et de nos peines et qui ne manifestent dans nos paroisses la réalité de leur existence que par des fermiers qui ne songent par toute sortes de voies qu'à multiplier les revenus qu'ils ont mis à l'enchère.“  
s. d. cah. de la paroisse d'Osmoy, de Feux und Herry de Berry-Villequiers



differierten bisweilen sogar so stark, daß sie einander diametral entgegenliefen; aber die beiden extremen Glieder innerhalb des dritten Standes fanden sich doch immer wieder zusammen in einem entscheidenden Punkt: in der Kampfansage gegen die Feudalität und gegen die von der Feudalität garantierten Privilegien — einer Parole, die sie freilich letztlich wiederum unter verschiedener Perspektive sahen.

## Achtes Kapitel.

### Der 4. August.

Den politischen Ereignissen in der ersten Hälfte des Jahres 1789 lief, wie wir bereits betont haben, eine wirtschaftliche Krise parallel, die jene wesentlich beeinflusste und im Sieg der Revolution eine bedeutende Rolle spielte.<sup>1</sup> Das Ereignis des 14. Juli, das von dem einen Teil des Volkes mit ungeheurer Begeisterung begrüßt wurde, den andern Teil dagegen in Schrecken und Bestürzung versetzte, war nicht das Signal zu einer spontanen Erhebung in den Provinzen Frankreichs, sondern es war nur der Kulminationspunkt eines langen Entwicklungsprozesses, welcher der Regierung schon längst große Sorgen bereitet hatte. Die Folgen des wirtschaftlichen Unglücksjahres 1788 zeigten sich erst, und zwar in stetig zunehmendem Maße, im Laufe des Jahres 1789.

Infolge des überaus harten Winters hegte man schlimme Befürchtungen für die Ernte des Jahres 1789. Schon am 7. September 1788 wurde der Getreideexport suspendiert und sogar Getreide im Ausland aufgekauft. Durch Zwangsmaßnahmen versuchte die Regierung ab April 1789 für die Belieferung der Märkte zu sorgen.<sup>2</sup> Diese wurden äußerst schlecht beliefert, da im Frühjahr die Aussichten für die Getreideernte des Jahres 1789 pessimistisch beurteilt wurden; die Händler hielten deshalb das Getreide, dessen Preis sich verdoppelt hatte, zurück.

---

1. Mathiez A.: *La vie chère et le mouvement social sous la Terreur*, Introd., S. 16.

2. *ibid.* S. 17. s. a. A. Mathiez: *Les subsistances pendant la Rév., Annales révol.* 1917. G. Lefebvre: *Doc. rel. à l'histoire des subsist. dans le district de Bergues sous la Révol.*

Die Lage der breiten Masse und der durch die industrielle Krise betroffenen Arbeiter gestaltete sich besorgniserregend.<sup>3</sup> Aufstände und Rotten, die drohend umherzogen, waren schon im März und April in den Gegenden von Lille, Bergues, Hond-schoote und Dunkerque an der Tagesordnung. Truppeninter-ventionen und Plünderungen waren nicht selten. Auf dem Markt von Yvetot gab es einen Aufstand, den die Truppen selbst mit den Waffen nicht unterdrücken konnten. Bei dieser Gelegenheit gab es zwei Tote und mehrere Verwundete. Das hungrige Volk beleidigte und bedrohte die Bauern, taxierte selbständig das Getreide und nahm es manchmal einfach ohne jede Bezahlung mit.<sup>4</sup> An vielen Orten wurde die Not unerträglich.<sup>5</sup> Ein allgemeiner Aufstand ganzer Provinzen konnte lange Zeit nur mühsam niedergehalten werden. Aber nach Bekanntwerden der Vorgänge in Paris, insbesondere des Bastillesturmes, gewann die Gährung neuen Auftrieb, sie wurde immer stärker und kam schließlich in der zweiten Hälfte des Juli 1789 zum Ausbruch. „Seit Bekanntwerden der Nachricht von der Revolution in Paris ist die Erhebung in fast allen Städten allgemein. Letzten Samstag hat sich das Volk von Troyes unter dem Vorwand der Lebensmittelteuerung erhoben“, schrieb der Intendant von Chau-mont am 23. Juli.<sup>6</sup>

Das Versagen der alten Machtinstitutionen erforderte die Schaffung neuer Organe. Diese erstanden der Revolution in den comités permanents und den gardes nationales, die nach dem Vorbild von Paris sehr schnell in der zweiten Hälfte des Juli und anfangs August überall in den Provinzstädten gebildet wurden.<sup>7</sup> Aber diese Organe waren im Grunde nicht Vollzugs-organe des Willens der breiten Masse — Angehörige dieser wurden oft systematisch ausgeschlossen —, sondern Institu-

---

3. Lefebvre: *Le paysans du Nord*, S. 339 ff.

4. Le Parquier, zit., *Einl.* S. 44, s. a. d. cah. de Bois-Robert, Chapelle-Benouville.

5. Bruneau: *Les débuts de la Révol. dans le Cher et l'Indre*, S. 46 ff. s. a. Bussière, zit. *Bd. III, La Révol. bourgeoise*.

6. A. Mathiez, zit. (*Annales révol.* 1917).

7. s. u. a. die lehrreiche Studie v. Millot: *Le comité permanent de Dijon*, in *La Révol. en Côtes d'Or*, 1925.

tionen der revolutionären Bourgeoisie zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Erhaltung und Sicherung des Eigentums. Als Organisationen in diesem Sinne waren sie weiterhin notwendig geworden wegen der nicht zum wenigsten aus obig geschilderten Verhältnissen resultierenden Bewegung, die man unter dem berühmten Namen der Grand'peur und jacquerie kennt. Die Grand'peur, die sich über viele Provinzen Frankreichs innerhalb weniger Tage verbreitete und ihren Grund in der Furcht vor den „brigands“ hat, entstand in den Städten und griff von hier aus auf das Land über; sie wurde zu einem der bedeutsamsten Ereignisse der Revolution.<sup>8</sup>

Nachdem die Städte die Bauern ohne Grund alarmiert hatten, erhoben sich die zusammengerotteten Bauern, durch den Alarm mißtrauisch gemacht, gegen ihre Seigneure und gegen die Adeligen. Sie glaubten an einen Verrat der Adeligen und an deren Bemühungen, die Revolution zum Scheitern zu bringen.

Aus den Berichten der Abgeordneten wußten die Bauern sehr wohl vom Widerstand der Privilegierten gegen die Vereinigung der drei Stände. Die Verzögerung der Erfüllung ihrer Wünsche betreffs der Feudalrechte legten sie deshalb den Adeligen zur Last. Sie hatten kein Interesse an den philosophischen Diskussionen, an der Beratung der Menschenrechte und anderer Dinge, mit denen die Nationalversammlung sich beschäftigte. Sie lebten in dem Glauben, daß der König, in der Absicht, endlich ihren Wünschen gerecht zu werden, sie aufgefordert habe, ihre Leiden zu klagen. „O, wenn unser guter König wüßte, welche Lasten wir zu tragen haben“, und ähnliche Ausdrücke kehren in den cahiers immer wieder. In primitiver Vorstellung von der Macht ihres Königs und seinen Pflichten glaubten sie, daß nur

---

8. Über die Grand'peur s. Conrad: La Peur en Dauphine; Chaudron E.: La Grand'peur en Champagne méridionale; Bussière, Bd. III; Triger: L'année 1789 dans le Maine; Pocquet: Les origines de la Révolution en Bretagne, Bd. II; Murlot: La fin de l'ancien régime de la généralité de Caen; Duval: Arch. révol. de la Creuse; Hermann: La Grand'peur à Reuillac in La Révol. fr., Bd. 29, 1895; Douarche: La Grand'peur a Bourgoin en 1789, in La Révol. fr., Bd. 64, 1913; Bruneau: Les débuts de la Révol. dans le Cher et l'Indre; s. a. G. Lefebvre: La Grand'peur en 1789; leider konnten die Ergebnisse dieses soeben erschienenen instruktiven Buches nicht mehr berücksichtigt werden.



der Widerstand des Adels ihn am Befreiungswerk hindere. Dem närrischen Schrecken folgte der Zorn und das Mißtrauen. Die ganze Panik konnte ihrer Meinung nach nur die Auswirkung eines Manövers der Aristokraten sein, die das Land unnütz in Furcht setzen und dann für ihre Zwecke ausbeuten wollten.<sup>9</sup> Sie glaubten nicht nur sich verraten, sondern auch ihren König. Sie zeigten sogar Befehle des Königs, in denen die Weisung gegeben war, die Schlösser der Adeligen zu verbrennen.<sup>10</sup>

Die auf Grund dieses Glaubens erfolgende aufrührerische Bewegung, die manchen Seigneur sein Schloß gekostet hat, war aber nicht nur ein Kampf gegen die verhaßten titres und terriers, sie richtete sich auch gegen die Aufkäufer von Lebensmitteln, gegen die Steuern, gegen die schlechten Richter, überhaupt gegen alle Elemente, die von der Ausbeutung der breiten Masse lebten; sie nahm manchmal geradezu den Charakter eines Klassenkampfes an.<sup>11</sup> Sie erreichte ihren Höhepunkt in den ersten Augusttagen, um schließlich gegen Mitte August wieder zu einem vorläufigen Stillstand zu kommen. Die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung ist ebensosehr der Tat der Nationalversammlung am 4. August zu verdanken wie den Nationalgarden und der Aktion der comités permanents, die sich gegenseitig unterstützten und zu jener Zeit erst richtig funktionsfähig geworden sind.<sup>12</sup> Nach dem Sieg des dritten Standes haben Adel und Bürgertum zunächst gemeinsam den Besitz gegen den Pöbel verteidigt.

Die Kunde von den Vorgängen in den Provinzen, die in den ersten Augusttagen in der Nationalversammlung einlief, die Nachricht, daß auch die Bauern ihre Bastillen eroberten und zerstörten, versetzte die Nationalversammlung in große Bestürzung. In der Abendsitzung vom 3. August erstattete Salomon im Namen des Comité des rapports über die Ereignisse

---

9. Wolters, zit. S. 325; Arch. nat. DXXIX bis Nr. 7, v. 9. Aug.: „...il serait bien à désirer qu'on put parvenir à découvrir les auteurs qui ont donné lieu à ces événements. Depuis que le Comte a été arrêté nos soupçons ont roulé principalement sur la Noblesse.“ (comité des douze; Hôtel de ville d'Ussel), s. a. Aulard, Lettres de l'abbé Barbotin Nr. 16 u. 18

10. Douarche, zit. (La Rév. fr., Bd. 64), s. a. Conard, zit.

11. Mathiez, La Rév. fr., Bd. 1, S. 65.

12. s. bes. Millot, Le comité permanent de Dijon 1789/90.

Bericht: „Nach Nachrichten aus allen Provinzen“, sagte er, „scheint es, daß jeglicher Besitz die Beute sträflichster Plünderung ist. Überall werden die Schlösser verbrannt, die Klöster zerstört und die Pächtereien geplündert. Die Steuern, die Feudalabgaben, alles ist zerstört. Die Gesetze sind ohne Kraft, die Magistrate ohne Autorität. Die Gerechtigkeit ist nur noch ein Fantom, man sucht sie vergeblich in den Gerichtshöfen.“<sup>13</sup>

In einer vom Comité des rapports vorgeschlagenen Erklärung wurde das Verhalten der Aufrührerischen scharf getadelt und für ungesetzlich erklärt. Sie wurden aufs Schärfste verwarnet und es wurde ihnen erklärt, daß eine Zahlungsverweigerung jeder Art ungesetzlich sei und gegen die Prinzipien der Nationalversammlung verstoße.<sup>14</sup>

Über die endgültige Fassung der Erklärung entspann sich noch eine längere Debatte. War das Verhalten der Bauern genügend bewiesen? War die Anarchie tatsächlich so groß, und konnte sie nur durch Drohung bekämpft werden? „Man muß ungerechte Gesetze, die zum größten Teil auf Gewalt gegründet sind, nicht legitim heißen“, sagte ein Abgeordneter, „man muß

---

13. Logographe, Bd. II, S. 346 ff.

14. Arch. parl. Bd. VIII, S. 336; Logographe, Bd. II, S. 367: „L'Assemblée nationale, informée que le paiement des rentes, dîmes, impôts, cens, redevances seigneuriales est obstinément refusé, que les habitants des paroisses se réunissent et témoignent dans les actes l'engagement de ces refus, et que ceux qui ne veulent pas s'y soumettre sont exposés aux menaces les plus effrayantes et éprouvent des mauvais traitements; que des gens armés se rendent coupables de violences, qu'ils entrent dans les châteaux, se saisissent des papiers et de tous les titres, et les brûlent dans les cours;

Déclare qu'occupée sans relâche de tout ce qui concerne la Constitution et la régénération de l'État, elle ne peut, quelque pressants que soient les objets particuliers qui lui sont soumis, détourner ses regards de celui auquel elle est fixée, et suspendre ses travaux, dont toute l'importance exige la continuité;

Déclare qu'aucune raison ne peut légitimer les suspensions de paiements d'impôts et de toute autre redevance, jusqu'à ce qu'elle ait prononcé sur ces différents droits; déclare qu'aucun prétexte ne peut dispenser de les payer, qu'elle voit avec douleur les troubles que ces refus occasionnent, et qu'ils sont essentiellement contraires aux principes du droit public, que l'Assemblée ne cessera de maintenir.“

nicht von Feudalrechten sprechen, die Bewohner des Landes erwarten ihre Unterdrückung und haben sie in ihren cahiers verlangt"; eine derartige Erklärung könne sie nur reizen.<sup>15</sup> Ein Abgeordneter der Bretagne verlangte, daß künftig die Seigneure ihre Vasallen zu keinerlei Zinserklärungen mehr zwingen dürften.<sup>16</sup>

Die Versammlung kam zu keiner Einigung über die Fassung der Erklärung; sie stellte sich aber auf den Boden der Erklärung vom 17. Juni, die dahin lautet, daß jeder Besitz heilig und unverletzlich sei und beauftragte das Comité de rédaction mit der Abfassung einer entsprechenden Erklärung.<sup>16</sup>

Die Beratung und endgültige Abfassung der Erklärung stand am Abend des 4. August auf der Tagesordnung. Aller Voraussicht nach konnten die Lehensbesitzer ohne Sorge sein, denn die Versammlung schien entschlossen, sich nichts durch Gewalttätigkeit entreißen zu lassen. Trotzdem brachte die Nachtsitzung ein gänzlich unerwartetes Ergebnis.

Zu Beginn der Abendsitzung des 4. August verlas Target im Auftrag des Comité des rapports die neue Erklärung, die im Prinzip mit der ersten Erklärung übereinstimmte. Sie besagt, daß die bisher entrichteten Abgaben in gewohnter Weise solange weiter bezahlt werden müßten, bis die Nationalversammlung andere Befehle gegeben habe, und daß die zur Sicherheit der Person und des Eigentums eingesetzten Gesetze heilig seien und geachtet werden müßten. Der alte Zustand solle also vorläufig erhalten bleiben.<sup>17</sup>

Da erhob sich gegen alles Erwarten Vicomte de Noailles, dem Herzog Aiguillon zuvorkommend, und führte aus, daß die Gemeinden nicht in erster Linie eine Verfassung verlangt hätten, sondern die Unterdrückung der aides, die Beseitigung der Subdélégues und Erleichterung oder Ablösung der Feudalrechte. Die Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung sähe er nicht in der Repression, sondern in folgenden Verfügungen: 1. daß die Steuern von allen Bürgern im entsprechenden Verhältnis zu

---

15. Logographe, Bd. II, S. 368 (das Protokoll nennt keinen Namen).

16. Arch. parl. Bd. VIII, S. 337.

17. Procès-verbal, séance du 4 août 1789, S. 2.

ihrem Einkommen bezahlt würden; 2. daß alle öffentlichen Lasten zukünftig von allen gleichmäßig getragen würden; 3. daß alle Feudalrechte durch die Gemeinden mittels einer Geldsumme abgelöst werden könnten; 4. daß die seigneurialen Frondienste, die mainmorte und andere servitudes personnelles ohne Entschädigung unterdrückt würden.<sup>18</sup>

Nach den Worten des Vicomte de Noailles erhob sich der Herzog von Aiguillon und bekräftigte den Vorschlag Noailles; er änderte ihn allerdings gleichzeitig etwas ab durch die Forderung, daß eine Unterdrückung der feudalen Rechte nicht ohne entschädigende Gegenleistung seitens der Bauern stattfinden dürfe. Man könne vom Adel nach seinem Verzicht auf die pekuniären Privilegien nicht verlangen, daß er auch noch auf seine Feudalrechte verzichte. Hierauf verlas er einen vorher schriftlich niedergelegten Antrag, dessen erste Punkte sich mit den von Noailles vorgeschlagenen deckten. Bezüglich der Feudalrechte sagte er: „In Anbetracht, daß die feudalen und seigneurialen Rechte ebenfalls ein verhaßter Tribut sind, der dem Ackerbau schadet und das Land bedrückt, kann sich die Nationalversammlung doch nicht verheimlichen, daß jene Rechte ein wirkliches Eigentum sind und dieses Eigentum heilig ist; sie bestimmt deshalb, daß jene Rechte in Zukunft nach Wunsch der Abgabepflichtigen auf dem Fuß des denier 30 oder zu einem Zinsfuß, der für jede Provinz von der Nationalversammlung auf Grund der ihr unterbreiteten Tarife als der gerechteste festgelegt wird, ablösbar seien.“<sup>19</sup>

Trotz dieser Vorschläge stand Dupont de Nemours auf und nahm Stellung zugunsten des von Target verlesenen Vorschlags. Ohne die Opferbereitschaft der beiden Adeligen mit einem Worte zu würdigen, vertrat er die Anschauung, daß keine Gesellschaft auch nur einen Augenblick ohne Gesetze und Tribunale bestehen könne, und appellierte zur Herstellung der Ordnung an die bewaffnete Macht.<sup>20</sup>

---

18. Arch. parl., Bd. VIII, S. 343.

19. Arch. parl. Bd. VIII, S. 344.

20. *ibid.* S. 345 u. a.: „J'insiste sur la nécessité de maintenir et de ne pas abandonner les lois, quoiqu'imparfaites qui ont pour objet la conservation de l'ordre général“.



Der Anstoß war jedoch gegeben. Leguen de Kerangal, ein einfacher Abgeordneter der Bretagne in Bauerntracht,<sup>21</sup> stand auf und riß die Versammlung durch einige schlichte Worte in jenen Taumel der Begeisterung und Selbstvergessenheit, durch den in wenigen Stunden ein neues Frankreich geschaffen wurde, und durch den sich diese Sitzung zu einer der denkwürdigsten der französischen Revolution gestaltete: „Seien wir gerecht, man bringe uns die Papiere, die nicht nur das Schamgefühl, sondern die Menschheit selbst verletzen. Man bringe uns die Papiere, die das Menschengeschlecht demütigen, indem sie verlangen, daß die Menschen wie Arbeitstiere an einen Pflug gespannt werden, daß sie die Nächte an den Teichen verbringen, um zu verhindern, daß die Frösche den Schlaf ihrer wollüstigen Seigneure stören.“<sup>22</sup> Wer von uns wollte nicht im Zeitalter der Aufklärung zur Sühne einen Scheiterhaufen aus jenen verfluchten Pergamenten machen, und wer würde ihn nicht anzünden, um damit ein Opfer auf dem Altar des Vaterlandes zu bringen? Man wird keine Ruhe in das bewegte Frankreich bringen, bevor man nicht dem Volk versprochen hat, die Feudalrechte in Geld zu verwandeln und sie als ablösbar zu erklären“.<sup>23</sup> Diese Worte waren der zündende Funke. Bald überboten sich alle Privilegierten in dieser bis 2 Uhr nachts währenden Sitzung in Beweisen ihrer Opferbereitschaft. Der Adel verzichtete auf seine Steuerprivilegien, auf seine Pensionen, auf sein ausschließliches Jagdrecht; die Geistlichkeit verzichtete auf ihren Zehnt, die Provinzen und Städte auf ihre Sonderprivilegien. Was der dritte Stand nie zu hoffen gewagt hatte, hatte sich in wenigen Stunden ohne Kampf in einem Akt der Verbrüderung vollzogen. Die Wirklichkeit und alle Gegensätze vergessend, hatte die Versammlung „wie eine Truppe trunkener Leute, die sich in einem kostbaren Möbelmagazin befindet, nach Herzenslust alles zerschlagen, was sie erreichen konnte“.<sup>24</sup>

---

21. Marquis de Ferrières: *Memoires*, S. 176.

22. s. cah. v. Ploermel, worauf Kerangal anspielt (*Arch. parl.* Bd. V, S. 379).

23. s. A. Mathiez: *La Rév. fr.*, Bd. I, S. 68; Aulard: *La Rév. fr. et le rég. féod.* S. 88—92.

24. Marquis de Ferrières: *Mémoires*, Bd. I, S. 186.

Diesem Akt hat später der Marquis de Ferrières aus Reue über die Nutzlosigkeit des gebrachten Opfers sehr niedrige Motive unterschoben; wir können ihm darin nicht folgen. Die Begeisterung war echt; das Gefühl eines jeden Standes, eines jeden einzelnen Abgeordneten, daß die beste Lösung gefunden sei, eine Lösung, die zugleich eine der größten Ruhmestaten bedeute in der Geschichte der menschlichen Gerechtigkeit, hat die Versammlung in Ekstase versetzt. Es war gleichsam ein elementares Geschehen, das über jene denkwürdige Nachtsitzung hereinbrach. „Große und denkwürdige Nacht! Man weinte, man umarmte sich. Welch eine Nation! Welcher Ruhm, welche Ehre, Franzose zu sein!“ schreibt Duquesnoy an seine Wähler.<sup>25</sup> „In einer Nacht wurde Frankreich gerettet, neu geschaffen.“<sup>26</sup>

In einer Nacht wurde das Regime von dessen Vertretern so freudig geopfert, als seien sie selbst es gewesen, die es bis zu dieser Stunde nur widerwillig getragen hätten. Mit feierlichem Pomp und generiöser Gebärde trugen sie das ancien régime zu Grabe — weil es nicht mehr zu halten war.

Die Constituante hatte wie in plötzlicher Eingebung eine Großtat geleistet; aber waren denn die Beschlüsse des 4. August wirklich das Ergebnis einer spontanen Inspiration? Sicherlich nicht; sie sind das Resultat reiflicher Überlegung, einer unweigerlich sich aufzwingenden Folgerung. Zwei Wege standen offen: der Versuch, durch Repression zu wirken, oder aber das Mittel der Versöhnung zu ergreifen, indem man den in den cahiers gestellten Forderungen nachgab. Die überwiegende Mehrzahl der Versammlung dachte nur an das erste Mittel; es ist auf den ersten Blick erstaunlich, daß die Initiative zu jener Verzichtleistung nicht vom revolutionären Bürgertum, sondern vom liberalen Adel ausging. Bisher hatten Bourgeoisie und liberaler Adel stets in einer gemeinsamen Front gestanden. Was hatte letzteren dazu bewogen, diesmal seinem Bundesgenossen nicht zu folgen? Nach allem, was bisher geschehen war, bestand doch für die Feudalrechte gar keine Gefahr. Weder innerhalb noch außerhalb der Versammlung war die Rechtmäßigkeit

---

25. Duquesnoy: Journal, zit. Ber. v. 5. Aug.

26. Logographe, 6. Aug. Bd. II.

der reellen Rechte ernstlich angezweifelt worden. Nicht einmal die cahiers hatten dies getan; die Erklärung vom 23. Juni hatte ausdrücklich die Feudalrechte als legitimen Besitz bezeichnet. Alle bisher vertretenen Theorien über die Menschenrechte stellten neben die Freiheit und Sicherheit der Person die Unverletzlichkeit des Eigentums als obersten Grundsatz, als Garantie für die Erhaltung der Gesellschaft. Und die Nationalversammlung schien auch, nach der Erklärung vom 3. August, nicht gewillt, sich ein Zugeständnis an die Masse durch Gewalt entreissen zu lassen.

War nun aber ein Weiterbestehen des Feudalregimes in seiner alten Form möglich, falls die Menschenrechte an die Spitze der Verfassung treten würden? Diese Frage ist prinzipiell mit nein zu beantworten; es war zumindest die Notwendigkeit einer gründlichen Agrarreform gegeben. Auf jeden Fall mußte eine vollständige Emanzipierung des Individuums und auch noch mancherlei andere Veränderungen an der Struktur durchgeführt werden. Diese Sachlage war am 4. August gegeben. In der Morgensitzung dieses Tages gelang dem dritten Stande trotz Widerstrebens der Geistlichkeit und eines Teils des Adels die Erringung eines bedeutenden Sieges: die Menschenrechte wurden, ohne Erklärung der Pflichten, an die Spitze der zukünftigen Verfassung gestellt.<sup>27</sup> Das bedeutete nichts anderes als die Festlegung des Prinzips der Verfassung. Für den Adel war es nicht schwer, die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

Wohl hätte der Adel zunächst versuchen können, im Bunde mit dem Bürgertum die Aufstände mit Waffengewalt zu bekämpfen. Dadurch hätte er sich freilich der Bourgeoisie ausgeliefert und zugleich eine unüberbrückbare Kluft zwischen sich und den Bauern geschaffen. Es wäre dann auf einen Kampf ohne Waffenstillstand mit den Bauern angekommen, und der Adel hätte sich für lange Zeit in eine höchst unsichere Lage be-

---

27. Bulletin de correspondance de la députation du tiers-état de la sénéch. de Brest, Bd. 1, S. 234, 4. Aug.: „Nous avons gagné ce matin un grand procès, c'est de faire précéder la constitution par la déclaration des droits de l'homme“. s. a. Aulard: Hist. politique.

geben müssen. Denn die Bourgeoisie, die ihre Hilfe anbot, da auch sie ihren bedrohten Besitz verteidigen mußte, hätte doch schwerlich einen Kampf bis zur letzten Entscheidung durchführen wollen. So hätte auf alle Fälle der Adel die Kosten des Unternehmens zu tragen gehabt.<sup>28</sup> Wenn er dagegen, der Nationalversammlung zuvorkommend, durch ein kühnes Manöver die Initiative ergriff, so konnten sich daraus für ihn vorteilhafte Resultate ergeben. Er konnte einen Teil seines verlorengegangenen Einflusses zurückgewinnen und wieder mehr Anteil an der Führung der Revolution erlangen.

Was der Adel im Grunde genommen verlieren konnte, hatte er in Wirklichkeit schon aufgeben müssen. Hie und da hatten in der Provinz bereits Seigneure unter dem Druck der Bauern auf ihre Rechte verzichtet.<sup>29</sup> Und die Zerstörung der Schlösser, die Verbrennung der Terriers kam einer, wenn auch letztlich nur formalen Vernichtung des Regimes gleich.

Von diesen Erwägungen ging auch zweifellos der Herzog von Aiguillon aus, als er im club breton, der sich am 4. August abends 5 Uhr zu geheimer Beratung versammelte, die Absicht seines freiwilligen Verzichtes auf alle Privilegien mitteilte.<sup>30</sup> Die Anregung ging also von ihm aus, Noailles ist ihm in der Versammlung nur aus Popularitätssucht zugekommen. Noailles selbst hatte gar nicht auf viel Privilegien zu verzichten,<sup>31</sup> während Aiguillon einer der reichsten Seigneure Frankreichs war.<sup>32</sup>

Wenn auch der Plan Aiguillons einem bestimmten Kreise bekannt war, so war er doch nicht so allgemein bekannt, wie Aulard annimmt.<sup>33</sup> Mirabeau, auf dessen Zeugnis er sich stützt,

---

28. s. Jaurès, J.: Hist socialiste, S. 283, Bd. I.

29. Lelièvre: Abandon des droits féodaux avant la nuit du 4 août, u. Caudrillier, La baronnie de Thodure en 1789, in La Rév. fr., Bd. 49.

30. s. Hennequin: La nuit du 4 août, lettre de Parisot à ses électeurs, in La Rév. franc. 1927. Vgl. übereinstimmend damit A. Lameth: Hist. de l'Assemblée constit., Bd. I, S. 96; u. Barère: Mémoires, Bd. I.

31. Duquesnoy, zit. S. 279: „Les plaisants l'appellent Jean sans Terre . . .“.

32. A. Lameth: Hist. de l'Ass. con., I, S. 96/97.

33. Aulard: zit. S. 83 u. vgl. Le Courrier de Provence, Bd. II, Nr. 23, hrsg. v. Mirabeau.



hat der Versammlung überhaupt nicht beigewohnt und war von dem „tourbillon électrique“, wie er die 4. Augustnacht genannt hat, keineswegs sehr begeistert.<sup>34</sup>

Der Vorschlag der beiden Adeligen hat sicherlich nach zwei Seiten hin überrascht. Dem Bürgertum blieb vorläufig die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Bauern erspart, ohne daß seinen Prinzipien zu nahe getreten und die Revolution in Gefahr gebracht wurde;<sup>35</sup> der Adel, der die Notwendigkeit eines Opfers fühlte, konnte erleichtert aufatmen. Die von allen Seiten betonte und in Aussicht gestellte Ablösung der Feudalrechte beruhigte die Abgeordneten. Das geforderte Opfer war mehr eine formale Angelegenheit als unumgängliche Wirklichkeit. Die Adeligen behielten den Wert ihrer Feudalrenten, sie verloren also nur wenig bei der Operation und gewannen ihre Popularität bei den Bauern zurück.<sup>36</sup> Sie stimmten dem Vorschlag auch deshalb zu, weil sie beim Vorbringen der Anträge zum Teil nicht an deren Unumstößlichkeit glaubten, und weil sie zugleich hofften, die Anträge im Laufe der Diskussion entsprechend modifizieren zu können;<sup>37</sup> außerdem hatten sie die feste Überzeugung, daß keine Feudalrechte ohne entsprechende Entschädigung unterdrückt würden.<sup>38</sup> Sie hatten von Anfang an den festen Eindruck, daß die aus der plötzlichen Veränderung der Situation sich ergebenden politischen Vorteile sie reichlich für die etwa zu erleidenden Verluste entschädigen würden.<sup>39</sup>

---

34. s. Dareste C.: Hist. de France, Bd. VII, S. 190.

35. s. J. Jaurès: Hist. soc., Bd. I, S. 287.

36. A. Mathiez: La Rév. fr., Bd. I, S. 69.

37. s. Observations, que le Marquis Thiboutot devait soumettre à l'Assemblée nat.

38. s. Mège, F.: Gaultier de Biauzat, S. 232, Brief der adeligen Abgeordneten Malouet, Dufraisse, Tailhardat de la Maisonneuve, wo es u. a. heißt: „Mais nous avons entendu au milieu des acclamations, ou nous avons cru entendre que tous les droits féodaux étaient susceptibles de remboursement. La rédaction de l'arrêté qui n'a eu lieu que le lendemain et qui n'est pas encore complètement délibérée, a donné lieu à une grande discussion, et nous avons vu avec inquiétude que tous les droits féodaux et censuels, représentatif de la servitude personnelle ou réelle, sont supprimés sans indemnité“.

39. s. Arch. parl., Bd. 32, S. 398, Comptes rendus par M. de Custine,

Weniger schnell als über das Prinzip kam die Constituante zu einer Einigung über die Form. Erst nach langen Debatten wurde am 11. August die schriftliche Niederlegung der am 4. August gefaßten Beschlüsse beendet. Trotzdem die Versammlung am 5. August in der Morgensitzung beschlossen hatte, daß das den Beschlüssen zugrunde liegende Prinzip nicht angetastet werden und die Debatte sich nur auf die Form beziehen dürfe,<sup>40</sup> fehlte es nicht an Versuchen, die im Rausch der Begeisterung gemachten Zugeständnisse einzuschränken und ungeschehen zu machen. Die Geistlichkeit hatte als erste ihr Opfer bereut. „Glaubt ihr“, sagte ein Geistlicher schon am 6. August, „daß man diese Rechte ohne Sanktion des Monarchen unterdrücken dürfe? Bedenkt, daß sie bis auf Karl den Großen zurückgehen, daß die Zehnten Konzessionen sind, die zum mindesten stillschweigend von allen früheren Generalständen gebilligt worden sind. Daß sie also Besitztümer sind, und als solche unverletzlich und heilig sind“.<sup>41</sup> Ein anderer Geistlicher unterstützte diese Ansicht und meinte, daß man wohl scheiden müsse zwischen Kollektivinteressen und Sonderinteressen. „Ich glaube, daß der Erlaß nur die Verzichtleistungen der Städte und der Provinzen enthalten darf, über alles andere muß man noch lange nachdenken. Unsere Schritte müssen die weise Bedächtigkeit des Gesetzes haben.“<sup>42</sup>

Es hat nicht an Abgeordneten gefehlt, die anderer Meinung

---

député du bailliage de Metz à ses commettants, u. a.: „Il était donc naturel de penser que le meilleur moyen de prévenir les maux, était de proposer le rachat des droits féodaux . . . Ces moyens, joints à l'arrêté proposé le 3, étaient réellement les seuls qui restaient pour rappeler les peuples à l'observation des lois, et à l'ordre qu'il était si intéressant de rétablir.

Des vues politiques devaient aussi décider l'adoption de ce parti, je ne les ai pas déduites en prononçant mon opinion dans l'Assemblée nationale, mais dès que la proposition fut faite, de l'abandon des droits féodaux, je fus frappé au même instant du degré de prépondérance que l'adoption de ce parti pouvait donner à la France, si, sans convulsion, et par la seule volonté de la noblesse, elle anéantissait l'hydre de la féodalité . . .“.

40. Arch. parl. Bd. VIII, S. 353.

41. ibid. S. 354. Vgl. Procès-verbal, II, 6. August.

42. Arch. parl. Bd. VIII, S. 354.

waren; insbesondere war es Buzot, der diesen Äußerungen energisch entgegen trat; unter Protest auf der einen und Beifall auf der anderen Seite warf er ein Wort von entscheidender Bedeutung in die Debatte: „Vor allem behaupte ich, daß die Kirchengüter der Nation gehören.“<sup>43</sup>

Aber auch unter dem Adel fehlte es nicht an Beifall, als der Marquis Thiboutot die Nachtbeschlüsse des 4. August tadelte und sich mit den Tatsachen nicht abfinden wollte. „Auf jenen Rechten beruht die Existenz des Lehens, und auf die Existenz des Lehens sind die „distinctions“ des Adels gegründet, und ich glaube nicht, daß, nachdem der Adel freiwillig auf seine pekuniären Privilegien verzichtet hat, man ihm seine Ehrenprivilegien nehmen kann. Die Opfer vom 4. August können nicht endgültig sein, denn die ersten Regungen des Menschen sind zweifellos die natürlichen, aber die zweiten müssen der Vernunft gelten.“<sup>44</sup> Seiner Ansicht nach müsse der Teil des Erlasses, in dem von den Feudalrechten die Rede ist, in allgemeineren Worten abgefaßt werden, damit der Zweck, den die Versammlung verfolge und der darin bestehe, den Unruhen auf dem Lande Einhalt zu tun, besser erfüllt werde.

Die sehr eindeutige Fassung des ersten Artikels gab zu langen und heftigen Diskussionen Anlaß, die selbst manchen Abgeordneten peinlich berührten.<sup>45</sup> „Glaubt man, daß jene Abfassung der Anlaß eines Tumultes und einer Unordnung war, wie es noch nie in der Nationalversammlung vorgekommen ist!“<sup>46</sup> Die Unterdrückung der mainmorte bereitete Schwierigkeiten. Einige suchten zu unterscheiden zwischen mainmorte personnelle

---

43. *ibid.* S. 360.

44. Arch. nat. AD XVIIIc. 157: Observations que le Marquis de Tiboutot devait soumettre à l'Assemblée nat. sur les droits seigneuriaux.

45. s. a. Journal d'Ardien Duquesnoy dép. du Tiers-Et. de Bar-le-Duc. pub. p. R. de Crevecoeur, S. 275: „On ne peut assez s'étonner de l'opiniâtreté avec laquelle plusieurs personnes reviennent sans cesse sur l'examen du fond de la question quand il est terminé, quand il est reconnu, avoué, que les justices seigneuriales sont supprimées.

46. Duquesnoy, *ibid.* v. 6. Aug. S. 271, u. a.: „Je ne voudrais pas entrer dans le détail de tout ce qui a été dit, répété, proposé dans les deux séances d'aujourd'hui; mais je ne puis que gémir du mauvais, du détestable de l'inférieur esprit qui y a régné“.

und mainmorte réelle. Während man sich darüber einig war, erstere ohne Entschädigung zu unterdrücken, glaubte man die zweite Art als von concession de fonds herrührend erklären zu können, was zur Folge haben würde, daß sie als legitimer Besitz betrachtet und wie die reellen Rechte abgelöst werden müßte.<sup>47</sup> Der erste Artikel des Dekrets vom 11. August wurde dann schließlich in der Fassung angenommen, die eine entschädigungslose Unterdrückung aller Arten von mainmorte sowie der diese repräsentierenden Rechte bestimmte. Für die übrigen Feudallasten wurde die Ablösungsfreiheit in Aussicht gestellt.<sup>48</sup>

Die Idee Buzots gewann bald neuen und fruchtbaren Antrieb. Am 7. August kam Necker in die Versammlung, schilderte die schlechte Finanzlage und stellte den dringenden Antrag, eine Anleihe von 30 Millionen aufzunehmen. In der Debatte über diese Frage vom 7. und 8. August nahm der Marquis von Lacoste die These Buzots auf und suchte sie folgendermaßen zu stützen: „Das von Steuern überhäufte Volk bezeichnet offen die, welche ihm unerträglich geworden sind. Man muß sowohl das Volk als auch die Gläubiger des Staates zufrieden stellen. Schon hat man in der Versammlung eine große Wahrheit vernommen: die Güter der Kirche gehören der Nation. Der Augenblick für diese ist gekommen, sie einzufordern, weil auch die Zeit gekommen ist, wo die Nation in ihre vollen Rechte tritt. Das Wohl der Nation erfordert die Unterdrückung des kirchlichen Zehnt, und es wird sicherlich niemand entgehen, daß diese Verfügung für die Grundsteuern unschätzbare Vorteile bringt.“ Er stellte den Antrag, daß alle Kirchengüter der Nation gehören sollten, und daß ab 1. Januar 1790 der Zehnt unterdrückt sei und es bleibe.<sup>49</sup> Alexander Lameth unterstützte diesen Antrag mit der Begründung, daß das Einzelwesen und der Staat über den Corps ständen, und daß der Staat das Recht habe, die Corps aufzuheben. Er verlangte, daß man für die Gläubiger des Staates die Kirchengüter als Pfand behalte.<sup>50</sup>

---

47. Journal des débats II, 385 ff. s. a. Arch. parl. Bd. VIII, 6. Aug. u. Art. 1 des Dekrets v. 11. August.

48. s. Anhang.

49. Arch. parl. Bd. VIII, S. 369.

50. ibid. S. 370.



Ihre Güter vermochte die Geistlichkeit vorläufig noch zu behaupten, auf den Zehnt mußte sie aber verzichten. Als am 10. Augst der Artikel über den Zehnt zur Debatte kam, prallten die Ansichten hart aufeinander. „Die Diskussion dieses Artikels hat sich mit einer Hitze abgewickelt, wie ich wenige Beispiele kenne“,<sup>51</sup> schreibt Custine.

Ganz energisch wehrten sich Sieys und de La Luzerne und überhaupt die hohe Geistlichkeit; sie verlangten die Ablösung in der Form, wie sie das Dekret vom 4. August vorgesehen hatte; ihr Widerstand wurde noch heftiger, als Villiers eine Unterscheidung zwischen kirchlichem und weltlichem Zehnt einführte und ersteren als Steuer, letzteren als Eigentum bezeichnete. Der Abgeordnete Arnoult unterstützte diese Stellungnahme. Der Zehnt verdiene nicht dieselbe Gunst wie die Grundrechte; zu diesen gehöre der weltliche Zehnt, nicht aber der kirchliche,<sup>52</sup> da er eine Steuer sei. Mirabeau trat dem Bischof von Langres, La Luzerne, der heftig gegen diesen Standpunkt protestierte, entgegen und unterstützte Arnoult mit der Behauptung, daß der kirchliche Zehnt kein Eigentum der Kirche sei, sondern eine Steuer, die lediglich der Finanzierung des Kults diene. Die Ablösung des Zehnt oder seine Umwandlung in eine Geldleistung, sei eine illusorische Wohltat. Der Zehnt verdiene keinesfalls dieselbe Gunst wie die Feudalrechte, denn diese könnten als Preis einer concession de fonds angesehen werden, der Zehnt dagegen nicht, weil der Klerus die dem Zehnt unterworfenen Güter nicht vergeben habe. Und nach Chassets Ansicht konnte der Zehnt in den Händen der einzelnen infolge der vielen Transaktionen ein legitimer Besitz werden; in den Händen der Geistlichkeit konnte er dagegen niemals Eigentumscharakter annehmen, weil diese weder veräußern noch vererben konnte.<sup>53</sup>

Um allzu große Widersprüche zu vermeiden, entschied die Nationalversammlung sich schließlich dahin, daß der weltliche Zehnt, *dime inféodée* genannt, mit dem geistlichen Zehnt nicht

---

51. Arch. parl. Bd. 32, S. 400. Custine, comtes rendus à ses comettants.

52. Arch. parl. Bd. VIII, S. 381.

53. Arch. parl. Bd. 8, S. 385/86, s. a. Journal des Débats · II, 420 ff.

in Parallele zu setzen, sondern aus anderen Gründen abzuleiten sei, obgleich jener denselben Regeln und Pflichten unterworfen war wie der kirchliche Zehnt. Der Unterschied bestand also nur darin, daß er sich in den Händen eines weltlichen Seigneurs befand. Er konnte erworben sein durch Kauf oder durch Gütertausch zwischen weltlichen und geistlichen Herren; er konnte aber auch — und das dürfte in den allermeisten Fällen zu treffen — unter mehr oder minder verschleierter Form früher einmal von den Seigneuren usurpiert worden sein. Im Prinzip unterlag er aber denselben Lasten wie der kirchliche Zehnt; eine Tatsache, die schon an sich auf seinen kirchlichen Ursprung hinweist. Genügte nämlich der kirchliche Zehnt zur Unterhaltung des Kultes nicht, so mußte der weltliche Zehnt an seine Stelle treten, und der in seinem Besitz sich befindliche Seigneur zur Kirchenunterhaltung, Armenunterstützung und Zahlung der portion congrue an den curé beitragen.<sup>54</sup>

Obwohl die Versammlung beschlossen hatte, die am 4. August gefaßten Beschlüsse im Prinzip unangetastet zu lassen, nahm sie in diesem Falle doch eine wesentliche Veränderung vor; dagegen hat sich Sieys energisch gewehrt: „Wie kann man den Zehnt, der als ablösbar erklärt wurde, unterdrücken, und zwar nur den Teil, der sich in den Händen der Kirche befindet, während man den weltlichen Zehnt, der doch in dieselbe Kategorie gehört, zugunsten der Großgrundbesitzer erhalten will!“<sup>55</sup>

Die Diskussion dieses Artikels hatte bereits zwei Sitzungen beansprucht, und immer noch war er nicht abgefaßt. Sie wurde von Seiten des dritten Standes mit viel Eifer geführt; die Geistlichkeit leistete hartnäckigen Widerstand, ohne aber in sich selbst einig zu sein; der Adel verhielt sich bis auf einige Ausnahmen passiv.<sup>56</sup> Am Schluß der Abendsitzung vom 10. August war man immer noch nicht darüber klar, in welcher Form die endgültige Fassung des betreffenden Artikels angenommen wer-

---

54. s. Marion H., La dîme ecclés. au XVIII<sup>e</sup> s. et sa suppression.

55. Arch. parl. ibid. S. 387/88. „Ils veulent être libres, ils ne savent pas être justes.“

56. Mège, Gautier de Biauzat, Bericht v. 10. August.

den würde.<sup>57</sup> Die Frage fand jedoch in der Morgensitzung des 11. August eine schnelle Lösung. Coupil de Préfelne und Ricard griffen die widerstrebende Geistlichkeit von der moralischen Seite her an: „Als die Geistlichkeit am 4. August die Unterdrückung des Zehnt zugestand, hat sie es doch sicherlich im Interesse einer Entlastung des Volkes getan. Wo bleibt aber die Wohltat und die Entlastung? Die Ablösung ist verhaßter als der Zehnt selber. — Oder will etwa die Kirche auf den Opfern der andern eine neue Macht aufbauen?“<sup>58</sup> Eine entsprechende Erklärung lag schon bereit, und bald drängte sich die ganze Geistlichkeit unter Führung der curés, das Opfer unter dem Jubel der zwei andern Stände „mit ebensoviel Begeisterung zu bringen, als sie am Vortage Eifer in seine Verteidigung gelegt hatte“.<sup>59</sup>

Der kirchliche Zehnt wurde ohne entschädigende Gegenleistung unterdrückt, während der weltliche als ablösbar erklärt wurde. Bis auf weiteres sollte ersterer jedoch noch entrichtet werden.<sup>60</sup>

Zweifellos hat der Adel auf Kosten der Geistlichkeit versucht, sich populär zu machen. Die Mehrzahl der adeligen cahiers hatte sich über den Zehnt gar nicht, oder wenigstens nicht ungünstig geäußert. Der Adel hielt es damals für klug, mit der Geistlichkeit eine gewisse Solidarität zu wahren. Diese Solidarität nach dem 4. August noch weiterhin aufrecht erhalten zu wollen, wäre grundlos und sogar politisch unklug gewesen. Die politische Situation hatte sich von Grund auf geändert. Der 4. August hatte die Basis zu einem modernen Staat gelegt; daraus ergaben sich wesentlich andere Perspektiven. Auch war die Ruhe im Lande noch nicht wieder hergestellt und der Adel befürchtete nicht ohne Grund, daß seine Wähler das am 4. August aufgestellte Prinzip keineswegs allgemein billigen würden.<sup>61</sup>

---

57. *ibid.*: „.....et en était venus aux voix par assis et levé, ... il n'a pas été possible de juger à l'œil, de quel côté se trouvait la majorité.“

58. Arch. parl. Bd. VIII, S. 394, Journal des Débats, II, S. 428 ff.

59. Bulletin de Brest, I, S. 266.

60. Art. 5, décret v. 11. August, s. Anh.

61. s. Mège, Gaultier de Biauzat, Bericht v. 7. Aug. S. 232.

Auf alle Fälle war es ratsam, dem Volk nicht nur — dem Rate eines Marquis Thiboutot entsprechend — eine formale Befriedigung zu geben, sondern eine tatsächliche und materielle, die zugleich auch eine Entschädigung des Adels für die verlorenen Rechte bedeutete; denn auch der Adel bezahlte den Zehnt wie jeder Bauer.

Mit diesem Geschenk hatte die Constituante mehr getan, als die Mehrzahl der ländlichen cahiers gefordert hatte. Diese hatten keine radikale Unterdrückung des Zehnt verlangt, sondern nur seine Reform. Aber die Mißbräuche, die man mit dem Zehnt im ancien régime getrieben hatte, seine Regellosigkeit und Systemlosigkeit, seine Zweckentfremdung, überhaupt alle mit dieser Grundlast verbundenen Mängel benutzte man jetzt dazu, dem Zehnt seine rechtliche Grundlage zu rauben und seine Unterdrückung zu rechtfertigen; man tat dies um so mehr, als man die Last der Unterhaltung des Kultes von jetzt ab großmütig der Staatskasse aufbürdete. Abbé Barbotin aber schrieb: „Unsere dummen Bauern werden glauben, viel davon zu gewinnen, wenn sie den Zehnt nicht mehr bezahlen müssen; ich dagegen glaube, daß sie sehr viel dabei verlieren. Die großen Grundbesitzer und die Seigneure werden beträchtlich dabei gewinnen, da sie ihre Güter teurer verpachten können und das kleine Volk die Kirche, den Pfarrer usw. bezahlen muß.“<sup>62</sup>

Auch Sieys hatte bei seiner Verteidigung des Zehnt denselben Gedanken Ausdruck gegeben. Er hielt es für durchaus unangebracht den Grundbesitzern ein Geschenk von 70 Millionen L. ohne weiteres in den Schoß zu werfen, besonders da ja nicht die Armen in erster Linie davon Nutzen zögen, sondern vielmehr die Reichen infolge der Erhebung des Zehnt im Verhältnis zum Besitz. Dupont de Nemours sekundierte Sieys sehr eifrig; auch er war für die Ablösung des Zehnt eingetreten und konnte sich lange Zeit nicht mit dem Gedanken der entschädigungslosen Unterdrückung aussöhnen. Für ihn waren in erster Linie finanzielle Gründe maßgebend. Wenn Sieys 70 Millionen L. als Reineinnahme aus dem Zehnt angab, so war diese Ziffer sehr mäßig gewählt; andere Schätzungen gaben eine be-

---

62. Aulard, *Correspondance de l'abbé Barbotin*, Br. XX.



deutend höhere Summe an. Aber 70 Millionen waren immerhin eine bedeutende Hilfsquelle, denn sie repräsentierte ein Kapital von 2 Milliarden L.<sup>63</sup> Anstatt den Zehnt zu „reformieren“, ihn von den in den cahiers an ihm ausgesetzten Mängeln zu befreien, oder aber ihn durch eine gleichmäßig verteilte Geldleistung zu ersetzen, gab die Nationalversammlung jenen Fonds ohne Zwang preis. Sie tat das in einem Moment, als sie gerade die Hand nach den Kirchengütern ausstrecken wollte, in einem Augenblick, wo sie sich in finanzieller Hinsicht in größter Verlegenheit befand und der Staat heute kaum wußte, wovon er morgen leben sollte; denn immer noch hatte die Versammlung das Problem nicht gelöst, um dessen Lösung willen sie ja eigentlich einberufen worden war.

---

63. s. b. Marion, M., Histoire financière, Bd. 2, S. 40.

## Neuntes Kapitel.

### Die Feudalität in den Provinzen bis Frühjahr 1790.

Die Erregung über das feudale System, die sich im Frühjahr 1789, also zur Zeit der cahiers-Abfassung, Frankreichs bemächtigt hatte, wirkte bei einem großen Teil des französischen Volkes bis zum Jahre 1793 nach. Sie ist auf dem Lande stets lebendig geblieben, nur der Grad ihrer Intensität war verschieden und schwankte auf und ab. Bisweilen aber erreichte diese Erregung eine derartige Vehemenz, daß sie sogar der Staatsordnung gefährlich zu werden vermochte. Das Problem der Feudalität ist schließlich zu einem Hauptproblem der Revolution überhaupt geworden.

Die erste große, drohende Welle der Erregung hatte sich in den Juli- und Augusttagen 1789 in der Form der *grand'peur* erhoben. Ihr Endeffekt war der Feldzug der Bauern gegen die Schlösser der Adeligen und gegen die Archive der Seigneure. Die Geschehnisse des 4. August und die Bewaffnung des Bürgertums hatten die unmittelbare Gefahr vorläufig beschworen. Die Ruhe sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Eine zweite Woge ging im Januar und Februar 1790 über das Land; sie war zwar mehr lokaler Natur, aber trotzdem fast ebenso heftig wie die vorangegangene und deshalb nicht minder gefährlich, denn es bestand jederzeit die Gefahr, daß der Sturm auch auf die übrigen Provinzen übergriff.

Wie früher, so galt auch jetzt der Kampf dem Feudalrégime; einem régime also, das bereits am 4. August geächtet worden war. Das damals aufgestellte Prinzip bedurfte noch einer weiteren Definition, bevor es praktisch anwendbar war; erst nach Aufstellung dieser Definition — eine Arbeit, mit der die Nationalversammlung einen besonderen Ausschuß beauf-

tragte — und nach ihrer Einkleidung in ein besonderes Gesetz konnten die Versprechungen des 4. August Wirklichkeit werden. Lange Zeit hat sich die Versammlung mit dieser ganzen Frage überhaupt nicht mehr beschäftigt; als sie es endlich tat, geschah es unter dem Druck der eingetretenen Ereignisse.

Am 2. Februar 1790 gab Marquis Foucauld beunruhigende Berichte über Aufstände in der Provinz Périgord und beantragte die sofortige Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs des Comité féodal über die Ablösung der Feudalrechte.<sup>1</sup> Es sei nicht mehr länger zu verhehlen, daß seine Provinz (Périgord) in Flammen des Aufruhrs stehe, ein Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden sei entbrannt.<sup>2</sup> Aber nicht nur Périgord stand in Flammen, sondern auch die Provinzen Quercy, Rouergue, Bas-Limousin und die Bretagne, wie der abbé Grégoire im Auftrag des Comité des rapports am 9. Februar der Versammlung mitteilte.<sup>3</sup>

Diese Geschehnisse bedeuteten tatsächlich nichts anderes als einen Krieg gegen die Feudalität. Es waren die gleichen Erregungserscheinungen wie ein halbes Jahr vorher. Es waren die gleichen Ereignisse wie damals, aus derselben Ursache und mit demselben Ziel der Bewegung. Es war in erster Linie ein Zug gegen die Schlösser und weniger gegen die Menschen; wenn es aber gegen die Menschen selbst ging, so richtete sich der Angriff weniger gegen die Seigneure als gegen ihre Beamten, unter denen besonders die procureurs fiscaux die Rache der Aufrührerischen zu fühlen bekamen. In der Haute-Bretagne besonders bekamen die procureurs den Haß der Bevölkerung zu fühlen.<sup>4</sup> Im allgemeinen jedoch beschränkten sich die Ausschreitungen mehr auf verbale Beleidigungen und Drohungen als auf Mißhandlungen oder gar Attentate. Überall kann man eine ganz bestimmte Methodik, eine überlegte Taktik der bäuerlichen Ausschreitungen feststellen.<sup>5</sup> Die Züge der Bauern rich-

---

1. Arch. parl. Bd. 11, S. 416/418 ff.

2. s. Moniteur Bd. 3, S. 283, (2. Februar 1790).

3. Arch. parl. Bd. 11, S. 536 ff. und Moniteur Bd. III, S. 333.

4. H. Sée, les troubles agraires en Haute-Bretagne, (in Bulletin d'histoire écon. de la Révol. 1920—21, S. 240 ff.

5. H. Sée, ibid. S. 237.

teten sich gegen die Schlösser. Zuerst verlangten sie zu essen und zu trinken; häufig fielen sie auch selbst gewaltsam über die Vorräte her und verzehrten sie. Danach verlangten sie die Auslieferung des Archivs, dessen Inhalt sie auf den Hof trugen und verbrannten. Häufig beschränkte man sich auf reine Plünderung und eignete sich alles an, was Ähnlichkeit mit Papier hatte, um es zu verbrennen.<sup>6</sup> So heißt es z. B. in einem Bericht aus dem Rouergue: „Sie haben alles zerstört, alles zerrissen, alles geraubt, alles vernichtet: actes féodaux, fondations, titres de familles, chartes et diplomes, Werke von mehreren Jahrhunderten; nichts ist verschont geblieben. Ihre Wut war so heftig, daß sie selbst die Schränke Ihres Archivs zerstört und zum Fenster hinausgeworfen haben . . . Sie haben immer auf dem Plan beharrt, zu mir zu gehen, um alle Ihre zu meiner Verfügung stehenden titres féodaux zu vernichten.“<sup>7</sup>

Häufig aber gingen sie noch weiter. Nach Vernichtung der seigneurialen Papiere versuchten sie, sich jüngst bezahlte Feudalrenten zurückerstatten zu lassen und nötigten den Seigneur zur Ausstellung einer Urkunde, worin er für die Zukunft auf seine Feudalrechte Verzicht leistete.<sup>8</sup> Diese Urkunden waren in einer Weise abgefaßt, die die Bauern in jeder Beziehung decken sollten.<sup>9</sup>

Mit der Zeit artete der Kampf immer mehr aus und richtete sich schließlich gegen alles, was sich an die Person des Seigneurs knüpfte und an die Feudalität erinnerte. Und wenn man den Seigneur zwang, seine Wetterfahne von dem Dach herunterzuholen, oder wenn sie die Bauern selbst herunterholten, so

6. *ibid.* s. Abschnitt „documents“.

7. Caron P., *Le mouvement anti-seigneurial de 1790 dans le Sarladais et le Quercy* (in bulletin d'hist. écon. de la Rév. fr. 1912), lettre de Malval, avocat et commissaire à trrier à Marquis Lostanges, 2. Februar 1790.

8. D XIV, 3 Mémoire pour les provinces du Périgord, Quercy et Rouergue (Januar 1790, abgedruckt in Sagnac et Caron, zit. S. 160).

9. Eine derartige Verzichtleistung hatte z. B. folgenden Wortlaut: „Je déclare renoncer à mes fiefs, dîmes, rôles, afféagements, lods et ventes dont je fait remise pour le passé et l'avenir aux habitants de la paroisse de . . . sur la demande qu'ils m'en ont faite, et de plus je déclare que les dits paroissiens sont de très-honnêtes gens et se sont comporté avec toute la décence possible“. (Arch. nat. AD 1, 92, 269.)



hatte dies noch seinen besonderen Grund: eine Wetterfahne auf dem Dach war oft der einzige titre, kraft dessen der Seigneur enorme Abgaben von den Hintersassen erhoben hatte.<sup>10</sup>

Nicht besser erging es den Kirchstühlen der Seigneure; diese wurden aus den Kirchen entfernt, zerschlagen und verbrannt mit der Begründung, daß ihre Inhaber nicht besser seien als die, welche sie den Flammen übergäben, und daß in der Kirche alle Leute auf das Pflaster knien müßten.<sup>11</sup>

Es erhebt sich nun eine Frage: waren all diese Vorgänge lediglich Auswirkungen einer allgemeinen Anarchie als Folgeerscheinung der Revolution, oder liegen die Gründe nicht tiefer verankert? Bekamen nicht vielleicht die Hintersassen den Eindruck, der 4. August sei ein Trugbild gewesen, und sie selbst müßten deshalb der Hand des Gesetzgebers mit roher Gewalt nachhelfen?

### Die Gründe der Erhebung.

Nach dem Bericht des abbé Grégoire hatten die Aufstände ihren Grund in der Unklarheit der Augustdekrete und der Verwirrung, welche sie auf dem Land unter den Bauern angerichtet hatten.<sup>12</sup>

Am 4. August hatte die Constituante stolz in die aufgeregten Provinzen hinausgerufen: „Die Nationalversammlung zerstört das Feudalregime vollständig.“ Sie hatte diesen Satz an die Spitze ihres Befreiungsdekretes gestellt. Ein begeisterter Jubelruf des gesamten dritten Standes in den Provinzen war die Antwort. Die Stunde der Erlösung schien geschlagen zu haben, die Freiheit schien errungen. Aus allen Teilen Frankreichs

---

10. rapport v. Godard et Robin a. a. O., s. a. Arch. parl. Bd. 25, S. 273ff.

11. s. Caron zit.; Bussiére, Et. hist. sur la Rév. en Périgord, Bd. 3.

12. Als Ursachen werden von ihm angeführt: 1. ignorance de la langue. Les paysans entendent par décrets de l'assemblée nat., des décrets de prise de corps; 2. de la crainte que les décrets du 4 août ne soient pas exécutés; 3. de la fausse interprétation de ces décrets; 4. des erreurs dans lesquels cherchent à faire tomber les habitants des campagnes ceux qui préfèrent l'esclavage et l'anarchie à l'ordre et à la liberté; 5. des faux décrets et des fausses lettres-patentes perfidement montrés aux paysans; (Arch. parl. Bd. 11, S. 536.

liefen Glückwunsch- und Dankschreiben an die Nationalversammlung ein.<sup>13</sup> Aber so stolz jener Satz war, so unvorsichtig und unpolitisch war er zugleich; er hat nicht nur heilsame, sondern auch unheilvolle Wirkungen hervorgerufen: er hat eine dreijährige Epoche eingeleitet, in welcher der Widerspruch zwischen Gesetz und Wirklichkeit, zwischen Wort und Tat kaum noch größer sein konnte.

Seit dem 4. August sah die Landbevölkerung die Unterdrückung der Feudalität als ein *fait accompli* an; sie befand sich mit dieser Ansicht aber keineswegs in Übereinstimmung mit der Nationalversammlung. Diese hatte nämlich gar nicht gewollt, daß man aus dem ersten Satz ihres ersten Artikels restlos die darin enthaltenen Konsequenzen zog. Das Feudalregime war ja noch nicht abgeschafft, sondern seine Abschaffung erst in Aussicht gestellt. Und nun bestand noch eine absolute Unklarheit über die Art der Abschaffung selbst. Es war zunächst nur bestimmt worden, daß man in Zukunft zwischen zwei Arten von Rechten zu unterscheiden habe: zwischen solchen, die ohne Entschädigung unterdrückt werden sollten, weil sie von der Leibeigenschaft oder der *mainmorte* herrührten, und solchen, die man ablösen dürfte, die aber bis zur Ablösung weiter bezahlt werden mußten. Die allgemeine Unklarheit über die Ablösungsart resultierte nun daraus, daß die Grenze zwischen jenen beiden Rechten keineswegs fest stand. So konnte es dahin kommen, daß Seigneure und Zinsbauern über diese Frage entgegengesetzter Ansicht waren.

Der kirchliche Zehnt war an sich unterdrückt; er mußte

---

13. So schreibt das Städtchen Chaource (Champagne) „...il ne peut y avoir de villes où vos bien faits aient causé une impression plus profonde qu'ici; accablé depuis longtemps sous le joug des droits féodaux les plus onéreux, ayant été en proie à l'avidité de vils agens de la chicanne qui ont relativement à la perception de ces droits exercé sur nous les concessions les plus ruineuses, nos playes depuis trente ans ne sont pas encore fermées. Aussi est-ce avec un vif transport que nous avons reçu vos arrêtés du quatre du présent mois et des jours suivants, par vos soins, nos seigneurs, nous allons enfin respirer. Permettez à des êtres libres par vous de vous présenter les sentiments du respect et de la gratitude qui vous sont dûs à si juste titre...“ (Arch. nat. D XXIX bis 1., 30. August 1789.)

aber für dieses Jahr und auf Grund eines späteren Beschlusses, auch noch für das Jahr 1790 entrichtet werden. Auch die Unterdrückung der seigneurialen Gerichtsbarkeiten wurde dekretiert; sie sollten jedoch noch solange in Funktion bleiben, bis sich die neue, ihre Stelle einnehmende Organisation konstituiert haben würde; das geschah dann endgültig im August 1790.<sup>14</sup> Von alledem, was am 4. August dekretiert wurde, trat eigentlich nur die Aufhebung des ausschließlichen Jagdrechts der Privilegierten sofort in Kraft. Von diesem nun zum Gemeingut gewordenen Recht machten die Bauern dann aber schließlich so fleißig Gebrauch, daß es zu einem Mißbrauch ausartete.

Zu all diesen Unsicherheitsfaktoren kam noch hinzu, daß die Augustdekrete ihrer rechtlichen Form nach zunächst noch eine sehr schwache Legitimierung besaßen, denn noch waren sie nicht vom König sanktioniert; sie waren also noch nicht zum rechtsgültigen Gesetz erhoben. Das Volk in den Provinzen, das dem 4. August zujubelte, wußte natürlich nicht, daß sein König die Begeisterung keineswegs mit ihm teilte; es ahnte nicht, daß er erst viel später, und auch nur unter dem Druck der Ereignisse, die begrüßten Errungenschaften anerkennen werde, wie das am 5. Oktober geschah.<sup>15</sup>

Man darf annehmen, daß die Beschlüsse des 4. August allen Gemeinden des Landes in irgendeiner Form bekannt waren; sehr fraglich ist dagegen, ob der Inhalt des gesamten Dekrets vom 11. August in gleicher Weise bekannt war und ebensogut verstanden wurde wie sein einleitender Satz. Eine große Anzahl von Zeugnissen über die damaligen Ereignisse sprechen dagegen. Vielfach hatte man über die Dekrete nur sehr ungenaue Nachrichten,<sup>16</sup> und wenn man einem curé glauben darf, so haben die reaktionären Elemente manchmal alles getan, um ein allzu genaues Bekanntwerden der Dekrete zu verhindern.<sup>17</sup>

---

14. s. Dekret vom 16. August 1790.

15. s. a. a. O. Kap. 14.

16. H. Sée, zit. S. 241.

17. D. XIV, 4, „... Vos arrêtés, Messieurs, sont-ils des lois qui obligent, dès l'instant que vous en avez ordonné la publication? Les uns intéressés à leur inexécution le nient; ils sont même parvenus à empêcher.

Wie wenig die Bauern in der Lage waren, die Dekrete der Nationalversammlung zu interpretieren, geht besonders deutlich aus der Tatsache hervor, daß sich die Constituante im Januar 1790 zu einer Verordnung bewogen fühlte, auf Grund deren ihre Gesetze und Erlasse dem Landvolk in die jeweils herrschende Mundart übersetzt wurden.<sup>18</sup> Ein großer Teil des Volkes bestand aus Analphabeten. Bei diesen mußte naturgemäß infolge der Unfähigkeit, die Dekrete selbst lesen zu können, ein starkes Mißtrauen entstehen, sobald der Seigneur auch weiterhin seine Feudalrechte in der alten Form beanspruchte. Es wäre falsch, wollte man die Gewaltakte der Aufständischen im Frühjahr 1790 ausschließlich auf Böswilligkeit zurückführen. Sie sind größtenteils aus der Meinungsverschiedenheit zwischen Seigneur und Hintersassen entstanden. Mit diplomatischer Nachsicht und Güte konnte der Seigneur noch am ehesten etwas erreichen; in der Bretagne war ein solches Verhalten z. B. das erfolgreichste Mittel zur Beschwichtigung der Aufständischen. Die Anwendung von Waffengewalt dagegen hatte häufig einen durchaus negativen Erfolg und reizte die Bauern erst recht.<sup>19</sup> Und so konnte es z. B. geschehen, daß die zur Unterdrückung des Aufstandes entsandten Offiziere einer Truppenabteilung und Beamte der Stadt Rennes in der Gemeinde Guer keinen anderen Ausweg fanden, die Bauern zur Vernunft zu bringen, als sie über den Sinn der Augustdekrete zu unterrichten und ihnen den Unterschied zwischen unterdrückten und abzulösenden Rechten zu erklären. Die Bauern haben sie sogar gebeten, sie über die zu leistenden Feudalrechte und den Sinn der Dekrete aufzuklären.<sup>20</sup>

---

par leurs suggestions, qu'ils aient été publiés à notre prône; d'autres défèrent de bonne foi à cette opinion: esclaves de l'habitude, il semble qu'il soit au-dessus de leurs forces de concevoir un nouvel ordre des choses; ...“ (lettre de Redon de Commerac, vicaire à Quarante Hérault, 4. September 1789.)

18. Dekret vom 14. Januar 1790, vgl. *Annales hist. de la Rév. franç.* 1928, S. 480.

19. H. Sée zit., doc. No. 15, S. 322 ff. rapport des officiers du détachement militaire (7. Februar 1790).

20. *ibid.* S. 241, vgl. doc. No. 14, rapport des commissaires de la



Die Kontroverse zwischen Grundherr und Hintersasse stabilisierte sich nach dem 4. August endgültig. Es begann von da ab ein „Sichern“ beider Parteien. Die Bauern, in der Angst, zu viel zu bezahlen oder zu viel bezahlt zu haben, versuchten die Zahlungen hinauszuzögern und strengten in allzu optimistischem Vertrauen auf die Dekrete des 4. August Prozesse gegen ihre Seigneure an; der günstige Ausgang dieser Prozesse war für den Seigneur in den meisten Fällen nicht zweifelhaft.

Dadurch, daß die ohne Entschädigung zu unterdrückenden Rechte nicht näher definiert waren, entstand eine große Unsicherheit und Labilität. Rechte, wie das *droit de prélation* oder *retrait féodal* waren nicht ausdrücklich als zu unterdrückende Rechte bezeichnet. Das gab zu Streitereien Anlaß. Die Seigneure übten diese Rechte weiterhin aus, während die Hintersassen sie als unterdrückt betrachteten.<sup>21</sup>

Die Arbeit der *commissaires à terrier* war mit dem August 1789 noch nicht beendet;<sup>22</sup> sie wurde auch weiterhin fortgesetzt, doch schien es den *commissaires* selbst manchmal zweifelhaft, ob diese Beschäftigung überhaupt noch ihre Berechtigung habe.<sup>23</sup> Denn die Verpflichtung zur Leistung von *aveux et dénombrements* wurde weiterhin aufrecht erhalten, trotz des Protestes der Hintersassen.<sup>24</sup> Auch in der Frage der Frondienste herrschte

---

municipalité de Rennes (28. janvier 1790) „.... Nous leur avons observé, qu'ils contrevenaient aux décrets de l'Assemblée Nat., qui défendent de toucher aux propriétés. A quoi ils ont répondu qu'ils étaient prêts de s'y soumettre, mais qu'ils ne voulaient reconnaître qu'elle, les lois de leur bon roi, et qu'ils ne voulaient payer qu'à lui seul des impôts, parce qu'il sera bien plus riche, et nous serons affranchis des redevances exigées par les seigneurs, qui nous vexent depuis tant d'années....“

21. D. XIV, 5 Adresse des habitants de la ville de Nérac (Lot-et-Garonne) „.... Cet article prononce bien visiblement l'abolition sans indemnité du droit de prélation, ou retrait féodal ou censuel, qu'exerce M. le duc de Bouillon sur toutes les acquisitions qui se font dans l'entier duché, ce droit auquel les agents de ce seigneur mettent un prix exorbitant, qu'ils font monter (oultre les lods et ventes) au douzième en sus du prix de la vente, sans y comprendre des accessoires énormes pour droit du secrétaire, enregistrement aux archives etc.“ 16. Dez. 1789.

22. s. Sagnac et Caron, zit. III. terriers, titres.

23. D. XIV, 5 Requête de Guyon (Notaire royal à Romorantie, Nov. 89.

24. D. XIV, 13 Observations de Bouron, député du Poitou, 3. Jan. 1790.

keine Klarheit. Diese wurden von den Hintersassen als personelle Last und zur Leibeigenschaft gehörig aufgefaßt und folglich als unterdrückt angesehen. Die Grundherren dagegen führten sie auf *concession de fonds* zurück und beanspruchten sie weiterhin.<sup>25</sup>

Eine große Streitfrage bildeten die Bannrechte. Die Mehrzahl der ländlichen cahiers hatten sie als von der Leibeigenschaft herrührend bezeichnet und ihre sofortige Unterdrückung gefordert. Das Dekret vom 4. August enthielt keine Regelung dieser Frage. Die Bauern betrachteten die Bannrechte als entschädigungslos unterdrückt, die Seigneure dagegen, bezw. die Mühlenpächter behaupteten das Gegenteil; sie wollten die Bauern weiterhin dazu zwingen, auf ihren Mühlen zu mahlen. Ja, man klagt sogar darüber, daß die Müller eine höhere Mahlgebühr als je erheben<sup>26</sup> und ihre früheren Kunden, wenn sie widerspenstig werden, zur weiteren Einhaltung des Mahlbannes zu zwingen versuchen durch gerichtliches Vorgehen gegen die Widerstrebenden; den gewünschten praktischen Erfolg erzielten die Müller allerdings keineswegs in allen Fällen.<sup>27</sup> Noch im Jahre 1789 war der Ausgang dieser Prozesse selbst nicht zweifelhaft. Die seigneurialen Gerichtsbarkeiten funktionierten noch, und die oberen gerichtlichen Instanzen und Verwaltungskörper verfehlten selbst nicht, den Gemeinden Instruktionen zu schicken, sie an ihre Pflichten gegen die Seigneure zu mahnen und ihnen nahe zu legen, daß ihre Aussichten auf Gewinn derartiger Prozesse sehr klein seien.<sup>28</sup>

---

25. D. XIV, 3 Remontrances des laboureurs et cultivateurs de la Haute-Marche (Creuse) 25. März 1790, Sagnac et Caron S. 101.

26. D. XIV, 3 Lettre de Le Guen de Kerangal, 15. Nov. 1789.

27. D. XIV, 6 Supplique de F. Pilon, fermier du moulin banal de Lindre (Meurthe) Febr. 1790, Sagnac et Caron S. 41; vgl. Arch. parl. Bd. 11, S. 533, Adresse de la ville de Bernay: „Nos Seigneurs, le comité électif de la ville de Bernay a l'honneur de vous représenter que les habitants de la ville et des campagnes sont alarmés d'entendre encore parler de la banalité. Les partisans du régime féodal publient que l'on ne conviendra jamais du prix et de mode de ce rachat; que la conversion de cette servitude en une prestation pécuniaire ne sera qu'un surcroît de charge pour le peuple, et que la banalité ne sera jamais supprimée....“

28. D. XIV, 6 Lettre-Circulaire de la Commission intermédiaire de

Sehr nachteilig hat sich auf die gesamten damaligen Verhältnisse die Tatsache ausgewirkt, daß die Augustdekrete der königlichen Sanktion entbehrten. Die einen behaupteten, daß sie mit der Veröffentlichung Gesetzeskraft hätten, die andern bestritten dies. Zu den ersteren gehörten die Hintersassen, zu den letzteren die Seigneure. Diese stützten sich auf die Nichtsanktion und fuhren folglich fort, alle ihre Rechte in der altgewohnten Weise einzufordern. Die Zinsbauern dagegen sahen die Dekrete als konstitutionelle Akte an und versuchten, die Zahlungen zu verweigern.<sup>29</sup> Die Folge war eine Unmenge Streitereien, und klug wurde man erst, nachdem man große Summen für Gerichtskosten ausgegeben hatte.<sup>30</sup>

Man kann die Constituante nicht von dem Vorwurf freisprechen, die notwendigen Schritte zu einer möglichst schnellen Behebung dieses gefährlichen Zustandes in den Provinzen unterlassen zu haben. Am 15. November 1789 forderte Le Guen de Kerangal bereits zum vierten Male einen Rapport vom Comité féodal, weil er durch die Reklamationen der Bevölkerung der Bretagne beunruhigt war. Sie beklagte sich am 9. November bei ihm darüber, daß man in den Gemeinden bis jetzt erst ein Dekret über die contribution patriotique und ein solches über die Zusammenrottungen veröffentlicht habe; über die Augustdekrete aber, insbesondere über die Bannrechte, sei man noch keineswegs orientiert.<sup>31</sup> Die Besorgnis Kerangals war nicht unbegründet. Als anfangs Februar 1790 die Aufstände der Provinzen in der Nationalversammlung zur Debatte standen, erklärte Lanjuinais unter Bezugnahme auf die Bretagne, daß die Augustdekrete das Signal feudaler Vexationen gewesen seien. Man habe die Vollstreckungen für die Zahlung der rückständigen Renten vervielfältigt. Seit Bekanntmachung der Dekrete habe man allein in Angelegenheit der Mühlen 400 Prozesse eingeleitet. Die Handmühlen, der einzige Unterhalt der Armen,

---

Lorraine et de Barrois aux Curés de la Province, 18. Dez. 1789 (Sagnac et Caron S. 69—71).

29. D XIV, 7 Remontrances des curés du Baillage de Bouzonville (Moselle), Dezember 1789 (Sagnac et Caron, S. 63).

30. *ibid.* S. 63; s. d. S. 62—98.

31. D XIV, 3 Lettre de Le Guen de Kerangal, 15. Nov. 1789.

seien mit Gewalt zerstört worden.<sup>32</sup> Diese Behauptung scheint auf den ersten Blick übertrieben zu sein; sie gewinnt aber an Wahrscheinlichkeit, wenn man zum Vergleich eine Untersuchung heranzieht, die in einigen Grundherrschaften der Umgegend von Rennes im Auftrag dieser Stadt veranstaltet worden ist. Aus dieser Untersuchung ist ersichtlich, daß der procureur fiscal des Marquis de Peré seit dem 13. August 1789 bis zum 14. Januar 1790 nur in Sachen feudaler Grundrenten 85 gerichtliche Vorladungen ausgehen ließ. Der procureur fiscal der Grundherrschaft von Bossac in Pipriac ließ in derselben Zeit und aus demselben Grunde 108 Vorladungen ausgehen, abgesehen von denen, die er als procureur ad lites ausgehen ließ.<sup>33</sup>

Die Lage in der Bretagne erhielt im Frühjahr 1790 noch einen verschärfenden Akzent durch die Frage des domaine congéable. Einmütig hatte man in den cahiers seine Abschaffung gefordert. Die Dekrete des 4. August berücksichtigten diesen Wunsch mit keinem Wort. Es erhob sich nun die Frage, ob die Unterdrückung dieser Grundhaltung in die Unterdrückung der Feudalität inbegriffen sei. Aber auch das große Gesetz vom März 1790 löste diese Frage nicht; es wurde lediglich ein besonderes Gesetz für ihre Regelung in Aussicht gestellt. Von dem Wunsche beseelt, schnell noch die letzten deniers d'entrée einzuheimsen, vervielfältigten die Grundherren die congéments und hieben die Bäume um, um das Holz zu verkaufen.<sup>34</sup> Die domaniers protestierten natürlich gegen dieses Verfahren.<sup>35</sup> Als das nichts nutzte und die versprochene Gesetzgebung nicht sofort

---

32. s. Moniteur vom 9. Februar 1790 (Bd. III, S. 338) Arch. parl. Bd. XI, S. 538.

33. H. Sée, S. 334, doc. Nr. 22 (Relevé des assignations excercées par plusieurs juridictions seigneuriales).

34. s. L. Dubreuil, la Rév. dans le départ. des Côtes-du-Nord, études et documents, S. 87/88.

35. D XIV, 3, 26. Nov. 1789, Pétition de Le Cornic, avocat à Carhaix (Finistère): „Cette question a partagé les avis dans nos tribunaux qui ne retentissent plus que d'actions formées en congéments. Un gentilhomme de ce canton a donné lui seul vingt et quelques exploits; il a jeté la consternation dans la paroisse de Carnot où il demeure et où sont aussi situées ses terres à domaine. Il est à craindre que s'il réussit dans ses demandes, il n'y ait un soulèvement dans la paroisse“.



erfolgte, gestalteten sich die Bitten zu Drohungen. Überall wünschte man diese Art von Grundhaltung als die unerträglichste aller existierenden Grundhaltungen überhaupt und verlangte gebieterisch ihre Unterdrückung.<sup>36</sup>

Man mußte aber noch lange auf dieses Gesetz warten, erst am 6. August 1791 kam es heraus. Formal wurde das *domaine congéable* aufrecht erhalten; es wurde jedoch seines feudalen Charakters entkleidet und auf seine Urform zurückgeführt. Auch gab es jetzt nicht mehr verschiedene *usements*, sondern nur noch ein einziges. — Dieses Gesetz wurde durch ein anderes vom 27. August 1792 vervollständigt. Das *domaine congéable* wurde jetzt vollständig unterdrückt. Die Unterdrückung war freilich nicht von langer Dauer: nach Robespierres Sturz wurde es wieder hergestellt.<sup>37</sup>

Aus dem Wortlaut des ersten Artikels des Dekrets vom 11. August 1789 resultierte ein neues Mißverständnis. Dieser Artikel forderte die Unterdrückung jeglicher Art von *mainmorte* mit allen sie repräsentierenden Rechten. Die Bauern haben nun manchmal den Wortlaut dieses Artikels weiter gefaßt, in dem Glauben, daß alle Feudalrechte im Besitze von sogenannten *gens de mainmorte* unterdrückt seien. Den geistlichen Seignen stritt man deshalb nach dem 4. August häufig das Recht ab, Feudalabgaben erheben zu dürfen; man tat das sogar in Gegenden, wo keine Spur von *mainmorte* mehr zu finden war.<sup>38</sup> Selbst die große explikative Gesetzgebung des Frühjahrs 1790, die März- und Maigesetze waren nicht imstande, diesen Irrtum sofort zu beheben.<sup>39</sup> Es mag dahingestellt bleiben, ob die

---

36. D XIV, 3 Un cri général s'élève dans la Basse-Bretagne contre l'usage du *domaine congéable*. Cinq cent mille bras sont tendus vers l'assemblée nationale pour demander la suppression“. Und eine andere Gemeinde schreibt: „Crions tous ensemble à la suppression totale de l'infernale *domaine congéable* ou à la continuation de la révolte.“ s. Dubreuil, S. 77.

37. Dubreuil, S. 79, s. Gesetz v. 29. floréal an II.

38. D XIV, 4 Lettre de Redon de Commerac, vicaire, 4. Sept. 1789, S. et C. S. 62.

39. D XIV, 4 Adresse de Jacques Rey, Nîmes 12. April 1790 . . . „Mr. Daignez permettre . . . vous prier de m'ouvrir les yeux sur les décrets de l'ass. nat. au sujet des droits féodaux, il me parut d'abord, que les censi-

Bauern aus reiner Böswilligkeit die Gesetzte nicht verstehen wollten, oder ob sie sie wirklich nicht verstanden; bezeichnend ist jedenfalls, daß der procureur syndic des Distrikts von Bordeaux im Juli 1790 schreiben konnte: „Man glaubt nicht, welchen Abscheu sie (die Bauern) zeigen, sich dem Gesetz zu unterwerfen. Unwissenheit spielt dabei aber vielleicht eine größere Rolle als Böswilligkeit.“<sup>40</sup> Als die Beamten der Gemeinde Ordonnac (Gironde) wegen Zahlungsverweigerung solcher Rechte vor das Distriktsdirektorium vorgeladen wurden, erklärten sie, überzeugt davon gewesen zu sein, daß der den gens de mainmorte gehörige champart ohne Entschädigung unterdrückt sei.<sup>41</sup>

Aus allen Zeugnissen geht hervor, daß der Zustand in den Provinzen bis Ende des Jahres 1789 ein notgedrungen friedlicher gewesen ist. Wenn die Bauern die Abgaben auch widerwillig und erst nach gerichtlichen Entscheidungen leisteten, so taten sie es doch noch ohne offene Rebellion.

Beide Parteien beschränkten sich auf das Klagen; die Seigneure klagten bei den Gerichten, die Gemeinden bei der Nationalversammlung. Die Gemeinden klagten darüber, daß die Seigneure und ihre fermiers sich nicht an die Dekrete der Nationalversammlung kehrten, sondern daß sie im Gegenteil nicht aufhörten, die aller Verteidigungsmittel beraubten Bauern zu bedrücken und zu bedrohen, um die Zahlung ihrer Renten durchzusetzen. Zunächst waren die Gemeinden noch zu einem Kompromiß geneigt: „Die Dorfbewohner, die aus Erfahrung wissen, wie schwer es für sie ist, Gerechtigkeit in den augenblicklichen Gerichtshöfen zu erlangen, sind eher bereit zu bezahlen, als einen Prozeß zu wagen, dessen Kosten sie nicht tragen können. Bevor sie jedoch bezahlen, haben sie sich ent-

---

ves et droits de lods, en mainmorte étaient supprimés et abolis sans indemnité; et j'en eus une véritable joie, vu que mon jardin relevant du chapitre, qui est une main bien morte je le crus affranchir à jamais de son affreuse servitude, mais quelques gens d'affairs, ... prétendent que je me suis fait illusion... Cette prétention n'a pû, comme vous le sentez bien, que me mettre la puce à l'oreille et c'est pour m'éclaircir que j'ai recours à vous...“

40. Ferradou S. 14, not. 26.

41. *ibid.* not. 27.

schlossen, sich an die Nationalversammlung zu wenden, um ihren Schutz anzuflehen und sie zu bitten, ihnen zu sagen, wie sie sich verhalten sollen".<sup>42</sup>

Aber bald wurden die Klagen immer häufiger und nahmen einen heftigen Charakter an. Die Constituante hatte die Freiheit in Aussicht gestellt, nun wollte man auch die Bedingungen kennen lernen, unter denen man die Freiheit erkaufen konnte. Immer dringender wiesen die Bittschriften einzelner Bauern und ganzer Gemeinden auf die Notwendigkeit hin, sobald als möglich ein Ablösungsgesetz zu erlassen. Alles andere war für sie nebensächlich im Vergleich zu dieser Aufgabe. Der ganze Schwebezustand, die absolute Ungewißheit, in der man sich befand, war auch keineswegs geeignet zur Förderung der kommerziellen Transaktionen und der Güterumsätze, ganz abgesehen davon, daß sich durch diesen Zustand das Verhältnis von Seigneur und Vasall beständig verschlechtern mußte. So wirkte sich die Verzögerung des Liquidationsgesetzes für beide Parteien nachteilig aus. Besonderes Gewicht erhielt diese ganze Frage auch noch dadurch, daß infolge der Einziehung der Kirchengüter die Nation, bzw. der Staat zum Gläubiger vieler Zinsbauern wurde. Der Staat als Besitzer von Feudalrechten mußte also ein Interesse an deren baldiger Ablösung haben, da die Ablösungsgelder eine wichtige Einnahmequelle für die Staatskasse darstellen konnten. Eine glatte und ungestörte Liquidation war deshalb für den Staat von größtem Interesse. Aber die Ereignisse auf dem Lande nahmen zu Beginn des Jahres 1790 einen Lauf, der diesem Interesse genau entgegengesetzt war. Dadurch wurde die spezielle Frage der Liquidation zu einer allgemeinen Frage der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Man wurde vor die Alternative gestellt, entweder sofort das Ablösungsgesetz zu erlassen oder die Ruhe des Landes zu gefährden. Das unruhige Volk begann nämlich plötzlich von der bloßen Klage zur Tat überzugehen. Es gewann immer mehr die Überzeugung, daß die Nationalversammlung keineswegs das nötige Interesse für die das Volk be-

---

42. s. z. B. *Requête du sieur Roncey pour les villageois de Prâlon (Côte-d'Or.)* v. 30. Dez. 1789 Sagnac et Caron, S. 72.

wegenden Fragen habe, daß sie allzu säumig sei mit der Verkündung des Gesetzes, das schon seit langem ungeduldig erwartet und gefordert wurde. Die Erregung darüber wurde allgemein auf dem Lande. Als dann um die Jahreswende 1789/90 die allgemeine Rentenleistung fällig wurde, benutzte man einfach das Ausbleiben des Gesetzes als Vorwand für die Verweigerung der Rentenzahlung. Wie auf Kommando setzten diese Verweigerungen fast gleichzeitig in den verschiedensten Provinzen anfangs Januar ein. Und als das Volk merkte, wie locker die alten administrativen Gewalten saßen, ging es von der Verteidigung zum Angriff über. Die Aufstände setzten in ganz Frankreich fast gleichzeitig ein; diese Gleichzeitigkeit ist aber nicht zurückzuführen auf eine wohl vorbereitete allgemeine Verschwörung, sondern hauptsächlich auf das administrative Interim, in dem sich Frankreich damals befand. Das Fehlen einer wirklich autoritären administrativen und richterlichen Gewalt forderte geradezu zum gewaltsamen Angriff heraus. Die alten Verwaltungskörper waren gerade im Begriff, ihre Posten zu räumen; vorher schon morsch, mußten sie deshalb ohne weiteres versagen. Die neuen Behörden wiederum funktionierten noch nicht regelmäßig.<sup>43</sup> „Niemand hat die Macht in der Hand, die alten Beamten haben weder die Kraft noch die Fähigkeit dazu, und in Erwartung einer neuen Organisation will noch kann niemand das Volk zusammenhalten.“<sup>44</sup>

Schon nach kurzer Zeit, etwa vom Januar 1790 ab, wagten an vielen Orten die Grundherren nicht mehr, mit gerichtlichen Verfolgungen zu drohen. Sie mußten im Gegenteil immer mehr auf ihre persönliche Sicherheit bedacht sein und diese manchmal sogar durch den Verzicht auf ihre Renten erkaufen.<sup>45</sup> Die Verweigerung der Rentenzahlung war begleitet von Drohungen gegen die *collecteurs*.<sup>46</sup> Wenn die *Seigneurs* versuchten, die Bauern zur Zahlung zu zwingen, so drohten diese ihrerseits mit

43. s. H. Sée. zit. S. 248.

44. Caron, zit., Tellisier de la Betut à Marquis Lostanges (Saint-Alère, 1. Feb. 1790).

45. D XIV, 4 Requête des procureurs généraux syndics des États du Dauphiné, 6. Jan. 1790 (Sagnac et Caron, S. 75).

46. D XIV, 5 Supplique du sieur Dechevrières (Manche) Dez. 1789.



der Anzündung der Schlösser. Da die Bauern die Seigneure im Verdacht hatten, daß sie ihre Maße gefälscht und abgeändert hätten, so verlangten sie offen und energisch eine Kontrolle darüber und glaubten sogar die Zurückerstattung zu viel bezahlter Renten beanspruchen zu dürfen.<sup>47</sup> Jedenfalls verweigerten sie mit einer solchen Begründung oft jede weitere Rentenzahlung. Vielfach bildeten sie regelrechte Koalitionen und beschloßen, daß jeder gehängt werden solle, der noch weiterhin Renten bezahle.<sup>48</sup> Von hier aus war es nur ein kleiner Schritt zum Zug gegen die Schlösser und Archive der Seigneure, der als der nächstliegende Schritt dann auch getan wurde. Die Ereignisse nahmen den Verlauf, wie wir ihn eingangs gekennzeichnet haben. Es geschah also etwas höchst Bedeutsames: aus dem Labyrinth der Feudalität, deren Unterdrückung das Ziel der Revolution war, stieg mit einem Male eine große Gefahr empor für die Revolution selbst. Und diese Gefahr bedeutete in ihrer letzten Konsequenz nichts anderes als eine Entwicklung zur vollständigen Anarchie.

Diese ganze Erscheinung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie kollektiver Art war; das hatte zur Folge, daß die Niederschlagung dieser Gefahr mittels Waffengewalt höchst problematisch und praktisch sehr schwierig war. Woher sollte man die Gewaltmittel überhaupt nehmen? Das Militär und die Nationalgarden der oft weit entfernten Städte konnten nicht überall zugleich sein; aber auch dann wenn eine bewaffnete Macht schlagfertig bereit stand, konnte sie nicht ohne weiteres eingesetzt werden. Die Nationalversammlung hatte nämlich in allzu großer Vorsicht einst weise dekretiert, daß die bewaffnete Macht niemals gegen die Bürger eingesetzt werden dürfe, außer auf ausdrückliches Ansuchen der *officiers municipaux*. Aber welcher Beamte konnte jetzt wohl einen Appell an die bewaffnete Macht wagen, selbst wenn ein Teil der Gemeindemitglieder gegen den Seigneur tötlich vorging? Die Beamten stellten sich

---

47. D XIV, 1 *Mémoire de l'abbé Tardieu, curé de Vinezac (Ardèche)* 16. Jan. 1790 (Sagnac et Caron, S. 76 ff.).

48. D XIV, 3 *Mémoire pour les provinces du Périgord, Quercy et Rouergue* (Sagnac et Caron S. 160; s. d. a. S. 157—172).

im Gegenteil häufig selbst an die Spitze der Bewegung; oftmals hatte man sie allerdings auch zum Mitmarschieren gezwungen, um der Bewegung einen legaleren Anstrich zu geben.

Es gab auch in den Gemeinden Nationalgarden, aber der Gemeindebeamte würde kaum Leute gefunden haben, die sich für die Seigneure einsetzten. Die Nationalgarden der Gemeinden bestanden ja aus Bürgern, die zum großen Teil die Ruhestörer selbst waren. Wenn es unter ihnen auch manche gab, die keine ungesetzliche und gewaltsame Expropriation der Seigneure wollten, so waren sie doch weit entfernt davon, sich für das Wohl der Seigneure einzusetzen gegen diejenigen, die im Grunde genommen ihre eigenen Wünsche vertraten. Bisweilen vermochten sie nicht einmal, sich passiv zu verhalten, sondern sie wurden von den Aufständischen gezwungen, an der Bewegung teilzunehmen. Und solange sich diese nur gegen den Adel und nicht gegen das Eigentum im allgemeinen richtete, hatten sie auch gar keinen Grund, ihr entgegenzuarbeiten.

Freilich blieb auch die Landbourgeoisie nicht frei von Verdächtigungen und Anschuldigungen. So klagte z. B. eine Denkschrift über die Ausschreitungen und warf daran anschließend die Behauptung auf, daß diese Schandtaten offenbar von denjenigen veranlaßt worden seien, die ein Interesse an der unentgeltlichen Abschaffung der Feudalität hätten, und das seien vor allem die reichen Bauern. Diese würden durch die Erhebungen der kleinen Bauern am meisten profitieren. Ohne sich selbst in große Gefahr zu begeben, würden ihnen letzten Endes die Früchte jener Aufstände in den Schoß fallen; das sei für die reichen Bauern ein hinreichender Grund, derartige Aufstände zu propagieren oder ihnen zumindestens nicht hindernd in den Weg zu treten und ihren Einfluß in entgegengesetzter Richtung geltend zu machen. Für sie genüge es, sich den Anschein zu geben, als wünschten sie die unentgeltliche Unterdrückung des Feudalregimes.<sup>49</sup>

---

49. D XIV, 5 Mémoire anonyme envoyé de Montoire (Loir-et-Cher) 25. Feb. 1790: „... Ils jouissent d'une considération, d'une confiance presque toujours proportionnées à leurs revenus. Ils tiennent dans leurs mains les paysans qu'ils protègent, auxquels ils procurent de l'ouvrage ou qui

Diese anklagenden Behauptungen über die ländliche Bourgeoisie hatten sicherlich eine gewisse Berechtigung; tatsächlich fing sie sehr bald an, die revolutionären Klubs zu besuchen und kam zu der Überzeugung, daß nur der volle Triumph der Revolution ihr gebührenden Anteil an den neuen Errungenschaften sichern werde. Der Verfasser jener Denkschrift dehnt den Verdacht der Mitschuld aber auch aus auf die Grundbesitzer der Städte und auf die kleinen Seigneure; dieser Verdacht besteht zu Unrecht. Den Grundherren blieb, wenn sie inmitten des Brandherdes standen, nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Auch die Städte haben die Bewegung gegen den Adel nicht begünstigt; im Gegenteil, die Bourgeoisie der Städte war von der Agrarbewegung außerordentlich beunruhigt. Sie dachte gar nicht mehr daran, den Bauern in gleicher Weise materielle Hilfe zu leisten wie sie ihnen ein Jahr vorher geistige Hilfe geleistet hatte. Sie war erschreckt über die Gewalttätigkeiten der Aufständischen, denn sie fühlte, daß die Unruhen der Sache der Revolution nur schaden konnten. Die Städte mahnten immer wieder zur Ruhe und setzten alles daran, die Aufstände zu unterdrücken. Sie erließen Adressen an die Gemeinden; sie versuchten durch Aufklärung und Überredung zu wirken; sie forderten auf, doch die Auswirkungen der Gesetzgebung der Nationalversammlung erst einmal abzuwarten und versicherten, daß diese sich mit der Unterdrückung der Feudalität befasse und nur das Glück aller Franzosen wolle. Erst als dies alles nichts nützte, griff man zu dem Mittel der oft nur mangelhaft vorhandenen bewaffneten Gewalt.<sup>50</sup>

Diese überaus kritische, ja bedrohliche Lage rückte das Problem der Feudalität wieder in den Mittelpunkt der National-

---

sont leurs fermiers. Il ne leur est pas nécessaire de donner des ordres, on doit même présumer qu'ils n'en donnent ni de piller ni d'incendier. Il leur suffit de paraître désirer l'extinction gratuite des devoirs féodaux; il leur suffit d'exagérer les inconvénients du régime féodal, de rappeler les brigandages de la plupart des supôts de justice de village...." (Sagnac et Caron, S. 162).

50. s. Arch. parl. Bd. 11, S. 614, Lettre circulaire du comité patriotique de Prive aux habitants de la campagne (Bas-Limousin); s. a. H. Sée, zit. S. 250 ff.; s. a. Bussière, zit. Bd. 3.

versammlung. Es handelte sich jetzt nicht nur um die Pflicht des Staates, die Existenz seiner gefährdeten Bürger zu schützen, sondern es handelte sich darum, daß die überhandnehmende Anarchie auch den Staat selbst bedrohte. Sie hatte vor allem die Stockung der Steuereinnahmen zur Folge. Da der Adel jetzt die öffentlichen Lasten in demselben Verhältnis wie jeder andere Grundbesitzer zu tragen hatte und somit zu einem guten Steuerzahler wurde, so mußte der Staat schon aus diesem Grunde ein Interesse daran haben, ihn gegen Willkür zu schützen. Niemals konnte man auf die *contribution patriotique* große Hoffnungen setzen, wenn gerade die Klasse, von der man den meisten Nutzen erhoffen konnte, in ihrem Eigentum bedroht war. So mußte also notgedrungen die Constituante unter den kritischsten Umständen ihr Befreiungswerk von neuem aufnehmen. Aber wenn es auch diesmal wiederum unter einem ähnlichen Druck wie am 4. August geschah, so geschah es doch mit unvergleichlich mehr Überlegung und Kaltblütigkeit als damals.

Über die Gründe und die Tendenz der Aufstände war sich die Constituante im klaren. Aber man versuchte bewußt, die wirklichen Zusammenhänge zu leugnen oder umzubiegen. Deutlich geht das z. B. daraus hervor, wie der Marquis Foucauld die Zustände in seiner Provinz begründete. Nach seiner Ansicht wüte der Aufstand in Périgord deshalb besonders heftig, weil das Volk jener Provinz in jeder Hinsicht das rückständigste aller Völker Frankreichs sei; es sei deshalb am leichtesten zu verführen und zu täuschen: „Das Volk ist nie schuldig, es ist empfänglich für gute wie für schlechte Eindrücke.“ Die Schuld treffe allein die Behörden. Er glaube nicht, daß man mit Dekreten und Proklamationen noch Erfolge erzielen könne; man solle dem Volk jetzt zeigen, daß es noch eine Macht im Staate gibt, die fähig ist zur Bestrafung der Bösen und der Friedensstörer und überhaupt all der Elemente, die die Anarchie dem Frieden vorziehen. Das einzig wirksame Mittel sei die Entsendung von Kavallerie in die bewegten Provinzen; diese solle zusammen mit der *maréchaussée* Zusammenrottungen auseinanderreiben und der Gewalt mit Gewalt begegnen. Er bedauerte im Grunde, daß das Volk nicht imstande sei, die De-



krete richtig zu interpretieren, aber persönlich war ihm das gar nicht einmal erwünscht. „Ich würde, nach meiner persönlichen Auffassung, diese zwei Mittel (Truppenentsendung und Einwirkung durch die Behörden) der angenehmen Prophezeiung vorziehen, die man hier vor einiger Zeit von einem Mitglied des Verfassungsausschusses zu hören bekam, das uns sagte, daß wir in 10 Jahren nicht mehr derartigen Unannehmlichkeiten ausgesetzt seien, weil dann alle Franzosen lesen und schreiben könnten und in der Lage seien, die Dekrete selbst zu interpretieren. Ich verheimliche nicht, daß ich die Bewahrheitung dieser Prophezeiung als ein großes Unglück ansehen würde; ich fürchte, daß man dadurch an Stelle eines ackerbautreibenden Volkes ein Volk von Weisen und Halbphilosophen setzen würde.“<sup>51</sup>

Was fürchtete der Marquis? — Kann man glauben, daß hier derselbe Mann spricht, der kaum ein halbes Jahr vorher — am 4. August — Seite an Seite mit dem liberalen Adel sich gegen das feudale System erhob und mit Leidenschaft die mainmorte bekämpfte,<sup>52</sup> weil sie auf Usurpation beruhe; in Périgord existierte sie freilich nicht.

Ohne großen Widerspruch folgte die Versammlung dem Rat Foucaulds und entschloß sich zur Annahme eines Gesetzes, das derartige Aufstände in Zukunft verhindern und die Erhaltung der Ordnung und Ruhe im Innern garantieren sollte. Was für die Revolution in dieser Frage auf dem Spiele stand, begriff die Versammlung nicht. Sie unterschätzte die Bewegung sowohl in ihrer Größe als auch in ihrer Bedeutung. Sie wollte nicht einsehen, daß die jacquerie eine jacquerie der Zinsbauern war; sie rechnete nicht damit, daß diese Zinsbauern einen großen Teil der Nation ausmachten. Sie hatte kein Verständnis für die Volksbewegung; sie suchte sogar selbst zu leugnen, daß es eine Volksbewegung war. „Ce n'est pas le peuple, ce sont des brigands“<sup>53</sup> sagte Foucauld bei der Behandlung der Frage, mit welchen Mitteln diese Ausschreitungen zu bekämpfen seien. Es waren eigentlich nur Lanjuinais und Robespierre, die das

---

51. Die Rede ist abgedruckt im *Mercur de France* vom 16. Feb. 1790.

52. *Arch. parl.* Bd. 8, S. 354 ff.

53. *ibid.* Bd. 11, S. 538.

niedere Volk in Schutz nahmen und zur Güte und Nachricht rieten. „Gut,“ entgegnete Robespierre dem Marquis Foucauld, als dieser von „Räubern“ sprach, „dann sage ich Bürger, die angeklagt sind, Schlösser verbrannt zu haben“.<sup>54</sup>

Es war auch in diesem Fall verhängnisvoll, daß die Mitglieder der Constituante mehr Theoretiker als Praktiker waren und deshalb nie einsahen, warum ihr System nicht funktionierte. Die Fehlergründe suchten sie stets außerhalb ihres Systems; wo dieses sich als erfolglos erwies, lag es nach ihrer Auffassung nur an den „brigands“, den „perturbateurs“ und den „accapareurs“. Immer waren es in ihren Augen nur einzelne Friedensstörer und Gegenrevolutionäre, die das Volk verhetzten; nie wollten sie einsehen, daß tatsächlich das niedere Volk selbst sich erhoben hatte und von der Revolution einen ähnlichen Tribut forderte wie ihn sich die Großen schon längst genommen hatten.

Der vierte Stand kehrte sich ab vom dritten Stande.

---

54. *ibid.*

## Zehntes Kapitel.

### Stellung der Constituante bis zum Frühjahr 1790.

Die Constituante hatte im ersten Artikel des Dekrets vom 11. August 1789 den stolzen Satz ausgesprochen: „Le régime féodal est entièrement détruit“; sie war sich aber wohl bewußt, damit noch keine vollendete Tatsache geschaffen, sondern nur ein Prinzip aufgestellt zu haben, dessen Ausführung schwierige Probleme bergen werde. Die weitere Formulierung und Bearbeitung übertrug sie einem aus ihren Reihen gewählten Ausschuß, dem Comité féodal, das aus 30 Mitgliedern bestand. Es wurde am 12. August 1789 gebildet und erhielt den Auftrag, auf Grund des angenommenen Prinzips Gesetzesvorschläge zur Liquidierung des Feudalregimes auszuarbeiten. Diese Vorschläge sollten aber erst nach Beendigung des Verfassungswerkes zur Diskussion vorgelegt werden. Dieser Bestimmung lag wahrscheinlich der Gedanke zugrunde, die neue Agrargesetzgebung, die ja zweifellos eine tiefgreifende Umgestaltung des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens zur Folge haben mußte, durch die neue Verfassung zu erleichtern. Man glaubte, nach Vollendung der Verfassung auch die Agrarprobleme leichter überblicken zu können und für ihre Regelung dann auf geringere Schwierigkeiten zu stoßen. Vorläufig sollte der Mehrheit der Constituante die Anerkennung des Prinzips genügen. Länger, als zu erwarten war, ist dann die Feudalitätsfrage von der Tagesordnung der Nationalversammlung ferngeblieben. Ihre Entscheidung wäre wohl sogar noch länger hinausgeschoben worden, wenn nicht bedeutungsvolle innerpolitische Ereignisse der Versammlung die Diskussion dieser Frage gebieterisch aufgezungen hätten.

Unter dem Druck der uns bekannten Ereignisse trat am 8. Februar 1790 Merlin, ein bekanntes Mitglied des Comités, mit einem großen Rapport vor die Versammlung, um über die Auswirkung und Interpretation der Augustdekrete zu sprechen und ihr einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zur Diskussion vorzulegen.

Über das Arbeitsprogramm und die Stellungnahme des Ausschusses war die Versammlung schon seit Monaten unterrichtet. Zwei große Ausschußberichte lagen seit September 1789 vor. In einem derselben hatte Merlin die Aufgaben des Comité féodal behandelt;<sup>1</sup> schon damals konnte man erkennen, daß die gestellte Aufgabe eine umfangreiche sein werde. Die Aufgabe sollte bestehen in der vollständigen Vernichtung des Feudalregimes, der Unterdrückung der grundherrlichen Gerichtsbarkeit, der Aufhebung der mainmorte, unter Einschluß der mainmorte réelle und aller „servitudes“ sowie aller diese servitudes repräsentierenden Rechte, und schließlich auch noch in einer Regelung der Ablösung der andern Rechte.

Welche praktischen Konsequenzen sollten sich aus den Beschlüssen des 4. August ergeben? Diese Frage hatte Merlin schon mit großer Bestimmtheit in seinem erwähnten Rapport vom 4. September aufgeworfen. Würde sich daraus die Unterdrückung der Regel „Nulle terre sans seigneur“ ergeben, fragte er mit strenger Kritik.<sup>2</sup> Würde weiterhin daraus ein Wegfallen der foi et hommage-Leistung resultieren, sowie eine entschädigungslose Unterdrückung der Rechte, die auf keinen Lehens- noch Zinsvertrag wie Regalien, péages, leydes, banalités zurückgehen oder mit der mainmorte zusammenhängen?

Diese Fragen, auf die Merlin damals noch keine bestimmte

---

1. Arch. nat. AD 23, Rapport fait au Comité féodal de l'Assemblée nat., s. a. Arch. parl. Bd. 8 S. 575 ff. (4. September 1789).

2. *ibid.* „... De ce que le régime féodal est détruit, s'ensuit-il qu'on ne doive plus avoir égard à la règle: Nulle terre sans seigneur. à ce brocard, qui contrarie également, et la loi naturelle, et les fastes de notre histoire, et l'ancien état des choses à cet axiome, vrai dans son origine, parce qu'il ne s'appliquait qu'à la directe et perpétuellement combattu, dans ce sens, par tout ce que la France a produit d'homme éclairés et de véritables juriconsultes? ...“



Antwort gab, und die gleichzeitig zur Erweckung großer Hoffnungen geeignet waren, legte er auch jetzt der Constituante vor.<sup>3</sup> Wenn man die Feudalität, jene „*chêne antique*“, zerstöre, leiste man an sich den Menschenrechten und dem Sinn der neuen Verfassung Genüge; man müsse aber endlich auch einmal dem Volk ein Gesetz vorlegen, dessen Gerechtigkeit die egoistischen Forderungen der Lehensherren, die seit 6 Monaten so unberechtigtweise über Beraubung klagten, zum Schweigen bringe. Man müsse also ein Gesetz erlassen, dessen Weisheit imstande sei, den colon, den der Haß über eine lange Unterdrückung einen Augenblick auf Irrwege geführt habe, zu seiner Pflicht zurückzurufen.

Was verstand Merlin aber unter Zerstörung der Feudalität? Er verstand darunter sicherlich nicht, daß die Lehensbesitzer ihres legitimen Besitztums beraubt werden sollten. Die „Zerstörung“ war nach seinen eigenen Worten nur eine Veränderung der Natur ihrer Güter, eine Befreiung dieser von den feudalen Gesetzen. Den Gesetzen, die für das Grundeigentum im allgemeinen gelten, sollten die Güter aber weiterhin unterworfen bleiben. So konnte Merlin seine Auffassung zusammenfassen in den Satz: „... mit einem Wort, sie haben aufgehört, Lehen zu sein und sind wirkliche *alleux* geworden.“

Dieser Satz Merlins ist, gemessen an der Wirklichkeit, nur halb richtig; man wandelte zwar die Zinsländer scheinbar um in *alleux*, aber man befreite sie damit doch nicht zugleich von ihren Grundlasten. Merlin gab deshalb für den Begriff der Zerstörung der Feudalität eine weitere Definition: er erklärte, daß die *droits féodaux et censuels* nur noch als einfache Grundrechte angesehen werden dürften und daß man sie diesen vollständig angliedern müsse. Von dieser Assimilation müsse man ausgehen, ohne vorher zu prüfen, ob sie in jeder Beziehung für die Zinsbauern günstig sei oder nicht.

Daraus folgerte Merlin, daß in Zukunft keine *foi et hommage* mehr geleistet werden dürfe und daß alle Ehrenpflichten, die

---

3. Rapport fait à l'Assemblée nat., au nom du Comité de féodalité, le 8 février 1790, par M. Merlin, Arch. nat. IV, 24 und Arch. parl. Bd. XI S. 498 ff.

das Verhältnis von Seigneur und Vassal bestimmten, fallen mußten. Auch in der Frage der feudalen Erbfolge mußten die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden. Sie bestanden darin, daß mit dem Wegfall der Lehen auch die feudalen Erbfolgerechte verschwinden mußten. — Das feudale Gerippe mußte also fallen, nicht aber seine Substanz. Aus der Abschaffung der Lehen sollte sich also nur ergeben, daß die Feudalrechte ihren feudalen Charakter verlören und nur noch als reine Grundrechte gelten dürften, deren Ablösung man erlauben wollte. Zur Sicherung der Grundrechte sollte der Grundherr immer noch das Recht haben, ein terrier zu machen; das terrier durfte aber nicht mehr in der feudalen, sondern nur noch in der bürgerlichen Form angefertigt werden. Die Kosten dafür sollten wie bisher dem Schuldner zur Last fallen.

Als es nun galt, die ohne Entschädigung zu unterdrückenden Rechte von den als ablösbar zu erklärenden Rechten zu scheiden, stellte Merlin ein sehr unsicheres Kriterium auf. Zu den Rechten der ersten Klasse hatte man auf Grund des ersten Artikels des Dekrets vom 11. August alle die Rechte zu zählen, die mit irgendeiner Art von mainmorte oder Leibeigenschaft zusammenhängen. In der Frage der mainmorte personelle konnte man klar sehen, nicht aber in der Frage der mainmorte réelle. An sich mußte man beide Arten unterdrücken; wenn man aber die mainmorte réelle aufhob, so konnte man nicht ohne weiteres auch all die Rechte unterdrücken, die noch auf dem Grund lasteten. Der Besitzer zahlte außer den mit der mainmorte verbundenen Rechten auch noch einen Zins und leistete in Veräußerungsfällen die lods et ventes usw. Auch hatte angeblich der Seigneur jederzeit das Recht und die Möglichkeit gehabt, einen fonds en mainmorte vertraglich in ein gewöhnliches censive zu verwandeln, so daß Rechte, die an sich die mainmorte repräsentierten, in Wirklichkeit zu den realen Rechten zu zählen waren.

Eine weitere Schwierigkeit bot die Frage nach den Rechten, die mit der Leibeigenschaft zusammenhängen oder eine Auswirkung von ihr waren. Wie sollte man diese Rechte aus dem Chaos des feudalen Systems entwirren? Auch darauf fand Merlin eine Antwort; sie war zwar reichlich labil und konstru-

iert, aber sie bot immerhin einen Anhaltspunkt. In die Reihe dieser Rechte seien alle diejenigen einzuordnen, die weder von einem *contrat d'inféodation* noch von einem Zinsvertrag herührten, und die außerdem nur von Personen geleistet werden mußten, ganz unabhängig von ihrem Grundbesitz; Rechte, deren einzige Grundlage eine von der Feudalität ermutigte Usurpation sei, die sich also nur auf die seigneuriale Macht stützten und somit lediglich aus dem Gesetz des Starken über den Schwachen ihren Legitimationsanspruch herleiteten. Was seien das also für Rechte? „Feudalrechte? Nein; denn derjenige, welcher von Feudalrechten spricht, spricht von einem durch Lehensvertrag eingesetzten Recht. Zinsrechte etwa? Auch nicht; denn wer von Zinsrechten spricht, versteht darunter ein durch Zinsvertrag bestimmtes Recht. Welches sind sie also nun? des *exactions seigneuriales* und nichts weiter. Mais par là même, ils tiennent à la servitude.“<sup>4</sup>

Auf Grund dieser Definition machte Merlin seine Einteilung der Rechte; nach ihr mußte die *taille seigneuriale* fallen und das *droit de fouage*, das ebenso wie die *taille seigneuriale* nur in einigen Provinzen in Anspruch genommen wurde; es bestand in einer Geld- oder Naturalienleistung, die der Seigneur von jedem Herd (*feux*) erhob. In diese Reihe fielen nach Merlin fernerhin das an einigen Orten bestehende *droit de guet et de garde*, sowie das *droit de banvin*; außerdem die Abgaben, die auf frühere Schutzleistungen der Seigneure zurückgingen, und die unter verschiedenen Namen bekannt waren; in der Auvergne bezeichnete man sie als *cens en commende*, in Lothringen als *droit de sauvegarde*, im Elsaß als *droit d'avouerie*, im Hainaut als *droit de poursoin*, in Flandern als *droit de gavenne* usw.

Nicht ganz so selbstverständlich schien in diese Reihe eine andere Kategorie von Rechten zu gehören, die bedeutend bekannter und weiter verbreitet waren als die bisher aufgezählten Rechte: die Bannrechte. Sind diese den personellen oder reellen Rechten zuzuordnen? Das war eine Frage, für deren Beantwortung Merlin nur ein allgemein richtunggebendes Prinzip anzudeuten wagte; deren Entscheidung sei dann jeweils von Fall

---

4. s. Arch. parl. Bd. XI, S. 504 ff.

zu Fall zu treffen. Sicherlich gäbe es viele Bannrechte, die rein personeller Natur seien; das hindere aber nicht, daß es auch Bannrechte geben könne, die reeller Natur seien und auf eine Konvention zwischen dem Seigneur und der Gemeinde zurückgingen, also einen Gewaltakt von seiten des Seigneurs ausschließen. In diesem Falle würden dann die Bannrechte in die Klasse der abzulösenden Rechte fallen. Um den betreffenden Fall jeweils zu entscheiden, habe man lediglich darnach zu fragen, weswegen eine Last eingesetzt worden sei, nicht aber nach der Beschaffenheit der Sache, die man leiste oder der Last, die man trage; man habe auch nicht zu fragen nach der Person, die leistet oder auf der die Last liegt. „Es ist ganz gleichgültig, ob man mit Geld oder Naturalien bezahlt, oder ob man selbst Handdienste verrichtet. Sobald man Dienste leistet oder Abgaben entrichtet für eine concession d'immeubles, sind es reelle Lasten.“<sup>5</sup>

Was für die Bannrechte in dieser Beziehung galt, konnte nach Merlin auch für die seigneurialen Frondienste gelten. Da aber viele Feudisten des ancien régime derartige Rechte als personelle Rechte betrachtet hatten, so sollte man, um den Charakter eines solchen Rechtes jeweils festzustellen, nicht wie bei den als wirklich reell bezeichneten Rechten auf die aveux et dénombrements der Hintersassen zurückgehen, sondern die Seigneure sollten durch Vorweisung alter titres den Nachweis für den reellen Charakter ihrer Forderungen erbringen. Anders liege der Fall bei den im Prinzip als reell angenommenen Rechten. Diese konnten als legitim angenommen werden und brauchten deshalb vom Seigneur nicht bewiesen zu werden; „denn der Mensch, der die allgemeine Regel für sich hat, hat nichts zu beweisen“, zu beweisen habe vielmehr der Schuldner, daß er nichts schuldet. Für alles, was außerhalb der allgemeinen Regel liege, solle der Beweis zu Lasten des Seigneurs fallen, da er in diesem Falle die allgemeine Regel gegen sich habe.

Was Merlin in der Nationalversammlung vorschlug, war also keine radikale Unterdrückung der Feudalität, sondern nur eine Reform. Es war ein Versuch, die Frage der Feudalität so

---

5. *ibid.* S. 506.



gut als möglich mit den Menschenrechten in Einklang zu bringen, ohne dabei zugleich den bestehenden Sonderinteressen zu nahe zu treten. Merlin wollte das bisherige System in zwei Teile trennen: in einen solchen, der seinen Ursprung in der seigneurialen Macht und Gewalt haben konnte und in einen andern, der auf Übereinkunft beruhte; in moderner Terminologie ausgedrückt: er wollte unterscheiden zwischen *féodalité dominante* und *féodalité contractante*. Um die Feudalität so gut als möglich im Hintergrund verschwinden zu lassen, nahm man dem Seigneur seinen Titel und ordnete ihn ein als Gleichgestellten unter seine bisherigen Vasallen. Er sollte nur noch ein einfacher Rentier, ein Grundgläubiger sein; die Lasten der ehemaligen Hintersassen sollten nicht mehr als Feudallasten, sondern als Grundlasten weiterbezahlt werden. Der Seigneur sollte sich in die Notwendigkeit fügen, nicht mehr Seigneur sein zu dürfen, und der Hintersasse sollte sich dazu bequemen, die Hauptbürde der ehemaligen Feudalität weiter zu tragen. Es fragte sich nur, ob dieses scheinbar so einfache System bei seiner praktischen Durchführung nicht zu chaotischen Zuständen führen könnte und ob sich bei dieser Definition auch immer die Grenze zwischen reellen und personellen Rechten ganz eindeutig ziehen lassen; kurz — es fragte sich, ob nicht jetzt erst recht aus der Feudalität ein Streitzustand *par excellence* entstehen würde, bzw. ob dieses System, wie Boncerf einmal gesagt hat, nicht zu einer unversiegbaren Quelle kleiner Prozesse werden würde. Diesen Punkt ließ Merlin gänzlich außer acht, und auch die Constituante, die von seiner Darlegung überaus frappiert war, schien sich darüber keine Gedanken zu machen. Es war auch zu erwarten, daß sie Merlins Prinzip zu dem ihrigen machen werde, denn sein Vortrag hatte einen selten großen Erfolg, und ernteten lebhaften Beifall von allen Seiten.<sup>6</sup>

Den großen Gesetzesvorschlag, in den Merlin sein Prinzip eingebaut hatte, legte er im Anschluß an seinen Rapport der Nationalversammlung vor; er erfuhr im Laufe der Diskussion, die sich darüber im Februar und März 1790 entspann, keine wesentliche Änderung mehr. Der erste Teil wurde fast völlig

---

6. Bulletin de Brest, Bd. 2, 8. Februar 1790.

unverändert angenommen. Die Feudalverfassung und ihre Wirkung wurde zerstört, die Machtbefugnisse des Seigneurs, die er kraft dieser Verfassung inne hatte, wurden unterdrückt;<sup>7</sup> es wurden also die *foi de homage* und alle andern persönlichen- und Ehrendienste abgeschafft, weiterhin die Leistung von *aveux et dénombrements*, die *terriers*-Erklärungen in ihrer alten Form,<sup>8</sup> die *saisie féodale et censuelle*, das *droit de commise*,<sup>9</sup> das *droit de prélation*, der *retrait féodal*,<sup>10</sup> sowie alle derartigen Rechte. Dagegen behielt der Seigneur weiterhin das Recht, ein *terrier* auf Kosten der Hintersassen anfertigen zu dürfen, jedoch nicht mehr in der alten, sondern in der gewöhnlichen bürgerlichen Form.<sup>11</sup>

Der zweite Teil dieses Gesetzes bestimmte die Unterdrückung aller der Rechte und Formen, die aus der *seigneurialen* Macht hergeleitet werden konnten. Zu diesen gehörten die *mainmorte personnelle* und *réelle* sowie alle Rechte, die eine Auswirkung der ersteren waren; dazu gehörten auch die *taille personnelle*, die *corvée personnelle*, selbst die Bannrechte und Monopole, sobald ihr reeller Charakter vom Seigneur nicht nachgewiesen werden konnte.<sup>12</sup>

Eine Schwierigkeit entstand nur in der Frage der *mainmorte réelle*; man hob zwar auch dieses Recht für die Zukunft auf, nicht aber, analog zur *mainmorte personnelle*, die Rechte, die sie repräsentierten. Die ihr unterworfenen Güter blieben weiterhin den reellen Lasten sowie den als reell angenommenen persönlichen Diensten, mit denen sie vorher belastet waren, unterworfen. Das war ein Widerspruch zum Wortlaut des Dekrets vom 11. August 1789. Die Rechte, die an Stelle der *mainmorte réelle* gesetzt worden waren, blieben in vollem Umfange erhalten; sie wurden aber, wenn sie *excessif* waren, auf die am Ort übliche oder von der *coutume* vorgeschriebene Quote redu-

---

7. Dekret vom 15.—28. März 1790, *titre premier*, Art. 1.

8. Art. 2.

9. Art. 7.

10. Art. 10.

11. Art. 4.

12. *titre II.*, Art. 1 und Art. 2, Art. 8, 9, 10 ff.—23

ziert.<sup>13</sup> Diese Bestimmung bezog sich hauptsächlich auf die Befreiungsakte der mainmortabeln mit ihren Seigneuren. Diese Akte behielten ihre volle Geltung. Die mainmorte wurde also in reelle Lasten umgewandelt und blieb somit weiter bestehen. Nicht ohne heftigen Widerspruch einiger Abgeordneten wurde diese Bestimmung angenommen. So bezeichnete z. B. Populus diese Art der Merlin'schen Begründung als eine Zerstörung des 4. August und protestierte dagegen. Aber Tronchet wußte Merlin geschickt zu sekundieren mit der Behauptung, daß aus einem fonds en mainmorte réelle sehr wohl ein Zinsland habe gemacht werden können. Im Übrigen aber dürfe man sich zum Zwecke der Entscheidung dieser Frage nicht in die „ténèbres“ der Geschichte versenken.<sup>14</sup>

Das bedeutete einen Schritt nach rückwärts; was der Constituante im August 1789 als logisch erschienen war, besaß für sie im März 1790 keine Gültigkeit mehr.<sup>15</sup> Es erscheint uns heute kaum noch glaubhaft, daß diese Thesen von Männern vertreten worden sind, die sich ein Jahr vorher als eifrige Bekämpfer der Feudalität erwiesen haben, von einem Ausschuß, der sich in seiner überwiegenden Mehrzahl aus Abgeordneten des dritten Standes zusammensetzte.

Über die Rechtmäßigkeit der reellen Rechte war sich die Constituante von vornherein klar. Sie wurden als Preis und Bedingung von concession de fonds angenommen und mußten abgelöst werden.<sup>16</sup> Gemäß der allgemeinen Regel hatte der Grund-

---

13. titre II, Art. 3 und 4.

14. Moniteur Bd. 3, S. 482, 27. Feb. 1790, Arch. parl. Bd. 11, S. 725/26.

15. Sagnac, la législation civile de la Révol. franç. S. 100.

16. Art. 2. Et sont présumés tels, sauf la preuve contraire: 1. Toutes les redevances seigneuriales annuelles en argent, grains, volailles, cire, denrées ou fruits de la terre servies sous la dénomination de cens, censives, curcens, capcasal, rentes féodales, seigneuriales et emphytéotiques, champart, tasque, terrage, arage, agrier, complant, soeté, dimes inféodées, ou sous toute autre dénomination quelconque, qui ne se payent et ne sont dues que par le propriétaire ou possesseur d'un fonds. tant qu'il est propriétaire ou possesseur, et à raison de la durée de sa possession; 2. Tous les droits casuels qui, sous les noms de quint, requint, treizième, lods et treizains, lods et ventes, ventes et issues, mi-lods, rachats, venterolles, reliefs, relevoisons, plaids, et autres dénominations, quelconques, sont dus

herr, beziehungsweise der Grundgläubiger — denn das war er durch die Transformation geworden — aber nicht den Beweis der Rechtmäßigkeit seiner Forderung zu erbringen, sondern der Schuldner hatte zu beweisen, daß er nichts schulde. Alle Streitigkeiten über Existenz und Quote eines als reell angenommenen Rechtes wurden entschieden nach den bisher in Geltung gewesen und erlaubten Regeln.<sup>17</sup>

Die Ablösung war fakultativ; deshalb wurde jeder Gemeinde-, jeder Distrikts- und Departementsverwaltung streng untersagt, die Erhebung irgendeines vom Seigneur reklamierten Rechtes zu verbieten und sich in die Streitigkeiten der Einzelnen mit ihren Seigneuren einzumischen.<sup>18</sup> Für die Grundherren, deren Archive und titres während der Wirren der Jahre 1789/90 verbrannt oder vernichtet worden waren, setzte die Constituante fest, daß diese ihre titres bezüglich der reellen Rechte auf Grund einer Akte oder eines Zeugnisses über dreißigjährigen Besitz, der von 6 beziehungsweise 10 Zeugen bestätigt sein mußte, innerhalb von 3 Jahren erneuern könnten. Auch diejenigen Grundherren, welche zum Verzicht auf irgendwelche Rechte gezwungen worden waren, konnten innerhalb von 3 Jahren eine Nichtigkeitserklärung des betreffenden Aktes ablegen.<sup>19</sup>

Als sich die Constituante über die Begriffsbestimmung des neuen Grundregimes im klaren war, und als jeder Hintersasse

---

à cause des mutations survenues dans la propriété ou la possession d'un fonds, par le vendeur, l'acheteur, les donataires, les héritiers et tous ayants cause du précédent propriétaire ou possesseur' 3. Les droits d'acapte, d'arrière-acapte et autres semblables, dus tant à la mutation des ci-devant seigneurs qu'à celle des propriétaires ou possesseurs.

17. Art. 3. Les contestations sur l'existence ou la quotité des droits énoncés dans l'article précédent seront décidées d'après les preuves autorisées par les statuts, coutumes et règles observées jusqu'à présent; sans néanmoins que, hors des coutumes qui en disposent autrement, l'enclave puisse servir de prétexte pour assujettir un héritage à des prestations qui ne sont point énoncées dans les titres directement applicables à cet héritage, quoiqu'elles le soient dans les titres relatifs aux héritages dont il est environné et circonscrit.

18. Art. 5.

19. Art. 6, 7, 8.



darüber Bescheid wissen konnte, was er bezahlen mußte und was er ablösen konnte, wurde die Einigung über den Ablösungsmodus und über die Ablösungsquote zur Notwendigkeit, damit endlich die Versprechung des 4. August in die Tat umgesetzt werden konnte. Diese Frage behandelte der zweite große Vortrag dieser Epoche; er wurde von Tronchet am 28. März 1790 vor der Constituante gehalten.<sup>20</sup> Tronchet machte nicht umsonst darauf aufmerksam, daß dieser Teil der Arbeit der schwierigste gewesen sei. Er nannte ihn ein unkultiviertes Gelände, das man erst habe urbar machen müssen. Die ungeheure Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der Regeln ohne zusammenfassende Basis, der Gesetze ohne bestimmtes Prinzip habe die Errichtung eines gänzlich neuen Gebäudes erforderlich gemacht. Diese Anspielung machte er nicht ohne Grund: sie war gerichtet an seine Gegner außerhalb der Versammlung. Wenn auch die Anteilnahme der Öffentlichkeit an der Diskussion der Feudalitätsfrage gering war, so fehlte es doch nicht an Leuten, die dem Comité Denkschriften überreichten, mit der Absicht, Anregungen zu geben und Vorschläge zu machen.<sup>21</sup> Diese bezogen sich jedoch mehr auf die Frage der Liquidation als auf die Definition der mit oder ohne Entschädigung zu unterdrückenden Rechte. Der Grund dafür ist ersichtlich: die Frage der Definition war mehr eine Angelegenheit der Juristen und Feudisten, und an solchen hat die Versammlung bekanntlich nie Mangel gehabt.

Die Auffassung, die Tronchet hier vor der Nationalversammlung vertrat, war nicht neu. Er hatte sie schon im September vertreten,<sup>22</sup> als die Frage laut wurde, ob man die Ablösung fakultativ oder obligatorisch, ob man sie kollektiv oder individuell gestalten solle. Seine damaligen Darlegungen waren zum großen Teil eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Ab-

---

20. Rapport du Comité féodal, par M. Tronchet; Arch. nat. AD IV, 24 und Arch. parl. Bd. 12 S. 387—401.

21. S. Bibl. nat. Lb<sup>39</sup>... (meist unbedeutend und anonym) und Arch. nat. AD VIIIc. 158.

22. Rapports faits au Comité féodal de l'Assemblée nationale par M. Tronchet sur le mode et le prix du rachat des droits féodaux et censuels non supprimés sans indemnité, (Arch. nat., AD IV, 23 und Arch. parl. Bd. 8 S. 619.

lösungsprojekten, die dem Comité im Laufe des August und September 1789 überreicht worden waren. So hat also auch dieser Rapport Tronchet's seine Vorgeschichte; eine kurze Betrachtung derselben ist notwendig und aufschlußreich für eine richtige Beurteilung des Gesamtwerkes des Comités.

Das besonders starke Interesse für die Ablösungsfrage zu jener Zeit ist durchaus verständlich, denn diese Frage war für viele eine regelrechte Existenzfrage. Es handelte sich darum, daß jegliche Entschädigung wertlos sein würde, wenn der Ablösungsmodus ein ungünstiger werden würde, und wenn der Grundherr nicht gleich ein Kapital in die Hand bekäme, das für ihn tatsächlich eine Entschädigung und einen Ersatz für seine Renten bedeutete. Noch schlimmer aber würden die Dinge liegen, wenn etwa der Idee einer allgemeinen, fast unentgeltlichen Ablösung stattgegeben würde, einer Idee, die außerhalb des Comités sehr stark in Erwägung gezogen wurde. Diese Gründe bestimmten wahrscheinlich auch Sieys, am 27. August 1789 vor die Nationalversammlung zu treten mit einer Denkschrift, deren Verfasser Comte d'Antraigues ist.<sup>23</sup> Sie ist die bedeutendste aller Denkschriften dieser Art. Sie wurde bereits am 25. August von d'Antraigues dem Comité überreicht.

D'Antraigues geht von dem Standpunkt aus, daß das Privateigentum Grundlage der Gesellschaft sei und deshalb als unverletzlich angesprochen werden müsse. Er stellt sich auf den Standpunkt derjenigen Feudalisten, die in den Feudalrechten einen legitimen Besitz sahen; sie seien es geworden auf Grund der Inféodations-Verträge und deshalb durch die Gesetze geheiligt. Er bedauert, daß die Ablösung durch die Gemeinden en corps verworfen werde, weil sie eine schnelle Liquidation der Rechte zur Folge haben und dem Besitzer auf einmal ein Kapital in die Hand legen würde, das für ihn wirklich eine Entschädigung bedeuten würde. Aus diesem Grunde vertritt er auch die Idee der solidären Ablösung, d. h. einer Ablösung, die sich nicht nur bezieht auf die censuellen und casuellen Rechte, sondern die darüber hinaus auch die Gesamtablösung eines solidären Zinslandes bedeutet.

---

23. Abgedruckt in Arch. parl. Bd. 8 S. 499 ff.

Die Denkschrift ist deshalb bedeutungsvoll, weil sie sich auf ein Beispiel bezieht, das sich bereits praktisch bewährt hatte und das deshalb nach d'Antraigues Ansicht der Nationalversammlung als Leitfaden und Vorbild dienen konnte.<sup>24</sup> D'Antraigues weist nämlich auf die Agrargesetzgebung des Königs von Sardinien in Savoyen hin, der durch sein Edikt vom Jahre 1771<sup>25</sup> „leichte und gemäßigte Regeln aufstellte, die selbst denen gerecht erschienen, deren Besitz sie transformierten“. Anscheinend war er von der Sorge geleitet, daß die Nationalversammlung zu einer allzu radikalen Unterdrückung des Feudalregimes schreiten könnte. Es schien ihm außer Zweifel zu sein, daß der Geist der Gerechtigkeit im Bunde mit dem Geiste der Freiheit ein von einer absoluten Gewalt unternommenes Werk noch zu vervollständigen vermöge, und daß eine Gerechtigkeit, die bereits den Untertanen des Despotismus widerfahren sei, einer freien Nation von ihren Vertretern erst recht nicht verweigert werden könne.

Auf wesentlich anderer, fast entgegengesetzter Grundlage stehen zwei weitere Schriften, deren Verfasser Boncerf und Boudin sind. Während D'Antraigues die Interessen der Seigneure mittels einer hohen und vorteilhaften Ablösung gewahrt wissen wollte, wünschten jene beiden eine fast unentgeltliche Befreiung. Besonders die eine dieser Schriften vertritt diesen Gedanken. Die Krone soll ihre direkten Vasallen unentgeltlich befreien; dafür sollten sich diese wiederum verpflichten, ihre Vasallen nun ebenfalls zu befreien. Die Befreiungsaktion sollte sich also von oben nach unten durch alle Glieder der feudalen Hierarchie fortsetzen; ihre konsequente Durchführung hätte ebenso sicher und schnell vor sich gehen können wie sie radikal gewesen wäre.

Die andere Schrift geht von demselben Prinzip aus; auch sie verlangt die unentgeltliche Befreiung der Kronvasallen, und die Operation soll sich ebenfalls von oben nach unten fortsetzen.

---

24. Das Edikt vom 19. Dezember 1771 ist der Denkschrift beigelegt.

25. S. a. a. O. Kap. V.

26. Arch. nat. AD XVIII. 158, Boudin: „Réflexions sur le rachat des droits féod.“

Aber im Unterschied zu der ersten Schrift gesteht sie den mittleren Gliedern der feudalen Kette eine Entschädigung zu. Diese Entschädigung soll aber nicht nach dem vollen Werte der Rechte bemessen sein, sondern nur nach dem Teil, der nach Abzug des von der Krone gemachten Geschenks übrig bleiben würde. So hätte also zum Beispiel das dritte obere Glied der feudalen Kette vom zweiten Glied nur den Betrag der Rechte abzulösen brauchen, den es dem zweiten Glied mehr schuldete als das zweite Glied dem ersten Glied, nämlich der Krone.<sup>27</sup>

Mit diesen Vorschlägen hat sich Tronchet in seinem Rapport vom 12. September kritisch auseinandergesetzt. Die erste Einwendung, die er gegen sie erhob lautet dahin, daß das Comité gar nicht kompetent sei zur Entscheidung von derartigen Fragen, wie sie die letzten beiden Broschüren aufgeworfen hätten. Die Denkschrift D'Antraigues würdigte er mit keinem Worte. Er wies darauf hin, daß der 4. August nur die Ablösung der Feudalrechte bestimmt habe und nichts anderes. Das Comité habe sich an jene Form zu halten, es sei nur das Vollzugsorgan der Dekrete der Nationalversammlung, nicht aber deren Richter und noch weniger deren Reformator.

Boncerf und Boudin hatten zur Begründung ihrer Vorschläge folgende Punkte ins Feld geführt: die Ablösung sei den Hintersassen verhaßt, weil sie bezahlen müßten, ohne Empfang einer Gegenleistung. Die Ablösung stoße in der Praxis auf eine Menge Schwierigkeiten, die meistens nicht überwunden würden, weil die Schuldner nicht die Mittel und oft auch nicht das Interesse und die Seigneure nicht den guten Willen dazu hätten; bei einer allgemeinen und unentgeltlichen Befreiung durch die Krone würden sich die Schwierigkeiten aber leicht beheben lassen, denn man würde sich dann nicht an der Variation der Gebräuche und Quoten der Rechte stoßen; man hätte dann vielmehr eine Gewähr für das baldige Verschwinden der Feudalität.

Gegen diese Gründe wandte sich Tronchet mit der Behauptung, daß die Ablösung für den Hintersassen oder den Vasallen keine Last sei, sondern ein Vorteil, weil der Güterwert dadurch

---

27. Boncerf „Moyens et méthodes pour éteindre les droits féodaux.“



steige. Ein „*affranchissement gratuit*“ wäre eine Verschleuderung des Nationalvermögens, das er auf Grund der jährlichen Einkünfte des Staates aus den Feudalrechten auf 3 Millionen L einschätzte, was ein Kapital von 60 Millionen L darstellte. Es bedeute eine Verschleuderung vor allem deshalb, weil die Hinterlassen kein Recht hätten, eine unentgeltliche Befreiung zu verlangen. Das hieße nichts anderes, als einer bestimmten Klasse von Staatsbürgern ein *don gratuit* zum Nachteil einer anderen Klasse zu machen. Eine weitere Folge wäre eine unverdiente Bereicherung der Zinsbauern und der Ruin einer Anzahl von Seigneuren, da viele derselben ihre Haupteinkünfte aus den Zinsländern zögen. Aber nicht nur die Seigneure wären im Nachteil, sondern auch die Besitzer der *alleux* sowie die Nichtgrundbesitzer überhaupt, da die in den Händen der Krone sich befindlichen Feudalrechte ein Kapital darstellten, das entlastend auf die Steuern wirke. Wenn man jene Einnahmequelle unterdrücke, so müsse man sie durch neue Steuern decken, die dann von der gesamten Bevölkerung getragen werden müßten. Durch die Annahme jener Prinzipien würde man sich also auch noch den Vorwurf der Ungerechtigkeit und ungleichmäßigen Behandlung zuziehen. Und mit welchem Recht könnte man schließlich überhaupt jemanden dazu zwingen, die Ablösung zu vollziehen — denn auf Zwangsablösung liefen die vorgeschlagenen Systeme ja hinaus —, wenn der Betreffende überzeugt sei, daß eine Ablösung nicht vorteilhaft für ihn sei oder daß er nicht die Mittel zu ihrer Ausführung in der Hand habe, fragte Tronchet schließlich. Ihn bekümmerte dabei in keiner Weise der Einwand, daß auf diese Art die Feudalität nur langsam verschwinden werde; mit einer Phrase ging er darüber hinweg: „Fürchtet man, daß die Verzögerung der Ablösung die Erinnerung und die Wirkung der Feudalität verewigen werde? *vaine terreur!* Es ist zerstört, jenes *régime féodal*, es ist endgültig zerstört, von jetzt ab durch den ersten Teil des Dekrets, der ausdrückt: „*le régime féodal est entièrement aboli*“. Darunter verstand er aber nur die Unterdrückung der Hoheitsrechte der Seigneure und der „*distinctions personnelles*“, nicht aber die Unterdrückung der reellen Rechte.

Tronchet hatte also im ersten Teil seines Rapports ganz all-

gemein die Richtung festgelegt; im zweiten Teil sprach er sich aus über die Form der Ablösung. Wie sollte diese durchgeführt werden? Die Einzelablösung sei sicherlich dem Besitzer von Feudalrechten sehr verhaßt; wie könne man aber eine Ablösung en corps durchführen und dabei den Anteil der einzelnen Zinsbauern bestimmen, da ja die Lasten von einem Grund zum andern wechselten? Der eine bezahle einen Geldzins, der andere Zins und Naturalien, der dritte champart usw.; die Art der Bezahlung sei also ganz verschieden. Deshalb könne die Ablösung nicht durch die Gemeinden selbst, sondern nur auf Grund der einzelnen Zinsverträge vor sich gehen. Außerdem würde ein Verfahren, das die Gemeinden zur Ablösung der auf ihrer Markung lastenden Grundrechte zwingen würde, nichts anderes bedeuten als ein Zwang zur Aufnahme drückender Anleihen. Daraus würde sich dann auch die Zwangsablösung ergeben, während doch die Grundlasten nur als ablösbar erklärt worden seien. Für diese bestehe also die Möglichkeit der Ablösung, aber keine Verpflichtung dazu; infolgedessen müsse die Ablösung der Gemeinden en corps verworfen werden.

Aus der Zwangslosigkeit der Ablösung resultiere dann auch, daß der Ablösende keinen hindernden Bestimmungen unterworfen sei. Maßgebend für die einzelnen Operationen sollten die Grundverträge sein. Jeder Grundvertrag sei ein Sondervertrag, der mit einem andern nichts gemein habe. Ein Besitzer, der verschiedene Grundstücke auf Grund verschiedener Verträge besitze, stelle ebensoviele Ureigentümer dar als er Verträge besitze, und dementsprechend könne nach seiner Auffassung jeder einzelne Vertrag für sich liquidiert werden. Wie sei es aber, wenn der umgekehrte Fall vorliege? Wenn also ein Besitzer nur Teilhaber an einem Zinsvertrag sei, wenn er sich mit einem andern in den Besitz einer gewissen Grundfläche teile und somit für die Feudallasten solidarische Haftung bestehe — ändere das etwas am Prinzip? Nein. Denn wenn man einem der cotenanciers, die einer directe solidaire unterworfen sind, erlauben würde, nur die Rechte abzulösen, die auf dem ihm gehörenden Besitz lasten, so bedeute das eine Verletzung der obersten Regeln der Gerechtigkeit. Alle Bedingungen des Vertrags, die

einen Besitz bestimmen, bilden einen Teil des Besitzes selbst. Trenne man aber von einem Besitztum eine ihm anhaftende Eigenschaft, die einen Vorteil für das Besitztum bedeute, dann ändere, denaturiere man es. Die Solidarität der Grundlasten sei sicherlich eine vorteilhafte Zugabe jenes Besitzes; sie sei die Bedingung *sine qua non*, d. h. die ursprüngliche *concession de fonds* fand in dem betreffenden Falle nur unter dieser Bedingung statt. Daraus folge, daß der Besitzer eines Lehens nicht gezwungen werden könne, von einem solidären Grund die getrennte Ablösung anzunehmen.

Was aber solle geschehen, wenn die *co-tenanciers* sich nicht auf das Prinzip der gemeinsamen Ablösung einigen könnten? Dann solle derjenige, der seinen Grund ablösen will, die Ablösung für alle seine *co-tenanciers* ausführen und sich die Grundrechte des *Seigneurs* auf das betreffende *directe* als Pfand für die übernommene Schuld der andern übertragen lassen. Die weitere Regelung solle dem betreffenden Hintersassen überlassen bleiben.

Auf Grund dieses Prinzips ergab sich nach der Meinung *Tronchets* auch, daß bei der Ablösung eines Zinslandes die *droits fixes* nicht getrennt von den *droits casuels* getilgt werden könnten; denn der frühere Besitzer hatte seinen Grund nur veräußert unter der doppelten Bedingung, daß er eine jährliche Rente erhalte und die gelegentlichen Abgaben, eben die *droits fixes* und die *droits casuels*. Diese zwei Bedingungen galten als ein untrennbares Gesetz, das ein Vasall zugleich mit der Übernahme des Besitzes anerkannte. Also konnte er auch nicht befreit werden ohne eine ungeteilte Ablösung der unteilbaren Bedingungen, unter denen die Erwerbung stattgefunden hatte. Jene Bedingungen waren ein Recht, das kein Gesetz jemals zerstören kann, „selbst nicht unter dem Vorwand der *utilité publique*, es sei denn nach einer ganzen und vorherigen Entschädigung“. Aus diesem Satz wagte aber *Tronchet* die sich aufzwingende logische Konsequenz nicht restlos zu ziehen. Er gestand zu, daß die Ablösungsoperation auf große Schwierigkeiten stoßen, ja manchmal unmöglich sein würde, wenn man etwa den auf einer solidären *directe* ansässigen Zinsbauer nötigen würde,

nicht nur die *droits fixes* der gesamten *directe*, sondern auch die gesamten *droits casuels* seiner Mit-Hintersassen abzulösen.<sup>28</sup>

Diese Auffassung Tronchets hat sehr bald eine scharfe Kritik erfahren. Die Unhaltbarkeit mancher von ihm vertretenen Punkte liegt auch auf der Hand. So wandte sich Boudin energisch gegen alle von Tronchet zur Ablehnung der beiden erwähnten Schriften herausgestellten Gründe.<sup>29</sup> Er führte aus: selbst wenn der Staat aus den Feudalrechten jährlich 30 Millionen L. anstatt nur 3 Millionen L. — wie Tronchet auf Grund der Schätzung des Finanzcomités angab — ziehen würde, sollte man doch nicht zögern, jene Rechte zu opfern. Auch den andern Einwand, daß die durch ein *affranchissement gratuit* der Krone wegfallende jährliche Einnahme durch neue Steuern gedeckt werden müsse, und daß die Ablösung nur der Klasse von Besitzern nützen würde, die in die Kette der feudalen Hierarchie eingeflochten sei, nicht aber den Besitzern der *alleux*, wies er mit der Bemerkung zurück, daß es doch die Aufgabe der Nationalversammlung sei, einer bedrückten Klasse Erleichterung zu verschaffen; die *Franc-alleutiers* (Besitzer von Freilehen) hätten ja ohnehin schon den großen Vorteil, nie unter dem Regime gelitten zu haben.

Sich ernsthaft auf derartige Einwände zu stützen, wie Tronchet sie angeführt habe, und diese auch noch mit soviel Wohlgefallen zu entwickeln, bedeute nichts anderes, als zu der geringen Kenntnis der Übel, welche die Feudalität im Gefolge habe, auch noch eine große Sorglosigkeit über ihre Zerstörung hinzuzufügen. Mit dieser Bemerkung hatte Boudin durchaus recht.

Zum Schluß sprach Boudin sein besonderes Bedauern darüber aus, daß man seinem Ratschlag, die Verhältnisse in Savoyen einer genauen Untersuchung zu unterziehen — was ja auch d'Antraigues schon empfohlen hatte — und die dort gemachten Erfahrungen für Frankreich nutzbar zu machen, nicht Folge geleistet habe.

---

28. s. den großen rapport vom 12. September 1789, zit.

29. Arch. nat. AD. IV 24, *Nouvelles réflexions sur le rachat des droits féodaux pour servir de réponse au rapport fait par M. Tronchet.*



Man kann es gleich vorwegnehmend sagen, daß die Constituante niemals versucht hat, sich durch das Savoyen'sche Beispiel inspirieren zu lassen; im Gegenteil, sie hat höchstwahrscheinlich geflissentlich vermieden, vor allem bei der Frage der Privatablösungen, aus jenem Beispiel irgendeine Lehre zu ziehen. Man hat den Eindruck, als glaubte sie gerne der Versicherung Brillat-Savarins: „Ich habe die Gemeinden unter der Art und Weise, wie sich dort die Ablösung vollzogen hat, seufzen hören; die jetzige Generation ist elender als vor der Ablösung.“<sup>30</sup> Tronchet hat sich mit dem Prinzip der fakultativen Ablösung darüber hinweggesetzt und sie mit der Bemerkung verteidigt: „In einem Land wie Frankreich scheint die Ablösungsoperation en masse unmöglich zu sein.“<sup>31</sup>

Die Einwände Boudins vermochten weder das Comité féodal noch Tronchet zu überzeugen. Dieser blieb seiner alten Idee treu und legte sie der Versammlung in seinem Rapport am 28. März 1790 in präziser und überzeugender Form dar. Alle Fragen, die er früher aufgeworfen hatte, bejahte er nochmals mit aller Entschiedenheit; nur in der Frage der solidären Ablösung überließ er es der Versammlung, die volle Konsequenz zu ziehen.

Wie die Constituante die Idee Merlins angenommen hatte, so machte sie sich auch die Tronchet's zu eigen. Sie fügte sie ein in eine große Gesetzesserie, die zugleich die Märzdekrete vervollständigte.<sup>32</sup>

Die von der Constituante akzeptierten allgemeinen Prinzipien der Ablösung sind folgende: jeder Zinsbauer kann die auf seinem Grunde lastenden Feudalrechte unabhängig von den andern Bewohnern der Grundherrschaft ablösen unter der Voraussetzung, daß das betreffende Gut nicht solidarisch mit einem andern zusammenhängt. Auch darf der Ablösende nicht etwa die *droits fixes* allein ablösen, sondern er muß mit diesen zugleich auch die *droits casuels* tilgen.<sup>33</sup> Für die Güter der *directe*

---

30. S. *Moniteur* Bd. 4 S. 191 ff.

31. *ibid.* S. 197 (Diskussion der Ablösungsgesetze).

32. *Décret général sur les principes, le mode et le taux du rachat des droits seigneuriaux*, 3. bis 9. Mai 1790.

33. *ibid.* première division, Art. 1 und 2.

solidaire wurde bestimmt: hängt ein Grundstück mit einem andern oder mehreren zusammen, so kann der einzelne Besitzer die auf seinem Grund lastenden Rechte nicht allein ablösen; er muß vielmehr, wenn die andern co-tenanciers die Ablösung nicht mit ihm zusammen vornehmen wollen, die gesamten, auf allen solidarisch verbundenen Grundstücken lastenden droits fixes ablösen. Nach dieser Operation gehen die Rechte des früheren Grundherrn auf den Ablösenden über; die andern co-tenanciers können dann die betreffenden Rechte unabhängig voneinander von letzterem ablösen.<sup>34</sup> Jedoch ist derjenige, der als erster zur Ablösung seines solidären Grundstückes schreitet, nicht verpflichtet, die gesamten droits casuels zu tilgen, sondern nur die, welche auf seinen Besitz entfallen.<sup>35</sup>

Wenn man zurückblickend diese Tat der Revolution noch einmal genau betrachtet, dann könnte man sich eigentlich mit Recht fragen, ob diese Tat auch wirklich revolutionär war. Diese Definitionen können für die damalige Zeit als juristische Glanzstücke gelten, revolutionär waren sie nicht. Sie waren das Werk von Juristen und Feudisten, die im ancien régime groß geworden waren, die noch in den Prinzipien der alten Gesetze lebten und dachten und sie, wie etwa Merlin,<sup>36</sup> mit Leidenschaft verteidigt hatten. Sie wollten jetzt eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen, aber sie waren dabei nicht fähig, sich von der alten Ordnung freizumachen. Sie wandten die traditionellen Definitionen an. Sie konnten sich nicht entschließen zu einer Zielsetzung, die das Alte radikal veränderte. So haben sie denn nicht mit dem alten Recht gebrochen, sondern sie haben die neue Ordnung aus der alten Struktur hergeleitet. In Zweifelsfällen haben sie immer wieder die Feudistenliteratur zu Hilfe genommen: Dumoulin, Dumolard, Pansey, Bohier u. a. Oder sie haben sich in Spezialfällen nach den Bestimmungen der coutumes und der Rechtsprechung der Parlamente gerichtet, die im ancien régime im allgemeinen der Feudalität sehr günstig gesinnt waren. So z. B. bei Feststellung von lokalen Rechten

---

34. Art. 4.

35. Art. 5.

36. Lefebvre, les paysans du Nord... S. 158.

personeller Natur. Ja sie haben nicht einmal vermocht, die Wirkungen der Maxime „Nulle terre sans seigneur“ aufzuheben; auch das Recht der enclave behielt in bezug auf reelle Rechte seine Wirkung. Alle Streitigkeiten über die Existenz oder Quote eines als reell angenommenen Rechtes sollten auch in Zukunft entschieden werden nach den bisher durch die Statuten, coutumes und andern feudalen Regeln erlaubten Beweisen; jene Maxime war aber doch auch da, wo sie bisher uneingeschränkt geherrscht hatte, eine anerkannte Regel.

Vergleicht man das mehr als 20 Jahre vor der Revolution von den Physiokraten vertretene Programm mit den tatsächlichen Errungenschaften unter der Constituante, so wird man erkennen, daß die Physiokraten zu Beginn ihres Kampfes gegen die Feudalität weit radikaler eingestellt waren als es die Revolution selbst nach ihrem Siege über dieselbe war. Besonders deutlich wird das, wenn man eine Parallele zieht zwischen den Sätzen, die einst Boncerf 1776 für die Liquidation des Feudalwesens aufgestellt hatte. Die Physiokraten hatten obligatorische Ablösung gefordert und von den Seigneuren den Beweis ihrer Rechte verlangt. Die Constituante dagegen machte die Ablösung fakultativ; sie erklärte sich als Feind aller Zwangsmaßregeln, ließ den Seigneuren ihre titres und verbot selbst den Gemeinden-, Distrikts- und Departementsverwaltungen, die Erhebungen der von den Seigneuren reklamierten Abgaben zu verhindern. An der Spitze ihres Werkes stand das Wort Freiheit; aber diese würde auch der Feudalität wahrscheinlich noch ein langes Leben gesichert haben, hätten nicht unvorhergesehene Ereignisse eine andere Entwicklung bedingt.

Was man im ancien régime für eine Unmöglichkeit gehalten hatte, wurde in der Revolution zur Wirklichkeit. Bis an die Schwelle der Revolution haben sich die gesamten oberen Stände mit größter Hartnäckigkeit für ihre Feudalrechte eingesetzt. Der Kampf um die Erhaltung der Feudalität als Grundlage ihrer sozialen Stellung und ihrer Stellung im Staat hatte sie geeinigt. Der Kampf gegen die Feudalität hatte den gesamten dritten Stand 1789 gegen die Privilegierten geeinigt. Ein Jahr später gingen Adel und dritter Stand gemeinsam in fast völliger Übereinstimmung an die Reformierung der Feudalität. Gemein-

sam legten sie mit der soeben behandelten Agrargesetzgebung den Grundstein zu einer neuen großen Epoche. Aber die Constituante erkannte damals noch nicht, wieviel Zündstoff, der jeden Augenblick das Gebäude zu sprengen drohte, sie zugleich mit auf den Grund legte; erst die Zukunft sollte das aufzeigen. Sie glaubte ihr Werk vollendet, in Wirklichkeit steckte es erst in seinen Anfängen. Wenige Angelegenheiten sollten ihr noch soviel Sorgen bereiten wie die feudale Frage.

Es leuchtet ein, daß das Werk der Constituante in seiner alles andere als revolutionären Form die Erwartungen nicht erfüllen konnte, zu denen man nach dem 4. August berechtigt war. Es bedeutete einen Rückschritt hinter diesen Tag. Der 4. August war nur der Höhepunkt eines Sieges, der eine gänzlich veränderte Sachlage schuf. Als der Adel mit soviel Enthusiasmus von seiner Höhe zum dritten Stand herabstieg, konnte man sich leichter die Hand zur Versöhnung reichen, weil man endlich auf dem Boden der politischen Gleichheit und Gleichberechtigung stand. Jetzt aber hatte die Masse ausgedient; man hielt die Zeit nun endlich für gekommen, jenes armselige, ungehorsame Volk, das keine Steuern mehr bezahlen wollte und von Zeit zu Zeit sogar Schlösser plünderte, zur Pflicht gegen den Staat zurückzurufen — und wenn das nichts nützte, dem Ungehorsam die *loi martiale* entgegenzusetzen.



## Elftes Kapitel.

### Das Verfahren der Ablösung.

Die März- und Maigesetzgebung war scheinbar umfassend und eindeutig; in Wirklichkeit aber war sie nur grundlegend und richtunggebend. Daß die Arbeit für den Gesetzgeber noch nicht beendet war, zeigten sehr schnell die folgenden Monate, als es galt, die Theorie in die Praxis umzusetzen. In einem Rundschreiben vom 30. August 1790 heißt es: „Es ist unmöglich, alle Umstände und alle Schwierigkeiten vorausszusehen; es ist noch unmöglicher, feste Regeln aufzustellen, da das Feudalregime, die Bestimmungen der coutumes, und die verschiedenen Klauseln sowie die Natur der Akten und der Rechte allzu große Verschiedenheiten aufweisen.“<sup>1</sup>

Ein System aufzustellen, das lebensfähig und funktionsfähig war, war ein dringendes Gebot im Interesse der Erhaltung der staatlichen Ordnung. Die Frage der Feudalität war am 4. August und auch schon vorher eine Frage des Volkes; jetzt wurde ihr Schwerpunkt allmählich verschoben. Er rückte immer mehr in den Interessenkreis des Staates selbst. Was früher hauptsächlich eine Angelegenheit zwischen den Seigneuren und ihren Vasallen und Hintersassen gewesen war, wurde jetzt mit zu einer Sache des Staates. Die Interessen der Seigneure wurden mit denen des Staates solidarisch.

Am 2. November 1789 stellte die Nationalversammlung die Kirchengüter der Nation, beziehungsweise dem Staate zur Verfügung. Die Güter wurden unter den Schutz des Gesetzes, der

---

1. Circulaire des administrateurs généraux des domaines aux directeurs de l'Administration des domaines sur l'exécution de l'article 4 du décret du 3 juillet 1790.

Tribunale, der *assemblées administratives* und der Gemeinden gestellt. Die Verwaltung dieser Güter, die anfänglich noch in den Händen der Kirche gelegen hatte, ging im Lauf des Jahres 1790 an die Distrikte und Departements über.<sup>2</sup> Als nun im Mai die Constituante ihr großes Ablösungsgesetz erlassen hatte, und die große Liquidationsoperation beginnen konnte, fiel unter die abzulösenden Rechte auch ein großer Teil, der der Nation gehörte. Nicht nur die Kirchengüter, sondern auch die geistlichen Lehen und die *mouvances ecclésiastiques*, d. h. die von der Kirche abhängigen Zinsländer gingen in den Besitz des Staates über. An die Verwaltung dieser Güter knüpfte sich naturgemäß auch die Funktion, die Ablösung der in den Besitz der Nation übergegangenen Rechte zu überwachen und zu ermöglichen. Diese Überwachungskommission waren die Distrikts- und Departementsverwaltungen. Zu ihrer Aufgabe gehörte auch, die Erhebung der im Besitz der Nation befindlichen Feudalrechte zu überwachen. Mit ihrem Einverständnis und nach ihren Anweisungen mußten die Angelegenheiten in Sachen der Feudalrechte ausgeführt werden; die aus den Ablösungen erzielten Summen mußten ihnen zur Weiterleitung an die *Caisse de l'Extraordinaire* zugewiesen werden. Diese Kasse wurde durch das Dekret vom 21. Dezember 1789 geschaffen; in sie sollten alle Einnahmen aus der *contribution patriotique* und überhaupt alle außergewöhnlichen Einnahmen fließen; so der Erlös aus den Nationalgütern, den Feudalrechten, den Ablösungen usw. Sie war die berühmte Wunderquelle, aus der sich der Staat die folgenden Jahre hindurch speiste; sie ermöglichte es ihm, auf altgewohnte Repressalien, die man bisher bei der Steuererhebung anwenden mußte, zu verzichten und an ihre Stelle eine gewisse Freiheit und Nachlässigkeit zu setzen, die bisweilen soweit ging, daß überhaupt keine Steuern mehr bezahlt wurden.

Als nun die Constituante durch die Mai- und Julidekrete des Jahres 1790 die große Veräußerungsoperation des neu-erworbenen nationalen Vermögens einleitete, fiel unter die Verkaufsobjekte eine Klasse von Gütern, die nicht in Grund und Boden bestand, sondern in Feudalrechten, die sich an die kirch-

---

2. s. Dekret vom 14.—16. und 20.—22. April 1790.

lichen Zinsländer hefteten. Sie stellte die Ablösung dieser Rechte frei und ermutigte nicht nur dazu, sie bot auch jene Rechte an Gemeinden und an Einzelne zum Verkauf an, um diese Art von Besitz bald los zu werden und eine schnellere und sicherere finanzielle Hilfsquelle aus ihnen machen zu können. Diese Art von Gütern fiel in die zweite und dritte Klasse der Nationalgüter; sie sollten, wenn die Rechte in Grundlasten en nature bestanden, um den 20fachen jährlichen Reinertrag veräußert werden; bestanden diese Rechte als Anspruch auf Geld, dann sollten sie für den 15fachen jährlichen Reinertrag verkauft werden.<sup>3</sup> Die Erwerbsbedingungen waren sehr günstig. Sie wurden endgültig festgesetzt durch das Dekret vom 3. November 1790. Für alle nach dieser Zeit stattfindenden Verkäufe sollten vor der Besitzübernahme im Monat der gerichtlichen Zuerkennung 2 Zehntel anbezahlt werden, in den folgenden drei Monaten je 1 Zehntel, die 5 andern Zehntel in Abständen von 6 Monaten; die gesamte Zahlung mußte also innerhalb von 2 Jahren und 10 Monaten geleistet werden.

Als Schätzungsgrundlage für die *droits fixes* sollten die Pachtverträge der letzten Jahre dienen; andernfalls sollte die Ablösungssumme durch Schätzung von Sachverständigen ermittelt werden. Die Feststellung der auf einem Gute lastenden *droits fixes* bot keine großen Schwierigkeiten; diese stellten sich erst ein, wenn man den genauen Wert der *droits casuels* ermitteln wollte. Wie sollte man den Wert eines Rechtes festlegen, dessen Fälligkeit eigentlich nie vorausszusehen war, und dessen Quote von Ort zu Ort wechseln konnte und auch tatsächlich wechselte? Das Dekret vom 3. Mai hatte allgemeine labile Sätze dafür aufgestellt. Für Grundstücke, die mit Veräußerungsrechten belastet waren, deren Quote die Hälfte des Verkaufspreises betrug, sollte die Ablösungssumme 5 Sechzehntel des Rechtes betragen; betrug die Quote 1 Drittel des Verkaufspreises, so belief sich die Ablösungssumme auf 5 Fünfzehntel des Rechtes, bei 1 Viertel auf 5 Vierzehntel, bei 1 Fünftel auf 5 Dreizehntel, bei 1 Sechstel auf 5 Zwölftel, bei 1 Achtel auf

---

3. s. Dekret vom 14.—17. Mai, 9.—25. Juli 1790 und Dekret vom 3. November 1790.

5 Elftel; bei allen Grundstücken, deren Quote 1 Zwölftel oder noch weniger war, sollte die Ablösungssumme der *droits casuels* die Hälfte des Rechts betragen.<sup>4</sup> Diese Sätze galten aber nur, wenn der Wert eines Grundstücks ermittelt war. Dadurch wurde die Feststellung der Ablösungssumme dieser Rechte zu einer sehr künstlichen Konstruktion. Die festgesetzten 7 Klassen sollten den Quoten entsprechen; man nahm an, daß sie je nach der Höhe ihrer Quote in einer gewissen Anzahl von Jahren fällig würden. War die Quote der *droits casuels*, mit denen ein Grundstück belastet war, sehr hoch, so wurden erfahrungsgemäß diese Rechte nicht so oft fällig als wenn sie niedriger waren, weil ein hoher Satz für den Güterumsatz hinderlich war. Für die erste der genannten Klassen, in der als Quote die Hälfte des Verkaufspreises eingesetzt war, nahm man an, daß dieses Recht innerhalb von 80 Jahren einmal fällig werde. Für die andern 6 Klassen wurde ihrer Reihenfolge nach ein Abstand von je 5 Jahren als nächster Verfallstermin festgesetzt, so daß demnach ein Recht, dessen Quote 1 Zwölftel betrug, alle 50 Jahre fällig werden mußte. Wenn man jede der erwähnten Quotenklassen, beziehungsweise den ihnen zugrunde gelegten Ertrag aus den Rechten, durch die Zahl der Jahre, nach denen man ihre Fälligkeit annahm, teilte, kam man auf die durchschnittliche Jahreseinnahme, die dem betreffenden Recht entsprach. Um dann schließlich das Ablösungskapital zu finden, brauchte man den errechneten Jahresertrag nur mit 25 zu multiplizieren. Zu den erwähnten Sätzen von 5 Sechzehntel, 5 Fünfzehntel usw. war man auf Grund dieses Verfahrens gelangt ( $\frac{1}{80} \cdot 25 = \frac{5}{16}$ ,  $\frac{1}{75} \cdot 25 = \frac{5}{15}$ ).<sup>5</sup> Um möglichst viele Interessenten für den Erwerb von Grundrenten anzulocken, wurde das Verkaufsangebot bedeutend unter den Ablösungsbetrag erniedrigt. Während der Ablösende für Grundlasten, die in Naturalien bestanden, den 25fachen jährlichen Rentenwert bezahlte, brauchte ein Käufer solcher Rechte nur den 20fachen, beziehungsweise 15fachen

---

4. Dekret vom 3. Mai, Abt. IV, Art. 25.

5. s. Instruction par le comité d'aliénation aux directoires de département sur le mode de l'évaluation des *droits casuels*, du 29 janvier 1791 vgl. rapport de Tronchet v. 28. März 1790; Arch. parl. Bd. 12, S. 394.



Wert bezahlen. Letzterer Wert wurde festgesetzt, wenn die Grundrenten nicht in Naturalien, sondern in Geld bestanden. Diese Sätze waren die gesetzlichen Regelungen; sie kamen nicht nur bei staatlichen Ablösungen in Anwendung, sondern auch bei Privatablösungen, wenn eine Ablösung à l'amiable nicht zustande kam.

Um die Ablösungen zu erleichtern und zu beschleunigen, gestattete die Nationalversammlung bald allen Besitzern von Lehen oder Zinsländer in der Klasse der Nationalgüter, die auf diesen lastenden Grundrechte getrennt abzulösen. So konnten also die betreffenden Zinsbauern ihre *droits fixes* getrennt von den *droits casuels* ablösen. Dieses Recht hatten auch diejenigen, welche Grundschuldner derer waren, die Feudalrechte käuflich von der Nation erworben hatten.<sup>6</sup> Durch ein weiteres Dekret vom 20. März 1791 gestattete die Nation fernerhin ihren Grundschuldnern die getrennte Ablösung der *droits fixes*, soweit sie die solidäre Haftung betrafen. Folglich konnte der Zinsbauer trotz herrschender Solidarität seine Renten unabhängig von den andern Mitschuldnern ablösen.<sup>7</sup> Die Ablösungssätze blieben in der durch die Gesetzgebung vom Mai 1790 festgelegten Höhe bestehen. Geldlasten waren auf dem Fuß des *denier* 20 abzulösen; wenn man sich also von einer jährlichen Grundrente in Höhe von 10 L. befreien wollte, so betrug die Ablösungssumme 200 L. Die Ablösung der Feudallasten *en nature* geschah auf dem Fuß des *denier* 25. Der Preis wurde folgendermaßen festgesetzt: man nahm die Marktpreise der betreffenden Getreideart von den der Ablösung vorangehenden 14 Jahren als Grundlage, zog die Preise der zwei höchsten und der zwei niedrigsten Jahre davon ab und berechnete daraus das Normaljahr. Als Marktpreis wurde immer der dem betreffenden Orte am nächsten liegende Markt angenommen. Der 25fache Betrag dieses Normaljahrs bildete die Ablösungssumme. Die Summe brauchte nicht auf einmal bezahlt werden; die Ablösenden durften denselben Zahlungsmodus in Anspruch nehmen, der den Erwerbern von feudalen Grundrechten zugestan-

---

6. Dekret vom 14.—19. November 1790.

7. Dekret vom 9.—20. März 1791, Art. 15.

den wurde. Die Summe war also zu zahlen innerhalb von 2 Jahren 10 Monaten. Die Ablösungssumme der als reell festgestellten Bannrechte wurde folgendermaßen festgesetzt: wollte sich eine Gemeinde vom Mahlbann befreien, so wurden zunächst zwei Sachverständige ernannt, der eine von der Gemeinde, der andere von der Regie; beide mußten schätzen, welchen Verlust der Müller etwa jährlich erleide, wenn die Einwohner vom Mahlbann befreit wären. Wurde der Ausfall auf 200 L. geschätzt, so mußte als Befreiungssumme 4000 L. bezahlt werden. War das Bannrecht gegen Geld eingesetzt worden und ging es nicht auf *concession de fonds* zurück, so hatte die Gemeinde nur die betreffende Geldsumme zurückzuzahlen.<sup>8</sup>

Auch den einstigen Lehnbesitzern kam die Nation weitgehend entgegen. Sie konnten die auf ihrem Lehen lastenden *droits casuels* getrennt in beliebigen Teilen ablösen unter der gleichzeitigen Voraussetzung, daß sie die gesamten *droits fixes* auf einmal ablösten. Diese Bestimmung wurde selbst auf die Lehen ausgedehnt, von denen andere Lehen oder Zinsländer abhingen, vorausgesetzt, daß die *inféodation* jener Zinsländer durch den Besitzer des Oberlehens selbst vorgenommen worden war; außerdem mußten die betreffenden Lehen in Gegenden liegen, wo das Oberlehen kein direktes Nutzrecht auf die Objekte bewahrte, die vom Besitzer des Afterlehens in Zinspacht vergeben worden waren; schließlich mußte es sich mit den Bestimmungen über das *jeu de fief*, die je nach *coutume* verschiedenen waren, vereinbaren lassen.

Wenn auch die Constituante die Ablösung für das unterste Glied der feudalen Kette für fakultativ erklärt hatte, so glaubte sie doch die Interessen der *Suzeraines* dadurch wahren zu müssen, daß sie die Ablösung nach oben hin obligatorisch machte, sobald das unterste Glied die Ablösung vollzogen hatte. Der Lehnbesitzer, der von seinen Hintersassen Ablösungen erhalten hatte, war also verpflichtet, sein Lehen gegenüber dem oberen *Seigneur*, von dem er abhing, in dem Verhältnis abzu-

---

8. Dekret vom 13.—20. April 1791, über all diese Punkte s. a. *Instruction pour les préposés de la Régie nat. de l'enregistrement* (début de décembre 1791).

lösen, in dem er selbst die Ablösung empfangen hatte. Das Gesetz bestimmte, daß der Seigneur, der dieser Verpflichtung nicht nachkam, die doppelte Summe der erhaltenen Ablösungen als Strafe bezahlen müsse. Aber ein Seigneur konnte sein Lehen auch ablösen, ohne daß diese Operation von Seiten seiner Hintersassen vorausgegangen war. In diesem Falle bildete die auf Grund einer Schätzung ermittelte Ablösungssumme, die er von seinen Hintersassen erhalten mußte, den Ausgangspunkt. Die Operation war also eine doppelte. Greift man aus der feudalen Kette beliebig einige Glieder heraus, so gewinnt man folgendes Bild. Nimmt man ein Lehen B an, das selbst in der mouvance eines Oberlehens A liegt, aber in seiner mouvance noch ein Lehen C hatte, so betrug bei einem Wert des Lehens C von 12 000 L. (als Wert galt in diesem Falle die Ablösungssumme), die Ablösungssumme des quint et requint 500 L., wenn die Quote dieses Rechtes sich auf 1 Zwölftel belief. Der quint et requint war aber nur im Veräußerungsfall durch Verkauf fällig. Das Lehen selbst war noch mit andern Veräußerungsrechten belastet, etwa mit dem droit de relief bzw. droit de rachat usw.; diese Rechte wurden fällig, wenn die Veräußerungsarten andere waren als Verkauf oder gleichbedeutende Akte. Das droit de relief kam gewöhnlich der Jahreseinnahme des betreffenden Gutes gleich. Belief sich diese auf etwa 400 L., so betrug die Ablösungssumme dafür bei dem entsprechenden Ablösungsfuß 166 L. 13 s. So erhielt also der Besitzer des Lehens B vom Besitzer des Lehens C die Summe von 666 L. 13 s.; eine Summe, die dem Wert der mouvance des Lehens B über das Lehen C entsprach. Hierauf hatte nun der Besitzer des Lehens B gegenüber dem Besitzer des Lehens A dieselbe Operation vorzunehmen. Als Basis wurde dann der Wert der mouvance des Lehens B über das Lehen C angenommen, in diesem Falle also 666 L. 13 s. Die Operation war genau dieselbe, nur wurde die nächstfolgende Ablösungssumme auch dementsprechend niedriger. Unter den gleichen Bedingungen würde in diesem Falle der Besitzer des Lehens A vom Besitzer des Lehens B die Gesamtsumme von 40 L. 5 s. erhalten.<sup>9</sup>

---

9. Instruction vom 13.—20. April 1791.

Mit dieser wichtigen Bestimmung der Zwangsablösung nach oben wurden aber nicht nur die Interessen der Oberlehensherren geschützt, sondern zugleich auch die des Staates wahrgenommen. Fast alle Lehen hingen direkt oder indirekt von den Krongütern ab; wenn sich also die Ablösungen durch alle Glieder der feudalen Stufenleiter hindurch fortpflanzten, so folgte daraus, daß die Ablösungen, die die Seigneure erhielten, auch dem Staat eine Unterablösung in den Schoß warfen. Auch die Privatablösungen wurden für den Staat zu einer finanziellen Hilfsquelle. Hatte ein Seigneur von seinen Hintersassen die Ablössungssumme von 1000 L. erhalten, so bezahlte er selbst als Ablösung folgende zwei Summen: erstens eine Summe von 76 L. 18 s.; sie kam dadurch zustande, daß das droit de quint, dem das Lehen unterworfen war, 200 L. betrug, und daß die Ablösung des droit de quint sich auf dem Fuß von  $\frac{5}{13}$  des Rechts vollzog. Zweitens eine Summe von 20 L. 16 s.; diese ergab sich aus der Ablösung des droit de relief, die sich auf dem Fuße von  $\frac{5}{12}$  vollzog. Das droit de relief betrug also 50 L. Stand dieses Lehen in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zum domaine nationale, so betrug also die Gesamtsumme, die anlässlich der Ablösung des unteren Gliedes der Nation in den Schoß fiel: 97 L. 15 s.<sup>10</sup>

Bei dem Ablösungsverfahren muß man unterscheiden zwischen Ablösungen eines gewöhnlichen Zinslandes und Ablösungen der Lehen.<sup>11</sup> Beide waren nicht denselben Lasten unterworfen. Für die Lehen kamen neben einem jährlichen Geldzins meist nur die droits casuels, der quint und das droit de relief in Frage. Auf den Zinsländern dagegen lasteten außer den lods et ventes, deren Quote allerdings ungeheuren Schwankungen unterlag, noch andere Grundlasten wie champart, Getreideabgaben und Geflügel. Die Ablösung eines Zinslandes kam daher verhältnismäßig viel höher als die Ablösung eines Lehens. Schon die Ablösung der lods et ventes konnte eine

10. s. Instruction vom Dez. 1791, Abt. 4, a. Dekret vom 9. Mai 1790, Art. 44, 45, 46.

11. Circulaire des administrateurs généraux des Domaines aux directeurs de l'Administration des Domaines. sur l'exécution de l'article 4 du décret du 3 juillet 1790, v. 31 août 1790.



enorme Summe ausmachen. Hatte z. B. ein Bauer ein Grundstück im Werte von 12 000 L. abzulösen, so betrug die Ablösung allein dieser Rechte, wenn die Quote der lods et ventes die Hälfte des Verkaufspreises betrug: 1875 L. Die Summe war deshalb so hoch, weil die Ablösungstaxe für diese Klasse auf  $\frac{9}{16}$  des Rechts angesetzt war. Je niedriger die Quote war, desto niedriger war natürlich auch die Ablösungssumme der Rechte. Bis zu welcher Höhe aber die Gesamtablösung eines Grundstückse gelangen konnte, geht aus folgendem Beispiel hervor: der Wert des betreffenden Grundstücks wurde auf 37 900 L. eingeschätzt. Die Ablösung der lods et ventes kostete 2039 L. 15 s. 8 d., die Ablösung einer jährlichen Geldrente 10 L.; rückständige Geldrenten von 29 Jahren betrugen 14 L. 10 s. 2 d. Dazu kam noch die Ablösung des champart, die eine Summe von 9000 L. ausmachte. Die Quote des champart auf dem betreffenden Gut hatte  $\frac{1}{5}$  betragen; dabei war er aber nicht auf dem ganzen Gut erhoben worden.<sup>12</sup>

Eine sehr wichtige Frage erhob sich nun in einem Spezialfall, der aber keine Seltenheit war und vielleicht in der Stadt mehr Bedeutung hatte als auf dem flachen Lande. Die Frage lautete: sollte ein Bürger, der in den letzten 10 Jahren vor der Ablösung ein Grundstück erworben und nach dem Erwerb Gebäude darauf errichtet hatte, nun auch zur Ablösung dieser Bauwerke, die ja jünger waren als die Erwerbung, verpflichtet sein? Eine Bejahung dieser Frage lag an sich nicht nahe, weil die Kaufverträge als Grundlage der Ablösung dienen sollten. Besonders die Hintersassen waren dieser Ansicht. Die Seigneure und der Staat dagegen waren anderer Meinung. Über diese Frage waren sich selbst die zuständigen Instanzen nicht einig. So z. B. die Verwaltungen des Departements der Gironde: ein Distriktsdirektorium stellte sich auf den Standpunkt, daß der Gesamtwert einer Liegenschaft unabhängig von der Erwerbsakte abgelöst werden müsse, das Departementsdirektorium vertrat die entgegengesetzte Meinung. Die als Schiedsrichter angerufene Nationalversammlung hüllte sich in Stillschweigen.

---

12. Ferradou, zit., S. 247, note 47; die Ablösung wurde am 1. Juni 1792 ausgeführt.

So ist diese Frage ungeklärt geblieben bis Ende des Jahres 1791; viele Ablösungen konnten infolgedessen auch nur mit Vorbehalt ausgeführt werden.<sup>13</sup> Erst durch die Instruktion vom Dezember 1791 hat die Régie des Domaines, in deren Hand seit April 1791 die Erhebung und Verwaltung der der Nation gehörigen Feudalrechte lag, sich dahin ausgesprochen, daß der Gesamtwert einer Liegenschaft abgelöst werden müsse; die in den letzten 10 Jahren auf den erworbenen Gütern errichteten Bauwerke seien also in die Ablösung mit eingeschlossen. Aber so sehr auch die Regie ihre Stellungnahme betonte, sie vermochte trotzdem verschiedene Departementsverwaltungen nicht umzustimmen. Am 20. April 1792 beklagte sich Clavière in einer Denkschrift an das Comité féodal über die abweichende Stellungnahme der Departementsdirektorien der Gironde und der Loire-Inférieure und über die Unsicherheit anderer Departementsverwaltungen, die diesen Punkt endlich einmal geklärt haben wollten. Clavière machte sich aus finanziellen Gründen den Standpunkt der Regie zu eigen und legte einen Gesetzesvorschlag bei, der in diesem Sinne abgefaßt war und darauf hinauslief, alle entgegen der Bestimmung der Regie gemachten Ablösungen für ungültig zu erklären. In den betreffenden Fällen sollte zu einer neuen Liquidation geschritten werden, deren Summe auf dem aktuellen Wert des Objekts basiert sei.<sup>14</sup> Aber der Vorschlag Clavière's kam über ein Jahr zu spät. Die Zeit war vorüber, wo man der Staatskasse durch ähnliche Projekte neue Hilfsquellen erschließen konnte. Allzu laut tönten schon die Rufe nach Revision der Gesetzgebung in entgegengesetztem Sinne.

Der Gang der Ablösungsoperation kann ziemlich genau verfolgt werden; bedeutend schwieriger dagegen kann man feststellen, in welchem Umfange von der Ablösungsmöglichkeit Gebrauch gemacht worden ist. Der Wunsch, seinen Besitz frei zu sehen, hat viele das mit der Befreiung verbundene Opfer nicht scheuen lassen, besonders dann nicht, wenn gewisse Vorteile

---

13. D XIV, 13, Lettre de Clavière, ministre des contributions publiques (Mémoire sur la liquidation des rachats des droits ci-devant seigneuriaux, (Sagnac et Caron, S. 633).

14. *ibid.*, s. a. Ferradou S. 296 ff.

damit verbunden waren. Dies traf vor allem zu, wenn der Besitzer eines Grundstücks die Absicht hatte, sein Gut zu verkaufen und aus der Vergünstigung, die der Artikel 42 des Dekrets vom 3.—9. Mai gewährte, Nutzen zu ziehen. Dieser Artikel bestimmte, daß ungeachtet der vollzogenen Ablösung die *droits casuels* weiter bezahlt werden müssen, wenn das abgelöste Grundstück innerhalb von 2 Jahren nach der vollzogenen Ablösung verkauft werde. Von dieser Bestimmung schloß aber derselbe Artikel alle diejenigen aus, die die Ablösung innerhalb von 2 Jahren nach Veröffentlichung des Dekrets ausführen würden. Bezüglich der Privatablösungen war diese Bestimmung die einzige, die eine Vergünstigung enthielt und zur Ablösung anreizen konnte. Daß von dieser Bestimmung häufig dann Gebrauch gemacht wurde, wenn der Besitzer sein Gut zu verkaufen beabsichtigte, hatte seinen Grund darin, daß dem Einzelnen im Staat ein gefährlicher Konkurrent erwachsen war. Wenn nämlich der Staat zum Verkauf seiner Güter schritt, dann warf er diese zu so günstigen Angeboten auf den Markt, daß dadurch der Wert der zinspflichtigen Güter rapide sank; nur sehr schwer und unter schlechten Bedingungen wurde man sie los, besonders, da die Nationalgüter gewöhnlich frei von jeglichen Grundlasten auf den Markt kamen und dem Käufer die Ablösung erspart blieb. Nur freie Güter waren ein begehrtes Objekt.<sup>15</sup> In einem Schreiben aus der Vendée<sup>16</sup> heißt es: „Man muß darauf hinweisen, daß man niemals besser die Annehmlichkeit und Nützlichkeit der Ablösungen gefühlt hat, als seit dem Verkauf der Nationalgüter; ja die Dinge stehen heute so, daß nur wenig Leute Güter kaufen wollen, wenn sie nicht ganz frei sind.“ Aber das war sicherlich nicht der einzige Grund dafür, daß man eine Ablösung vornahm; es ist nicht anzunehmen, daß alle Grundbesitzer ihre Güter veräußern wollten. Die Haupttriebfeder war doch sicherlich der Wunsch nach Befreiung der Scholle. Man wollte in Ruhe sich des Besitzes erfreuen können; man wollte sich nicht mehr mit dem Seigneur herumstreiten müssen

---

15. Ferradou, S. 331.

16. D XIV, 11, Lettre de Bodet-Lacroix, à Soullans, 10 mars 1792.

und das Gut mit mehr Gewinn ausbeuten können.<sup>17</sup> Dieser Wunsch, der schon vor der Revolution laut geworden war und es nach ihrem Ausbruch erst recht wurde, war auch nach der Maigesetzgebung nicht sofort allgemein realisierbar. Zunächst stellten sich der Ausführung der staatlichen Ablösungen unzählige Hindernisse entgegen. Bei der Verkündigung der Maidekrete gab es für die Nationalgüter noch keine Instanz, die die Liquidation der Feudalrechte regelte. Den Departements- und Distriktsverwaltungen wurde zwar die Aufgabe übertragen, die der Nation gehörenden Feudalrechte einzuziehen und ihre Liquidation zu überwachen, aber sie traten erst viel später, im Juli und August 1790, in aktive Tätigkeit. Als die neuen Verwaltungskörper endlich funktionsfähig waren, harrete ihrer eine solche Menge dringender Geschäfte, daß die Ablösungsoperation hinter andere wichtigere Angelegenheiten zurücktreten mußte.<sup>18</sup> Außerdem waren zur Einnahme der Ablössungssummen besondere *receveurs de district* angestellt, die aber erst vom *Conseil de district* ernannt werden mußten. Die Ernennung dieser Beamten, die eine bestimmte Kautions stellen mußten, fand erst einige Monate später statt, so daß die ersten staatlichen Ablösungsoperationen erst Ende des Jahres 1790 ausgeführt werden konnten.<sup>19</sup> Wenn sich diese Ablösungen auch nur auf Feudalrechte bezogen, die im Besitz der Nation waren, so besteht doch kein Grund für die Annahme, daß die Privat-

---

17. D XIV, 10, „.....que les citoyens puissent se mettre en paix avec leur seigneur, et que les pauvres paysans roturiers puissent mettre leur petit héritage au net, afin qu'ils aient plus de courage à la culture, et d'empêcher à plusieurs familles de mendier, voyant presque toute leur récolte enlevée tant par les seigneurs que par les dîmes..." (Deux-Sèvres, Poitou, 15 février 1790).

18. D XIV, 13. Lettre d'Amelot, Directeur de la Caisse de l'Extraordinaire, „Je suis informé que dans plusieurs départements,..., un grand nombre de propriétaires qui se sont mis depuis longtemps en règle à cet égard n'ont pu voir encore consommer leurs liquidations, parce que le directoire du département, surchargé d'une infinité d'affaires urgentes et surtout de la liquidation des nombreux créanciers des établissements ecclésiastiques a toujours différé de s'occuper du rachat des droits féodaux appartenant à la nation. (Paris, le 25 mai 1792; in Sagnac et Caron, S. 642.)

19. Ferradou, zit. S. 107 ff.



ablösungen früher eingesetzt hätten, diese mußten unter viel schwereren Bedingungen ausgeführt werden; außerdem versuchten häufig die Seigneure im Gegensatz zum Staat, der ein Interesse an der Ablösung hatte, dieselbe zu hintertreiben. Ein hemmendes Moment war weiterhin, daß die Operationen der Distriktsverwaltungen immer nur mit Vorbehalt durchgeführt werden konnten, da sie vom Departementsdirektorium bestätigt und gebilligt werden mußten, bevor sie endgültig waren. Das hatte zur Folge, daß sich die Operationen sehr lange hinzogen. Ablösungsangebote wurden sehr bald nach Bekanntwerden des Gesetzes vom 3.—9. Mai 1790 bei den Departementsverwaltungen eingereicht. Aber erst lange Zeit danach wurden die ersten Ablösungen ausgeführt. So konnte es vorkommen, daß ein im August 1790 in einwandfreier Form beim Distriktsdirektorium eingereichtes Ablösungsangebot im Oktober noch keine Erwiderung gefunden hatte; die Folge war ein Appell der Betroffenen an die Nationalversammlung.<sup>20</sup> Noch im Juni 1791 beklagte sich eine Gemeinde des Nordens, daß der Distrikt ihr auf das eingereichte Ablösungsangebot noch keine Antwort habe zuteil werden lassen.<sup>21</sup> Auch scheinen die Departementsverwaltungen über ihre ungewohnten Funktionen anfangs nicht immer sehr klare Begriffe gehabt zu haben: sie verweigerten nämlich die Annahme von Ablösungsangeboten mit der Begründung, daß die Nationalversammlung noch nichts über die einzuschlagende Form verfügt habe.<sup>22</sup> Und ebenso wie die Behörden selbst, waren sich natürlich auch die Einzelnen über den zu beschreitenden Weg keineswegs immer im klaren.<sup>23</sup> Die Transformation in der Verwaltung der Kirchengüter, die Vorbereitungen der Nationalgüterverkäufe und später die Verkäufe selber haben

---

20. D XIV, 8, Lettre de Hamy, notaire à Boulogne-sur-mer, 18 octobre 1790.

21. G. Lefebvre, zit., S. 389.

22. D XIV, 10, Seine-et-Oise, lettre anonyme (enregistrée le 10 juin 1790).

23. D XIV, 8, „J'ai un fief relevant des moines de Haumont, et qui, par conséquent, doit actuellement relever de la nation; j'ai envie d'y rembourser les droits seigneuriaux, mais je ne sais à qui m'adresser“ (Lettre de Bourla, ci-devant de Chaville à Maubeuge, Nord, 17. octobre 1790).

neben den andern alltäglichen Verwaltungsaufgaben die ganze Kraft der neuen Verwaltungen beansprucht. Die Ablösungen auf den staatlichen Gütern hatten zur Voraussetzung, daß der Staat auch im Besitz der Zinsverträge war, auf Grund deren die Feudalrechte erhoben worden waren; diese Urkunden mußten zuerst verifiziert werden und dadurch erlitten die Ablösungen eine weitere Verzögerung.<sup>24</sup> Als 1792 die Vergünstigung, die Artikel 42 des Dekrets vom 3.—9. Mai gewährte, wegfiel, wurde um Verlängerung der Bestimmung gebeten, weil die Ablösungen auf den Nationalgütern nicht sofort nach Bekanntwerden des Dekrets ausgeführt werden konnten. Wenn in einigen Gegenden die Operationen schon im Spätherbst 1790 begannen, so war das ein sehr früher Termin, denn in andern Departements setzten sie erst im Frühjahr 1791 ein.<sup>25</sup> Im Distrikt von Bordeaux wurden seit Oktober 1790 Ablösungsangebote beim Direktorium eingereicht. Die erste Ablösung datiert jedoch erst vom 13. Dezember 1790.<sup>26</sup> Im Distrikt von Dijon scheint die Verzögerung noch größer gewesen zu sein. Die ersten Ablösungen begannen im Februar 1791, aber erst vom Juli/August ab wurden die Operationen häufiger.<sup>27</sup>

Gesetzliche Ablösungen zwischen einzelnen findet man in Bordeaux seit November 1790. Die Seigneure nahmen sie meistens nur sehr ungern an; immer wieder versuchten sie, die an-

24. D XIV, 10, „... D'un autre côté, le dépouillement et la vérification des titres de tous les ci-devant bénéficiers est une opération infiniment importante, qui exige beaucoup de soins et les lumières de commissaires feudistes de l'administration...“ (lettre de directoire du district de Lyon, 24 mars 1791).

25. D XIV, 13, „Cette loi bienfaisante n'a commencé à s'exécuter dans les domaines nationaux qu'au mois d'octobre de la même année (1790) et de la part des seigneurs particuliers, que depuis le mois de mars 1791. L'on citerait peu de rachats avant ces époques; les redevables ont été privés pendant près de dix mois du bénéfice de cette loi par le défaut de publicité et par différents causes dont le souvenir est pénible à rappeler.“ (Mémoire de Viénot, Liquidateur au département de Paris, avril 1792.)

26. Ferradou, zit., S. 107.

27. Delaby, zit., S. 8; s. a. D XIV, 10, Rhône et Loire, arrêté du Directoire du département du 8 octobre 1790, der Distrikt v. Lyon beschäftigte sich seit 3. September 1790 mit einer Ablösung.

gebotenen Ablösungen auszuschlagen oder wenigstens zu verzögern. Nur einige Seigneure gingen auf die Ablösungsangebote der Hintersassen ohne weiteres ein; die meisten weigerten sich unter allen möglichen Vorwänden, das Angebot anzunehmen.<sup>28</sup>

Daß die Privatablösungen weniger zahlreich waren als die staatlichen Ablösungen, hat außer den erwähnten Gründen noch seinen Grund in den Ablösungsbedingungen. Diese waren bei den Privatablösungen so hart, daß sie nur eine sehr beschränkte Anwendung gefunden haben. Die Ablösenden mußten die *droits fixes* zusammen mit den *droits casuels* ablösen, und die solidär Haftenden mußten sogar die gesamten *droits fixes* eines solidären Grundes ablösen. Die Ablösungsfreiheit war deshalb oft eine illusorische.<sup>29</sup> Es gab viele kleine Güter, deren *droits fixes* abzulösen eine Kleinigkeit gewesen wäre. Wenn man aber die *droits casuels* mit ablösen mußte, war die Operation häufig mit Opfern verbunden, die man nur schwer bringen konnte. „Hundert livres würden für manches Gut genügen (gemeint ist die Ablösung der *droits annuels*), während man 1200 livres für die Ablösung braucht, weil man die *droits casuels* zugleich ablösen muß.“<sup>30</sup> Daß man die *droits casuels* nicht gerne ablöste, hatte noch einen andern Grund. Warum sollte ein Grundbesitzer sie ablösen, wenn er nicht die Absicht hatte, sein Gut zu verkaufen? Die allermeisten wollten ja ihre Güter nicht ablösen, um sie zu verkaufen, sondern um sie zu befreien. Aber für ein Grundstück, das sich vom Vater auf den Sohn vererbte, lag die Sicherheit vor, daß die *droits casuels* nie fällig würden. Warum sollte man sie also ablösen, da gerade ihre Ablössungssumme die der andern Grundlasten häufig weit überstieg?<sup>31</sup>

---

28. Ferradou, S. 109 ff.

29. D XIV, 5, „Nous gagnerons sans doute beaucoup à nous rédimer des chicanes sans nombre des formalités dispendieuses des frais ruineux qu'entraînaient les rentes féodales et c'est l'avantage que produirait votre décret s'il était possible dans l'exécution. (Réclam. du distr. de Châteaubriant, 4. Jan. 91.

30. Sagnac et Caron, S. 290.

31. D XIV, 2, „Quel est le propriétaire qui voudra sacrifier 55 l. de revenu pour affranchir un bien qu'il ne vendra jamais, ni lui, ni ses héritiers? Et alors il aime mieux ne pas racheter son domaine, en sorte qu'i

Diese Überlegungen wurden sicherlich auch noch beeinflusst durch eine andere Operation, die den Bauern von einer verhassten Ablösung abhielt. Durch die große Nationalgutsveräußerung, die Ende des Jahres 1790 einsetzte, wurde eine große Anzahl Güter auf den Markt geworfen, die nicht nur frei von jeglichen Grundlasten waren, sondern auch zu sehr leichten Bedingungen erworben werden konnten. Diese Veräußerungen boten dem Bauern Gelegenheit, sich ein freies Grundstück zu erwerben und seinen Besitz abzurunden. Wenn er seinen alten Besitz nur unter schweren Opfern befreien konnte, so verzichtete er lieber von vornherein auf das Opfer, beziehungsweise er verwendete die betreffende Summe für ein anderes Objekt, das ihm mindestens ebenso lieb war. Je weniger aber von der Ablösungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wurde und mehr freie Güter auf den Markt kamen, desto größer mußte die Abneigung gegen die Überbleibsel der Feudalität werden und desto weniger konnte man sich auf die Dauer zur Weiterzahlung des verhassten Tributes entschließen.

Daß überall Ablösungen stattgefunden haben, daß sich alle Schichten der Bevölkerung an den Ablösungen beteiligt haben, und daß die staatlichen Ablösungen weit zahlreicher gewesen sind als die Privatablösungen, kann man wohl als allgemeingültig annehmen, weil in ganz Frankreich damals die gleichen Gegebenheiten vorhanden waren und somit auch überall die gleichen Gründe zutrafen. Weiterhin ist einleuchtend, daß sich die Stadtbevölkerung mehr an der Ablösung beteiligt hat — sie hat nicht nur ihre Häuser in der Stadt, sondern auch ihre Güter auf dem Land abgelöst —, daß die Ablösung also mehr von den wohlhabenden Bürgern als von den kleinen Zinsbauern ausgeführt wurde.<sup>32</sup> Wie das Verhältnis sein konnte, zeigt uns deut-

---

est très possible qu'il faille plus de mille ans avant que les traces du régime féodal soient anéanties en France. (adresse des citoyens actifs de Saint-Saturnin, 6 janv. 1792); s. a. Memoire du maire de Villelaure, „Le citoyen qui veut transmettre son héritage à ses descendants ne fera pas la dépense inutile de racheter les lods qui ne sont dus qu'en cas de mutation...“ (D XIV, 2, janvier 92; Sagnac et Caron, S. 294).

32. Für die Gironde wurden diese Konstatierungen gemacht, s. Ferradou, S. 210 f.



lich das Departement der Gironde. Die zwei Register des receveur des domaines von Bordeaux weisen insgesamt 980 Ablösungen auf. Das erste Register 433 Ablösungen, vom Anfang bis zum 24. Mai 1792, das zweite 547 Ablösungen, und zwar vom 24. Mai 1792 bis zum 25. September 1793. In die Kasse des Distrikts von Bordeaux gingen im Jahre 1791 von den im Distrikt ausgeführten Ablösungen 244 195 L. 9 s. 3 d. ein; im Jahre 1792 dagegen 334 127 L. 8 s. Von dieser Summe fällt der weitaus größte Teil auf die Zeit vor August 1792. Durch diese Ziffern darf man sich aber nicht zu Überschätzungen verleiten lassen, denn die Zahl der in den andern Distrikten ausgeführten Ablösungen ist um so niedriger. So weist der Distrikt von Libourne nur 18 Ablösungen auf; die letzte davon datiert vom 18. Mai 1792. Der receveur von La Réole kassierte insgesamt 5 Ablösungen ein, der von Podensac ebenfalls 5 und der von Bazas nur eine Ablösung.<sup>33</sup> Die Ablösungen auf dem Land in größerer Entfernung von der Stadt sind also minimal; es gibt sogar Gegenden, wo man nicht einmal eine Spur davon findet, daß überhaupt ein Ablösungsgesetz existierte.<sup>34</sup> Wenn man aber in den Bittschriften der Gemeinden und einzelner Leute Sätze findet wie: „Das Dekret (der Constituante) ist nirgends in Anwendung“,<sup>35</sup> so ist das immer nur eine bedingte Wahrheit; sie besagt für uns nur, daß das Dekret eine sehr beschränkte Anwendung fand. Das ist jedoch an sich eine bedeutungsvolle Tatsache. Die Revolution hatte häßliche Auswüchse des ancien régime weggeräumt, bestehen blieb nur die reformierte Feudalität. Gegen diesen freistehenden und unterhöhlten Block richteten sich nun die Angriffe des unruhigen Volkes.

---

33. Nach Ferradou, S. 191 ff.

34. Ferradou, S. 195, note 31; „En parcourant les minutes (d'une quarantaine de notaires) de certains d'entre eux on pourrait croire que la loi sur le rachat n'existe pas; non seulement on n'y trouve aucun acte de rachat (soit envers l'Etat, soit entre particuliers) mais encore aucun acte de vente ne signale que l'immeuble vendu a été racheté; le mot du rachat n'est jamais prononcé...“ (s. a. S. 211, wo ähnlich konstatiert wird).

35. z. B. Doléances du sieur Laurent, de Bordeaux; (Saonac et Caron, S. 300).

## Zwölftes Kapitel.

### Die Feudalrechte und die Frage der Feudalität vom Frühjahr 1790 bis 1791.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß man keine wirkliche Geschichte der Unterdrückung des Feudalregimes werde schreiben können, solange man nicht im Besitz einer gewissen Anzahl von Lokaluntersuchungen über diese Frage sei.<sup>1</sup> So verschieden der Belastungsgrad der einzelnen Provinzen durch die Feudalität im ancien régime gewesen ist, so verschieden würden sicherlich auch die Bilder sein, die uns diese einzelnen Untersuchungen entwerfen würden. Die Liquidation der Feudallasten hat sich nicht überall in gleicher Weise vollzogen; sie war abhängig von der herrschenden Durchschnittsquote der Feudallasten, vom Geist der Zinspflichtigen und schließlich nicht zum wenigsten von den geographischen und verwaltungstechnischen Bedingungen der verschiedenen Gegenden. Man darf nicht unterschätzen, in welchem Maße sich die neuen Verwaltungskörperschaften Autorität zu verschaffen mußten und dadurch die Ordnung aufrecht erhalten konnten. In Anlehnung an eine größere Stadt, die über eine starke Nationalgarde oder umfangreiche Truppenkontingente verfügte, war dies naturgemäß viel leichter als in einer von militärischen Kräften entblößten Gegend. Ob das Bild überall ein so optimistisches werden würde, wie es Ferradou in seinem instruktiven Buch über die Gironde zeichnet, ist zu bezweifeln; auf jeden Fall aber ent-

---

1. Caron, Recueil des textes législatifs et administratifs concernant la suppression des droits féodaux, Einleitung.

behren Schlußfolgerungen, wie sie etwa Doniol mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit zieht, jeder Berechtigung.<sup>2</sup> Als sich die Legislative später zu einer Änderung der Liquidationsgesetzgebung entschloß, tat sie es nicht deshalb, weil man längst aufgehört hatte, die erhaltenen Feudallasten zu entrichten, und weil sie damit also nur einen längst bestehenden Zustand sanktionieren zu müssen glaubte, sondern sie tat es aus anderen Motiven. Man darf im Gegensatz zu Doniol vielmehr annehmen, daß die Feudallasten in den allermeisten Gegenden bis zu ihrer radikalen Unterdrückung weiter entrichtet wurden, wenn auch oftmals nicht ohne heftigen Widerstand und ohne Kompromisse. Wenn die Widerstände in ihrer extremsten Art die Form von Aufständen annehmen, so sind sie zu werten als Reaktion gegen den Zwang, die Feudallasten weiter tragen zu müssen. Sie sind ein Ausdruck des Kampfes, den die Autoritäten mit den Gemeinden um jene Rechte geführt haben. Hätte sich die Frage allein auf die Seigneure und die Zinsbauern bezogen, so hätte sich vielleicht eine Entwicklung angebahnt, die bald auf völligen Stillstand der Zahlungen hinausgelaufen wäre, trotz der mißbilligenden Haltung der Constituante gegenüber den Bauernaufständen. Da aber der Staat an dieser ganzen Frage lebhaft interessiert war, hat sich das Problem geändert. Denn der Staat hatte kein Interesse daran, sein Gut zu verschleudern und die Feudalrechte unentgeltlich fallen zu lassen — im Gegenteil, er war auf ihre Erhaltung eifrig bedacht. Warum? Weil diese Frage für den Staat untrennbar verbunden war mit der Finanzfrage. Deshalb hat sich der Staat jederzeit um die Sicherung seiner Renten bemüht. Er hat den Widerspenstigen gerichtliche Verfolgungen und harte Strafen angedroht im Falle der Zahlungsverweigerung; er hat seinen Beamten auf das bestimmteste eingeschärft, die dem Staat gehörenden und zu verwaltenden Rechte sorgfältig zu erheben. Die Exaktheit, mit welcher der Staat die Erhebung dieser Rechte betrieb, stand der von den Seigneuren im ancien régime geübten Methode an Rigorosität nichts nach, so daß die jetzt vom Staat abhängigen Zinsbauern, sofern sie die Ablösung nicht vollzogen, nur wenig gewonnen

---

2. Doniol, *La Révol. franç. et la féodalité* S. 91.

hatten. Dies betont sogar Aulard.<sup>3</sup> Daß die Feudalrechte auch tatsächlich noch erhoben wurden und erhoben werden konnten, zeigt am besten die Tatsache, daß sie noch im Frühjahr 1791 Käufer als auch Pächter fanden.<sup>4</sup> So mußten also derartige Objekte immer noch eine gewisse Anziehungskraft besitzen und einen einträglichen Spekulationsgegenstand bilden. Besonders Bourgeois und Fermiers erwarben derartige Rechte.<sup>5</sup> Ganz unhaltbar ist also die Behauptung, die Erhebung der Feudalrechte habe in der Revolution von selbst aufgehört, und die Gesetzgebung der Legislative und des Convents habe eigentlich nur einen schon längst bestehenden Zustand legalisiert. Hätte der Staat den Erwerbern von Feudalrechten keine Garantie für deren Erhaltung geboten, so hätten sich keine Liebhaber dafür gefunden. Beliebt waren besonders Naturallasten, wie champart und dergleichen, und diese Veräußerungen sind auch von den Departementsverwaltungen eifrig betrieben worden.<sup>6</sup>

### Der Zehnt.

Durch das Dekret vom 11. August wurde der Zehnt unterdrückt, ohne daß der Bauer eine Ablösung zu zahlen brauchte; er mußte jedoch vorläufig solange weiterbezahlt werden, bis die Unterhaltung des religiösen Kults auf andere Weise gewährleistet war. Dadurch aber, daß die Nation die Kirchengüter einzog, trat eine unvorhergesehene Änderung der Verhältnisse ein. Es lag zunächst einmal nahe, daß der Staat sofort an die Stelle

---

3. Aulard, zit. chap. IV, 5, schreibt wörtlich: „Partout où la nation, se saisissant des biens du Clergé, des émigrés, du roi, se substitua aux anciens propriétaires pour l'administration et la perception des droits seigneuriaux, ce fut à cet égard, pour les censitaires, la continuation de l'ancien régime, et le fardeau des parties de l'ancien régime que conserva la Constituante pesa sur leurs épaules aussi lourd que par le passé. — J'oserais même presque dire qu'il pesa plus lourdement.“

4. Ferradou, S. 324; G. Lefebvre, S. 387; Soulgé, zit., S. 231; Delaby, zit.

5. *ibid.*

6. Il importe grandement aux intérêts de la nation que ce genre de biens soit mis en vente avec les terres, vignes et autres fonds auxquels ils tiennent et la loi du 17 novembre le prescrit positivement“ (le procureur général syndic du département de la Côte-d'Or au district de Chatillon, 24 février 1791; zit. v. Delaby).



der Zehntzahler treten und die Unterhaltung des Kults übernehmen würde. Das geschah aber vorläufig nicht. Das Dekret vom 14.—22. April 1790 bestimmte ausdrücklich, daß auch der Zehnt noch für das Jahr 1790 in der altgewohnten Weise entrichtet werden müsse. Alle in diesem Jahre gewachsenen Früchte oder sonstige dem Zehnt unterworfenen Produkte blieben der Zehntpflicht unterworfen und durften auch nach dem 1. Januar 1791, falls sie nicht vorher bezahlt worden waren, erhoben werden.<sup>7</sup> Zugleich wurden die weltlichen Zehnten, die *dîmes inféodées*, von diesem Zeitpunkt ab als unterdrückt erklärt. Die Entschädigung dafür sollte jetzt nicht mehr, wie es früher geplant war, zu Lasten der Bauern fallen, sondern die weltlichen Zehntherrn sollten aus der Staatskasse entschädigt werden.<sup>8</sup>

Diese Bestimmungen wurden von der Nationalversammlung auf Grund eines Vortrags von Chasset vom 9. April 1790 angenommen.<sup>9</sup> An seinen Ausführungen frappiert die Weglassung der Scheidung zwischen geistlichem und weltlichem Zehnt. In der Diskussion vom 9.-11. August 1789 hatte sich die Nationalversammlung auf den Standpunkt gestellt, daß der weltliche Zehnt keinen kirchlichen Ursprung habe.<sup>10</sup> Wäre er offen als von der Kirche herstammend anerkannt worden, so wäre es ja nur logisch gewesen, daß er das gleiche Schicksal erleiden mußte wie der kirchliche Zehnt. Diese Unterscheidung ließ Chasset jetzt fallen, und aus Achtung vor dem Besitztum wies er der Staatskasse die Rolle des Ablösers zu.

Die Liquidation der Zehnte geschah unter der Obhut der *assemblées administratives* und der Distriktsdirektorien. Den Besitzern sollte die Entschädigung vor der Zeit der endgültigen Unterdrückung der Zehnte, also vor dem 1. Januar 1791, gesichert sein.<sup>11</sup> Da besonders der kirchliche Zehnt meistens in Pacht vergeben worden war, so erloschen mit diesem Zeitpunkt

---

7. s. außerdem D XIV, 13 *Décision du comité féodal sur le refus du paiement de la dîme des champarts et rentes*, vom 11. Juni 1790.

8. Dekret vom 11. August 1789, Artikel 5.

9. Arch. parl. Bd. 12, S. 611 ff.

10. s. a. a. O., S. 152/153; vgl. Marion H., *La dîme ecclési.* . . . S. 323.

11. s. Dekret vom 20.—22. April 1790.

alle derartigen Pachtverträge. Die Pächter wurden, falls sie Vorausbezahlung über diesen Termin geleistet hatten, dementsprechend entschädigt. Wenn sie den Zehnt zusammen mit andern Rechten gepachtet hatten, wurde ihnen eine Reduktion gewährt, die dem Wert der unterdrückten Sache entsprach. Diese Summen wurden von den Distriktsdirektorien nach Gutachten der Gemeinden festgesetzt. — Aber die Frage des Zehnts ruhte auch nach dem Januar 1791 noch nicht. Im Laufe dieses Jahres mußten in dieser Angelegenheit noch mehrere explikative Dekrete erlassen werden. Selbst 1792 war seine Liquidation noch nicht beendet und gab vor allem bei Privatvermögen Anlaß zu Differenzen.

Wenn das Dekret auch bestimmte, daß alle im Jahre 1790 wasenden Früchte dezimiert werden sollten, so ist damit freilich noch nicht gesagt, daß diese Bestimmung auch streng durchgeführt wurde. Die Erhebung des Zehnts stieß im Jahre 1790 an vielen Orten auf Widerstand, so daß die Nationalversammlung mehrere Drohdekrete erlassen mußte.<sup>12</sup> Sie befahl den Gemeindeverwaltungen, streng auf die exakte Erhebung der Zehnte sowie der Feudalrechte zu sehen, über die Ordnung zu wachen, unnachsichtlich gegen Ruhestörer einzuschreiten und im Notfall an die bewaffnete Macht zu appellieren. Auch die Distrikts- und Departementsdirektorien sollten alles tun zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Dieser Verpflichtung kamen sie auch gewissenhaft nach durch Ermahnungen, durch Vorladungen und Drohungen.<sup>13</sup>

So erließ zum Beispiel das Distriktsdirektorium von Dijon am 7. Juli 1790 an die Gemeindeverwaltungen ein Rundschrei-

---

12. s. Dekret v. 18.—23. Juni 1790 u. 3.—5. Aug. 1790, dort heißt es u. a. „... que... les tribunaux poursuivent et punissent avec toute la sévérité des lois tous ceux qui au mépris des décrets de l'Assemblée nat. et des droits sacrés de la propriété, s'opposent de quelque manière que ce soit et par violences, voies de fait, menaces ou autrement au paiement des dîmes de cette année et des droits de champart ou agriers, et autre droits ci-devant seigneuriaux, ...“

13. Ferradou, zit.; s. a. Lefebvre. zit. S. 386 und Delaby R., La survivance des dîmes et droits féod. en Côte-d'Or pendant la Révol. (La Révol. en Côte-d'Or, Fasc. 2, 1926.)

ben mit der Aufforderung, den Zehnt in der altgewohnten Weise zu bezahlen. An demselben Tag, an dem das Direktorium erfuhr, daß die Einwohner der Gemeinde Sémessange den Zehnt nicht entrichten wollten, kündigte es ihnen an, daß sie ihrer Verpflichtung auf schnellstem Wege nachzukommen hätten; andernfalls würden sie als Störer der öffentlichen Ruhe verfolgt werden. Der Gemeindeverwaltung wurde anempfohlen, im Notfall die Hilfe der Nationalgarden anzurufen.<sup>14</sup>

Nicht minder interessant ist ein Blick auf die Liquidation des weltlichen Zehnt. Da er seinerzeit mit den Feudalrechten in eine Klasse eingereiht worden war, wäre es logisch gewesen, ihn derselben Gesetzgebung zu unterwerfen wie jene Rechte. Das wurde aber nicht getan. Da die Ablössungssummen von der Staatskasse ausbezahlt wurden, geschah die Operation unter der Aufsicht der Distrikts- und Departementsverwaltungen, die die Entschädigungsanträge der *direction générale de liquidation* zuwies. Wenn der Staat auf diese Weise Schuldner der Grundherren und Zehntpächter wurde, so fühlte er sich selbst doch keineswegs zur Anwendung des gleichen Verfahrens verpflichtet, das er den Privatschuldnern, d. h. den Zinsbauern, zuwies. Er unternahm nicht den Versuch des Beweises, daß ihre Forderungen unberechtigt seien, sondern er forderte von den Zehntbesitzern die Erbringung des Nachweises. Innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung des Dekrets vom 23. Oktober bis 5. November 1790 sollten diese ihre entsprechenden titres auf dem Sekretariat des Distriktsdirektoriums einreichen. Zur Entscheidung der Streitigkeiten über Existenz und Quote eines weltlichen Zehnt galten dieselben Bestimmungen wie für die Feudalrechte.<sup>15</sup> Für die Zehntherren, deren titres durch die seit 1789 eingesetzten Unruhen zerstört worden waren, genügte der Nachweis, daß sie seit 30 Jahren im Besitz dieses Rechtes waren. Aber unter den Beweis fiel nicht nur, daß diese oder jene Abgabe erhoben wurde, sondern daß dieser Abgabe der Name *dîme inféodée* oder *dîme ecclésiastique acquise à titre*

---

14. Nach Delaby s. o. zit.

15. s. u. und Dekret v. 23. Okt. 1790.

onéreux, et dont le profit a tourné au profit de l'église, zukam.<sup>16</sup> Da die Constituante aber die Unmöglichkeit der Beibringung des titre primitif d'inféodation zugab, so setzte sie als allgemeine Regel — von Sonderbestimmungen abgesehen — fest, daß der Nachweis eines hundertjährigen Besitzes dieses Rechts genüge zum Anspruch auf Entschädigung durch den Staat.

Bei Unklarheiten wurde die Entschädigung auf Grund einer Schätzung von — gewöhnlich zwei — Sachverständigen nach Befragen der Gemeindeverwaltungen und durch Vermittlung der Distriktsverwaltung vom Departementsdirektorium festgesetzt. Da in vielen Gegenden der weltliche Zehnt zusammen mit dem champart und andern Grundlasten erhoben wurde und diese verschiedenen Lasten nicht durch ausdrückliche titres getrennt waren, so wurden diese auf die in der coutume vorgesehene Quote zurückgeführt; nach dieser Reduktion wurde der Wert des Zehnts bestimmt. Für die sogenannten dîmes insolites wurde nur dann eine Entschädigung gewährt, wenn ein ununterbrochener vierzigjähriger Besitz nachgewiesen werden konnte.<sup>17</sup> Der Entschädigungssatz war der gleiche, wie für die Feudalrechte.

### Die übrigen Feudalrechte.

Die Ablösungsoperationen setzten erst Ende des Jahres 1790 ein und die Zehntzahlungen fanden erst mit dem Jahre 1791 ihr Ende. So bestand also in ganz Frankreich die Feudalität praktisch in vollem Umfange bis Ende 1790. Diejenigen Zinsleute, die wegen der Härte der Bedingungen von der Ablösung keinen Gebrauch machen konnten, blieben dem Regime auch weiterhin unterworfen; einem Regime, das keineswegs erhebliche Erleichterungen erfahren hatte. Schon die Märzgesetzgebung ließ das deutlich erkennen. Die praktischen Auswirkungen dieses Regimes erwiesen außerdem bald, daß es noch viele zweideutige Punkte gab; sie schufen in der Folgezeit einen beständigen Streitzustand. Einen solchen bildete die Frage der

---

16. Décret et instruction pour la liquidation des dîmes inféodées, v

30. Juli 1791.

17. s. Dekret v. 14.—20. April, 23. Okt. bis 5. Nov., u. 7. Nov. 1790.



personellen und der reellen Rechte. Manchmal herrschte eine derartige Konfusion in den Ansichten über diese beiden Arten von Rechten, daß selbst die scheinbar eindeutig personellen Rechte zu den reellen gerechnet wurden. Diese Verwirrung setzte ein bei den Bannrechten, bei den Frondiensten und anderen Dienstleistungen,<sup>18</sup> deren Ursprung und Grund sehr im Dunkeln lagen. Hier erhoben sich die ersten Streitfragen. Mit welchem Recht konnte ein Seigneur noch die *sergentise de fief* in Anspruch nehmen? Wie konnte der reelle Charakter dieses Rechts begründet werden, wenn es darin bestand, daß der Seigneur irgendeinen seiner Hintersassen mit der Rentensammlung auf seinem Lehen beauftragen konnte? Die Vermutung, daß es sich hier um eine ganz oneröse Form handle, lag nahe, besonders dann, wenn der Seigneur den Anspruch erhob, daß die mit der Rentensammlung Beauftragten für die gesamten, etwa nachher noch ausstehenden Renten haften sollten.<sup>19</sup> Die mit dieser Verpflichtung verbundenen Unannehmlichkeiten machten die Last noch mehr verhaßt. Die Abgaben waren meist in Getreidearten fixiert, sie mußten aber häufig in Geld entrichtet werden; dadurch fiel dem Bauern auch noch die Aufgabe des Umrechnens zu. Da er aber oft weder lesen noch schreiben konnte, so war er auf die Ehrlichkeit des *collecteur* angewiesen; wenn dieser ihn betrügen wollte, so konnte er das ohne großes Risiko tun.<sup>20</sup> Der personelle Charakter dieser Last war um so ein-

---

18. s. z. B. D XIV, 3 remontrances des habitants de Peyrat (Creuse) 14 novembre 1790 (Sagnac et Caron, S. 450).

19. D XIV, 5, Extrait des registres du directoire de département de la Loire Inférieure, du 2 août 1790 (Sagnac et Caron, S. 389).

20. D XIV, 3, Mémoire du directoire du département des Côtes-du-Nord, du 17 septembre 1790, „... Il n'y a pas de charge plus onéreuse pour les redevables; on peut même assurer qu'elle est quelque fois ruineuse. Les propriétaires éloignés ou infirmes, ceux qui ne savent ni lire ni écrire sont obligés de se faire remplacer, et pour cela il leur en coûte souvent cent fois, mille fois autant qu'ils doivent: il y a tel malheureux paysan qui, n'ayant qu'une très petite propriété, paye plus que la valeur même du fonds.... Le même propriétaire doit souvent des grains de plusieurs espèces et en différentes quotités. Le calcul est toujours hérissé de fractions, et quand le redevable ne sait ni lire, ni écrire, ni calculer. le collecteur prend ce qu'il veut, donne quittance comme il veut ou le plus souvent n'en donne point....“

leuchtender, als in der Art der Verpflichtung die Unterscheidung zwischen adeligem Besitz und rotüre immer noch zum Ausdruck kam. Der roturier war verpflichtet, etwaige Renten, die ein Adelliger, dessen Besitz im Bereich derselben Grundherrschaft lag, seinem Seigneur schuldete, beim Adeligen abzuholen; für den Adeligen bestand die Verpflichtung reziprok dem roturier gegenüber nicht. Solche und ähnliche Gebräuche mögen verhältnismäßig selten gewesen sein, aber dafür waren die Gegenden, wo sie zu Hause waren, der Brandherd von Aufständen, die dem still glimmenden Feuer in anderen Gegenden immer wieder Öl zuführten und die Flammen zum Entfachen brachten.

Die Unruhen, die in der Bretagne im Sommer 1790 andauerten, gingen zum großen Teil auf die Härte zurück, mit der man diejenigen verfolgte, die sich dieser verhaßten Verpflichtung zu entziehen suchten.<sup>21</sup>

Von allen reellen Rechten bildete vor allem der champart ein immer neues Streitobjekt. In den Gegenden, wo er zu Hause war, war er im ancien régime portable gewesen. Er mußte vom Bauern selbst in die Scheune des Grundherrn eingebracht werden. Er konnte aber nicht abgeführt werden, bevor der mit der Leitung der Erhebung dieser Abgabe betraute Beamte des Grundherrn auf dem Feld erschienen war und die Garben abgezählt hatte. War dies geschehen, so mußte der dem Grundherrn gehörende Teil zuerst abgeführt werden. Dieser Brauch blieb auch unter dem neuen Régime bestehen; mit dem alten Recht blieb das alte Übel verbunden. Nach wie vor mußten selbst bei schlechtem Wetter oder drohendem Gewitter die Früchte so lange auf dem Felde bleiben, bis der champarteur

---

21. *ibid.*, in derselben Denkschrift heißt es: „Nous vous observons qu'il est instant de prononcer sur cet objet.... Déjà, en plusieurs lieux, on a commencé des poursuites. La chicane, presque enchaînée depuis le commencement de la Révolution, voit en frémissant échapper sa proie, et s'agit pour mettre à profit ses derniers instants: les plaintes nous arrivent de toutes parts. et nous craignons qu'elles ne se changent bientôt en cris de fureur et de vengeance. Rendez un décret ou plutôt déclarez que la servitude des bailliages est abolie par ceux que vous avez rendus précédemment. La fermentation est telle qu'il serait dangereux d'attendre l'établissement des tribunaux de district.“ Vgl. dazu Anhang I S. 303.

gekommen war und seinen Teil weggezählt hatte. Erstreckte sich dessen Verwaltungsbereich auf mehrere Gemeinden, so konnte sich die Einbringung der Ernte außerordentlich lange hinziehen. Es ist bezeichnend, daß noch im Juni 1791 die Bauern schreiben konnten: „Der wartende Landwirt wagt nicht, sein Getreide einzuführen, weil er sonst Gefahr läuft, in ebensoviele Prozesse verwickelt zu werden, wie er diesem Recht unterworfenen Grundstücke besitzt.“<sup>22</sup> Die portabilité wurde als eine servitude aufgefaßt und häufig kritisiert. Die Berechtigung einer Kritik war um so mehr gegeben, als an manchen Orten die Grundherren bei der Ernte im Jahre 1791 unter Berufung auf die ausdrückliche Instruktion der Nationalversammlung die portabilité in der alten Form forderten, während sie ein Jahr vorher den champart hatten auf eigene Kosten vom Feld einführen lassen, weil sie angeblich selber das Gesetz in dieser Richtung hin ausgelegt hatten.<sup>23</sup>

Was die Feudallasten im ancien régime am meisten verhaßt machte, war nicht ihre Höhe, sondern die Art ihrer Erhebung und Verwaltung. Wenn diese Mängel nun im neuen Régime weiterhin bestehen blieben, mußten dann diese Rechte, nachdem sie im Prinzip verurteilt waren, nicht noch viel verhaßter erscheinen?<sup>24</sup>

Eine Komplikation ergab sich häufig dann, wenn der cham-

---

22. D XIV, 5, *Mémoire des habitants de Saint-Maurice-sur-Fessard (Loiret)* 26 juin 1791, (Sagnac et Caron S. 418).

23. D XIV, 2, *Doléances de la commune d'Angeac-Champagne*, 20 juillet 1791, vgl. auch Sagnac et Caron: *Adresse des citoyens actifs de Saint-Saturnin (Vaucluse)*.

24. Schon im Mai 1790 schrieb eine Gemeinde: „Mais, Monsieur le Président, tous les vassaux se voient encore, avec surprise, menacés de payer à la récolte prochaine ces champarts avec tout ce qu'ils ont d'odieux, comme d'aller chercher le champarteur pour compter les gerbes et de voiturier à la grange champarteresse toutes les gerbes soi-disantes appartenantes au seigneur du fief, avant que de rien enlever pour eux quelque temps qu'il fasse. Nous ne pouvons vous dissimuler que cette obligation odieuse et stortionnaire imposée aux cultivateurs échauffe furieusement leurs têtes et ne nous laisse entrevoir rien que de sinistre pour les seigneurs.“ (D XIV, 3 *Remontrances de la municipalité de l'uplanté (Eure-et-Loire)*, 8. Mai 1790, *ibid.*, S. 360.

part zusammen mit dem Zehnt erhoben worden war. Das war häufig der Fall, wenn der Zehnt einem weltlichen Seigneur gehörte, oder wenn das Zinsland von der Kirche abhängig war. Da der Zehnt unterdrückt worden war und die beiden genannten Lasten nicht auseinandergehalten worden waren, so zogen manche Gemeinden die Schlußfolgerung, daß beide Rechte unterdrückt seien.<sup>25</sup> Diese Frage war schon 1790 aktuell; sie tauchte dann wieder vor der Ernte des Jahres 1791 auf, als die Erhebung des champart in Aussicht stand. Die Nationalversammlung hat schließlich diese Frage geklärt durch das Dekret vom 7.—12. Juni 1791; es bestimmte, daß in einem solchen Falle die Grundlast auf die Hälfte zurückgeführt werde, falls nicht die Quote des champart durch titres oder die coutume festgelegt sei.

Nicht immer kehrten sich jedoch die Bauern an die vorgeschriebenen Formen. Fiel der Zehnt mit dem champart zusammen, so ernteten manchmal die Bauern, ohne jemanden zu benachrichtigen. Die fermiers wurden dann an Stelle von Getreideabgaben mit Geld abgefunden. Der Widerstand gegen den champart war oftmals so hartnäckig, daß die fermiers zur Wahrung ihrer Interessen an die Departementsverwaltung appellieren mußten; diese schickten in die widerspenstigen Gemeinden Truppen, unter deren Schutz die Rechte erhoben wurden. Derartige Maßnahmen waren aber extreme Fälle; meistens kam es nach ausdrücklichen Erklärungen der Departementsverwaltung zu einer Verständigung.<sup>26</sup>

Wenn die Constituante auch die feudalen Grundrechte den gewöhnlichen Grundrechten angliederte, so ist die daraus sich ergebende Konsequenz, besonders in bezug auf den champart, nicht restlos gezogen worden. Die Grundrenten waren im Prinzip nicht portable. Daraus hätte sich also auch für den champart ein Wegfall der portabilité ergeben müssen, da diese ein

---

25. s. D XIV, 12 Lettre de Dumas, maire, 7 juin 1790 (Dordogne). D XIV, 2 Lettre du procureur syndic du district de Ruffec (Charente) 8 septembre 1790; D XIV, 10 Observations de Faugères, Curé de Blandy (Seine-et-Oise, 25 mars 1791 (S. et. C.).

26. G. Lefebvre, zit. S. 384—86, 392.



feudales Prärogativ war. Daß die Grundherren sie in Anspruch nahmen, ist erklärlich, denn die ganze Neuordnung zog ja eine vollständige Umstellung im Wirtschaftsleben nach sich; neue Faktoren mußten in Rechnung gestellt werden, nachdem die Grundherren in der Ausbeutung ihrer Güter ganz auf sich selbst beschränkt waren. Aber ebenso verständlich ist der Versuch der Hintersassen, sich aus ähnlichen Gründen den alten Formen zu entziehen. Zunächst wurde der champart noch nicht angegriffen; man nahm jedoch an, daß der champart analog etwa zum Zehnt nicht portable, sondern *quéérable* sei; man kam zu dieser Annahme vor allem dann, wenn die *coutume* über diese Punkte nicht ausdrückliche Bestimmungen enthielt oder wenn die *Maxime* galt: „Nulle servitude sans titre“. Von dieser Annahme aus war es nur noch ein kleiner Schritt zu einer positiven Forderung: wenn der Grundherr die *portabilité* des champart gegen die Bestimmungen der *coutume* und der sonstigen Regeln beanspruche, dann solle er an Hand seiner *titres primordiaux* beweisen, daß er tatsächlich im Recht sei. Die *titres primordiaux* mußten als von den Hintersassen anerkannte *titres* existieren, sonst könnte der *Seigneur* diese Abgabe nicht in dieser Form verlangen. Die Gemeinden appellierten schließlich an die Nationalversammlung, um eine Klärung dieser Frage herbeizuführen. Sie verlangten, die *Seigneurs* sollten ihre diesbezüglichen *titres* auf dem Gemeindehaus oder einem andern öffentlichen Büro der Gemeinde, eine bestimmte Zeit lang niederlegen, damit sie von den einzelnen eingesehen werden könnten.<sup>27</sup>

Die Forderung auf Vorweisung der *titres primordiaux*, ein Wunsch, den man schon in den *cahiers* hie und da findet, wurde im Jahre 1790 zu einer allgemeinen Parole. Bald wollte man nicht mehr bloß Klarheit haben über den Charakter der Rechte, sondern auch über ihren Umfang und ihre Quote. Die Unmöglichkeit der sofortigen Befreiung vom Feudalregime hatte diesen Wunsch noch intensiviert. Aber je mehr die Hintersassen die Vorweisung der *titres primordiaux* verlangten, um so mehr

---

27. Derartige Bittschriften sind zahllos, einige sind in „Sagnac et Caron“ zit. abgedruckt, s. z. B. *Mémoire des municipalités d'Angeac-Champagne, Angles, la-Pallue etc. (Charente)* v. 12. Juli 1790, S. 372 ff.

suchten auch die Grundherren und die fermiers aus Furcht, bald alles zu verlieren, noch soviel wie möglich von ihren Forderungen und Rechten zu retten. So sehr sich die Bauern wehrten, so sehr drängten die fermiers auf Zahlung, denn in ihre Pachtverträge waren die Feudalrechte einbegriffen. Noch im Februar 1792 heißt es in einer Bittschrift an die Nationalversammlung: „Wenn man der Gierde der einstigen Seigneure oder ihrer fermiers nicht unverzüglich einen Zügel anlegt, so werden sicherlich die Hintersassen ruiniert werden, da man überall nur gerichtliche Verfolgungen und Prozesse sieht, ohne Hoffnung für die Hintersassen, zu erreichen, daß die Seigneure oder ihre fermiers ihre titres vorweisen, oder deren Eigenschaft rechtfertigen; sie wollen aufs Wort bezahlt sein und sagen: „Nachdem ihr vorläufig bezahlt habt, könnt ihr gerichtlich vorgehen.“<sup>28</sup>

Die Rechte wurden meistens nicht offen verweigert, sondern man suchte den Schein des Rechts zu wahren. Die Hintersassen beteuerten ihre Zahlungsbereitschaft, falls sie wirklich etwas schuldig seien. Um dies festzustellen, verlangten sie vom Seigneur die Vorweisung seiner titres. Sie gingen niemals so weit, zu behaupten, daß es Zinsländer gebe, die keinen Naturalabgaben unterworfen seien. Die Naturalrentenpacht war ja allgemein. Wenn es aber eine solche Pacht sei, dann müßte nach ihrer Ansicht auch ein titre dafür existieren, und alle Rechte, die sich auf einen legalen titre stützten, sollten geachtet werden. Diese seien ebenso unverletzlich wie jeder andere Besitz. Sie forderten aber Aufklärung über das Bestehen und die Beschaffenheit jener Rechte; allerdings hatten sie sie anerkannt in den reconnaissances. Diese aber bezeichneten sie jetzt als aufgezwungene Akte, die in Widerspruch zu den titres primordiaux ständen.

---

28. D XIV, 2, Adresse des habitants de Péreuil (Charente) 12 février 1792 (Sagnac et Caron S. 436, s. d. S. 335—444).

29. D XIV, 5, Mémoire des habitants de Saint-Maurice (Loiret) 26 juin 1791), „Les habitants des campagnes ne demandent point à violer les propriétés constatées; mais ils désirent voir pourquoi et comment ils doivent. Ils savent qu'il n'y a nulle propriété sans titre: si donc les droits ci-devant féodaux sont une propriété, il faut exhiber le titre, d'abord pour la redévance et ensuite pour la manière de la percevoir...“ Schon im Februar

Die Seigneure wiesen freilich titres vor. Das waren aber in der Regel nur die neuen reconnaissances aus den von den Hintersassen geleisteten aveux et dénombremments. Damit gaben sich diese natürlich nicht zufrieden; sie verlangten den berühmten oder berüchtigten acte primordial oder sonstige eindeutige Erklärungen, aus denen hervorgehe, daß das betreffende Grundstück mit dieser oder jener Last vergeben worden sei.<sup>30</sup>

Die Forderungen der Hintersassen hatten noch einen andern Grund. Zu dem Zweifel an der Rechtmäßigkeit mancher Rechte gesellte sich nämlich noch die Überzeugung, daß diese Rechte im Laufe der Zeit von den Seigneuren übermäßig erhöht worden seien. Um den Urtitre zu erhalten, gingen viele Gemeinden so weit, daß sie in dieser Angelegenheit gerichtliche Klagen gegen die Seigneure anstrebten.<sup>31</sup> In den Aufständen des Departement Lot gegen Ende des

---

1790 hieß es in einer Bittschrift aus der Gironde: „Nous serons toujours prêts à nous acquitter envers les seigneurs qui se présenteront avec le titre de concession... nous ne faisons point de contestations à un seigneur qui est porteur du titre de concession, car ce titre prouve que le seigneur a donné son fonds et il est juste de remplir les obligations qu'on a contractées envers lui. Mais il n'en est pas de même des seigneurs qui n'ont que des reconnaissances, car autant nous nous empressons d'acquitter les droits aux véritables seigneurs, autant il nous coûte de sacrifier les sueurs de notre front et le pain de nos enfants pour acquitter des droits qui nous ont été évidemment usurpés....“ (D XIV, 4, Lettre de Caulas de Saint-Didier, 14 février 1790, Gironde.)

a. außerdem die Bittschriften in Sagnac et Caron, S. 335—444.

30. D XIV, 1, Requête du Sieur Férié, prêtre à Mirepoix (Ariège) 27 juillet 90.

31. Außer Sagnac et Caron, s. den umfangreichen rapport de M. M. J. Godard et L. Robin, commissaires civils envoyés par le roi, dans le département du Lot, en exécution du décret de l'assemblée nat. du 13 décembre 1790, abgedruckt in Arch. parl. Bd. 25, S. 273—309 v. 23 April 1791; dort u. a. „leurs conclusions étaient la demande du titre primordial. Ces mots de titre primordial sortaient à la fois de toutes les bouches lorsque nous propositions celui des rentes; et la raison pour laquelle les habitants de la campagne réclamaient avec tant d'instances si uniformément ce titre premier c'était à la fois le taux excessif des rentes actuelles et les surcharges énormes portées dans les reconnaissances....“

Jahres 1790 spielte diese Frage eine große Rolle. Die Bauern gaben dort die Versicherung ab, daß an gewissen Orten dem Seigneur ein Drittel der Ernte bezahlt werde; die Überlastung sei derart, daß die Abgaben die Hälfte oder sogar zwei Drittel mehr betragen als die titres primordiaux aufweisen. Diese titres waren den Bauern im Frühjahr und Sommer 1790 in die Hände gefallen, als sie dort, wie auch an andern Orten, zum zweiten Mal eine Campagne gegen die Schlösser unternahmen. Damit war der Beweis für ihren bisherigen Verdacht geliefert. Auf Grund dieser vorgefundenen titres stellten sie die Behauptung auf, daß sie in Zukunft keine Feudalabgaben mehr zu entrichten brauchten, und daß außerdem durch die schon langandauernde Überlastung das Ablösungskapital bereits mitbezahlt sei; sie seien sogar noch berechtigt, von den Seigneuren Restitutionen und Entschädigungen zu fordern.<sup>32</sup>

Die Entartungserscheinungen des ancien régime haben sich in der Revolution in vieler Beziehung gerächt. Die ungeheure Verschiedenheit der Maße und Gewichte im alten Frankreich hatte oft zu Betrügereien verlockt. Die Bauern besaßen kein Mittel zur Nachprüfung der Maße, aber der Zustand derselben, sowie die ganze Art der Rentenerhebung überhaupt hatte sie mißtrauisch gemacht. Bald nach Ausbruch der Revolution hatten sie versucht, die Seigneure zur Verifizierung ihrer Maße und Gewichte zu zwingen. Es wurden Stichproben gemacht, und diese ergaben dann auch, daß die von den Seigneuren bei der Rentenerhebung benutzten Maße die vorgeschriebene Größe beträchtlich überschritten.<sup>33</sup> Derartige Bestätigungen waren geeignet, überall Mißtrauen erwachen zu lassen und andere Ge-

---

32. *ibid.* S. 289/90 Les réstitutions étaient si fortes, suivant eux, qu'ils étaient possible que le bien du seigneur ne fut pas suffisant pour répondre à ces réstitutions et que par conséquent ils risquaient par un paiement provisoire, de perdre encore la somme qui en serait l'objet. Il y a plus, ces réstitutions leur paraissaient si évidemment justes, qu'ils croyaient avoir le droit de les exercer eux-mêmes et sans l'intervention de la loi. Dans quelques endroits ils étaient allés par attroupement les demander au ci-devant seigneur ou à son fermier et les avaient obtenus....“

33. *s. o.* S. 113.



meinden zu ermutigen, Klagen gegen die Seigneure anzustrengen.<sup>34</sup>

Der bloße Verdacht, daß die Maße der Seigneure nicht in Ordnung seien, wurde als Vorwand benützt zur zeitweiligen Suspendierung der Rentenzahlung. Ebenso wie man vom Seigneur seine titres primordiaux in bezug auf seine Renten verlangte, so verlangte man auch von ihm, daß er seine die Maße betreffenden titres vorlege zur Nachprüfung ihrer Echtheit; auf Grund dieser Nachprüfung wollte man dann auch entscheiden, ob das Mehrbezahlte zu Restitutionsforderungen Anlaß gebe.<sup>35</sup>

Es gab einige Seigneure, die aus Mitleid oder auch aus Angst ihren Hintersassen für angeblich über Gebühr verlangte Abgaben eine bestimmte Ermäßigung der Renten gewährten; bisweilen erließen sie ihnen sogar einen ganzen Jahresbetrag oder noch mehr, mit der Absicht, die Bauern zu beschwichtigen. Diese Handlungsweise hatte aber keinen Erfolg mehr: die Hintersassen sahen darin nur eine Bejahung ihres Verdachtes, ein Eingeständnis des Betruges seitens des Seigneurs.<sup>36</sup>

Je mehr die Grundherren sich weigerten, die verlangten titres zu liefern, desto mehr wuchs bei den Hintersassen die Überzeugung, daß diese titres gar nicht existierten oder jedenfalls nicht mit den neueren geleisteten Erklärungen übereinstimmten. Und gerade deshalb pochten sie mit gesundem Instinkt auf diese morsche Stelle. Daß diese Richtung gewiesen wurde und somit überhaupt für die Liquidation des Regimes neue Wege angegeben wurden, hat seinen guten Grund. An sich hatte die Nationalversammlung den Bauern ja selbst gangbare Wege gezeigt. Die ganze Gesetzgebung, soweit sie sich auf die

---

34. s. z. B. D XIV, 2, Adresse des quatorze paroisses du canton de Moyaux (Calvados) 7 sept. 1790, „... La variation des mesures, et particulièrement des combles, qui dépendent de la plus grande ou moindre largeur des mesures, est une source intarissable de procès qui ont retenti dans une infinité de tribunaux et produit la ruine de beaucoup de familles“.

s. a. Sagnac et Caron, Pétition de la commune de Limousis (Ande) nov. 1790.

35. s. D XIV, 2, Mémoire des maires et officiers municipaux de Blanzac, Cressac, Pérignac, Rouffac etc. (Charente) 15 mars 1791 (S. et c. S. 412.

36. D XIV, 2, Adresse des habitants de Pereuil (Charente) 12 févr. 1792.

Nationalgüter bezog, bot genug Anhaltspunkte. Der Staat als Grundherr zeigte sich seinen Schuldnern gegenüber bedeutend nachsichtiger als die Seigneure. Jenen war die angenehme Möglichkeit gegeben, sich ohne große Opfer freizukaufen. Andererseits hatte allerdings auch der Staat als Schuldner seine Interessen zu wahren gewußt. Bei der Ablösung der weltlichen Zehnten hatte er ein Verfahren angewandt, das er den Privatschuldnern nicht zuerkannte. Das Beispiel des Staates und die Unmöglichkeit, die bestehende Gesetzgebung anzuwenden, hatten allmählich eine ganz bestimmte Vorstellung erwachsen lassen, wie man dem feudalen Überrest wirksam zu Leibe gehen könne. Das vorgeschlagene Heilmittel war radikal; das am häufigsten propagierte kennen wir bereits: es war die aus allen Departements ertönende Forderung nach den titres primordiaux. Außerdem verlangten die Bauern nun ebenfalls mit allem Nachdruck auch für sich die vom Staate seinen Schuldnern gewährte Vergünstigung der getrennten Ablösung der droits fixes von den droits casuels. Um die Liquidation des Regimes zu beschleunigen, wurde die Erlaubnis zur Ablösung en masse gefordert. Die Gemeinden sollten zur Ablösung en corps schreiten dürfen. Von allen Seiten tauchten Wünsche und Vorschläge auf; selbst an präzisen Projekten fehlte es nicht. So verlangte eine Gemeinde, die Seigneure sollen gezwungen werden, ihre titres innerhalb einer bestimmten Frist beim zuständigen Gericht oder bei einem zu diesem Zweck von der Departements- oder Distriktsverwaltung ernannten Beamten niederzulegen. Unter der Leitung der Gemeindeverwaltungen und der Oberaufsicht der Departementsverwaltung solle dann zur Liquidation geschritten werden. Die Geldsummen sollten durch Anleihen der Gemeinden aufgebracht werden. Der Einzelne solle seine Schuld innerhalb von 12 Jahren zu denselben Bedingungen, wie sie für die Schuldner der Nation bestanden, tilgen können.<sup>37</sup>

Aber solche Wege waren der Constituante selbst noch in den letzten Monaten ihrer Beratungen zu radikal. Sie hielt weiterhin fest an ihrem im Frühjahr 1790 aufgestellten Prinzip bezüglich der Abwicklung der Privatablösungen. Unbekümmert

---

37. Sagnac et Caron S. 418 ff.

darum, daß aus der vermeintlich unterdrückten Feudalität ein Streitzustand par excellence resultierte, ein Zustand, wie ihn Frankreich vor dieser Zeit kaum gekannt hatte, verteidigte sie mit großer Hartnäckigkeit ihr System; sie gab Erlaß auf Erlaß heraus und ließ es auch an Sonderinstruktionen nicht fehlen in dem Glauben, die Masse dadurch zur Vernunft bringen zu können.

Man kann der Constituante nie den Vorwurf machen, daß sie die Interessen der Einzelnen — in diesem Falle der Seigneure — den Interessen der Masse geopfert habe. Die Entscheidungen, die das Comité féodal in diesen Fragen fällte, sind ein mehr als beredtes Zeugnis dafür. Bis an ihr Ende hat die Constituante den Gemeinden die dringlichste aller ihrer Bitten verweigert, nämlich die Bitte, die Seigneure zur Vorweisung der titres primordiaux zu zwingen. Wohl konnte der Einzelne verlangen, daß der Seigneur seine titres in einem amtlichen, öffentlichen Büro zur Einsicht niederlegte. Aber unter diesen titres wurden nur die aveux und einfachen reconnaissances und alle andern Akten, die einen Besitz von 40 Jahren auswiesen, verstanden. Der Besitz solcher titres genügte, um die Hintersassen zur Entrichtung der als reell angenommenen Rechte zu zwingen.<sup>38</sup> An der Erhebung der Rechte sollte nichts geändert werden. Die erhaltenen Rechte mußten bis zur vollzogenen Ablösung weiterbezahlt werden „en la manière accoutumée“.<sup>39</sup> Es half also dem Hintersassen nichts, wenn er etwa zu der List griff, dem Seigneur ein unbestimmtes Angebot zu machen, von der Absicht zu sprechen, die Ablösung auszuüben oder sich gar mit ihm in einen Prozeß über die Legitimität eines Rechtes einzulassen. Denn es bestand die Bestimmung, daß ungeachtet aller schwebenden Prozesse die Rechte weiter entrichtet werden mußten. Erst nach einer Urteilsfällung zu Ungunsten des Seigneurs, durfte sich der Hintersasse mit der Restitutionsfrage be-

---

38. D XIV, 13, Interprétation du décret concernant l'exhibition des titres des seigneurs; 2 novembre 1790; *ibid.* S. 705; D XIV, 13 Décision sur le paiement des rentes, 15 juin 1790.

39. D XIV, 13, Mémoire sur le paiement des champarts et dîmes et réponse du comité, 12 juillet 1790, *ibid.* S. 714.

fassen.<sup>40</sup> Die Hintersassen merkten aber bald, daß für sie die Erfolgsaussichten eines solchen Prozesses außerordentlich gering waren. Zuerst hatten sie geglaubt, daß sie die Seigneure auf diesem Wege zur Beibringung ihrer titres zwingen könnten; sie hatten den wahren Sinn der Dekrete noch nicht durchschaut. Auch wurde dieser je nach der in einer Gegend herrschenden Maxime verschieden ausgelegt.<sup>41</sup> Aber auch darüber herrschte bald kein Zweifel mehr. Für den Seigneur genügte der Nachweis eines vierzigjährigen Besitzes der Rechte auf Grund der erlaubten „preuves“, die jeweils von Provinz zu Provinz wechselten; er brauchte nicht die Legitimität des betreffenden Rechtes nachzuweisen. Im Gegenteil, die Hintersassen hatten den Beweis der Illegitimität jenes Rechtes zu erbringen.<sup>42</sup> Um seiner Verpflichtung für das betreffende Jahr zu entgehen, stand dem Schuldner allein die Möglichkeit offen, dem Grundherrschaften vor der Ernte ein ausreichendes, bestimmtes und mit allen vom Gesetz vorgeschriebenen Formen ausgestattetes Ablösungsangebot zu machen.<sup>43</sup>

Vor der Ablösung oder gemeinsam mit ihr, mußten aber auch alle rückständigen Renten bezahlt werden. Der Seigneur konnte natürlich auf die gesetzliche Form verzichten und einer

---

40. D XIV, 13, lettre du comité féodal à la municipalité de Lorrey-le-Bocage sur le champart, 12 juillet 1790; *ibid.* S. 716.

41. D XIV, 2, mémoire des maires et officiers municipaux de Blanzac, Cressac, Pérignac, Rouffiac etc., 15 mars 1791.

42. D XIV, 13, Décision donnée pour la perception du droit de champart 19 août 1790, u. a. „sur le rapport fait au comité féodal d'un mémoire conçu en ces termes: Un tenancier refuse à son ci-devant seigneur le paiement des rentes qu'il lui doit. — Il est dit, dans l'article 2 du titre III du décret du 15 mars 1790 que les rentes seigneuriales sont présumées, sauf la preuve contraire être le prix de la concession primitive du fonds... D'après cela, le citoyen seigneur n'est-il pas dispensé de toutes preuves, même de l'exhibition de ses titres et n'est-ce pas au tenancier à prouver qu'il ne doit rien?“ — Antw.: „Le Comité est d'avis que, suivant la lettre de l'esprit de l'article 2 du titre III du décret du 15 mars 1790, le ci-devant seigneur qui est en bonne et ancienne possession de percevoir une rente sur un fonds, n'a besoin d'aucun titre, d'aucun document particulier pour justifier de la légitimité de cette rente.“

43. D XIV, 13 Interprétation du décret pour le rachat du droit de terage 30 juillet 1790; (Sagnac et Caron, S. 717.)



Ablösung nach Übereinkunft, à l'amiable, zustimmen; er konnte also auch auf die Rückstände verzichten. Dem Gesetz nach aber hatte er das Recht zur Einforderung aller Rückstände; er konnte sogar das, was man ihm für die ohne Entschädigung unterdrückten Rechte noch schuldig war bzw. was zur Zeit der Veröffentlichung der *lettres patentes* vom 3. November 1789 fällig war, verlangen.<sup>44</sup>

Eine derartige Rechtsprechung bedeutet für eine revolutionäre Versammlung ein Höchstmaß an Gerechtigkeit gegenüber ihren früheren Feinden. Man ist sogar zu der Frage versucht, ob denn überhaupt der Constituante jemals viel an der tatsächlichen Vernichtung des feudalen Grundregimes gelegen habe. Diese Frage könnte sich etwa aufdrängen, wenn man an die Maßnahmen denkt, die sie zur beschleunigten Durchführung der Liquidation des Feudalregimes getroffen hatte. Es gab nur eine Begünstigungsbestimmung, und selbst diese hatte nur für eine beschränkte Anzahl von Zinsbauern Anziehungskraft. Dagegen hatte die Constituante versäumt, irgendwelche finanzielle Maßnahmen zur Erleichterung der Ablösungen zu treffen. Wie leicht hätte sie sich die Gesetzgebung in Savoyen zum Vorbild nehmen können. Dort hatte man den Gemeinden gestattet, Anleihen aufzunehmen, man hatte Fonds gegründet und die Ablösung gemeindeweise geschehen lassen, damit sie schneller vor sich ging. Nichts dergleichen geschah in Frankreich. Man hatte den fakultativen Charakter der Ablösung bis zum Extrem bewahrt. Man hatte jede Einmischung der Gemeindeverwaltungen in die Ablösungsoperationen der einzelnen Eigentümer untersagt, jedes kollektive Vorgehen der Gemeindemitglieder verworfen. Wenn sich die Verwaltung einer Gemeinde bei Streitigkeiten ihrer Mitglieder mit den Seigneuren über Feudalrechte an die Nationalversammlung wandte, so erhielt sie den Bescheid, daß die Streitigkeiten ihrer Mitglieder mit den Seigneuren sie nichts angehe.<sup>45</sup>

---

44. D XIV, 13 Décision relativement sur les arrerages de rentes échus avant le décret du 4 août 1789, 3 septembre 1790.

45. D XIV, 13, Décision sur la communication des titres et les terrains vains et vagues, 24 novembre 1790, „... Ces contestations n'intéressent pas

Wie weit das fakultative Prinzip getrieben wurde, zeigt am besten als Beispiel die Gemeinde Cette im Departement Hérault.<sup>46</sup> Diese wandte sich an das Distriktsdirektorium mit der Bitte, die Ablösung der Feudalrechte en corps vornehmen zu dürfen, weil sie auf einen Schlag die Feudalität von ihrem Territorium verbannen wolle. Sie klagte, daß die Ablösungen infolge des Widerstandes der Besitzer nur langsam vorwärtsschritten, und daß dadurch der „feudale Rost“ sicherlich noch ein ganzes Jahrhundert weiter fressen werde. Diese Aussicht schien jenen „Revolutionsfreunden“ allzu betrüblich zu sein. Die Ablösung sollte allerdings geschehen auf Grund der titres, die sich auf den titre primordial bezögen. Aber obgleich die auf der Gemeinde lastenden Rechte Eigentum der Nation waren, da das einstige Lehen der Kirche gehörte, waren die Distrikts- und Departementsdirektorien doch der Ansicht, daß die Bitte in Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen stehe und nicht den Interessen aller einzelnen Gemeindeglieder entspreche; man könne deshalb dieser Bitte nicht stattgeben.

Welche Gefühle mußten derartige Zustände in einem Volk auslösen, das seinen Repräsentanten schon zweimal seinen Willen aufgezwungen hatte! Noch war die Erinnerung an jene Zeit allzu lebendig, in der sein Ungestüm und sein Befreiungswille der Revolution zu ihrem größten Siege verholfen hatten, in der auf einmal der Feuerschein der brennenden Schlösser ein Morgenrot an den Himmel zauberte, wie man es leuchtender nie zuvor gesehen hatte. Das Morgenrot der Freiheit aber war zu plötzlich entflammt, als daß es hätte Bestand haben können; es mußte wieder im Nebel verschwinden. Im Herzen des Volkes ließ es nur Wehmut und leise Hoffnung zurück. Als es aber seine Last immer weiter tragen mußte, traten eines Tages Zorn und Empörung an die Stelle der enttäuschten Hoffnung. Die Kluft, die früher schon zwischen den beiden interessierten Par-

---

la commune d'Inchy en corps. elles ne regardent que ceux de ses membres et les propriétaires forains qui possèdent des héritages sous la mouvance du ci-devant seigneur; et par conséquent la municipalité y est tout à fait étrangère....“

46. D XIV, 4, Adresse de la municipalité de Cette (Hérault) 18 octobre 1791, (Sagnac et Caron, S. 325).

teien bestanden hatte, weitete sich jetzt auf zu einem fundamentalen Gegensatz, der in Zukunft unüberbrückbar wurde. Die Zinsbauern versuchten bei jeder Gelegenheit, die verhaßte Last abzuschütteln und die Rentenzahlung zu umgehen. Bisweilen mußte der Grundherr auch tatsächlich unter dem Zwange der Entwicklung nachgeben. Seine daraus entstehende Verbitterung über die undankbare Masse verschärfte den Gegensatz. Gegen die Gemeinden, die größtenteils mit seinen Schuldnern durchsetzt waren, konnte er nur noch etwas ausrichten durch Appelle an die höheren Instanzen; aber auch dann konnte der praktische Erfolg unter Umständen recht gering sein. Die Hintersassen flehten die Nationalversammlung um Erleichterung ihrer Lasten an; die Grundherren klagten bei ihr über erlittene Vexationen und Gewalttätigkeiten und verlangten Anwendung der öffentlichen Gewalt, strengste Maßnahmen gegen die Rebellen und Bestrafung oder gar Konfiskation der Güter der widersetzlichen Bauern.

Welche Stellung die Nationalversammlung zu dieser ganzen Frage einnahm, haben wir bereits gesehen. Sie entsprach keineswegs den Forderungen der Gemeinden. Eine derartige negative Einstellung der Constituante mußte natürlich zwangsläufig zu einem nochmaligen Versuch des Volkes führen, sich selbständig zu befreien. Dies um so mehr, als das Gespenst der Gegenrevolution, verursacht durch die Emigrantenfrage, immer greifbarere Formen annahm. Aber gerade diese Aussichten konnten die Seigneure nicht zu den Ablösungen und zum Nachgeben ermutigen. Aus diesen Zuständen entwickelte sich ein Kampf des Volkes gegen die Seigneure und der Nation gegen die Adeligen. Beide Parteien glaubten Grund zur Unzufriedenheit zu haben; häufige Konflikte und Unruhen waren die Folge.<sup>47</sup> So befand sich in den Jahren 1790 und 1791 das Land in dauernder Gährung und Vibration. Bisweilen intensivierte sich die Spannung so stark, daß es zu Eruptionen kam, die oft nicht einmal mit der den Behörden zur Verfügung stehenden bewaffneten Macht sofort eingedämmt und niedergehalten wer-

---

47. D XIV, 2, Lettre de Trippier, juge du district de Bar-sur-Aube, 21 avril 1792.

den konnten. Sie erreichten freilich nie mehr den Umfang und die Stoßkraft der Aufstände vom Juli 1789 und vom Frühjahr 1790; sie blieben örtlich beschränkt. Dennoch hat Taine<sup>48</sup> sie benutzen können, uns ein Land vorzuführen, in dem weder das Eigentum noch die Person geschützt sind, in dem der Adelige in ständiger Lebensgefahr schwebt und von seiner Scholle fliehen muß; ein Land also, das der Anarchie preisgegeben ist, und das sich in einem Zustand befindet, wie ihn ja eigentlich nur die Brutalität und größte Rohheit erzeugen kann. Daß sich aber in der ganzen Beurteilung dieser Frage niemand gründlicher irrte und ihre Tragweite fundamentaler verkannte als Taine, bedarf keiner besonderen Beweisführung mehr.

Die Angriffsziele der Aufstände sind dieselben wie früher. Es sind die Seigneure, ihre Agenten und Notare, und schließlich auch wieder die titres, deren Auslieferung man von den Seigneuren erzwingt; hie und da gelang es auch, sie zur Verzichtleistung auf ihre Renten zu zwingen.<sup>49</sup>

Ihren stärksten Grad erreichten die Aufstände im Departement Lot. Hier wurden Maibäume eingerammt, an die man Getreidesiebe und Maße hing, und um die man herumtanzte. Die Getreidesiebe hatte man den Seigneuren weggenommen, da diese sich ihrer bei der Erhebung der Renten bedienten. Sie sichteten das Korn damit, so daß nach Aussagen der Bauern nur der allerbeste Teil zurückblieb und die Bauern dabei einen beträchtlichen Schaden erlitten. Neben den Maibäumen errichteten sie Galgen und schrieen, daß man alle diejenigen daran aufhängen werde, die es wagen würden, die Rentenzahlung auszuschreiben, und ebenso diejenigen, die sie zuerst bezahlen würden.<sup>50</sup>

Trotz all dieser Ereignisse war das Vertrauen in die Nationalversammlung Ende 1790 in jenen Gegenden noch so stark, daß die Leute auf dem Lande nicht glaubten, daß die in Cahors ge-

---

48. Taine, die Entstehung des modernen Frankreich, 2. 1, S. 346 ff., 383 ff.

49. D XIV, 8. Mémoire anonyme sur les troubles à Assnan (Nièvre) Sommer 1790, D XIV, 4, Mémoire du sieur Sailhas, de Lombrez (Gers) juillet 1790 (Sagnac et Caron, S. 650 ff.) vgl. H. Sée, zit. S. 258—265.

50. Rapport de Godard et Robin, zit. S. 290, an die Maibäume wurden außerdem Aufschriften gehängt, wie: „Tenez ferme, nous sommes libres ne vous laissez plus plonger dans la servitude.“



druckten Dekrete der Nationalversammlung tatsächlich von dieser selbst erlassen seien. Sie glaubten, daß diese Dekrete dort gefälscht worden seien. Die von der Nationalversammlung in jene Gegend entsandten Kommissare hatten die größte Mühe, die Bauern von der wirklichen Lage der Dinge zu überzeugen. Wenn die Aufstände auch in ihrer Gesamtheit viel weniger spontan waren als früher und deshalb auch weniger gewaltsame Ausbreitungen im Gefolge hatten, so waren sie dafür um so organisierter. Die Aufständischen suchten meistens einen gewissen Schein von Legalität zu wahren, Sie verlangten oft schriftliche Befehle von ihren Gemeindevorstehern, und häufig marschierten diese Beamten oder die Kommandanten der Nationalgarde selbst an der Spitze des Zuges.<sup>51</sup>

In welchem Umfange und in welcher Schwere der einzelne Grundherr und der einzelne Adelige durch die Ereignisse und Veränderungen, die die Revolution mit sich brachte, betroffen wurde, hing ab von der Härte des Feudalsystems der verschiedenen Gegenden, von dem Verhältnis, in dem der einzelne Grundherr vor der Revolution zu seinen Bauern gestanden hatte und dem jeweiligen Machtstande der ausübenden Gewalt. Diese Machtentfaltung war in den einzelnen Provinzen verschieden, je nach den sozialen Schichten der Bevölkerung, Vorherrschen von Stadt oder Land und andern Faktoren. Setzte sich die Bevölkerung eines Departements fast nur aus ländlichen Schichten zusammen, so war die Anwendung von Waffengewalt und Repressalien zur Unterdrückung von Aufständen schwierig, weil die Nationalgarden nur aus bauerlichen Elementen bestanden; man mußte sie also gegen ihre eigenen Interessen mobil machen,

---

51. s. rapport von Godard et Robin; L. Duval, Archives révol. de la Creuse, S. 60 ff., H. Sée, cit.; D XIV, 2, Adresse du directoire du district de Salon (Bouches-du-Rhône); D XIV, 5, Lettre de Septier, Maire de Bucey-le-Roi (Loiret) Juni 1790; D XIV. 5, Doléances du directoire du département du Lot, 22 septembre 1790, ..“ Ce qui nous afflige le plus, Messieurs. ce qui rend surtout le mal dangereux, c'est qu'en plusieurs endroits les officiers municipaux sont ou les secrets moteurs ou les complices ou les témoins indifférents des troubles dont nous sommes forcés de vous présenter le tableau.“ (Sagnac et Caron, S. 650 ff.)

und das war meist ein vergebliches Unternehmen.<sup>52</sup> Man mußte sogar befürchten und auch erleben, daß die ländlichen Nationalgarden gegen die städtischen Garden und Truppen Stellung nahmen.<sup>53</sup>

War die Stellungnahme der Gemeinden dem Seigneur gegenüber eine feindliche, so waren ihm dafür die Distrikts- und Departementsverwaltungen um so freundlicher gesinnt. Diese taten alles, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, den Besitz der Seigneure zu schützen und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie wirkten durch Ermahnungen und Vorstellungen, sowie durch Truppenentsendung in die unruhigen Gebiete. Im äußersten Notfall wurde die *loi martiale* proklamiert, die rote Fahne entfaltet und der Aufstand niedergeschlagen.<sup>54</sup> Dies war jedoch stets das letzte Mittel und das hatte seinen guten Grund. Die den Direktorien zur Verfügung stehenden Truppen waren, wenn es sich um größere Ansammlungen an mehreren Orten handelte, nicht stark genug, den Aufständischen erfolgreich gegenüber zu treten. Wurden diese nicht sofort mit Erfolg niedergehalten, dann machte der anfängliche Erfolg sie nur kühner und gereizter, und die Kosten des Unternehmens hatten dann letzten Endes die Grundherren zu tragen. Deshalb versuchte man zuerst immer den Weg der Güte einzuschlagen; er wurde in jedem Falle der Anwendung der Gewalt vorgezogen. Die Direktorien schickten Sondererlasse und Anweisungen in die Gemeinden — wie sie es schon früher getan hatten — sie rügten die Gemeindevorsteher, sie schrieben selbst an die Leute, gegen die eine Anzeige vorlag oder die sonst irgendwie verdächtig waren; sie drohten ihnen harte Bestrafung an, sie befahlen den Gemeinde-

---

52. D XIV, 2, Adresse à l'assemblée nat. par M. M. les officiers municipaux de la ville de Brive (Corrèze), 30 sept. 1790, s. a. Doléances du sieur Amiot de Treilles par Château-Landon (Loiret), 16 juillet 1790 (Sagnac et Caron, 383).

53. Rapport von Godard et Robin.

54. L. Duval. Arch. rév. S. 67 (die rote Fahne war nicht das Zeichen des Aufstandes, sondern das des Gesetzes, wenn die *loi martiale* in Kraft trat).

verwaltungen strengstes Vorgehen gegen solche Leute und für pünktliche Erhebung der Feudallasten zu sorgen.<sup>55</sup>

Dem Anschein nach hatten sich im Jahre 1791 die Verhältnisse im ganzen etwas stabilisiert; das lag aber nicht etwa daran, daß sich die Constituante zu einem Systemwechsel entschlossen hatte, sondern daran, daß die Organisation der Verwaltung festere Formen angenommen hatte und die Zügel allmählich in die Hand bekam. Die Constituante glaubte auch gar keine Veranlassung zu einer Änderung ihres Systems zu haben, in einem Augenblick, wo es scheinbar gerade zu funktionieren begann. Schon wurden die Ablösungen gegenüber dem Staat zahlreicher; sie gingen in die Tausende. Aber ihre Zahl bedeutete nur wenig im Vergleich zu den einigen Millionen von Zinsbauern, die dem Regime unterworfen blieben, weil sie nur unter unendlich viel schwierigeren Bedingungen von dem Gesetze Gebrauch machen konnten und sogar häufig darauf verzichten mußten; ihnen blieb daher nichts anderes übrig als lediglich für die Zukunft bessere Bedingungen zu erhoffen. Die Constituante war jedoch der Ansicht, das Volk würde stets mehr verlangen, als man ihm geben könnte, und es habe wirklich schon genug erhalten. Die noch aufflammenden Proteste hielt sie für ein Produkt der Volksverführer. — Aus Furcht vor erneuten Unruhen wegen der Erhebung des champart und anderer Abgaben erließ sie schließlich kurz vor der Ernte 1791 ihre berühmte Instruktion vom

---

55. s. Duval, zit. S. 62 ff.; rapport von Godard et Robin; H. Sée, zit.; Délabry, zit.; Ferradou zit., so schreibt z. B. das Direktorium von Bordeaux im August 1790: „Le Directoire a arrêté que les officiers municipaux d'Ordonnac emploieront tous les moyens qui sont en leur pouvoir pour faire payer aux fermiers les agrières et autres droits ci-devant féodaux qu'il a usité de percevoir, aux peines portés par les décrets de l'Assemblée nat.; qu'à cet effet, ils feront afficher demain (dimanche) à la porte de l'église de leur paroisse de payer tous les dits droits. Oder, L. 646 Département, Lettre aux officiers municipaux de Vayres. 12 juillet 1791: „...la lecture de cet arrêté vous convaincra que les décrets ordonnent le paiement des agrières, champarts et autres droits non supprimés, et vous verrez les dispositions du directoire pour ramener la lois à l'exécution. Prêchez, Mrs., l'obéissance à la loi; sans elle, plus de patrie, plus de liberté“, zit. von Ferradou, S. 27, note 37.

15.—19. Juni.<sup>56</sup> In dieser brachte sie den Gemeinden in nicht mehr mißzuverstehender Weise die seither bestehenden und in Zukunft zu geltenden Richtlinien klar und eindringlich zur Kenntnis mit der kategorischen Forderung, diese Richtlinien widerspruchslös zu respektieren. Sie hielt diese Methode für das geeignetste Mittel zur endlichen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung auf dem Lande. Diese Instruktion bedeutet gleichsam die Krönung ihres Werkes.

Nach dem Dargelegten ist ein genaueres Eingehen auf diese Instruktion eigentlich überflüssig, da sie inhaltlich nichts Neues bietet. Es ist aber doch interessant zu sehen, wie die Constituante kurz vor ihrem Ende ihr Werk definierte, und kein Dokument ist besser dazu geeignet, uns dies in solcher Klarheit und Kürze aufzuzeigen.

Nach diesem Dokument zu schließen, hielt die Constituante ihre Mission, eine der wichtigsten, womit sie der souveräne Volkswille beauftragt habe, für beendet. Sie habe die Person unentgeltlich befreit, weil nie ein Mensch der Eigentümer eines andern Menschen werden könnte; daraus ergebe sich, daß die Rechte auf Menschen nie Eigentum werden könnten. Sie habe aber keine Nutzrechte abgeschafft, die auf *concession de fonds* zurückgehen, sondern nur ihre Ablösung erlaubt. Daß das große Gesetz vom März 1790 nicht funktioniere, liege nicht an der Constituante, sondern an den Bauern, die sich durch die Gegner der Revolution hätten täuschen und zu aufrührerischen Handlungen hinreißen lassen. Ein Teil der Schuld träfe auch verschiedene Verwaltungskörper, weil sie die der Nation gehörenden Rechte nicht pünktlich genug eingetrieben hätten; diese Nachlässigkeit habe zu Zahlungsverweigerungen nicht nur gegen den Staat, sondern auch gegen Einzelpersonen und außerdem zur Zuchtlosigkeit geführt. Aber „jetzt ist es endlich an der Zeit, daß die Unruhen aufhören und man dem Eigentum die schuldige Achtung wieder erweise!“ Es folgt eine exakte Definition des Gesetzes vom 15. März 1790; sie bestand in der be-

---

56. Décret et instruction sur les droits de champart, terrage et autres droits ci-devant seigneuriaux, déclarés rachetables par les décrets du 15 mars 1790. Du 15—19 juin 1791.



kannnten Scheidung in entschädigungslos zu unterdrückende Rechte und in solche, die bis zur vollzogenen Ablösung in der altgewohnten Weise weiterbezahlt werden mußten.<sup>57</sup> An der Natur der Rechte wird nichts geändert; der champart bleibt portable überall dort, wo er stets gewesen ist; er muß dem Seigneur auch in Zukunft zugeführt werden. Die im Artikel<sup>58</sup> 2 des Dekrets vom 15. März 1790 aufgezählten Rechte werden weiterhin als reell angesehen; lediglich die vom Hintersassen zu leistende *preuve contraire* kann jene Rechte zerstören. Dagegen sollen die Streitfragen über Existenz und Quote eines als reell angenommenen Rechtes auch weiterhin entschieden werden *d'après les preuves autorisées par les statuts, coutumes et règles observées jusqu'à présent*. In den Gegenden, wo die *coutume* die Regel „Nulle terre sans seigneur“ ausdrücklich bestimmt, behält diese auch weiterhin ihre volle Wirkung; ein Gegenbeweis des Hintersassen bleibt also praktisch zwecklos. Eine Ausnahme spielen nur die als personell angesehenen Rechte. Erhebt ein Seigneur Anspruch auf sie, so hat er dafür den Beweis zu erbringen. Dieser mußte sich beziehen auf den Nachweis zweier älterer Erklärungen, die sich auf einen ununterbrochenen vierzigjährigen Besitz des betreffenden Rechtes stützten.

Diese reaktionäre Instruktion erhielt durch die königliche

---

57. „Mais dans quel cas des droits aujourd'hui contestés doivent-ils être regardés comme accoutumés d'être payés? La maxime générale qu'a établie, depuis des siècles, une jurisprudence fondée sur la raison la plus pure, c'est que, en fait de droits fonciers comme en fait d'immeubles corporels, la possession de l'année précédente doit, sauf toutes les règles locales qui pourraient à être contraires, déterminer provisoirement celle de l'année actuelle. Mais, ... l'Assemblée nationale manquerait aux premiers devoirs de la justice si elle ne déclarait pas, comme elle le fait ici, qu'on doit considérer comme accoutumés d'être payés, dans les sens et pour l'objet du décret du 18 juin 1790, tous les droits qui ont été en 1789 même, ou en 1790. En conséquence, tout redevable qui, étant poursuivi en paiement de droits échus en 1791, sera prouvé les avoir payés à l'une des trois époques qu'on vient de rappeler, devra, par cela seul, être condamné et contraint de les payer provisoirement cette année et les suivantes, sous la réserve de tous ses moyens au pétitoire ...“

58. titre III v. 15 mars.

Sanktion vom 19. Juni 1791 Gesetzeskraft. Sie bildete für die Departementsverwaltungen und Gerichtshöfe die zukünftige Richtschnur. Jeder sich Weigernde wurde von da ab als Rebell gegen das Gesetz betrachtet und sollte auch dementsprechend behandelt werden.<sup>59</sup>

Die Bauern erkannten endlich die wahre Haltung und Absicht der Constituante. In welcher Weise sich diese Erkenntnis auswirkte auf ihre Einstellung zur Constituante und zum König, in dessen Namen man die Gesetze und bei Aufständen die loi martiale verkündigte und in dessen Namen man in den Gerichtshöfen Recht sprach, wurde von großer Bedeutung für den weiteren Gang der Revolution.

---

59. Que le redevable qui refuse de les payer soit regardé, comme rebelle à la loi et usurpateur de la propriété, et que, dans ce cas les corps administratifs, ainsi que les municipalités emploient la force publique pour le ramener à la règle et à exécution des lois...“ (Circulaire de la Régie de l'Enregistrement aux directeurs départementaux, sur le payement, jusqu'au rachat, des droits féodaux, 21. Juni 1791.

## Dreizehntes Kapitel.

### Die Kritik an der Constituante.

Zur Beurteilung der Bedeutung des feudalen Problems für die Entwicklung der französischen Revolution ist erforderlich, den Eindruck, den die Beschlüsse der Constituante auf die an der Frage interessierte Bevölkerung machte, möglichst genau zu beobachten; es ist wichtig, das Urteil des Volkes über die Constituante gleichsam aus seinem eigenen Munde zu vernehmen. Hier gilt erst recht, was für die Wertung der cahiers ausgeführt wurde: es kam nicht in erster Linie darauf an, ob die Härte der Institution im Verhältnis zu früher oder zu Einrichtungen anderer Länder tatsächlich gemildert war, sondern darauf, welche Anschauung man über sie hatte, und welche geistige Haltung man ihr gegenüber fortan einnahm. Es besteht kein Zweifel darüber, daß unter andern politischen Umständen die Last der Feudalität jetzt als erträglich hätte empfunden werden können. Die häßlichsten Auswüchse hatte man ja beseitigt. Für die Lasten, die blieben, bestanden immerhin einige Möglichkeiten, sich schließlich auch von ihnen zu befreien. Doch zu einem willigen Tragen der noch bestehenden Lasten fehlte jetzt die grundlegende Voraussetzung; gerade das zeitigte eine wachsende Verbitterung des Bauern, daß die Constituante zwar einzelne Erscheinungsformen der Feudalität beseitigte und die Feudalität in ihrer Grundstruktur zerstörte, daß sie jedoch in der Praxis die volle Konsequenz aus dieser Tatsache nicht zog. Der Zinsmann hatte keinen größeren Wunsch als den der Befreiung seines Eigentums. Mit seiner Scholle war er verwachsen, an sie knüpfte sich seine Existenz, ihr gehörte seine

ganze Liebe. Wenn ihm die Revolution etwas Großes in den Schoß werfen konnte, so war es die Befreiung der Scholle. Je langsamer diese Befreiung vor sich ging, desto sehnlicher wurde sie erwartet, und desto schwerer mußte die immer noch zu tragende Last erscheinen, nachdem die revolutionären Ereignisse so große Hoffnungen geweckt hatten. Man hatte im Jahre 1789 versucht, das Joch gewaltsam abzuschütteln, man hatte die Bezahlung der Lasten verweigert, man hatte als Belohnung für dieses revolutionäre Vorgehen die Freiheit zugesichert erhalten — und nun sollte man die folgenden Jahre die Lasten weiter tragen. Statt der Freiheit erwuchsen den Bauern unzählige Prozesse, und das Lehrgeld, das sie bezahlen mußten, bis sie aus diesen Prozessen lernten, was die Constituante unter Freiheit verstand, war oft recht hoch. Als allzuspät die Ablösungsgesetze herauskamen, erkannten die Bauern, daß sie die Freiheit, wenn überhaupt, so nur mit großen Opfern kaufen könnten. Schon ihre Skepsis war geeignet, die Liquidation des Regimes zu hemmen. Außerdem waren die Seigneure von vornherein gegen die Ablösung eingestellt und widersetzten sich oft hartnäckig deren Durchführung. So kam für den Bauern zu seiner Enttäuschung auch noch die Sorge, daß die gegenrevolutionäre Bewegung siegen werde, bevor die Ablösung vollständig durchführbar sei. Im Geiste sah man schon die Seigneure das ancien régime wieder aufrichten und sich für die erlittenen Verluste und Demütigungen reichlich entschädigen; man glaubte, die Revolution würde vergeblich gewesen sein und der Zinsbauer würde schließlich die gesamten Kosten zu tragen haben.

Kaum war die Gesetzgebung vom Frühjahr 1790 in den Provinzen bekannt gemacht worden, so erhoben sich laute Proteste gegen sie. Ganz offensichtlich schien es jetzt zu sein, daß sich die gehegten Hoffnungen niemals erfüllen würden, daß die Freiheit ewig eine Illusion bleiben würde, weil man die Ablösungsbedingungen nie werde erfüllen können.<sup>1</sup> Die Dekrete,

---

1. D XIV, 3..., Disant qu'ils espéraient de jouir comme citoyens de quelques petites portions de cette grande régénération du royaume, où la liberté est annoncée par les décrets de l'auguste Assemblée. Mais les espérances des remontrants ne seront que trop malheureusement sans effet



auf die man solange gewartet hatte, „verbreiteten Schrecken und Bestürzung auf dem Lande“.<sup>2</sup> Die größte Wohltat, die die Nationalversammlung versprochen hatte, und auf die die Gemeinden am meisten gerechnet hatten, „war, so heißt es in einer Kundgebung, gleich null, und die große Hoffnung des Volkes erwies sich als eine Illusion“.<sup>3</sup>

Als man in Périgord den Bauern den Sinn der Dekrete erklärte, glaubten sie zu träumen; sie sahen einander an, schüttelten die Köpfe und sagten immer wieder in ihrem Patois: „Pâyo, pâyo, paoubre payson.“<sup>4</sup>

Hätten damals die Naturalrenten noch den Wert wie um die Mitte des Jahrhunderts gehabt, so wäre allerdings die Ablösung nicht so schwer gewesen. Wenn man aber den Durchschnittspreis der letzten 10 Jahre annahm und der Marktpreis als Schätzungsgrundlage diente, so mußte das Ablösungskapital überaus hoch werden; denn gerade im letzten Jahrzehnt vor der Revolution waren die Preise unverhältnismäßig schnell gestiegen. Wenn nun der Bauer den 25fachen Betrag der jährlichen Rente bezahlen und dazu auch noch die Ablösung der casuellen Rechte vollziehen mußte, so war es für die Mehrheit der von den Lasten des ancien régime ausgesogenen Bevölkerung so gut wie unmöglich, das Ablösungskapital aufzubringen.<sup>5</sup>

---

si l'auguste Assemblée ne leur prête une main secourable, puisqu'ils s'aperçoivent qu'eux ni les leurs ne jouiront jamais de cette grande liberté et demeureront éternellement sous le joug du régime féodal et de la servitude où ils sont détenus depuis tant de siècles. Il est vrai que les remontrants sont autorisés à se racheter; mais, quoi qu'il en soit, il est certain qu'ils seront contraints, malgré eux, de rester dans l'esclavage sans pouvoir se racheter, attendu que l'auguste Assemblée a fixé le rachat des redevances prétendues dues aux seigneurs des fiefs à un taux extrêmement fort...“ (Remontrances des laboureurs et cultivateurs de la Haute-Marche 8. mai 1790 *ibid.* 250).

2. D XIV, 4, Délibération de la commune de Thuellins en Dauphiné, v. 9, Mai 90.

3. *ibid.*

4. Bussière, *zit.* Bd. III, S. 419 (paye, paye, pauvre paysan).

5. D XIV, 4, Très respectueuses représentations du conseil général de la commune et des citoyens actifs de Branges (Isère) 22. Juni 1790; s. a.

Schon wenn der jährliche Ertrag des Bodens ein fünffacher war — was man damals schon als gut bezeichnen konnte<sup>6</sup> — und der Bauer dem Seigneur nur ein Zehntel des Ertrags der jährlichen Gesamteinkünfte abliefern mußte, war der Loskauf sicherlich kein leichtes Unternehmen. Wie sollte das aber werden, wenn der Durchschnittsertrag des Bodens einer Gemeinde nur ein zweieinhalbfacher bis dreifacher war und die Hintersassen ein Drittel der Roheinkünfte als Feudallasten entrichten mußten?<sup>7</sup>

Überall klagte man, die feudalen Abgaben seien übermäßig hoch, und viele der erhaltenen Grundrechte seien illegitim und rührten nicht von concession de fonds her. Man stritt sich heftig mit den Grundherren herum, der Erfolg war jedoch für den Hintersassen meist ein negativer.<sup>8</sup> Die Streitigkeiten über Quote und Existenz eines Rechtes sollten entschieden werden nach den im ancien régime erlaubten Regeln und Bestimmungen der coutumes. Die Regeln und coutumes waren aber unendlich variationsreich. Und angeblich aus Rücksicht auf diese Regellosigkeit und Systemlosigkeit der Feudalverfassung hatte die

---

Sagnac et Caron: Adresses des municipalités de Peypin-d'Aigues et Saint-Martin de la Brasque (Vaucluse) 14. Okt. 1790, S. 266.

6. s. H. Sée, Hist. écon. de France, S. 238.

7. D XIV, 4, Délibération du conseil général de la commune de Montferrat (Isère) 16. Mai 1790, „... Or, s'il fallait, pour se libérer de la servitudo féodale, donner plus de la moitié des biens de la commune, et perdre par conséquent plus de la moitié des revenus, comment le corps et les particuliers vivraient-ils sur un et quart de produit restant? comment encore s'acquitteraient les charges publiques, quelques légères qu'on les espère à l'avenir?...“

8. D XIV, 7, Plaintes des habitants de Guerstling (Moselle) 8. April 1792, „... Les procès qu'occasionne la loi de 15 mars 1790 sont innombrables; c'est la ruine de tous les propriétaires qui étaient dans le cas de payer les droits féodaux; ces odieux droits paraissent abolis par le fameux décret du 4 août 1789, ils commencent à revivre plus que jamais; ces droits qui n'étaient que douteux, deviennent certains.... Tous les procès se jugent (en conséquence), en faveur du ci-devant seigneur...“  
D XIV, 7, requête des habitants de Filstroff, Mai 1792, „Cette malheureuse condition de la loi du 15 mars 1790 a non seulement paralysé celle du 4 août, mais a jeté un trouble incalculable dans l'empire, au point que mille et mille procès ont été commencés qui se jugent et se perdent actuellement tous.“

Constituante darauf verzichtet, genau festgelegte Sätze aufzustellen und sich auf eine Vorzeichnung allgemeiner Richtlinien beschränkt. Nun kam es aber vor, daß auch die *coutume*, nach der man sich jeweils richten sollte, nicht eindeutig war, oder sogar überhaupt keinerlei Angaben enthielt. Was sollte in solch einem Falle geschehen? Mit dieser Frage richtete sich die *assemblée administrative* des Départements der Basse-Alpes an die Nationalversammlung.<sup>9</sup>

Wie man sich über Quote und Existenz eines Rechts streiten konnte, so konnte man dies auch über die Natur der Rechte tun. Der Seigneur war nämlich zur Erbringung des Beweises verpflichtet, wenn er weiterhin ein Recht für sich in Anspruch nahm, das an sich unter die Kategorie der *droits personnels* fiel, das er aber als reell einforderte. Dabei entstand die Frage: wo ist denn die Grenze zu ziehen zwischen personellen und reellen Rechten? Wo ist die Grenze zwischen feudalen und seigneurialen Rechten? Die Feudisten des *ancien régime* hatten diese Grenze nicht ziehen können; wie sollte sie jetzt der Seigneur finden in seinem Streit mit den Bauern inmitten einer Revolution? Was der Seigneur als reell bezeichnete, war für den Bauern personell. So schön auch die von der Constituante getroffene Einteilung der Rechte in verschiedene Kategorien war, die Bauern wollten nicht daran glauben. Der *champart* schien ihnen von der *mainmorte* oder der Leibeigenschaft her-

---

9. D XIV, 1, Extrait partie in qua du procès-verbal de l'assemblée administrative du Département des Basses-Alpes (v. 20. November 1790): „....Or quelles règles décidaient parmi nous les questions importantes, il n'y a sur cela ni loi ni coutumes expresses. La jurisprudence parlementaire sur ce sujet est vraiment oppressive; une seule reconnaissance appuyée de la prescription de trente ans suffisait, suivant tous nos auteurs, pour suppléer le titre primitif à l'égard de l'église, du seigneur haut-justicier, etc.; il fallait deux reconnaissances à celui qui n'était que simple seigneur direct; ainsi c'était le seigneur haut justicier. c'est à dire celui qui avait le plus de moyens d'opprimer, à qui on fournissait plus de facilité pour s'arroger des droits qui ne lui étaient pas dus. S'il faut suivre de pareilles règles aujourd'hui, il n'est aucune usurpation qui ne soit à couvert de toute atteinte. Plus le titre était équivoque ou chimérique, plus on multipliait les reconnaissances, et il n'est aucun des ci-devant seigneurs qui n'eût pris sur cela ses précautions...“

zurühren; gegen ihn leisteten sie deshalb auch den heftigsten Widerstand.<sup>10</sup> Die Vorschrift, daß der Nachweis aller Rechte, die der persönlichen Freiheit Eintrag taten, wie Bannrechte, Frondienste u. a., von dem Seigneur zu erbringen sei, fand ihre volle Billigung.<sup>11</sup> Sehr ungerecht schien es ihnen dagegen, daß der Schuldner, also der Bauer, für alle andern Rechte den Beweis erbringen sollte, daß er sie nicht schulde. Keine andere Bestimmung rief so viel Erbitterung und Protest hervor wie diese. Immer wieder betonte man: „Die Freiheit ist ein Gemeinrecht; es ist nicht die Sache des Sklaven, zu beweisen, daß er nicht gekauft worden ist, sondern sein Herr muß die Erwerbsakte vorweisen.“<sup>12</sup>

Aber es blieb nicht allein beim bloßen Bitten. Die Autorität und der Nimbus der Nationalversammlung begann sehr bald zu verblassen. In die Bitten schlichen sich manchmal Vorwürfe ein und ein Unterton der Drohung schwang mit. Man verlor den unumstößlichen Glauben an die reinen Absichten der Versammlung und zweifelte ihren Eifer an. „Wir werden also immer Seigneure haben, und folglich ist eure Arbeit und das Dekret, da die Folge davon ist, gleich null, und wir bleiben ein Raub von Vexationen. Wir sind unsern 6 Abgeordneten keineswegs hold dafür, daß die den Mund für unsere Interessen in dieser Angelegenheit nicht geöffnet haben.“<sup>13</sup>

---

10. D XIV, 11, Adresse des administrateur du département de l'Yonne, 1. Dezember 1790 (Représentations relatives à l'amendement ajouté à l'article premier par l'article 2 du titre III du décret du 24 mars 1790 sur les droits féod.) S. et C. S. 270 ff.; s. a. G. Lefebvre, zit. S. 384 ff.

11. s. z. B. D XIV, 2, Mémoire sur les droits féod., présenté à l'ass. nat. par les citoyens actifs de la commune de Lourmarin, département des Bouches d-Rhone, 15. Dezember 1791, S. et C. S. 283.... La suppression des banalités sans indemnité est le premier bienfait que les habitants se soient empressés de recueillir du décret sur les droits féodaux. A peine ont-ils voulu jouir qu'il a surgi dans tout le royaume des procès qui ne sont pas encore finis. Des hommes de loi, suppôts de l'ancien régime, ont obscurci ce décret au moyen des termes de corrélation et de connexité qu'ils ont établies entre les clauses de divers baux emphytéotiques passés entre les seigneurs et les vassaux...“

12. Adresse des administrateurs du département de l'Yonne, s. o.

13. D XIV, 5, Adresse faite à Mrs. du comité des droits féodaux par



Die Departementsdirektorien nahmen im Jahre 1790 manchmal in moralischer Hinsicht zugunsten der Bauern Stellung unter Hinweisung auf die Berechtigung der ländlichen Forderungen; im folgenden Jahr zogen sie bereits ganz offensichtlich die Zügel fester an, um die Streitigkeiten und den Widerstand kurzerhand zu unterbinden. Das läßt sich nicht nur aus den Erlassen der Constituante ersehen, sondern auch aus den Bittschriften der Gemeinden. So ließ die Departementsverwaltung der Somme vor der Ernte den Gemeinden bekanntmachen, daß sie ihren champart auch dann abzuliefern hätten, wenn ihnen keine titres vorgewiesen werden sollten.<sup>14</sup>

Um so heftiger wurden deshalb die Klagen, und um so kategorischer die Forderungen der Provinzen, als die Constituante von der Legislative abgelöst wurde. Man wußte, daß die Zusammensetzung dieser Versammlung eine wesentlich andere war, und daß Leute in ihr vertreten waren, die die Zustände der Provinzen aus eigener Erfahrung kannten; man glaubte sie deshalb frei von den Elementen, die bisher der Befreiung hindernd im Wege gestanden hatten.

Das Werk der Constituante wurde jetzt offen verurteilt. „In den 21 Monaten, seit das Gesetz über die Feudalität erlassen wurde, hat sich kein einziger Zinsbauer (augenscheinlich übertrieben!) von jenen verhaßten Rechten freigekauft, und wir wagen, euch zu versichern, daß, wenn die Nationalversammlung uns nicht erlaubt, die droits fixes getrennt von den droits casuels abzulösen, die jenem häßlichen Regime unterworfenen Völker noch in tausend Jahren für die Freiheit tot sein werden.“<sup>15</sup>

Warum diese Forderung ganz allgemein war und immer wiederkehrte, ist bereits dargelegt worden. Der Besitzer, der seinen Grund nicht verkaufen, sondern nur befreien wollte, hatte kein Interesse an einer Ablösung der droits casuels, die

---

une société de laboureurs du département de Lot-et-Garonne, 30 octobre 1790 u. a. „...Qu'avez-vous donc fait? Rien autre chose que d'exhaler les esprits et faire crier après vous — — —“

14. D XIV, 10, Requête de Margana, curé de Rainscheval (Somme) 5 juillet 1791.

15. D XIV, 2. Adresse des citoyens actifs de la commune de Lourmarin (Bouches-du-Rhones) 31. Dez. 1791.

selten fällig wurden.<sup>16</sup> Er hatte vor allem dann kein Interesse daran, wenn er vom Seigneur ein Grundstück erworben hatte, auf dem er nach der Erwerbung Bauwerke errichtet hatte, da das Gesetz vorschrieb, daß die Ablösung eines Besitztums nicht auf Grund einer früheren Erwerbsakte, sondern nach dem aktuellen Wert stattfinden müsse. So wollte also der Besitzer, wenn seine *droits fixes* nicht allzu hoch waren, lieber dem Régime unterworfen bleiben als ein Opfer bringen, das über seine Kräfte und Interessen ging.<sup>17</sup> Das Opfer wäre freilich im Laufe der Zeit immer leichter geworden. Die Gemeinden hatten jetzt sicherlich mehr Geld als früher; die Assignaten kamen unter das Volk, und ihr Wertsturz hätte die Möglichkeit einer Ablösung sicherlich erleichtert; außerdem fielen seit zwei Jahren die drückenden Steuern weg. Aber der Haß gegen die Überbleibsel des *ancien régime* wuchs immer mehr. Es gab Ende 1791 kaum noch ein Feudalrecht, das man nicht auf Usurpation zurückführte, und je mehr sich dieser Glaube verbreitete, desto weniger konnte man sich entschließen, für die Ablösung ein Opfer zu bringen.<sup>18</sup> Man hätte dies noch eher getan, wenn auch der Privatschuldner in gleicher Weise wie der Staatsschuldner die Möglichkeit gehabt hätte zur Ablösung seiner Rechte unter getrennten und günstigen Zahlungsbedingungen. Da das aber nicht der Fall war, so beschränkte man sich auf das Klagen und tat dies stärker als je zuvor, weil man von der neuen Versammlung mehr Heil erwartete und weil die politische Situation günstig zu sein schien für die Durchsetzung der Forderungen.

Die Klagen, Anklagen und Forderungen waren hart. Der März 1790 wurde verurteilt, der 4. August 1789 gefordert. „Jenes Gesetz hat das Dekret vom 4. August illusorisch und nutzlos gemacht. Der Bauer, der sich in der Hoffnung beglück-

---

16. D XIV, 2 *Mémoire du maire de Villelaure* (Vaucluse) 8. Jan. 1792.

17. s. Kap. 11.

18. s. z. B. D XIV, 4, *Doléances du sieur Laurent, de Bordeaux*; „... Le joug que le citoyen portait le plus impatiemment était celui de la féodalité. Il savait qu'à l'exception de quelques baux emphytéotiques et de l'arrentement de quelques domaines particuliers, tout ce qu'on appelle rentes seigneuriales, c'est-à-dire tout ce qui est par tènement, censive ou mou-  
vance, n'est que l'usurpation des anciens tyrans du genre humain. Le mal-

wünschte, seine Felder von den Abgaben, zu denen die Tyrannei und der Despotismus sie unterworfen hatten, befreit zu sehen, wurde zu der harten Notwendigkeit verurteilt, sich von neuem unter das Joch zu beugen. Das Gefühl der Freiheit hat ihm jene Rückkehr um so peinlicher gemacht. Prozesse sind in gutem Vertrauen auf das Dekret vom 4. August eingeleitet worden; das Dekret vom März hat der Freude ein Ende gemacht, hat die Landleute in ruinöse Kosten gestürzt und in ihren Augen die Vorteile einer Verfassung, die die kostbarsten Versprechen nicht hielt, verdunkeln lassen. Gesetzgeber! wir haben geschworen, frei zu leben oder zu sterben; wir haben diesen Schwur nicht umsonst getan. Wir wollen die ganze Freiheit, nicht nur für die Person, sondern auch für unsere Güter. Reißt der Feudalität die Wurzeln heraus, die das Gesetz vom März ihr erhalten wollte; ihr Joch wird uns jeden Tag unerträglicher. Die meisten der Grundlasten sind heute Eigentum des Staates. Vermehrt unsere Grundsteuer, aber befreit unsere Güter von jenen „servitudes“, die den Stolz eines freien Volkes verletzen. In bezug auf die Privatbesitzer von Feudalrenten wendet das System an, das für die Zehnten angewandt wurde.“<sup>19</sup>

Wäre Leguen de Kerangel wieder in der Versammlung gewesen, er hätte der Legislative dieselben Worte wieder zurufen können, die er am Abend des 4. August der Constituante zugerufen hatte: „Man wird keine Ruhe in das bewegte Frankreich bringen, bevor man das Volk nicht von den Ketten der Feudalität befreit hat.“<sup>20</sup>

---

heureux habitant de la campagne se disait à lui-même: quelle peut être l'origine des redevances que je paye? à quel propos cet argent, ce froment, cette avoine?... Toutes les rentes seigneuriales ou féodales sont injustes; il ne peut y avoir de juste qu'un arrentement de patrimoine particulier, car il est impossible que ni Dieu ni les hommes aient donné toute la terre à une poignée de seigneurs qui la possédaient il y a deux cents ans....“

19. D XIV, 7, Adresse des municipalités de Heckling Bouzonville etc. (Moselle) 3. Mai 1792; s. a. in Sagnac et Caron: Pétition des habitants des campagnes du Loiret (Mai 1792); Adresse des citoyens actifs de la commune de Puiveret (Bouches-du-Rhone), 20. Jan. 1792; Pétition des habitants de Fumel (Lot-et-Garonne) Febr. 1792.

20. s. o. S. 144.

Die Legislative konnte auch die Appelle der Provinzen nicht länger mißachten; man wurde sich darüber klar, daß man unter den obwaltenden politischen Umständen es kaum werde wagen können, auf diese kategorischen Forderungen der Gemeinden nach gründlichem Systemwechsel mit einer ähnlichen Instruktion wie der vom Juni 1791 zu antworten.

Wenn sich die Legislative jetzt in ernster Stunde und unter dem Druck der politischen Verhältnisse zu einem Systemwechsel entschloß, so tat sie nichts anderes, als daß sie notgedrungen die Konsequenz zog aus dem Resultat einer einseitigen und somit gefährlichen Politik der Constituante. Diese hatte sich eingeschlossen in ein System, aus dem sie nicht mehr heraus wollte, weil sie sich stark genug glaubte, die Revolution auf die politische Seite beschränken zu können, und weil sie ihr keinen sozialen Charakter zugestehen wollte.

Wenn es jetzt nicht gelang, dem Volke Konzessionen zu machen ohne Verletzung der Gerechtigkeit und des Eigentumsrechtes, so war das nicht die Schuld der Legislative, sondern der Constituante. Diese hatte ein System und Regeln aufgestellt, die glauben ließen, sie wolle die Zustände, deren Verdammung man seit dem 4. August als definitiv ansah, wieder herstellen.<sup>21</sup> Der grundlegende Fehler der Constituante war ihre überspitzte Logik, ihre Verabsolutierung der Ratio, die jeden inneren Elan erstarren ließen, die jede gefühlsmäßige Äußerung auf ihre nach Vernunftgesetzen geregelte Brauchbarkeit prüften. Ihr Werk war letzten Endes nicht das Produkt revolutionärer Leidenschaft, sondern das Produkt juristischen Denkens. Sie blieb gebunden an die Doktrinen eines Regimes, dem sie den Krieg erklärt hatte, das sie überwinden wollte. Dieses Paradoxon führte dazu, daß die Constituante das Gegenteil erreichte von dem, was sie wollte. Nicht Gerechtigkeit und Versöhnung, sondern allgemeine Verwirrung und Vertiefung der Gegensätze war das Resultat ihrer Politik. Sie wollte alle zufrieden stellen, und damit enttäuschte sie die am meisten, welche die eigentlichen Träger des revolutionären Pathos waren.

---

21. Doniol, *La révol. fr. et la féodalité* S. 80.



Sie hat den Frieden des Landes gefährdet, und in concreto erreicht, daß es zu einem kontinuierlichen Unruheherd wurde. Ihre Lösung des Feudalproblems war ebenso wirklichkeitsfern wie die Verfassung, die sie schuf. Und dadurch, daß sie die Feudalität bestehen ließ, hat sie der extremen Linken ein Propagandamittel in die Hände geliefert, vermittels dessen Stoßkraft sie den weiteren Verlauf der Revolution entscheidend zu beeinflussen vermochte.

## Vierzehntes Kapitel.

### Der König.

Dem Enthusiasmus, der am Abend des 4. August die Nationalversammlung beherrscht hatte, war, wie wir bereits gesehen haben, eine schnelle Ernüchterung gefolgt. Gar manches Mitglied hatte gehofft, daß jene Dekrete nie Gesetzeskraft bekommen würden. Sie waren in den Augen vieler Abgeordneten mehr ein Versprechen, durch das man eine bestimmte beruhigende Wirkung ausüben wollte, als eine definitive Versicherung.<sup>1</sup> Auch kannte man genau die Einstellung des Hofes; man wußte, daß der König zu einer Expropriation seines Adels nicht ohne weiteres seine Zustimmung geben werde. Am 23. Juni hatte ja auch der König seinen Standpunkt bezüglich der Feudalrechte offen und deutlich dargelegt. Vorläufig konnte die Versammlung noch dekretieren, was sie wollte; solange ihre Dekrete nicht vom König sanktioniert waren, hatten sie keine Gesetzeskraft.

Der 4. August hatte den König nicht zu einer Änderung seines Standpunktes, den er am 23. Juni eingenommen hatte, bewegen können. Sein Verhalten in der Folgezeit der Nationalversammlung gegenüber läßt das deutlich erkennen. Er war von den Beschlüssen des 4. August keineswegs erbaut und dachte nicht daran, ihnen seine Zustimmung zu geben. In dieser Haltung wurde er zweifellos durch seine Umgebung bestärkt. Wohl kannte der König das Opfer der Privilegierten an, aber er teilte nicht den Enthusiasmus der Stände, „qui ne fait que glisser sur mon âme“.<sup>2</sup> Noch im August schrieb er an den Erzbischof von Arles:<sup>3</sup> „Sie (die Privilegierten) haben im Interesse

---

1. s. o. S. 150.

2. Buchez et Roux, Hist. parlementaire Bd. II S. 248.

3. ibid.

der allgemeinen Versöhnung, im Interesse des Vaterlandes und ihres Königs große Opfer gebracht, das Opfer ist schön, aber niemals werde ich zu einer Plünderung meines Klerus und meines Adels meine Zustimmung geben . . .<sup>4</sup> Wenn die Gewalt mich zum Nachgeben zwänge, würde ich nachgeben, aber dann gäbe es in Frankreich weder eine Monarchie noch einen Monarchen mehr."

Als bei der Verfassungsberatung im September 1789 über das Vetorecht des Königs debattiert wurde, gab Mirabeau der Befürchtung Ausdruck, daß die Augustdekrete durch das Vetorecht des Königs in Frage gestellt oder ihre Ausführung zumindest erheblich verzögert werden könnte. Deshalb gab die Nationalversammlung ihrem Präsidenten Clermont-Tonnerre am 15. September den Auftrag, den König um die Sanktion der Dekrete zu bitten.<sup>5</sup> Die Antwort des Königs vom 18. September war labil und hinhaltend: er billige zwar den allgemeinen Sinn der Dekrete, jedoch fänden sich einige Artikel darunter — er bezeichnete sie nicht näher — denen er nur eine bedingte Zustimmung — *une adhésion conditionnelle* — geben zu können glaube. Er versprach aber, nach nochmaliger genauer Überlegung der Versammlung seine Ansicht präziser zu formulieren, ja er stellte sogar in Aussicht, sich im Ernstfalle ganz den Wünschen der Versammlung anzuschließen.<sup>6</sup>

Der König berief sich darauf, daß er selbst das erste Beispiel für die Durchführung der von der Versammlung angenommenen Prinzipien gegeben habe, als er 1779 auf seinen Gütern die *mainmorte* ohne Entschädigung unterdrückt habe. In Übereinstimmung mit der Versammlung nahm er den Standpunkt ein, daß alle Rechte, die einen Verstoß gegen die Menschenwürde bedeuteten, wie z. B. die *droits personnels*, im allgemeinen ohne Entschädigung unterdrückt werden müßten. Nun aber wich er von den Augustdekreten insofern ab, als er for-

---

4. „Je ne donnerai point ma sanction à des décrets qui les dépouilleraient.“

5. Arch. parl. Bd. 9 S. 28.

6. „J'y renoncerai même sans peine, si les observations de l'assemblée nationale m'y engagent, puisque je ne m'éloignerait jamais qu'à regret de sa manière de voir et de penser.“

derte, daß die in pekuniäre Leistungen umgewandelten *devoirs personnels* nicht ohne Entschädigung unterdrückt werden sollten. Weiterhin billigte der König jetzt die Ablösung der andern Grundrechte unter der Voraussetzung einer gerechten Entschädigung und der Bedingung, daß die Feudalrechte bis zur vollzogenen Ablösung geleistet werden müßten. Sehr bemerkenswert fügte er hinzu: „Die Versammlung wird zweifellos bei der Abfassung des Ablösungsgesetzes sehen, daß gewisse Rechte nicht getrennt voneinander abgelöst werden können, und daß man also zum Beispiel nicht das Recht haben darf, den Grundzins, der die andern seigneurialen Rechte bestätigt und nach sich zieht, abzulösen, wenn man nicht zu gleicher Zeit die *droits casuels* mit allen andern sich an den Zinsvertrag knüpfenden Rechten ablöst.“ Er stellte der Versammlung sogar anheim, darüber nachzudenken, ob es überhaupt dem Interesse des Staates und dem Interesse des Kleingrundbesitzers entspreche, wenn man die Ablösung des Grundzinses und der *lods et ventes* gestatte.

Die Worte des Königs vermochten aber nicht, die Versammlung zu beruhigen, denn von Sanktion war nirgends die Rede gewesen. Am 19. September beauftragte sie auf Antrag Duports ihren Präsidenten von neuem, nochmals um die Sanktion des Königs nachzusuchen.<sup>7</sup> Der König gab jedoch den Widerstand noch nicht auf; er machte Ausflüchte, um Zeit zu gewinnen.<sup>8</sup> Er sanktionierte nicht, sondern er schrieb der Versammlung, daß er die Veröffentlichung der Dekrete im ganzen Königreich anordnen werde.<sup>9</sup> Anscheinend gewährte die Versammlung den Unterschied zwischen Sanktion und Publikation nicht sofort; denn sie gab sich mit dem Bescheid zufrieden. Erst am 20. Oktober erfuhr sie auf Darlegung Targets, daß die Dekrete wohl gedruckt, nicht aber an die zuständigen Verwaltungsbehörden gesandt worden seien. Somit war auch eine offizielle Bekanntmachung derselben nicht erfolgt.

Die Ereignisse des 5. und 6. Oktobers hatten aber inzwischen den Widerstand des Hofes gebrochen und dem König die

---

7. Arch. parl. Bd. 9 S. 33.

8. Vgl. Buchez et Roux, Hist. parl. II S. 454 ff.

9. Arch. parl. 9 S. 53.



Sanktion des 4. August und der Folgezeit abgenötigt. Diese wurde dann auch durch die lettres patentes vom 3. November 1789 bestätigt, so daß also juristisch betrachtet die gesetzliche Unterdrückung des Feudalregimes nicht vom 4. August datiert, sondern vom 3. November 1789. Dies kam auch darin zum Ausdruck, daß alle Prozesse, die sich auf Feudalrechte bezogen, in diesem Sinn entschieden wurden, je nachdem die Angelegenheit vor oder nach dem 3. November datierte. Bis dahin galt noch die alte Rechtsprechung.

Wie wirkte sich nun die Haltung des Königs auf die revolutionäre Bewegung aus? Welche Bedeutung kommt ihr zu? Zweifellos darf man dem König nicht das Recht absprechen, derartig tiefgreifende und umwälzende Beschlüsse wie die Dekrete vom 4. August einer genauen und skeptischen Prüfung zu unterziehen. Seine schweren Bedenken hinsichtlich der Anerkennung dieser Dekrete sind durchaus verständlich und berechtigt. Rein menschlich ist es begreiflich, daß er erst nach langem und schweren inneren Kampf endlich am 5. Oktober unter dem Druck äußerer Gewalt die Neuordnung der politischen Verhältnisse anerkannte. Politisch dagegen war es unklug, nach einem bereits ausgesprochenen Bekenntnis zur Revolution, ihr nur mit offenkundigem Widerwillen zu folgen; es war taktisch falsch, sich nun von ihr zu distanzieren, den Blick nach rückwärts zu richten und mit dem Gedanken der Gegenrevolution zu spielen, anstatt durch eine unzweideutige und zielbewußte Haltung zu versuchen, selbst die Führung der Revolution an sich zu reißen.

Kann man es ohne weiteres nur auf die revolutionäre jakobinische Propaganda zurückführen, daß sich Frankreich innerhalb von 3 Jahren aus einem streng monarchistisch eingestellten Volk in ein Volk von Republikanern und Königshassern verwandelt hat? Jene Propaganda bestand zweifellos, aber ihre Wirksamkeit hätte niemals derartige umwälzende Folgen auslösen können, wenn nicht die ideologischen und soziologischen Voraussetzungen dazu vorhanden gewesen wären. Sehr zu beachten ist fernerhin, daß zwischen dem Einsetzen der republikanischen Strömung und dem Abschaffen des Königtums nur ein sehr kleiner Zeitraum liegt. Zwischen der Zeit, in der man offen die Frage aufwarf: Republik oder Monarchie? und dem Augen-

blick, in dem man das Königtum abschaffte, liegen nur wenige Monate. Oder ist dies etwa zu erklären aus dem angeblich wandelbaren Charakter des französischen Volkes? Nein — denn an sich ist kaum noch ein Volk so konservativ eingestellt wie das französische, insbesondere seine Landbevölkerung. Und gerade bei dieser muß man zweifellos die Ursachen der revolutionären Haltung aus tiefer liegenden Zusammenhängen heraus zu verstehen suchen. Man gehe zurück zu den cahiers de paroisse und man wird sie finden. Liest man die Ausdrücke der Verehrung, die die ländlichen cahiers dem Monarchen spenden, so wird man erstaunt sein über die Anhänglichkeit und die Hingebung an den König. Bei seiner Abfassung der cahiers war das Landvolk beherrscht von der Vorstellung und dem Gedanken, daß in Frankreich alles schlecht sei, was mit dem Regime in Beziehung stehe; nur der König sei gut. Die cahier-Abfassung war in der Vorstellung der Bauern eine Art Volksbefragung des Königs; der Versuch, eine direkte Brücke zu schlagen zwischen ihm und seinem Volk. Wenn sie am Schluß des Protokolls mit einem Kreuz unterzeichneten, so brauchten sie nicht zu fürchten, daß diese Unterschrift ihnen neue Steuerlasten und Scherereien beim Steuereinnahmer zuziehen könne. Nein, diese Unterschrift bedeutete einen Akt der Hoffnung und des Vertrauens.<sup>10</sup>

Als im Juli 1789 die Provinzen aufstanden, als die Bauern sich gegen den Adel erhoben, taten sie das aus der Überzeugung heraus, von ihm verraten zu sein; sie glaubten, daß er es sei, der den König an der Durchführung seines geplanten Befreiungswerkes hindere. Aus dieser Überzeugung ist es auch zu erklären, daß man einfach mit Scheinbefehlen operierte wie: „Der König befiehlt die Verbrennung der Schlösser“.

Unter dem Druck der Masse ist der vielgerühmte 4. August zustande gekommen. Wie würde sich jetzt nun das Verhältnis von König und Volk gestalten? Hatte der 4. August nicht auch die vermeintliche Barriere zwischen König und Volk niedergeworfen? Von entscheidender Bedeutung war daher die Stellungnahme des Königs zu den neuen Errungenschaften.<sup>11</sup>

---

10. Aulard, Hist. pol. S. 24.

11. D XIV, 4, Le roi, ce chef paternel et révééré. ne sera plus la vic-

Sicherlich war es für die Constituante nicht ganz leicht, das Allgemeininteresse mit dem Sonderinteresse zu verbinden. Wenn ihre Mitglieder, die zugleich als Richter und als Partei in dieser Angelegenheit fungierten, die richtige Grenze in dem feudalen Labyrinth nicht immer zu finden vermochten, so war das für die Bauern nicht in erster Linie ausschlaggebend. Oberste Macht war für sie immer noch der König. Aber die Landbevölkerung wußte eben nicht, daß sie damit einem Trugschluß zum Opfer fiel; sie wußte nicht, daß der König nur noch eine Scheinmacht bedeutete und ein Werkzeug der Nationalversammlung geworden war.

Sicher ist, daß keine Gesetzgebung mehr Haß und Streit erzeugte als die vom 15. März und 28. Mai 1790. Wir sahen bereits, daß sie auf dem ganzen Lande heftigsten Protest auslösten, der an manchen Orten zeitweilig in Anarchie ausartete. So in der Bretagne, in Quercy, Rouergue, Périgord und anderen Departements. Die Erbitterung über sie übertrug sich auch auf ihre Urheber.

„In dem Moment, als das Volk sich beglückwünschte, seine Ketten fallen zu sehen, segnete es den edlen Mut seiner Befreier. Wie groß war aber sein Schrecken und Schmerz, als es fühlte, daß seine Ketten unlösbar seien und die Mittel, sich von dem verhaßten Joch der ungerechten und demütigenden Feudalität zu befreien, unanwendbar seien.“<sup>12</sup>

Wohl wurden die Gesetze von der Nationalversammlung ausgearbeitet, aber diese konnte sich immer decken durch die Person des Königs, und der König hatte ja gerade den verhaßten Ablösungsmodus vorgeschlagen und die Dekrete sanktioniert. Als sie ihre berühmte Instruktion vom 15. Juni 1791 erließ, die allgemeine Entrüstung hervorrief, benutzte sie den König als Rückendeckung. Sie betonte, daß der Standpunkt, den sie in ihren Gesetzen vertrete, nicht nur ihr Standpunkt sei, sondern

---

time de ses courtisans, de ses ministres adulateurs qui le trompaient...“ (Haute-Garonne (ohne genauere Bezeichnung; nach August 89).

12. D XIV, 5, Réclamation du district de Châteaubriant sur le rachat des droits féodaux. (Loire-Inférieure) Sagnac et Caron S. 286.

13. S. z. B. D XIV, 2, Doléances de la commune d'Angeac-Champagne (Charente) Juli 1791 Sagnac et Caron S. 424.

auch der des Königs; sie berief sich dabei auf die Proklamation des Königs vom 11. Juli 1790.<sup>14</sup> Diese Proklamation war erfolgt, weil einige Gemeinden im Departement der Yonne beschlossen hatten, von ihren Seigneuren die Vorweisung der titres zu verlangen, auf Grund derer sie angeblich ihre Feudalrechte erhoben. Sie wollten den Grundzins, den champart und die andern Feudalrechte nur weiterbezahlen unter der Bedingung, daß die Seigneure ihre titres innerhalb von 14 Tagen auf dem Gemeindebüro vorlegten. Diese Auslegung der Gesetze tadelte der König in seiner Proklamation. In einer schärferen Form als es je eine Entscheidung des Comité féodal bisher getan hatte, bezeichnete er eine derartige Denk- und Handlungsweise als strafbar; er verlangte, daß die Gemeinden den champart und andere als reell angenommene Rechte auch dann weiter entrichteten, wenn ihnen keine titres vorgewiesen würden. Ein Recht habe solange Existenzberechtigung, bis der Schuldner den Gegenbeweis liefere.<sup>15</sup>

Indem der König diese Norm nun für das ganze Land aufstellte, bedeutete das die Umstoßung der Regel, die in Frankreich vor der Revolution in den Ländern des ausgesprochenen franc-alleu wenigstens theoretisch in Anwendung war, nämlich: „Nul seigneur sans titre“ und die Anerkennung der Maxime: „Nulle terre sans seigneur“ und ihre Ausdehnung auf ganz Frankreich.

Die Proklamation wurde in allen Gemeinden des Landes bekanntgegeben. Der König verwies die Gemeinden auf sein von ihm sanktioniertes Gesetz vom 15. März 1790, erklärte die Beschlüsse der betreffenden Gemeinden für null und nichtig und verbot ihnen, sowie allen andern Gemeinden für die Zukunft die Annahme ähnlicher Beschlüsse. Er verlangte, daß bis zur vollzogenen Ablösung alle Feudalrechte in der gewohnten Weise,

---

14. „....et c'est ce qu'a parfaitement développé la proclamation du Roi du 11 juillet.“

15. s. Arch. nat. AD IV, 24 Arrê du Conseil d'État du Roi, qui casse des délibérations prises par les municipalités de Massangis, Tormancy, Angely et Le Buisson, concernant le payement des droits de champart, terages et autres. Du 11 juillet 1790.



also so, wie es das Gesetz vom 15. März 1790 vorschrieb, weiterbezahlt würden. Dadurch war aber die Lage noch keineswegs geklärt. Das beweist der Umstand, daß sich nicht nur Gemeinden, sondern selbst mehrere Departementsdirektorien an das Comité féodal mit der Frage wandten, ob jener Akt des Königs nicht gegen die Verfassung verstoße.<sup>16</sup>

In ihrer Instruktion vom 15. Juni 1791 hatte die Constituante ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der König nur durch die Gesetze regieren wolle; sie fügte dieser Erklärung die Aufforderung bei: „Français! contemplez cet accord entre vos représentants, qui expriment votre volonté générale et votre Roi qui en presse l'exécution ponctuelle...“

Die jetzigen Verhältnisse waren in keiner Hinsicht mehr mit der Lage von 1789 zu vergleichen. Schon längst gab es keinen Adel als Stand mehr, der sich zwischen den König und das Volk stellen konnte. Aber wenn die Seigneure die Ablösungsangebote der Bauern nur widerstrebend annahmen, so taten sie es vielleicht nicht zum wenigsten deshalb, weil sie wußten, daß der König selbst die neue Ordnung innerlich nicht anerkannte und sich zu einer Gegenrevolution gerne bereit erklärt hätte. So konnten sie hoffen, daß die gute alte Zeit mit den alten Zuständen wiederkehren würde. Auch das Treiben der Emigranten, die von jenseits der Grenzen der Revolution Rache schworen, konnte sie nur in ihrer reaktionären Haltung bestärken. Wenn der König die Partei der Emigranten ergriff, die der Schrecken der Zinsbauern waren, so erklärte er sich de facto solidarisch mit dem Adel, den das Volk haßte. Die Logik des kleinen Volkes ist, besonders wenn seine Begriffe und seine Bildung primitiv sind, immer kurz und naiv; sie sieht nur das Nächstliegende. Als sich also die Constituante in ihrem System festgerannt hatte und hinter die Person des Königs flüchtete, veränderte sich in der Volksseele das Bild des Königs. Bisher hatte die Nation, das Volk, seinen König stets als seinen Vater und Wohltäter, ja selbst als Märtyrer für seine Freiheit ange-

---

16. Notes sur l'arrêt du Conseil du 11 juillet 1790, Sagnac et Caron, S. 378. D XIV, 13, Décision du comité féodal sur un arrêt du conseil du Roi relatif au payement des droits de champart et autres.

sehen; diese Vorstellung wandelte sich nun gründlich. Der Heiligenschein um das Haupt des Landesvaters verblaßte.

Der König konnte sich nicht dazu entschließen, freiwillig das zu tun, wozu er doch gezwungen war; nicht einmal den Schein der Freiwilligkeit wußte er konsequent zu wahren. Anstatt der großen Umwälzung als Führer voranzugehen, ging er gezwungen hinter ihr her. Er erkannte nicht, daß er im Bunde mit der Revolution das große säkulare Ziel des Königtums erringen konnte: den modernen Einheitsstaat. Er erkannte vor allem nicht die Notwendigkeit eines Bündnisses mit der großen Mehrheit der Nation: der königstreuen ländlichen Bevölkerung. Mit der Ablehnung dieser natürlichen Bundesgenossen beging er einen entscheidenden Fehler. In der Frage der Feudalität hätte er klar und zielbewußt Partei ergreifen müssen gegen die, die den Absolutismus gestürzt hatten. Das tat er nicht, sondern er verfolgte die schwächliche Taktik des Lavierens nach allen Seiten; er trieb eine Politik der Halbheit, des Zauderns, des Kompromisses. Er tat das in einer Situation, in der alles ankam auf einen zielbewußten Willen, auf eine Selbstsicherheit und klare Entschiedenheit der Persönlichkeit. Und das hat ihn schließlich Thron und Leben gekostet.<sup>17</sup>

Als durch die Revolution vom 10. August 1792 das Königtum suspendiert wurde und die Legislative ihre radikalen Gesetze erließ, die den Wünschen der großen Landbevölkerung Rechnung trugen, erkannte diese endgültig, daß ihr Heil nicht unbedingt im Königtum begründet liege. Aulard hat deshalb vollkommen recht, wenn er sagt: die Errichtung der Republik ist in den Provinzen nirgends auf Schwierigkeiten gestoßen; im Gegenteil, sie ist begrüßt worden.<sup>17</sup>

---

17. Aulard, Histoire politique, S. 176.

## Fünfzehntes Kapitel.

### Die Feudalität unter der Legislative.

Als die Constituante abtrat, ließ sie ihr Werk ohne Verteidiger zurück. Das berechtigt aber noch nicht zu der Annahme, daß schon allein aus diesem Grunde die Legislative eine von Grund aus andere Politik einschlagen mußte. Zwar stammten ihre Mitglieder zu einem großen Teil aus den Departementsverwaltungen; sie kannten daher die Verhältnisse in den Provinzen aus eigener Erfahrung sehr genau, und sie wußten, daß die Gesetzgebung von 1790 im Grunde praktisch undurchführbar war. Daraus brauchte sich aber für sie noch keineswegs die Konsequenz einer sozialen Politik zu ergeben. Tatsächlich war auch die Tendenz der Legislative ursprünglich nicht nach dieser Richtung hin ausgerichtet. Das beweist am besten ihre zögernde Haltung bezüglich einer Neuregelung der Gesetze über die Liquidation des alten Grundregimes. Eine Reform der umstrittenen Gesetzgebung hätte sich in ganz kurzer Zeit vollziehen lassen, es hätte dazu keiner 9 Monate bedurft. Man wäre den Forderungen der Departements schon weitgehend gerecht geworden, wenn man die Ablösung der *droits fixes* getrennt von den *droits casuels* erlaubt hätte in Analogie zu den schon längst bestehenden Bestimmungen für die Schuldner der Nation. Man hätte eine Änderung der „*preuve*“ gestatten können, ohne zunächst von den Seigneuren die *titres primordiaux* zu verlangen.

Die Legislative hüllte sich aber bezüglich dieser Frage die ersten Monate hindurch in tiefes Stillschweigen; sie schien keineswegs die Absicht zu haben, von den Bahnen ihrer Vorgängerin allzu schnell abzuweichen. Sie tat das schon deshalb, weil neben parteipolitischen Problemen neue innen- und außen-

politische Momente in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rückten. Außerdem war die Mehrheit der Versammlung gut bürgerlich und den Errungenschaften der Revolution treu ergeben. Die Feuillants, eine stark konservative Partei, bildeten mit 264 Mitgliedern eine starke Fraktion gegenüber den Jakobinern, die nur 164 Mitglieder zählten.<sup>1</sup>

Innerhalb weniger Monate erhielt jedoch die durch die Frage der Feudalität und durch die Priesterfrage ohnehin schon gespannte innenpolitische Lage einen neuen scharfen Akzent durch die Lebensmittelkrise, durch die mit ihr verbundene Preissteigerung und durch die beginnende Entwertung der Assignaten. Alle diese Faktoren wirkten zusammen, um das soziale und wirtschaftliche Problem zu dem Problem der französischen Revolution zu machen. Und die Stellungnahme zu diesen Fragen war ab Frühjahr 1792 wesentlich durch die auswärtige Politik bedingt.

Wir wissen nicht, ob und in welchem Sinne das Comité féodal der Legislative die Frage der Feudalität einer Neuregelung unterwerfen wollte, da ein diesbezüglicher, durch alleinige Initiative von ihm ausgearbeiteter Bericht nicht vorliegt; alle Vorlagen sind entstanden auf Grund bestimmt formulierter Anträge, die von Mitgliedern der Nationalversammlung eingebracht wurden. Bevor nämlich das Comité der Versammlung eine Lösung vorgeschlagen hatte, ist in der Versammlung die Feudalitätsfrage aufgeworfen worden; von diesem Zeitpunkt ab ging die Gesetzesinitiative nicht mehr aus vom Comité, sondern von der Versammlung. Sie bestimmte den weiteren Verlauf der Dinge, der zugleich wesentlich beeinflusst wurde vom Druck der auswärtigen Ereignisse.

Den ersten zögernden Vorstoß machte Crestin am 7. Januar 1792.<sup>2</sup> Er klagte darüber, daß die Gesetze vom März 1790 den Seigneuren Gelegenheit gäben, ihre Vasallen in altgewohnter Weise auszubeuten. Die früher der mainmorte unterworfenen Bauern der Franche-Comté hätten nichts vom Befreiungsakt des 4. August verspürt. Mehrere Gemeinden hätten sich dort

---

1. Mathiez, Bd. 1, S. 179.

2. Moniteur, (Ass. législative) S. 59 ff.



schon vor dem 4. August 1789 vertraglich von der mainmorte losgekauft, indem sie neue Grundlasten für sie in Kauf nahmen oder Gemeindegüter an die Seigneure abtraten. Diese Verträge waren teils älter, teils jünger, aber alle vor dem 4. August abgeschlossen worden. Der 4. August hatte diese Verträge für ungültig erklärt, die Gesetzgebung vom März 1790 dagegen hatte sie von neuem sanktioniert.<sup>3</sup> Die praktische Folge sei, daß diejenigen, welche bis zum 4. August 1789 der mainmorte unterworfen geblieben seien, die sich also nicht losgekauft hätten, auf einmal kostenlos frei wurden; dagegen mußten diejenigen, die sich vor dem 4. August auf die erwähnte Weise befreit hätten, die gegen die mainmorte eingetauschten Rechte ablösen und bis zur vollzogenen Ablösung weiter entrichten. Crestin stellte auf Grund dieser Tatsachen den Antrag, den Artikel 4 des Dekrets vom 28. März 1790 zu widerrufen. Diesem Antrag hat das Comité in positiver Weise in einem Rapport vom 2. Mai 1792 in der Versammlung entsprochen, indem es nach Untersuchung des geschilderten Tatbestandes einen entsprechenden Gesetzesvorschlag einbrachte.<sup>4</sup> Seine endgültige und radikale Formulierung erhielt er aber erst durch das Gesetz vom 25. August 1792.

Zum Generalangriff auf die Gesamtregelung der feudalen Frage durch die Constituante kam es am 29. Februar 1792. Er hat eine Epoche erbitterter parlamentarischer Kämpfe einge-

---

3. Art. 2, (titre II, Dekret v. 15.—28. März 1790): „Néanmoins, tous les fonds ci-devant tenus en main-morte réelle ou mixte continueront d'être assujettis aux autres charges, redevances, tailles ou corvées réelles, dont ils étaient précédemment grevés.

Art. 4: „Tous les actes d'affranchissement par lesquels la main-morte réelle ou mixte aura été convertie, sur les fonds ci-devant affectés à cette servitude, en redevances foncières et en droits de lods aux mutations, seront exécutés selon leur forme et teneur, à moins que les dites charges et droits de mutation ne se trouvassent excéder les charges et droits usités dans la même seigneurie, ou établis par la coutume ou l'usage général de la province, relativement aux fonds non-mainmortables tenus en censive.

4. Ass. législative, Féodalité, 2, Rapport et projet de décret conc. la suppression, sans indemnité, des droits représentatifs de la mainmorte réelle et mixte, conservé par l'article 4 du titre II du décret du 28 mars 1790 fait et présenté au nom du comité féodal, par Regnault-Beaucaron, le 2 mai 1792.

leitet, die zu einer Scheidung der Versammlung in zwei getrennte Lager führten. Dies ist sehr beachtenswert, weil es das erstemal war, daß sich die Versammlung über das innenpolitische Programm nicht einigen konnte. Es war jetzt keine Spiegelfechterei mehr, sondern ein Kampf zweier Parteien um ein soziales Programm, von denen die eine die Revolution saturiert glaubte, während die andere erobernd weiterschreiten wollte. Die Tendenz „Gironde“ und „Montagne“ stand sich in dieser Auseinandersetzung kontradiktorisch gegenüber.

Nicht aus der inneren Überzeugung heraus, Richtlinien für ein soziales Programm aufstellen zu müssen, hat sich Couthon am 29. Februar 1792 auf die Rednertribüne der Legislative begeben, sondern er fühlte sich im Grunde durch innen- und außenpolitische Notwendigkeiten dazu veranlaßt, das Wort zur sozialen Frage zu ergreifen. Er wies auf die Gefahren hin, die Frankreich drohten und führte aus: „Wir stehen vielleicht vor dem Augenblick, wo wir mit den Waffen in der Hand unsere Freiheit gegen die vereinten Anstrengungen Europas verteidigen werden. Wir werden sie behalten, es wäre ein Verbrechen, daran zu zweifeln; denn ein großes Volk, das um jeden Preis frei sein will, ist stets unbesieglich, es wird entweder seine Feinde besiegen oder ihnen als Eroberungsbeute nur Wüsten und Asche überlassen. Lassen wir uns vom Gefühl unserer Kräfte erfüllen, aber suchen wir zugleich, uns unsere Kräfte zu sichern, sie zu fixieren, sie zu lenken... Wir haben wohl eine sowohl an Linientruppen als auch an Nationaltruppen starke Armee, aber ich wage vorauszusagen, daß diese Armee unsere Erwartungen erst dann wirksam erfüllen wird, wenn ihre Kraft und die Kraft der Nation eins sein werden, und wenn das Volk aus freien Stücken sich in gleicher Absicht, und wenn nötig, auch mit der Tat mit ihr verbindet. Die Nationalversammlung muß vor allem versuchen, sich der für die Ordnung und das Glück des Volkes so wesentlichen moralischen Kraft des Volkes, die mächtiger als die einer Armee ist, zu vergewissern. Bis zum heutigen Tag hat man als einziges Mittel dazu Anreden an das Volk vorgeschlagen. Ich verurteile dieses Mittel nicht, aber es ist nach meiner Meinung ein sekundäres Mittel. Mein Mittel ist anderer Art: man will das Volk aufklären, ich möchte ihm Er-

leichterung verschaffen. Man will es durch Reden an die Revolution binden, ich dagegen möchte es durch gerechte und wohlthätige Gesetze an sie knüpfen, deren stets gegenwärtige Erinnerung ihm den Titel und die Pflichten eines Bürgers teuer machen würde."<sup>5</sup> Er rühmte den 4. August, bedauerte aber, daß die Constituante rückfällig und ihren damals gepredigten Prinzipien untreu geworden sei. Die März- und Maidekrete von 1790 unterwarf er einer scharfen Kritik.<sup>6</sup> Trotzdem Couthon die Feudalität von der Usurpation herleitete, wagte er die Grundrechte nicht anzugreifen; er forderte nur Gesetze, die eine schnelle Liquidation der Grundrechte ermöglichen sollten. Doch machte er in seinem Antrag eine bedeutsame Einschränkung. Er verlangte, daß jeder Zinsbauer die Möglichkeit habe zur Einzelablösung seiner Feudalrechte, daß er also nicht mehr kraft der herrschenden Solidarität gezwungen werden könne, mehr als den auf ihn entfallenden Teil abzulösen. Außerdem forderte er, daß zukünftig nur noch die Rechte abgelöst werden brauchten, die durch genügende titres erwiesen seien.<sup>7</sup> Auch die *droits fixes* sollten getrennt von den *droits casuels* abgelöst werden können. Die Ablösung der letzteren Rechte sollte nur dann stattfinden, wenn nach ausgeführter Ablösung der *droits fixes* das betreffende Grundstück veräußert werde.

Was Couthon vorschlug, und was die Jakobiner von da ab je länger je mehr vertraten, bedeutete Realpolitik im wahrsten Sinne des Wortes; es bedeutete zugleich auch nationale Politik. Als sich das revolutionäre Frankreich anschickte, gegen das monarchistische Europa zu kämpfen, standen alle Errungenschaften der Revolution auf dem Spiel. Dessen waren sich alle

---

5. Ass. législ. Féodalité, 1, s. a. Moniteur.

6. *ibid.*, „Mais ces dispositions éclatantes ne présentèrent bientôt pour le peuple que l'idée d'un beau songe, dont l'illusion trompeuse ne lui laissa que des regrets.“

7. „et ne seront réputés conservés et susceptibles de rachat que ceux des dits droits, qui seront établis par titres constitutifs. suivis de prestations ou, au moins, par trois reconnaissances successives, également suivis de prestation et dont la plus ancienne rappelle le titre de concession“ (Das schließt natürlich auch eine Änderung der preuve ein, worauf auch Couthon hinweist.)

Anhänger der Revolution sehr wohl bewußt. Über die Folgen einer militärischen Niederlage war sich das Volk ebenso so genau im klaren wie seine Führer. Sie wußten, daß eine siegreiche Rückkehr der Emigranten zugleich auch eine Rückkehr der gabelle, der aides, der tailles, der Zehnte und der Feudalrechte bedeuten würde, daß die Kirche ihre Güter wieder erhalten, und die Verkäufe umsonst gewesen sein würden. Dieser letztere Punkt tat auch bei der mittleren und hohen Bourgeoisie seine Wirkung, denn sie war es ja gerade, die den größten Teil dieser Güter erworben hatte. Die Revolution konnte sich nur durch einen siegreichen Kampf behaupten. Wie aber konnte Frankreich kämpfen, wenn es in sich selbst uneinig war? Wie sollte sich die Revolution verteidigen, wenn ein großer Teil des Volkes von ihr enttäuscht war? Dann mußte man nämlich befürchten, daß nach dem Abmarsch der Truppen gegen den Feind die Regierungskörper im Innern des Landes jegliche Autorität verlieren würden, weil ihnen keine äußeren Machtmittel mehr zur Verfügung standen; daraus aber erwuchs die Gefahr, daß das Volk unter Ausnutzung dieser Situation sich von neuem erhob, und daß an die Stelle der mühsam aufrecht erhaltenen Ordnung die größte Anarchie treten werde. Der unzufriedenste Teil des Volkes waren die Kleinbauern, die sich von ihren Feudallasten nicht befreien konnten und sie auch nicht bezahlen wollten. Im Falle eines Aufstandes dieser Masse war zu erwarten, daß auch alle unteren Volksschichten, alle die zahllosen Unzufriedenen von der Bewegung erfaßt würden, wie das 1789 der Fall war, und daß keine Macht dann mehr imstande sein werde, dieser unheimlichen Welle einen Damm zu setzen. Das aber hätte das Ende der Revolution bedeutet. Wenn man also Krieg führen wollte, dann mußte man im Innern die Revolution konsolidieren. Aus dieser Erkenntnis heraus betrieben von nun ab die Jakobiner ihre Politik. Sie ergab sich auch den Emigranten gegenüber aus ähnlichen Erwägungen. Es handelte sich für die Jakobiner nicht nur darum, den nach ihrer Meinung größtenteils durch die Treibereien der Emigranten verursachten Krieg auf deren Kosten zu führen, indem man sich ihrer zurückgelassenen Güter bemächtigte, und man ihnen dadurch die Mittel und die Basis zur Gegenrevolution



nahm und den sinkenden Assignaten ein neues Pfand gab;<sup>8</sup> es handelte sich vielmehr in erster Linie darum, dem Volke mit diesen Gütern einen Raub in die Arme zu werfen, den es mit seinem Blute zu verteidigen gewillt sein würde. Und gerade dem kleinen Volk, den kleinen Besitzern wollte man diesen Anteil zukommen lassen; das konnte man erreichen durch Gewährung günstiger Zahlungsbedingungen und durch Teilung der zu verkaufenden Emigrantengüter in kleine und kleinste Lose; das größte Los betrug 4 Morgen.<sup>9</sup> Jeder Erwerber eines solchen Loses bedeutete einen Verteidiger der Revolution. Wenn die Verkäufe auch erst spät, im Juli 1793, einsetzten, so blieben sie doch bis dahin ein begehrenswertes Objekt, auf das man mit Ungeduld wartete. Diese Politik bezog sich auch auf die Frage der Behandlung der Gemeindegüter. Man setzte die Gemeinden wieder in ihre alten Rechte ein und widerrief alle seit 1669 auf Grund der triage gemachten Teilungen. Den Gipfelpunkt dieser Politik bildeten die Dekrete vom Ventôse 1794 über die Güter der Verdächtigen.<sup>10</sup> Man konnte nach Ansicht Robespierres, Couthons und Saint-Just die Revolution und die Republik nur dann auf sichere Grundlagen stellen, wenn man auf Kosten der Revolutionsfeinde einer bestimmten Menschen-schicht eine Existenzbasis verschaffte, von der sie wußte, daß sie sie der Revolution verdankt. Auf diese Menschen-schicht sollte sich die Revolution stützen, da jene die sehnlichst gewünschten und mühsam errungenen Vorteile mit größter Zähigkeit verteidigen würde, nachdem sie solange und hartnäckig um ihre Freiheit gerungen habe. Der Grundgedanke dieser Politik ist zweifellos weitsichtig und klug und trug der Tatsache Rechnung, daß nur in materiellen Errungenschaften der Sinn der Revolution für diejenigen lag, die nicht fähig waren zur Be-geisterung für höhere Ideale, da ihr Ideal identisch war mit ihrer äußeren Existenz. Diese Politik bedeutete zugleich einen

---

8. s. Marion, *Hist. financière*, Bd. 2, S. 370.

9. Dekrete vom 9. Febr. 1792, 30. März—6. April, 27. Juli, 4.-16. August, Marion, *La vente des biens nationaux*, Kap. 5.

10. s. A. Mathiez, *Les décrets de ventôse sur le sequestre des biens des suspects et leur application*, *Annales hist. de la Rév. fr.*, 1928, S. 193 ff.

Bruch mit der Vergangenheit, der entscheidend war. Der Grundgedanke dieser Politik entstammte vielleicht nicht einmal den Köpfen der Führer selber. Aus den Provinzen tönte schon längst ein ähnlicher Ruf. Die Bauern erfuhren nicht erst durch das Manifest des Herzogs von Braunschweig, um was es sich handelte, sondern sie hatten schon davon gehört, als die Frage der Entschädigung der im Elsaß und in Lothringen depossessionierten Seigneure vom feindlichen Ausland aufgeworfen wurde. Während Frankreich daran festhielt, daß die Verfügungen, die aus dem 4. August entsprungen waren, auch für die deutschen Seigneure, die in jenen Gebieten Besitzungen hatten, galten, erkannte der Kaiser trotz Frankreichs Bereitwilligkeit zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung,<sup>11</sup> jene Beschlüsse für die deutschen Seigneure nicht an. Nach langen Verhandlungen verlangte er in der Erklärung von Wien vom 3. Dezember 1791 offen die Wiederherstellung des früheren Zustandes für die deutschen Seigneure und die Wiedereinsetzung dieser in die Rechte, die sie vor dem 4. August besessen hatten. Er drohte aus dieser Frage einen casus belli zu machen.<sup>12</sup>

Als die Nationalversammlung ihre Dekrete gegen die Emigranten erließ, fand sie den vollen Beifall der Bauern, denn diese zitterten bei dem Gedanken an die Rückkehr der verhaßten Emigranten. In ihren Bittschriften, die sie an die Nationalversammlung richteten, gaben sie häufig dieser Sorge Ausdruck und versicherten sie ihrer Ergebenheit, wenn sie vom Joch der Feudalität befreit würden. So schrieben z. B. die Bewohner einer Gemeinde: „Sind einmal unsere Güter befreit, so werden wir unerhörte Anstrengungen machen und uns ewig den Manövern der Revolutionsfeinde entgegenstellen.“<sup>13</sup> Welche Gefah-

---

11. s. Arch. nat. AD XVIII<sup>c</sup> 158, rapport fait à l'ass. nat. sur les droits seigneuriaux des princes de l'Allemagne en Alsace, 28. Okt. 1790 par M. Merlin.

12. s. Doniol. zit. S. 93.

13. B. D XIV, 2, Adresse des citoyens actifs de la commune de Lourmarin (Bouches-du-Rhône) 15. Dez. 1791 „... les habitants des campagnes, exposé au fléau de la féodalité tremblent à l'idée seule de revoir parmi eux ces hommes durs, hautains, litigieux, tant que le régime féodal ne sera pas totalement détruit. La rentrée de ces despotes qui ont respiré depuis

ren für die Revolution in dem durch die Feudalität verursachten Zustand lagen, hat bald darauf auch Roland in einer Rede in der Versammlung im April 1792 nochmals eindringlich betont.<sup>14</sup>

Jedenfalls hatte sich, als Couthon mit seiner Rede vor die Versammlung trat, die Lage der Dinge dahin entwickelt, daß das Problem der Feudalität zur weiteren Behandlung reif war. Der Anstoß war mit Erfolg gegeben, das Comité féodal wurde mit einem entsprechenden Rapport beauftragt.

Am 11. April 1792 trat dann auch Lautour-Duchatel im Namen des Comité vor die Versammlung und unterbreitete ihr einen Gesetzesvorschlag<sup>15</sup> über die entschädigungslose Unterdrückung verschiedener Feudalrechte, die durch das Dekret vom 15. März 1790 als ablösbar erklärt worden waren. Der Antrag ging, wie schon die Überschrift zeigt, weit über das hinaus, was Couthon am 29. Februar verlangt hatte.

Wie alle künftigen Vorträge des Comité, so begann auch dieser mit einer heftigen Kritik am Werk der Constituante. „Umsonst,“ sagte der Vortragende, „hat die Constituante zu dekretieren erklärt, daß sie das Feudalregime unterdrücke, in Wirklichkeit ließ sie die verhaßte Feudallast bestehen, und zwar das Recht, das jeder Seigneur erhob und heute noch bei jeder Veräußerung eines Grundstücks, das von seiner Grundherrschaft abhängig, erhebt“. Wohl habe man die Ablösbarkeit der Rechte erklärt, aber diese „faculté“ habe keinerlei praktischen Wert, weil es dem weitaus größten Teile der Grundbesitzer unmöglich

---

deux ans l'air de Germanie, de la Sardaigne, de l'Espagne, de l'Italie, si funeste à la liberté leur présage des vexations, des injustices, des chicanes interminables et des procès ruineux.“

Auch D XIV, 4, Détruisez donc ces rentes, et vous ferez votre devoir, et tout en faisant votre devoir vous rendrez amis de la Révolution et des lois tous les propriétaires de l'empire; Doléances du Sieur Laurent, (Bordeaux) März 1792, Sagnac et Caron, S. 300.

14. s. Arch. parl., Bd. 41. S. 713, 16. April 1792.

15. Rapport et projet de décret concernant la suppression sans indemnité de divers droits féodaux déclarés rachetables par le décret du 15 mars 1790, fait et présenté aux nom du Comité féodal par M. Lautour-Duchatel, le 11 avril 1792 (Arch. nat. AD IV, 24; s. a. Arch. parl. Bd. 41 S. 470—474.

sei, die Last zu tilgen; sie müßten erst einen Teil des Grundstücks verkaufen, um den andern Teil befreien zu können. Man habe die Zweige der Feudalität abgeschnitten, aber ihren Stamm in voller Kraft bestehen lassen; dieser sei nun bereits, von neuem auszuschlagen.

Das Comité schlug die entschädigungslose Unterdrückung aller *droits casuels* vor, die in Artikel 1 und 2 (Abs. 3) des Dekrets vom 15. März 1790 aufgezählt sind und als ablösbar erklärt wurden. Eine Ausnahme sollte nur für diejenigen Seigneure zugelassen werden, die in der Lage wären, an Hand des Originals des Grundvertrages zu beweisen, daß sie das betreffende Grundstück nur unter der ausdrücklichen Bedingung der Leistung der *droits casuels* vergeben hatten.

Das Comité hat, wie schon aus seinem Antrag sehr leicht zu ersehen ist, im Prinzip die Illegitimität der *droits casuels* angenommen.<sup>16</sup> Wenn sich dieser Vorschlag vorläufig auch nur auf einen Teil der bestehenden Rechte bezog, so bedeutete dies doch im Vergleich zu den Prinzipien der Constituante einen gewaltigen Schritt vorwärts, vor allem, weil jetzt nicht mehr der Hintersasse die unmögliche „*preuve*“ leisten sollte, sondern der Seigneur. Die etwaige Annahme dieses Antrages bedeutete die gesetzliche Anerkennung eines Prinzips, das in seiner logischen Konsequenz unweigerlich die Brücke zu weit radikaleren Maßnahmen sein mußte.

An demselben Tage, also am 11. April, überraschte auch Dorliac, ein Abgeordneter des Departements der Haute-Garonne, die Versammlung mit einem neuen Projekt.<sup>17</sup> Dieses bestand in einer Ausdehnung und gleichzeitigen Beschränkung der vom Comité vorgeschlagenen Anträge. Eine Ausdehnung bedeutete es insofern, als es im Prinzip alle nicht genügend erwiesenen Feudalrechte unterdrücken wollte, also nicht nur die *droits casuels*, sondern auch die *droits fixes*. Die Beschränkung

---

16. Er begründet seinen Antrag mit: „*Considérant que, loin de cette présomptions puisse avoir lieu, tout indique au contraire que ces droits n'ont jamais eu pour cause la concession primitive d'un fonds, mais bien la tyrannie et l'oppression.....*“

17. Ass. lég. Féodalité, Nr. 3 u. Arch. parl., Bd. 41, S. 474 ff.



beruhte darin, daß es weit weniger radikal war als das Comité. Wohl stellte auch Doriac sich auf den Standpunkt, daß im Prinzip alle Feudalrechte auf Usurpation und Gewaltherrschaft beruhten, aber er erkannte auch Ausnahmen an, wie sie schon die Constituante in bezug auf die *droits personnels* zugegeben hatte. Den Hauptfehler der Constituante sah er darin, daß diese von den Seigneuren nicht für alle Feudalrechte den Beweis verlangt hatte, sondern nur für die Rechte personeller Natur. Er verlangte deshalb, daß der von der Constituante festgesetzte Unterschied wegfalle und daß der Seigneur für jede Art von Rechten, die er beanspruche, den Beweis erbringe, daß sie der Preis und die Bedingung einer *concession de fonds* seien. Wenn der Seigneur die *titres primitifs* nicht beibringen könne, so solle er sie ersetzen dürfen durch zwei *reconnaisances*; diese mußten sich stützen auf einen so alten Besitz, daß er die Existenz der *titres* wahrscheinlich mache: auf einen ununterbrochenen Besitz von 100 Jahren. Wenn auch die Annahme einer derartigen Bestimmung die allermeisten Rechte garantiert hätte, so muß man doch sagen, daß das Projekt Dorliacs einen wesentlichen Fortschritt bedeutete.<sup>18</sup> Es war von dem deutlichen Willen getragen, endlich die Möglichkeit für eine schnelle Liquidation des Feudalregimes zu schaffen. Dorliacs ganze Auffassung berührte sich in wesentlichen Punkten eng mit der Auffassung Couthons; auch dieser vertrat die Idee der getrennten Ablösung der *droits fixes* von den *droits casuels*. Von der Constituante wich Dorliac fernerhin dadurch ab, daß er an Stelle der fakultativen Ablösung die Zwangsablösung setzen und die Liquidation unter die Obhut der Distrikts- und Departementsdirektorien stellen wollte; die Constituante hatte das ausdrücklich verboten. Jetzt sollten nun die Seigneure dazu verpflichtet sein, innerhalb von 3 Monaten nach Veröffentlichung des Dekrets ihre *titres* bei den Direktorien der Distriktsverwaltungen einzureichen. Durch die *procureurs syndics de district* sollten hierauf die Gemeinden

---

18. Das Projekt zerfällt in 3 Teile: 1. *Correction des précédents décrets sur les droits féodaux*; 2. *Règles pour constater l'existence ou la quotité des droits féodaux et censuels*; 3. *Extinction de tous les droits féodaux et censuels*.

davon benachrichtigt werden, damit diese innerhalb eines Monats Einsicht darin nehmen und ihre Beschwerden beim Sekretariat des Distriktdirektoriums vorbringen könnten. Etwaige Streitigkeiten zwischen Seigneuren und Gemeinden über Quote oder Rechtsmäßigkeit eines titre sollten vor einer Kommission verhandelt werden, in der beide Teile gleich stark vertreten seien. Die Wahl der Verteidiger sollte beiden Teilen freigestellt sein, wenn die Direktionen die Sache nicht selbst in die Hand nehmen würden. Die Kosten des Verfahrens sollte immer der unterlegene Teil tragen.<sup>19</sup>

Dorliac ließ auch noch einen andern Weg offen: die Seigneure sollten ihre Rechte an die Nation abtreten; die Liquidation der Rechte sollte kollektiv durch die Gemeinden oder Distrikte durchgeführt werden. Dadurch würden die Hintersassen Schuldner des Staates und dieser wiederum Schuldner der Seigneure.

Die Feudalrechte hätte man damit ihres subjektiven Charakters entkleidet, sie hätten in den Augen der Hintersassen die Form einer Steuer angenommen und die Entschädigung wäre dem Seigneur sicher gewesen.

Der erste Teil des Projekts bedeutete nichts anderes als eine Reproduktion des Edikts vom 19. Dezember 1771, durch das Victor Immanuel von Sardinien die Ablösung der Feudalrechte in Savoyen verordnet hatte. Die praktische Anwendung jenes Edikts war auf die in Frankreich herrschende Verwaltungsorganisation zugeschnitten. Hier wurde zum ersten Male ein Ablösungsprojekt vorgelegt, dessen Verfasser den im August 1789 von d'Antraigues gegebenen Rat, das Beispiel Savoyens einem gründlichen Studium zu unterziehen und es als Grundlage für die neue Gesetzgebung zu benutzen, befolgt hatte.

Die Versammlung hat keinen von Dorliacs Vorschlägen angenommen. Der erste erschien ihr noch zu radikal, der andere zu verdächtig. Ein großer Teil der Mitglieder der Legislative stand zu dieser Zeit noch auf dem Standpunkt, daß sich das System der Constituante in seinen Hauptpunkten werde retten lassen. Sich zum Gläubiger des Staates machen zu lassen, war

---

19. s. titre II des Projekts, bes. Art. 1, 4 u. 5.

in jener Zeit schon nicht mehr sehr ratsam. Die Garantie des Staates konnte unter Einwirkung widriger Umstände eine sehr zweifelhafte werden; auch stand man in einer Zeit, in der die Assignaten bedenklich fielen. Unschwer hätte sich der Staat seiner Last durch eine neue Assignatenaufgabe entledigen können. — Der Linken war diese Lösung ebenfalls nicht erwünscht: sie war ihnen zu konservativ und schien dem Volk nicht die sofortige Erleichterung und die Erfüllung seiner Wünsche zu bringen.

Der eigentliche und entscheidende Kampf um die Feudalität entbrannte am 9. Juni 1792 im Anschluß an die dritte Lesung des vom Comité eingebrachten Gesetzesvorschlags.<sup>20</sup> Goujon versuchte das Projekt zurückzuweisen mit der Begründung, daß es nicht dem Antrag Couthons entspreche, auf Grund dessen das Comité beauftragt worden sei, der Versammlung ein Projekt vorzulegen. Couthon habe keine Unterdrückung ohne Entschädigung verlangt, sondern nur Erleichterung der Ablösungsform beantragt. Goujon berief sich darauf, daß die Constituante die Feudalität abgeschafft habe. Was davon übrig geblieben sei, habe seinen juristischen Charakter geändert; es sei in die Klasse der reellen und reinen Grundrechte eingereiht worden. Dieses Überbleibsel sei heiliges und unverletzliches Eigentum geworden. — Im Laufe der weiteren Entwicklung spaltete sich dann die Versammlung nicht nur in der Anschauung über die Feudalität, sondern auch in der Auffassung vom Privateigentum. Der Streit über die erwähnten Punkte wurde im wesentlichen ein Streit über die Definition dieses Begriffs.

Goujon warnte dringend vor der vom Comité vorgeschlagenen Lösung. Greife man die *droits casuels* an, so würden sogleich alle andern Grundrenten dasselbe Schicksal erleiden, da sie den ersteren durch das Gesetz assimiliert worden seien. Aber nicht nur dagegen wehrte er sich; er fand auch den vom Seigneur verlangten Beweis über alle Maßen hart. Dieser sollte nach ihm in der von der Constituante festgesetzten Form erbracht werden. Weiterhin gab er zu bedenken, daß die Durchführung des Vorschlags sich äußerst ungünstig auf die Finanz-

---

20. Arch. parl., Bd. 45, S. 14 ff.

lage auswirken werde, da die in den Händen der Nation sich befindlichen Feudalrechte einen Wert von 4—500 Millionen L. repräsentierten.

Goujon hatte mit seinen Einwänden die Opposition auf das schärfste herausgefordert. Mailhe erhob sich gegen ihn und bekannte sich zum Vorschlag des Comité; er beantragte sogar die Ausdehnung dieses Vorschlags auf alle Zinsrechte. Warum wolle man die Seigneure von der „preuve“ befreien? Sie sollten doch beweisen, daß ihre Feudalrechte wirklich ein Eigentum seien: „Laßt den Besitzer nicht mehr länger dem negativen Beweis unterworfen, sondern zwingt die Seigneure, die die Ablösung ihrer Zinsrechte verlangen, zu beweisen, daß diese Rechte tatsächlich von einer concession de fonds herrühren! Gebt euch nicht mehr mit einfachen Besitzerklärungen und mit reconnaissances à terrier zufrieden; diese Akten stammen von der seigneurialen Macht und sind den Hintersassen in der Furcht vor Unterdrückung entrissen worden! . . . Wenn man sagt, daß die Seigneure die Originalurkunden der Zinsverträge nicht erhalten konnten, so frage ich: wie haben denn die Gemeinden die Beweise ihrer Allodialität erhalten können?“<sup>21</sup> Mailhe kam zu dem Schluß, daß die Unterdrückung ohne Entschädigung aller Zinsrechte der Schlußstein sei, der noch im Verfassungsgebäude fehle. Er verlangte demzufolge ein Gesetz, das alle Wirkungen der Maxime „Nulle terre sans seigneur“ aufhebe und allen Besitz für frei erkläre, den die Seigneure nicht durch authentische Urkunden als rechtmäßiges Eigentum nachweisen könnten.<sup>22</sup>

In diese beiden gegensätzlichen Anschauungen, hatte sich die Legislative gespalten. Beide Parteien suchten ihre Anschauungen durchzusetzen, und so prallten die Gegensätze immer schärfer aufeinander und mündeten schließlich beiderseits in eine extreme Haltung ein. Am 12. Juni trat der Jurist Deusy der These von Mailhe mit einer wohl durchdachten Rede entgegen, die sich auf einer juristischen und historischen Grundlage aufbaute;<sup>23</sup> sie wurde von der Rechten mit lebhafter Begeisterung

---

21. Arch. parl., Bd. 45, S. 17.

22. ibid. S. 18/19.

23. ibid. S. 110, s. a. ass. lég. Féod., Nr. 5



aufgenommen. Er leitete die Feudalrechte aus verschiedenen Quellen her: sie konnten von der Leibeigenschaft und Usurpation herrühren, sie konnten aber auch auf Verträge und Übereinkünfte zurückgehen. In letzterem Falle waren sie heilig und unverletzlich, auf Grund des Artikels 17 der allgemeinen Menschenrechte. — Im Kernpunkt deckten sich Deusys Ausführungen mit der bekannten Definition der Constituante. Was diese bewahrt hatte, solle bestehen bleiben; denn der von der radikalen Seite vorgeschlagene Weg drohe zur berüchtigten *loi agraire* zu führen. Außerdem suchte Deusy, ähnlich wie Goujon, aufzuweisen, daß die vorgeschlagene entschädigungslose Unterdrückung der *droits casuels* dem Staatsinteresse zuwiderlaufe. Der dadurch entstehende Ausfall von mehreren Millionen müsse durch neue Steuern gedeckt werden. Weiterhin verstoße dieses Verfahren nicht nur gegen das Interesse des Staates, sondern auch gegen das Interesse der Kleingrundbesitzer. Es würde nur den Großgrundbesitzern nützen und diese bereichern, zum Nachteil und auf Kosten der andern Bürger.<sup>24</sup> Aber Deusy tat noch einen Schritt weiter. Von der Annahme ausgehend, daß die Grundrechte alle Charaktereigenschaften eines legitimen Eigentums hätten, bestritt er der Versammlung überhaupt das Recht auf Beratung der zur Debatte stehenden Frage:<sup>25</sup> die Verfassung erkläre ausdrücklich in mehreren Artikeln die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Besitzes; sie erkläre weiterhin, daß der gesetzgebende Körper kein Gesetz machen könne, das gegen die durch die Verfassung garantierten Rechte verstoße. Durch diese Darlegungen wurde der Streit auf das Gebiet des Staatsrechts ausgedehnt und bot den beiden Parteien neue Handhaben zum Kampfe gegen das Für bzw. Wider der vorgeschlagenen Lösung.

---

24. *ibid.*, S. 112, „.... et j'ai démontré que la suppression des droits incorporels serait tout à l'avantage des riches propriétaires, sans aucun profit pour les autres citoyens et cependant c'est de la partie la plus nombreuse et la plus intéressante de la Nation qu'il convient de s'occuper de préférence.“

25. *ibid.*, „.... que vous n'avez pas même le droit de vous occuper de la question qui vous est soumise.“

Eines der hervorragendsten Argumente, das die konservative Partei ins Feld führte, war die Theorie über das Eigentum. Als Erwiderung an die Radikalen hat Prouveur der Versammlung am 14. Juni zugerufen: „Das Wort „Eigentum“ — ich sage noch mehr —, der mit diesem Wort verbundene Sinn (*l'opinion attachée à ce mot*) ist das Gewölbe des großen Gebäudes, das 24 Millionen Menschen als Nationalkörper zusammenhält; wenn man das Gewölbe erschüttert, so stürzt das Gebäude ein. Wenn man anfängt, das Eigentumsrecht anzugreifen, wo wird dann die öffentliche Meinung Grenzen finden? Rousseau sagte: „Der Mensch, der als erster einen Zaun um ein Gelände machte und sagte, das gehört mir, war der wahre Gründer der Gesellschaft.“ Gut, ich sage: der Mensch, der heute als erster die Barrieren zerstört, die das bürgerliche Eigentum konstituieren, wäre der Zerstörer jeder Gesellschaft.“<sup>26</sup> Prouveur versuchte die Durchsetzung eines Antrags, demzufolge das Comité seinen eigenen Vorschlag zurücknehmen und einen andern Rapport über ein neues Ablösungsgesetz ausarbeiten sollte. In Zukunft solle der Seigneur die „preuve“ leisten müssen, gestützt auf die titres primitifs oder auf den Nachweis eines 100jährigen Besitzes. Aber dieser Antrag, der sich mit dem Projekt Dorliacs berührte, kam um zwei Monate zu spät. Es hatte nichts geholfen, daß man, wie Louvet<sup>27</sup> sagte, anonyme Schriften an den Eingangstüren des Saales verteilt hatte; es half auch nichts, daß man dem Comité Sondervorstellungen machte und daß man selbst Schriften von angeblichen Schuldern solcher Rechte mit der Bitte um ihre Erhaltung an die Versammlung richtete.

Am 14. Juni brachte Gohier eine Erwiderung auf die gemachten Einwände, die an Wucht und Überzeugungskraft den Argumenten seiner Gegner keineswegs nachstand.<sup>28</sup> Alle angeführten Argumente wies er nacheinander zurück. Zuerst wandte er sich gegen die Behauptung, daß nur die Reichen von der entschädigungslosen Unterdrückung Nutzen ziehen würden. Gerade sie seien es, von denen man das Opfer verlange. Den

---

26. *ibid.*, S. 207, s. a. Ass. lég. Féod., Nr. 5.

27. *ibid.*, S. 119.

28. *ibid.*, S. 201 ff.

Finanzgrund erkannte er nicht als stichhaltig an. Eine jährliche Einnahme von 20 Millionen könne nicht bestimmend sein für die Aufhebung von Rechten, die nicht weniger verhaßt seien als ehemals die Tabaksteuer, die Getränkesteuer und die Gabelle. Letztere aber habe man, obwohl sie dem Staat mehr eingebracht hätten als die Feudalrechte, ohne weiteres unterdrückt. „Wenn das Einkommen aus den *droits casuels*, die von den großen Besitzern in die Staatskasse fließen, 20 Millionen beträgt, so muß man hinabsteigen in die Hütte des ehrbaren Bauern, um diejenigen zu finden, von denen allein dieser Tribut letzten Endes bezahlt wird.“ Er wolle keineswegs das Eigentum angreifen, sondern es nur auf seine wahre Grundlage stellen. Das Eigentum sei die Grundlage der Gesellschaft, es müsse deshalb garantiert sein; aber dem Prinzip seiner Unverletzlichkeit müsse auch das Prinzip der Freiheit entsprechen. Man müsse die rechtmäßigen Bestandteile des Eigentums trennen von denjenigen, die ihre Existenz der Usurpation verdanken. „Wir sind uns alle zweifellos mit der Constituante darin einig, daß die einzigen Rechte, die abzulösen sind und bis zur ausgeführten Ablösung entrichtet werden müssen, Rechte sind, die der Preis und die Bedingung einer *concession de fonds* sind. In diesem Fall müssen aber *titres* vorhanden sein, und wo müssen sich diese wohl finden? Wenn die *Seigneurs* Grundstücke, von denen sie Veräußerungsrechte beanspruchen, vergeben haben, so können sich diese *titres* nur in den Archiven der *Seigneurs* finden und folglich liegt es nur allein bei den *Seigneurs*, den Beweis für ihren Besitz anzutreten.“<sup>29</sup>

Gohiers Ausführungen sind nicht ohne Erwiderung geblieben; die Versammlung jedoch folgte nicht weiter und schloß die Debatte über die Frage. Es kam jetzt nur doch darauf an, sich über das Prinzip zu einigen. Würde man die *droits casuels* mit oder ohne Entschädigung unterdrücken und unter welchen Bedingungen?

Nach verschiedenen Vorschlägen stellte Dumolard unter dem Beifall der Rechten und Widerspruch der Linken folgenden Antrag: die *Seigneurs* sollten für die in Frage kommenden

---

29. *ibid.*, S. 203/04; Ass. lég. Féod. 7.

Rechte mangels des titre primitif diesen durch 3 auf ihn zurückgehende Erklärungen ersetzen können, wenn sie außerdem noch einen ununterbrochenen Besitz der Rechte von 40 Jahren nachweisen würden. Mit 273 gegen 227 Stimmen wurde dieser Antrag als Grundlage für die fernerer Beratungen angenommen. Nach diesem Sieg verlangte die Rechte Aufhebung der Sitzung. Delacroix und mehrere Mitglieder der Linken widersprachen. Debry verlangte, daß eine der drei Erklärungen zumindest 100 Jahre alt sein müsse. Obwohl schon ein Teil der Abgeordneten, die für Dumolards Antrag gestimmt hatten, den Saal verließen, verlangte die Linke energisch eine Abstimmung über den Zusatzantrag. Die sich noch im Saale befindlichen Mitglieder der Rechten wurden unruhig und verlangten Aufhebung der Sitzung; als sie sich nicht mehr stark genug fühlten, verließen die ungefähr 150 zurückgebliebenen Abgeordneten ostentativ den Saal, um den Schluß der Sitzung zwangsweise herbeizuführen. Die äußerste Linke blieb geschlossen zurück. Das Manöver der Gironde mißlang: die Sitzung ging weiter. Delacroix stellte fest, daß die Versammlung noch über 200 Mann stark und deshalb beratungs- und beschlußfähig sei. Der Antrag Dumolards wurde für nichtig erklärt und ein anderer an seine Stelle gesetzt; dieser bestimmte die entschädigungslose Unterdrückung aller droits casuels mit Ausnahme derer, die durch den titre primitif als Preis und Bedingung einer concession de fonds erwiesen werden könnten.<sup>30</sup> Dieser Antrag erhielt im Dekret vom 18. Juni bis 6. Juli seine endgültige Fassung.<sup>31</sup>

---

30. Arch. parl., *ibid.*, Bd. 45, s. a. Moniteur.

31. Dekret v. 18. Juni bis 6. Juli 1792, Art. 1, L'Assemblée nationale, dérogeant aux articles 1 et 2 du titre III du décret du 15 mars 1790. et à toutes lois à ce relatives, décrète que tous les droits casuels, soit censuels, soit féodaux, et tous ceux qui en sont représentatifs, connus sous les noms de quint, requint, treizième, lods et trézains, lods et ventes et issue, mi'lods, rachats, venterolles, reliefs, relevaisons, plaids, acapte, arrière-acapte, et autres droits casuels, sous quelque dénomination que ce soit, qui se percevaient à cause des mutations qui survenaient dans la propriété ou la possession d'un fonds, sur le vendeur, l'acheteur, les donataires, les héritiers, et tous autres ayants cause du précédent propriétaire ou possesseur, sont et demeurent supprimés sans indemnité, à moins que lesdits droits ne soient justifiés par le titre primitif d'inféodation, d'accensement ou de bail



Nach dieser in quantitativer Hinsicht beträchtlichen Einschränkung der Feudalrechte blieb noch die Aufgabe, die Liquidation der nach diesem Dekret noch bestehenden Rechte zu erleichtern. Diese Frage behandelte ein Rapport Lemalliauds vom 12. Juni 1792, mit der er im Auftrag des Comité vor die Versammlung trat.<sup>32</sup> Die Taktik war dieselbe, die wir an den früheren Vorträgen beobachtet haben. Zur Rechtfertigung des Neuen wird das Alte heftig kritisiert und seine Unhaltbarkeit zu beweisen gesucht. „Was hat es genützt, daß die Constituante die Ablöpfungsfreiheit der Feudalrechte gestattet hat, wenn der einzelne Bürger von dieser Freiheit keinen Gebrauch machen konnte?“ fragte Lemalliaud die Versammlung. Er tat so, als ob dieses Problem noch keineswegs bekannt wäre und suchte zu beweisen, daß das verlangte Opfer von der Mehrzahl der Zinsbauern nicht gebracht werden könne, weil zur Befreiung eines auch nur mäßig belasteten Besitzes ein Drittel seines Wertes geopfert werden müsse. Der Vortrag lief auf ein Gesetzesprojekt hinaus, das die getrennte Ablöpfung der erhaltenen Rechte erlauben und die solidäre Ablöpfung aufheben sollte.

Über die Lösung dieser Frage hat sich kein großer Kampf entsponnen. Am 20. Juli gelangte der Dekretvorschlag zur zweiten Lesung, und als er am 20. August zur dritten Lesung kam, war er schon im voraus entschieden. Die Revolution des 10. August hatte den Sieg leicht gemacht. Am 20. August stritt man sich nicht mehr wie noch zwei Monate vorher; die Parteigänger des status quo hatten angefangen, das Feld zu räumen. Allerdings kam dieser Frage auch nicht die gleiche Bedeutung zu wie der vorausgegangenen Frage.

Das Gesetz vom 20. August bestimmte, daß jeder frühere Vasall und Zinsmann die als legitim konstatierten *droits casuels* getrennt von den *droits fixes* ablösen könne. Unter einem legitimen Recht verstand man jetzt nur noch eine Grundlast, die

---

à cens, ~~été~~ le prix et la condition d'une concession du fonds pour lesquels ils étaient perçus auquel cas lesdits droits continueront d'être perçus et d'être rachetables.

32. Rapport et projet de décret relatif au rachat successif et séparé des redevances fixes, même solidaires, et droits casuels conservés; Arch. nat. AD, 24; s. a. Arch. parl. Bd. XLVI, S. 368—376.

durch den titre primitif konstatiert war. Ein Zusatz zum ersten Artikel bestimmte sogar, daß die auf einem Grund lastenden droits casuels getrennt abgelöst werden könnten. Die Ablösungssumme dieser Rechte sollte in Zukunft nicht aus dem aktuellen Wert eines Grundstücks errechnet werden, sondern aus dem Wert des unbebauten Bodens. Wenn also aus dem Grundvertrag hervorging, daß die Gebäulichkeiten nicht mitvergeben worden waren und der Boden damals nicht bebaut war, so brauchten diese Werte nicht abgelöst werden. Als Schätzungsgrundlage diente der Inféodationsvertrag. Jeder Besitzer oder Erwerber eines Zinslandes konnte den Seigneur auffordern, den titre primitif in bezug auf die droits casuels beizubringen, worauf dann die Ablösung vollzogen werden mußte. Kam der Seigneur dieser Verpflichtung innerhalb von drei Monaten nicht nach, so erlosch nicht nur sein Anspruch auf Entschädigung, sondern der Zinsmann brauchte ihm auch keine andern Rechte mehr zu entrichten; der Grund und Boden wurde damit unentgeltlich frei. Die Vergünstigungen, die die Staatschuldner schon längst genossen, wurden nun auch auf die Privatschuldner ausgedehnt; jeder Zinsbauer konnte die Ablösung der droits casuels ratenweise vollziehen. Die Ablösungssumme mußte innerhalb von zwei Jahren und zehn Monaten bezahlt werden, wobei eine Zahlung in zehn Raten möglich war. Der Vergünstigungsartikel des Dekrets vom 3. Mai 1790 wurde aufgehoben; dafür wurde festgesetzt, daß jedes Recht mit seiner Ablösung erlischt.<sup>33</sup>

Dieses Dekret wurde am 25. August durch ein anderes, sehr radikales vervollständigt, das eine Erweiterung des Dekrets vom 18. Juni war. Es hob alle Wirkungen der Maxime „Nulle terre sans seigneur“, der Regel der enclave sowie alle feudalen Bestimmungen der coutumes und Statuten auf, die die Constituante als Kriterium angenommen hatte. Jedes Grundeigentum wurde als frei von jeglichen feudalen und Zinsrechten angenommen. Diejenigen, die ein solches Recht geltend machten, mußten an Hand der Originalurkunde des Lehens- oder Zinsvertrags be-

---

33. Décret sur le mode du rachat successif et divis des droits fixes et casuels ci-devant féodaux. Du 20 aout 1792, bes. Art. 1—6. Abs. I.

weisen, daß die betreffenden Rechte auf *concession de fonds* zurückgingen. Alle Befreiungsakte von der *mainmorte réelle* sowie alle gleichwertigen Akte wurden als ungültig erklärt und annulliert. Alle Lasten und Rechte, die an die Stelle der *mainmorte* getreten waren, wurden ohne Entschädigung unterdrückt. War die Befreiung Einzelner oder einer Gemeinde auf Grund einer Güterabtretung an den Seigneur erfolgt, so mußten diese Güter wieder restituiert werden. Alle etwa noch schuldigen Rückstände von entschädigungslos unterdrückten Rechten sowie die auf Grund gerichtlicher Entscheidung den Bauern auferlegten Rentenzahlungen wurden für hinfällig erklärt; sie brauchten zukünftig nicht mehr bezahlt werden. Die zur Zeit schwebenden Prozesse über Rentenzahlungen mußten abgebrochen werden. Von der Unterdrückung waren nur die Rechte ausgenommen, die keinen feudalen Charakter hatten, d. h. also die ohne das Abhängigkeitsverhältnis des Vasalls vom Seigneur in ihrer bisherigen Form bestehen konnten.<sup>34</sup>

Drei Tage später, am 28. August, nahm die Legislative ein weiteres großes Gesetz an, das die Frage der Restitution der Gemeindegüter behandelte und der Rechte, deren die Gemeinden und Einzelne durch die seigneuriale Macht beraubt worden waren. Alle seit der Ordonnanz von 1669 ausgeführten Teilungen — gleichgültig, ob sie im Sinne der Ordonnanz oder gegen sie ausgeführt worden waren — wurden für ungültig erklärt und alle in dieser Angelegenheit gefällten Urteile umgestoßen. Die Gemeinden konnten sich die betreffenden Güter innerhalb von fünf Jahren gerichtlich wieder zuerkennen lassen.<sup>35</sup>

Durch diese Bestimmungen fand eine der größten innerpolitischen Fragen der Revolution ihre Lösung. Sie unterdrückten drei Viertel dessen, was die Constituante erhalten hatte.<sup>36</sup>

---

34. Décret relatif à la suppression sans indemnité de tous les droits féodaux ou censuels et de toutes redevances seigneuriales; du 25 Aout 1792, s. Art. 1—12.

35. Décret rel. au rétablissement des communes et des citoyens dans les propriétés et droits dont ils ont été dépouillés par l'effet de la puissance féodale; du 28 août 1792, Art. 1—19.

36. Aulard, *La Révol. fr. et le rég. féod.*, S. 210.

Aus der Abschaffung der Feudalität wurde eine Frage der Gerechtigkeit gemacht, die finanzielle Frage wurde in den Hintergrund geschoben. Aber es war eine Gerechtigkeit, die den Staat teuer zu stehen kam. Wenn auch Lautour-Duchatel in seinem Rapport vom 11. April entschuldigend gesagt hatte, daß die Ablösungen dem Staat bisher monatlich nur etwas mehr als 900 000 L eingebracht hätten,<sup>37</sup> so ist dabei doch zu berücksichtigen, was Journu-Auber mit Recht betont hatte: man müsse beachten, daß die Summen in den letzten Monaten in progressivem Verhältnis angewachsen wären. Journu schätzte die jährliche Einnahme des Staates aus den Ablösungen der in seinem Besitz sich befindlichen Feudalrechte auf mindestens 12 Millionen L.<sup>38</sup> Hier könnte sich nun mit Recht die Frage aufdrängen nach dem tatsächlichen Wert der Feudalrechte, die sich in den Händen der Nation befanden. Aber so interessant und wichtig diese Frage auch ist, eine befriedigende Antwort darauf wird man letztlich nie geben können. Die Schätzungen der Sachverständigen weichen allzu sehr voneinander ab; sie bewegen sich zwischen 200—500 oder 600 Millionen L.<sup>39</sup> Sicher

---

37. „Il est facile de se convaincre que ces droits ne sont pas d'un aussi grand produit pour la nation qu'on a cherché à le faire croire puisque depuis que le rachat est permis, les droits fixes et casuels n'ont produit que neuf cent et quelques mille livres par mois pour l'extinction et l'amortissement desdits droits“ (Rapport v. 11. April 1792).

38. Arch. nat., AD, XVIII<sup>e</sup>, 191, 70: „...Mais je suis informé que, depuis quelque temps, la recette s'est fort accrue; j'en donnerai la preuve dans un moment.... J'affirme avec confiance que le produit des droits incorporels, mieux connu, sera d'une ressource bien plus grande qu'on ne l'a évalué; et que même en le portant au plus bas, ne fût-il que de douze millions...“

39. Arch. nat., AD, XVIII<sup>e</sup>, 191, 65. opinion de Deusy, „... Vos Comités des finances vous ont dit qu'eux-mêmes ne pouvaient pas encore vous donner d'aperçu sur ce point.“ Louvet dagegen „Le capital, non seulement des droits casuels, mais encore de tous les champarts, rentes et redevances fixes (dem Staat gehörende) ne va pas, d'après les calculs de vos Comités des finances, à plus de 208 millions.“ Nach Belle, vice-président du Comité de l'ordinaire des finances: „Les droits casuels dont la suppression était proposée étaient, pour le Trésor public, une ressource d'au moins 500 millions...“ (Arch. nat. AD, XXVIII<sup>e</sup> 191, Aperçu estimatif de la valeur..).



ist jedoch, daß von dem Augenblick an, wo das Gesetzesprojekt über die entschädigungslose Unterdrückung der *droits casuels* bekannt wurde, die Zahl der Ablösungen bedeutend zurückging,<sup>40</sup> um dann nach den Augustdekreten schließlich auf ein Minimum herabzusinken. So betrug zum Beispiel die Einnahme aus den staatlichen Ablösungen im Distrikt von Sens im Jahre 1791 33 460 L. Die Gesamteinnahme bis zum August 1792 belief sich dort auf 75 504 L. In den übrigen Monaten des Jahres 1792 wurden dagegen nur noch 9660 L. eingenommen. Für das ganze Jahr 1793 betrug die Einnahme nur 10 360 L., eine Summe, in die noch die Ablösungen der Grundrenten nicht feudalen Charakters einbegriffen waren.<sup>41</sup>

Daß man die Lösung der Legislative nicht in jeder Hinsicht als gerecht ansprechen kann, liegt auf der Hand. Man kann es allein schon nicht im Hinblick auf diejenigen, die sich im Vertrauen auf die Gesetzgebung der Constituante unter schweren Opfern freigekauft hatten. Hätten diese das Opfer nicht gebracht, so wären sie jetzt unentgeltlich frei geworden. Aber die Legislative hat diese Frage in ganz ähnlicher Weise behandelt wie die Constituante die Frage der *mainmorte*. Nie kann man ihr den Vorwurf der Ungerechtigkeit in dem gleichen Maße machen wie der Constituante. Ein beträchtlicher Teil der Schuld an der radikalen Lösung dieser Frage trifft die konservativen Elemente der Versammlung. Hätten diese nicht allzu lange versucht, das unter den herrschenden Umständen unhaltbare

---

40. D, XIV „Le comité féodal a fait, dans sa séance (v. 11. April) la motion de supprimer sans indemnité les droits casuels. Cette motion a paralysé à l'instant même la branche la plus fertile de nos recettes; dès lors les rachats des droits féodaux ont été suspendus, dès lors plus d'argent dans nos caisses.“ (Lettre de Blachier, receveur des domaines nationaux à Lyon, 30 avril 1792.) D XIV, 12, „Bien des paiements sont suspendus, dans l'espoir que le décret suppressif aura un effet rétroactif.“ (Lettre de Piet, 10 mai 1792; Seine.) Auch Journu wies in seiner Rede darauf hin: „La recette s'est ralentie, les rachats ont été suspendus, au moment où l'on a eu connaissance de la proposition faite par votre comité féodal.“ s. a. Ferradou S. 196 ff.

41. Porée, Vente des biens nat. dans le district de Sens, S. CLXXV.; auch Ferradou konstatiert einen bedeutenden Rückgang der Ablösung im Departement der Gironde, S. 199.

System der Constituante zu behaupten und zu halten, so wäre ein Kompromiß, mit dem sich beide Teile hätten zufrieden geben können, sehr leicht möglich gewesen, und die Opposition hätte sich nie in dieser Stärke erhoben. Als Couthon mit seiner Rede hervortrat, wäre es Zeit zum Handeln gewesen; vielleicht auch noch, als Dorliac sein Projekt vortrug. Aber diese günstigen Augenblicke ließ man unerkannt und unbenützt vorübergehen. Später fand dann die Handlungsweise der Radikalen ihre volle Rechtfertigung. Sie handelten unter dem Druck der auswärtigen Ereignisse, die zur militärischen Verteidigung der Revolution zwangen. Diese mußte deshalb ihren Anhängern eine Realität geben, eine Verwirklichung ihrer Wünsche, für die sie ihr Leben einzusetzen bereit sein würden. Und so war letztlich die Befreiung der Bauern nicht ein Resultat der inneren sozialen Einstellung der Legislative, sondern sie war ein Resultat des äußeren Zwanges, des Kriegs gegen die antirevolutionären Mächte Europas. So hat der Krieg also eine Wirkung ausgelöst, die den Erwartungen gerade derjenigen, die ihn am meisten befürwortet hatten, in keiner Weise entsprach: der Girondisten.

## Sechzehntes Kapitel.

### Die letzte Konsequenz aus dem 4. August durch den Convent.

Mit der radikalen Lösung durch die Legislative scheint die Feudalität nahezu unterdrückt und die Bauernbefreiung praktisch verwirklicht. Jedenfalls hatte sich die Lage in jeder Hinsicht von Grund auf zugunsten der Bauern geändert. Da der Beweis eines Rechtes jetzt zu Lasten der ehemaligen Grundherren fiel und es durch den titre primitif als legal erwiesen werden mußte, so war anzunehmen, daß die überwiegende Mehrheit der bisher unter dem Namen droits réels bekannten Rechte fallen würde; die Vorweisung des titre primitif war nämlich dem Grundherrn selbst unter normalen Verhältnissen fast ebenso wenig möglich wie dem Zinsbauern. Dazu kam als erschwerendes Moment für die Grundherren die große Anzahl der in den letzten 3 Jahren zerstörten seigneurialen Archive und Urkunden. Die Constituante hatte den Seigneuren seinerzeit erlaubt, die verbrannten Terriers wieder zu erneuern; diese rekonstruierten Terriers waren jetzt gegenstandslos, da sie den titre primitif nicht zu ersetzen vermochten. So konnte also scheinbar das, was die Legislative dem Convent zu tun übrig ließ, über bloße Formalitäten kaum hinausgehen. Diese Annahme wird indirekt auch bestärkt durch die seit der zweiten Hälfte des Jahres 1792 einsetzende bedeutende Abnahme der Beschwerdeschriften der ehemaligen Zinsbauern an das Comité féodal. Es wäre jedoch falsch, zu glauben, daß seit dieser Zeit auch alle Streitigkeiten und Anlässe zum Streit verschwunden waren. Es waren noch genug vorhanden; aber die Streitigkeiten

konnten sich jetzt nur noch auf die Natur des vom Grundherrn vorgewiesenen titre beziehen. Keineswegs stand nämlich immer fest, was unter einem titre primitif zu verstehen sei. War ein solcher titre etwa der acte d'inféodation? So wollten es die Bauern verstanden wissen. Oder waren angebliche Copien und Auszüge jener Akten oder andere sehr alte Papiere, die den titre primitif wahrscheinlich machten, für diesen titre selbst zu nehmen? So wollten es die Grundherren gerne verstanden wissen.<sup>1</sup> Jede Partei suchte den betreffenden Artikel so zu interpretieren, wie es ihrem eigenen Interesse am besten entsprach. Selbst die von den Verwaltungsbehörden in dieser Frage getroffenen Entscheidungen scheinen nicht eindeutig und bestimmt zu sein. Dies geht zumindest aus einer umfangreichen Denkschrift des Departements der Charente-Inférieure hervor. Diese spricht sich gegen das Gesetz vom 25. August 1792 aus und bittet um genauere Formulierung des Ausdrucks „titre primitif“. Wenn man ihr glauben darf, dann hat die Entscheidung des Distriktsdirektoriums von Rochelle in einem solchen Streitfalle dahin gelautet, daß man als rechtmäßigen titre jeden Pachtvertrag ansehen dürfe, der eine concession de fonds in sich schließe und in dem die Grundlasten, der Zins und sonstige

---

1. Arch. nat. D III 359, „... Mais on s'efforce de répandre des doutes; on cherche l'obscurité dans la lumière même et l'on ose tenter de tromper vos vues bienfaisantes. Au lieu du titre primitif, les propriétaires de cens opposent des parchemins, qu'ils disent être des expéditions de l'acte de bail et ce sont, à leurs yeux, des titres supplétifs, des titres exigés par la loi. Quel prix, en effet, pourrait avoir un acte d'expédition qui n'est signé des parties, ni des temoins qui ont été présent à la passation où il n'existe qu'une signature isolée qu'il faut croire être celle d'un notaire public, dont il n'existe aucune trace soit dans les registres du contrôle, du greffe où dans tout autre dépôt public, dont la fidélité ne peut être vérifiée à défaut d'original,.... Citoyen c'est à vous qui est investie de la puissance de faire des lois, qu'appartient celle de les interpréter. J'ose donc soumettre à votre sagesse la question de savoir, si les copies ou d'expéditions sont ou ne sont pas suffisantes pour justifier le droit de cens, odieux en soi, et singulier par sa nature. Votre décision ramenera dans mon canton la paix et la félicité, prêtes à être troublées par les contestations qui s'élèvent à ce sujet...“ (Fonchier, commissaire national près le tribunal du district; départ. de la Charente, distr. La Rochefoucauld; ohne genaues Datum, aber nach August 1792.)



Renten verzeichnet und vom Schuldner anerkannt seien;<sup>2</sup> diese Entscheidung wurde gefällt mit der Begründung, daß der Sinn jenes Artikels nicht genau festgelegt sei. Große praktische Bedeutung dürfte dieser Streitfrage wohl kaum zugekommen sein. Es blieb letzten Endes bei einem Wortstreit. Eine Departementsverwaltung konnte in diesem oder jenem Sinne entscheiden, die Rentenzahlung vermochte ein Richterspruch doch nicht mehr zu erzwingen. Wenn sie noch geleistet wurde, so war das ein Akt der Gutmütigkeit. Der Staat versagte den Grundherren die bewaffnete Macht, die sie in den vorhergehenden Jahren in Anspruch nehmen durften, um die Erfüllung ihrer Rechtsansprüche durchzusetzen. Die Versuche, irgendwelche ehemalige Feudalrenten erheben zu lassen, hatten wenig Erfolg. Als Ende 1792 Grundherren in den Departements Aube und Deux-Sèvres solche Versuche unternahmen, brachen örtliche Unruhen aus. Es bildeten sich Trupps, die zu den betreffenden Grundherren gingen, ihre titres verlangten und diese dann verbrannten.<sup>3</sup>

Der Convent hielt es nicht für nötig, ein explikatives Gesetz über den umstrittenen Artikel zu erlassen. Die ganze Frage wurde auf anderem Wege entschieden und damit auf das rein theoretische Gebiet gedrängt. Die Zeit des Beschwerderechts der Seigneure an die Nationalversammlung war vorüber; sie mußten riskieren, auf die Verdächtigenliste zu kommen. Dafür sanktionierte der Convent die Haltung der widerspenstigen Zinsbauern. Die Gesetzgebung des Convents ermutigte sie zur Verweigerung jeglicher Rentenzahlung. Er setzte die Ausschreitungen der Zinsbauern gegen die Grundherren, sofern es sich um Verweigerung der rechtmäßig verlangbaren Rentenzahlungen und daraus resultierender Zusammenrottungen handelte, unter Strafflosigkeit durch Annullierung gerichtlicher Verfahren gegen Personen, die sich an solchen Zusammenrottungen

---

2. D III, 359. observations sur la loi du 25 août rel. aux droits féod., par le citoyen Chasenon. 30 sept. 1792. Auf Grund der beschränkten Anzahl der erreichbaren Quellen scheint es nicht möglich, eine allgemeine und umfassende Antwort auf diese Frage zu geben.

3. Arch. parl. Bd. 56, S. 65/66, Bericht v. Leointe.

beteiligt hatten.<sup>4</sup> Diese Taktik des Convents beschränkte sich zunächst auf Einzelfälle. Einige Zeit später erschien dann der Erlaß vom Februar 1793, der diese Taktik allgemeingültig machte. Er bestimmte die Aufhebung aller bereits gefällten Urtheile gegen Personen, die sich bei Aufständen infolge der Rentenerhebungen hatten Vergehen zuschulden kommen lassen; er bestimmte weiterhin die Niederschlagung aller noch schwebenden Verfahren, vorausgesetzt, daß die Anklage nicht auf Totschlag oder Brandstiftung lautete. Alle gefangengesetzten Personen mußten freigelassen werden.<sup>5</sup>

Die Einleitung zum letzten Akt der Liquidation des Feudalregimes bildete schließlich ein Dekret vom 26. Mai 1793, das die Ausführung aller Urtheile und Erlasse sowie aller eingeleiteten Verfahren bezüglich der Bezahlung schuldiger Grundlasten aufhob. War also ein Schuldner bereits zur Zahlung verurteilt, so konnte er mit keinem rechtlichen Mittel zu dieser gezwungen werden. Das bedeutete praktisch die Befreiung von den letzten mageren Resten der Feudalität. Um die Befreiung endgültig zu machen und die letzten Spuren der Feudalität vom französischen Boden zu tilgen, erließ der Convent in der Folgezeit noch zwei große Gesetze. Das erste betraf die Gemeindegüter. Es erschien am 10. Juni 1793. Es bestimmte, daß alle Gemeindegüter, auch die *terres vaines et vagues*, in der ganzen Republik prinzipiell der Gesamtheit der Einwohner, in deren Bereich sie lagen, gehörten. Die Gemeinden konnten sie von den früheren Seigneuren zurückfordern. Der Nachweis des 40jährigen Besitzes genügte nicht mehr; die Seigneure mußten die authentische Urkunde des legitimen Kaufs vorweisen, wenn sie jene Güter behalten wollten. — Das andere und letzte Gesetz erschien am 17. Juli 1793. Es ist das revolutionärste aller Gesetze und von fundamentaler Tragweite. Leider sind wir über sein Zustandekommen nur wenig unterrichtet. Eine bewegte parla-

---

4. Décret qui annule les procédures faites contre des citoyens, pour cause d'attroupements relatifs aux droits féodaux dans le département de la Lozère; du 17 décembre 1792.

5. Décret relatif aux procédures criminelles pour cause d'insurrection concernant les droits féodaux; du 12 février 1793.

mentarische Vorgeschichte, ähnlich der der Gesetze des Vorjahrs, hat es nicht. Allem Anschein nach feierte die Revolution einen ihrer größten Triumphe ohne vorausgegangenen Kampf. Das Gesetz bestimmte die entschädigungslose Unterdrückung aller einstigen feudalen und seigneurialen Rechte, selbst derjenigen, die das Gesetz vom 25. August 1792 hatte bestehen lassen. Der titre primitif verlor seinen Wert. Ausgenommen waren nur Grundrenten, die als reine Grundlasten bekannt waren und auf keine Zinspacht zurückgingen. Ebenso wurden alle Zivil- und Strafprozesse über Angelegenheiten feudaler Natur endgültig niedergeschlagen. Gleichsam als Garantie für die restlose Ausschaltung einer möglichen Wiederkehr der Feudalität wurde die Auslieferung aller diesbezüglichen Urkunden verordnet. Alle früheren Seigneure, Feudisten, Notare und sonstige Personen, die sich im Besitz irgendwelcher Urkunden über bisher bekannte Feudalrechte befanden, sollten diese innerhalb von 3 Monaten auf dem Gemeindebüro des betreffenden Ortes abliefern. Zuwiderhandelnden wurde 5 Jahre schwerer Kerker angedroht. Alle bis zum 10. August 1793 abgelieferten Urkunden sollten in Gegenwart des Gemeinderats und der Gemeinde an diesem Tage verbrannt werden; alle später eingehenden Papiere nach Ablauf von 3 Monaten. Diese Bestimmung bedeutete die nachträgliche Legalisierung der bäuerlichen Revolten und Streifzüge der letzten Jahre gegen die seigneurialen Archive. Es kam jedoch nur in sehr beschränktem Maße zur praktischen Durchführung dieser Bestimmung; viele Gemeinden haben die ihnen zugedachten Freudenfeuer niemals zu sehen bekommen. Der Termin mußte immer wieder verschoben werden. Zum ersten Male durch das Dekret vom 2. Oktober 1793, das die Frist auf 6 Monate verlängerte; schließlich wurde sie auf unbestimmte Zeit verlängert.<sup>6</sup> Bis auf weiteres sollten die Papiere auf den Gemeindebüros aufbewahrt werden. Eine weitere Entscheidung konnte aber vor Robespierres Sturz nicht erfolgen, und nachher wurde das Projekt nicht mehr ausgeführt. Es wäre aber falsch, aus diesen Maßnahmen die Schlußfolgerung zu

---

6. Décret sur la confection d'un grand livre des propriétés territoriales, du 8 pluviôse au II — 27 janvier 1794.

ziehen, die Regierung sei vor der Ausführung ihrer radikalen Maßnahme zurückgeschreckt. Keineswegs; aber sie mußte die Erfahrung machen, daß die theoretische Ausarbeitung radikaler Ideen bedeutend einfacher ist als ihre Realisierung. So war es auch hier: der Radikalismus der Idee wurde abgeschliffen durch die konkrete Wirklichkeit. Das Grab, in das man die Feudalität für immer versenken wollte, konnte nicht zugedeckt werden — dank dem ancien régime.

Die Ausführung jener Bestimmung war eine delikate Angelegenheit. Man konnte Kopien vernichten; aber das war zwecklos, solange man nicht auch die Originale vernichtete. Wie aber konnte man diese vernichten, wenn sie in die Gerichtsakten zusammen mit einer Menge anderer Dinge wahllos durcheinander eingetragen waren?<sup>7</sup> Oder wenn die Rechte in den Gemeinderegistern standen, in denen auf ein und derselben Seite hinter einem Grundvertrag ein Ehevertrag, ein Testament oder das Protokoll einer die ganze Gemeinde betreffenden Sache stehen konnte?<sup>8</sup> Vor allem aber konnte auf keinen Fall zur Ausführung der Bestimmung geschritten werden, solange kein Kataster aufgestellt war. Meist nahmen die titres, bzw. die terriers die Stelle eines solchen Katasters ein. Grundbücher, in denen die Güter getrennt von den Lasten aufgezeichnet waren, gab es kaum. Beide waren nach den bisherigen Verträgen unauflöslich miteinander verbunden. Die aveux et dénombrements, die terriers, die déclarations und reconnaissances waren nicht nur feudale Urkunden, sondern zugleich auch titres de propriété, sowohl zugunsten der Grundherrn als auch der Bauern. Jene Akten dienten beiden als Grundlage ihres Grundbesitzes. Die systematische Vernichtung aller Akten hätte also beiden Parteien zum Nachteil gereicht. Eine weitere Schwierigkeit entstand durch die Bestimmung des Artikels 2 des Dekrets vom 17. Juli. Dieser hatte die reinen Grundrenten bestehen lassen. Rechtlich waren diese wohl scharf von den Feudal-

---

7. D III 359, Lettre du procureur général syndic de l'Allier, 10 septembre 1793.

8. D III 359, Adresse du directoire du département des Hautes-Alpes à la convention nationale, 4 septembre 1793.



renten geschieden, praktisch aber meist nicht. Es gab eine ganze Anzahl Verträge, die nicht nur Zinsverträge, sondern zugleich auch Rentenpachtverträge waren. Die *déclarations* der ehemaligen Zinsbauern umfaßten nicht nur Feudallasten, sondern auch reine Grundlasten.<sup>9</sup> Mit der Verbrennung der einen vernichtete man auch die andern.

Die geplante Maßnahme konnte also infolge der soeben geschilderten Umstände nicht ausgeführt werden; das änderte jedoch nichts mehr, denn einwandfrei stand die entscheidende Tatsache fest: die Feudalität war tot. Die Konsequenz aus dem stolzen Satz des 1. Artikels des Dekrets vom 4. August 1789 „*L'assemblée nationale détruit entièrement le régime féodal*“ war restlos gezogen. Die Forderungen eines großen Standes, die Hoffnungen vieler Millionen waren erfüllt. Die Idee, für die viele Tausende jahrelang mit Wort und Tat gekämpft hatten, war Wirklichkeit geworden; vollständiger als man es einst zu hoffen gewagt hatte und mit weit weniger pekuniären Opfern, als das jemals einem andern Volk noch gelungen ist. Überall, wo später die Bauernbefreiung in Europa durchgeführt wurde, mußten sich die Bauern unter schweren Opfern loskaufen.

Über die Lösung durch den Convent selbst wäre, ähnlich wie bei dem Werk der Legislative, manches Wort der Kritik zu sagen. Daß viele persönliche und berechtigte Interessen verletzt wurden und die Lösung in mancher Hinsicht einem Raub gleichkam, ist nicht zu leugnen. Aber darauf konnte der Convent letzten Endes keine Rücksicht nehmen. Auch war die mit dem Gesetzesakt verbundene Ungerechtigkeit teilweise zu entschuldigen. Die Grundherren hatten drei volle Jahre Zeit gehabt, die Ablösung ihrer Rechte zu betreiben. Diese Frist hätte zur vollständigen Liquidation vollauf genügt. Wohl mag es eine Anzahl Zinsbauern gegeben haben, die böswillig von der Ablösung keinen Gebrauch machten, aber die Schuld an der beschränkten Ablösung hat wohl doch mehr bei den Seigneuren gelegen. Es finden sich seitens dieser kaum Klagen darüber,

---

9. III 359. *Mémoire de Le Dauphin, commissaire national près le tribunal du district d'Ernée (Mayenne) 17 septembre 1793.*

daß die Bauern von Ablösungsangeboten keinen Gebrauch machten; sie klagten meistens nur über Zahlungsverweigerungen der Renten. Dagegen waren die Klagen der Bauern, daß Grundherren die Ablösungen zurückwiesen oder streng auf der harten und oft unmöglichen gesetzlichen Form verharren und einer Ablösung à l'amiable unzugänglich seien, sehr häufig. — Wenn man schon von einer Schuld sprechen will, so darf man diese keinesfalls allein beim Convent suchen. Für ihn galten in erhöhtem Maße die politischen Gründe, die einst die Legislative leiteten. Wenn er unter den politischen Umständen jener Zeit bestrebt war, die Revolution zu konsolidieren und die letzten Konsequenzen aus den Prinzipien zu ziehen, aus denen die Revolution geboren wurde; wenn er mit der Vergangenheit gründlich aufräumte und alle traditionellen Fäden zu ihr abschnitt und dabei ebenso weit über das Ziel hinausschoß wie die Constituante hinter ihm zurückgeblieben war, so ist das jedenfalls eher zu begreifen als das Verhalten der Constituante. Und die Constituante trifft auch die Hauptschuld an der endgültigen Lösung dieses ganzen Problems. Das muß zum Abschluß noch einmal betont werden. Sie stand an Macht dem Convent keineswegs nach; sie war vor allem in ihren Entschlüssen weniger gebunden durch einen Druck der außenpolitischen Verhältnisse; einer getreuen Ausführung der Beschlüsse des 4. August stand also nichts unmittelbar im Wege. Das Comité, das sie zur Bearbeitung dieser Frage eingesetzt hatte, setzte sich in der überwiegenden Mehrzahl aus Mitgliedern des dritten Standes zusammen. Aber die erhoffte Tat erfolgte nicht; man stellte ein unpraktisches, künstliches System auf, das allgemein enttäuschte und keine wesentliche Erleichterung brachte. Die Männer der Constituante begnügten sich damit, für sich und ihren Stand Freiheit und Gleichheit zu fordern von denen, die über ihnen standen; sie dachten aber nicht daran, diese Freiheiten auch denen zu gewähren, die unter ihnen standen und deren Vertreter sie ebenfalls waren. Es genügte ihnen die Aufhebung der sozialen Unterschiede nach oben hin und die Zerstörung der darauf beruhenden politischen Ordnung. Das revolutionäre Ziel bestand für sie letztlich in der Niederreißung der Schranken, die sie von den ersten Ständen trennten, um durch deren

Herabziehung auf ihren eigenen Stand zugleich selbst eine Stufe höher zu rücken. Ihre Praxis stand nicht selten im Widerspruch zu ihrer Theorie; sie stand vor allem im Widerspruch zu manchem Artikel der an die Spitze der Verfassung gestellten Menschenrechte. Das starre Festhalten an der Doktrin erstickte die Idee. Die Überspitzung des individualistischen Prinzips wurde zu einer Fessel. Die Verwirklichung des einen Grundrechts schloß die des anderen aus. Zwei bedeutende Grundrechte waren: das Recht auf Freiheit und das Recht auf Eigentum. Das Eigentum war nach Artikel 17 der Menschenrechte heilig und unverletzlich.<sup>10</sup> Es blieb für die Constituante heilig und unverletztlich vom ersten bis zum letzten Tage ihrer Dauer. Deshalb konnte der Herzog von Aiguillon am Abend des 4. August in seiner Rede mit ruhigem Gewissen betonen, daß die Feudalrechte une véritable propriété seien „et que toute propriété est inviolable“. Und deshalb mußte die Constituante möglichst viele Rechte aufrecht zu erhalten suchen und ihre Gesetzgebung mit dieser Theorie in Einklang bringen. Deshalb konnte sie den Ablösungsmodus, den sie den Schuldnern des Staates zugestand — getrennte Ablösungsmöglichkeit der droits réels von den droits casuels und Teilzahlung — den Schuldnern der Seigneure, d. h. den Zinsbauern, nicht ebenfalls zugestehen. Devismes gab das auch ganz unverhohlen zu in einem Rapport vom 9. März 1791: „Vous ne pouvez, par respect pour la propriété, étendre cette faculté aux droits incorporels“. Und der große Rapport Tronchets ein Jahr vorher war von ebendemselben Geist getragen.

So ist es zu verstehen, daß die Feudalitätsfrage schließlich zu einer eiternden Wunde an dem neu sich konstituierenden Staatsgebilde wurde. Unter der Parole: Kampf der alten Ordnung! Kampf der Feudalität! hatte der gesamte dritte Stand die Revolution eröffnet. Diese wurde getragen vom Elan und der Stoßkraft der breiten Masse. Sie war es gewesen, die die

---

10. Der Artikel lautete: La propriété étant und droit inviolable et sacré, nul ne peut en être privé, si ce n'est lorsque la nécessité publique, légalement constatée, exige évidemment, et sous la condition d'une juste et préalable indemnité.

entscheidenden Schläge gegen die Bollwerke des ancien régime geführt hatte. Aber sie mußten es erleben, daß die Constituante die Tore der Freiheit wieder zuschlug. Ihr Anteil an den revolutionären Errungenschaften war enttäuschend klein. Als ihr einstiger Bundesgenosse bereits saturiert war, stand sie noch immer an der Schwelle der Revolution. Dieser Tatsache trug der Konvent Rechnung. Er war sich darüber klar, daß er durch Erfüllung lebenswichtiger Forderungen der Masse zur Verteidigung des revolutionären Frankreich gewaltige Kräfte mobilisieren konnte. Er setzte die Erkenntnis in die Tat um und stellte dadurch, daß er aus dem 4. August 1789 die volle Konsequenz zog, die Revolution auf ihre eigentliche und tragfähigste Basis.



## Anhang I.

Cahier de Réminiac:<sup>1</sup> „Les habitants de Réminiac, très petite paroisse champêtre du diocèse de Saint-Malo... Adoptant les justes plaintes qui ont été déjà faites par différentes communautés, villes et paroisses, ils osent y ajouter les leurs particulières, ainsi qu'il suit:

„Des foires et des marchés. — Les droits de coutumes qui se lèvent sur les marchands ou marchandises laissées à l'air et à toutes les injures des temps nous paraissent non dus. En outre il nous paraît injuste d'avoir innové et fait de nouvelles coutumes contraires aux anciennes, comme dans presque tout le levant de la Bretagne, où les seigneurs, sur de très nouveaux arrêts, au lieu de percevoir les droits aux sorties des foires selon la coutume ancienne et générale, selon laquelle les droits ne sont perçus qu'à la sortie sur les acheteurs seulement des bestiaux et rien sur ceux qui n'ont pas vendu, les droits ainsi perçus en entrant, plutôt qu'en sortant, deviennent, comme il ne se vend pas communément la moitié des bestiaux dans chaque foire, de plus d'une moitié plus haut, en faveur et au profit des seigneurs et à la perte du public, qui n'a souvent pas de quoi payer.

„De la dîme féodale. — On appelle dîme la dixième partie du profit relative au fond du champ considéré seul, isolément et par lui-même. Trois choses peuvent être considérées, l'une après l'autre, et séparément: le fond du champ par lui-même; la semence qu'on met, le travail du laboureur pour la culture. La Quote part qu'y apporte le travail du laboureur ne doit point de dîme puisque les bras du laboureur sont à lui et sont libres

---

1. Sénéchaussée de Ploermel, s. H. Sée et Lesort, Cah. de dol. de la sénéch. de Rennes. reprod. in H. Sée, Les troubles agraires en Haut-Bretagne S. 265.

(il n'est pas esclave pour que son travail soit à autrui et qu'un seigneur tire profit de son bras que contribue son travail au rapport du champ), est exempté de dîme. La semence qui pourrit et se perd tous les ans dans la terre, et que le propriétaire est obligé toujours de remplacer et de fournir, est encore exempté de dîme. Il n'y a donc que la quote part que contribue le fond de terre considéré seul et par lui-même qui soit sujet à la dîme féodale; par exemple, dans un partage composé de trois lots, celui qui n'a que la dixième partie d'une lottie, n'a que la trentième partie de tout le partage; de même, celui qui à la dîme au dix sur un champ n'a que la trentième gerbe, ne dîmant pas sur les bras du laboureur, mais sur son fonds seulement, ni sur la semence qui fait comme un second, lequel ne lui appartient nullement, mais ce propriétaire qui l'a fournie d'abord et la fournit toujours de ses vrais propres et non point des propres du seigneur...

„Des lods et ventes pour les contrats d'échange. — Quelle justice y a-t-il à prendre ces lods et ventes par une innovation contraire aux anciennes coutumes sur des contrats de par échange, puisque ni l'un ni l'autre des contractants n'acquiert, mais ne fait que s'arranger et prendre ses commodités? En outre, ces lods, soit pour contrat d'acquêt, soit pour contrat d'échange, sont ruineux pour l'État en général, empêchant les hommes de s'arranger et de prendre, pour la culture de leurs biens, leur commodité. Un laboureur, pour ne pas perdre la huitième partie de son bien, fort éloigné de sa demeure, ne le vend pas, ne l'échange pas; obligé donc de le faire valoir quoique fort éloigné de lui, il se fatigue beaucoup, lui et son harnois, pour le faire mal et perd beaucoup de temps en chemin. Ce terrain ne rapporte rien et devient, en quelque façon, stérile et est dégâté par le voisinage, le maître ne pouvant y surveiller; c'est une perte qui appauvrit l'État en général.

„Du gibier et des eaux. — Il nous paraît que les perdrix et les lièvres et autre gibier, étant nourris aux dépens de tout le monde, appartiennent à tout le monde; de plus que les ruisseaux et rivières sont communs à tous pour le lavement des linges et le rouissement des filasses et pour la pêche des poissons, quoique jusqu'ici les seigneurs se soient arrogé très injustement de

tout cela un droit prohibitif. Ces seigneurs ont des garennes de lapins qui coupent une grande partie de nos blés et des pigeons de fuie qui désensemencent nos pauvres petits champs et mangent le grain quand il est mûr.

„De rehaut injuste des mainlevées et vacations des gens de justice. — Il nous paraît très onéreux pour le peuple que l'on voie les mainlevées rehaussées de plus d'une moitié de ce qu'elles étaient naguère, ainsi que les vacations des procureurs fiscaux, des greffiers et juges de campagne pour les tutelles des pauvres mineurs et les décrets de mariage, et cetera.

„Il ne nous paraît pas juste non plus que les seigneurs tirent profit de leur greffe, qu'ils afferment, car ils n'en tiraient nul lucre pour eux; les journées des greffiers coûteraient moins aux peuples et lui seraient moins onéreuses.

„Des amendes. — Que devient l'argent des amendes auxquelles on voit souvent des particuliers condamnés par des sentences de juges et que ces particuliers payent réellement? Cet argent devrait être employé à de réparations publiques; mais il est à naître que personne en ait vu aucun emploi dans ce pays-ci.

„Des déshérences. — Les seigneurs profitent des déshérences. S'ils héritent des biens des bâtards, ils devraient se charger de la nourriture et de l'entretien des petits bâtards qui naissent sous leurs fiefs, et non pas les laisser à la charge des paroisses où ils naissent.

„De la sujétion aux moulins. — Il nous paraît d'une injustice criante d'assujettir des hommes à aller se faire voler et livrer leur vie (car leur grain est leur vie) entre les mains d'un fripon de meunier, homme inconnu, insolvable, sans feu, sans lieu, sans aveu; ils prennent des cautions pour eux, mais les vassaux n'en ont point. Recourir à leur propre justice, ce n'est pas éviter Carrebd (sic) pour tomber dans Silla, car c'est éprouver les malheurs de Carrebd et de Silla tout ensemble et se livrer à un nouveau pillage. Surtout un moulin sans poids, balance, peut-il assujettir, puisqu'on n'y saurait rendre ni connaître de justice, au lieu que, laissant tous les hommes libres à cet égard, les moulins s'affermieraient également, puisque chacun ferait également moudre les grains dans le pays, mais chacun

irait à celui qui ne le volerait pas ou à celui qui le volerait moins.

„Nous trouvons injuste que le seigneur nous fasse faire des corvées pour ces moulins et qui enlèvent à la culture un père de famille dans la saison la plus nécessaire, soit d'ensemencer, soit de recueillir la moisson pour aller faire de malheureuses corvées à un seigneur, sans lui donner du pain, tant à lui qu'à son har-nois. Il nous paraît juste qu'un particulier qui paie le moutage, qui ne recueille aucun profit du moulin, soit exempt de leurs corvées.

„Des rôles et tenues des seigneurs. — Combien est-il injuste qu'un vassal de seigneur, qui ne tient souvent que la moindre de ses tenues, soit obligé à recueillir à sa grande perte et à répondre personnellement de tout un rôle qui contient quelque-fois des centaines d'autres tenues où ce vassal ne tient rien, qui sont souvent éloignées de celles où il tient de plusieurs lieues, dans différentes paroisses où ce vassal ne connaît pas un seul des consorts; bien plus, il nous paraît déjà un peu injuste de le faire répondre seul et solidairement même des tenues où il tient et est consort. La raison en est que, quand il se rend en quel-que partie de ces tenues, ce n'est point lui, vassal, qui choisit les nouveaux consorts; c'est le seigneur qui les lui donne malgré lui et sans son consentement. De plus encore, quand le sei-gneur lui-même tient et est consort dans une tenue et consé-quemment dans tout le rôle, il devrait, selon la règle établie, ne pouvoir jamais donner la collecte de cette tenue à un autre tenuyer, son consort, et recueillir du moins à son tour son propre rôle; bien plus, il ne paie pas même ce qu'il y doit et se fait payer par le collecteur du rôle la part qu'il y doit lui-même et qu'il ne paye pas. Même un collecteur chargé des deniers du roi ne peut pas avoir chez lui un fusil pour le défendre. S'il en avait un, ces cruels seigneurs le lui ôteraient et le maltraiteraient. Il y aurait cent autres plaintes justes à faire au sujet de ces misé-rables, ruineux rôles et tenues de seigneurs, jusque-là que la malheureuse proie que font tous les jours les procureurs fiscaux, ces vautours des seigneurs, et leurs autres gigots de justice, par les frais qu'ils font: ce ne sont dans le fond des campagnes que significations, qu'exécutions, que déprédations. Ces procureurs



fiscaux, ces oiseaux carnassiers, qui sucent le sang des peuples, tirent plus bien des fois par leur pillage, à l'occasion de rôle, que ne valent au seigneur ces mêmes rôles. Que d'enfants sans pain, que de mères éplorées, que de familles ruinées, que de venues à la mendicité, que de pauvres réduits à coucher sur la paille! On peut dire des procureurs fiscaux qu'ils croient toujours, à l'insu de leur seigneur et du Roi, plumer l'oie sans la laisser crier. L'oie a crié enfin et le désastre des procureurs fiscaux a été la plus véritable cause de la plainte des peuples et ensuite de tout ce qui a arrivé dans notre province. Un procureur fiscal, un rôle à la main, va faire trembler le peuple dans la seigneurie et désobeir au Roi. Le rôle du seigneur est le fléau du canton."

## Anhang II.

### „Charges d'un bon citoyen de campagne:“<sup>2</sup>

Sire: 1. Nous nous plaignons d'être seul assujettis à la corvée des grandes routes, qui a dépeuplé nos campagnes de gens riches et augmenté notre misère;

2. Du sort de la milice, qui nous enlève des enfants utiles et souvent nécessaires;

3. Des corvées et servitudes féodales, trop étendues et trop onéreuses, et d'autant plus odieuses, qu'elles donnent lieu à la vexation des officiers des seigneurs, à la dévastations de nos campagnes;

4. Des établissements des fuies et garennes;

5. De l'inégalité de la répartition des impôts qui fait que nous sommes trop imposés;

6. De l'injustice des impôts particuliers à notre ordre, ce qui nous fait payer seuls les fouages extraordinaires, le casernement, les milices, les franc-fiefs, les droits sur les eaux-de-vie, liqueurs etc.;

7. De n'avoir eu jusqu'ici aucun représentant aux États de la province, d'où vient sans doute que les charges de l'État sont entassées sur nos têtes;

8. Il nous reste à faire connaître nos souhaits, et nous croyons que nous pouvons dire avec vérité;

9. Sire, nous souhaitons les droits de citoyen, à être admis, à l'avenir, à nous faire représenter à toute assemblée nationale;

---

2. Ein Modell, das in der Gegend von Rennes bei der Cahierabfassung häufig benutzt wurde und eines der bedeutendsten der in der Bretagne verbreiteten Modelle war; abgedruckt in H. Sée et A. Lesort: Cahier de dol. de la sénéch. de Rennes, Bd. I, S. LXXXVIII.

10. Que dans ces assemblées nos représentants soient au moins en nombre égal à celui des ordres privilégiés, et que leurs voix y soient comptées par têtes;

11. Que nos représentants ne puissent être, ni nobles, ni anoblis, ni ecclésiastiques, mais toujours de notre ordre; qu'ils ne puissent même être choisis parmi les officiers et gens des seigneurs et ecclésiastique; ils seraient trop intéressés à suivre des impulsions étrangères;

12. Que dans toutes nos assemblées, nul ne puisse nous présider qu'autant que la réunion des suffrages l'aura fait élire.

13. Que notre liberté soit aussi sacrée que celle de tous autres citoyens; que tous enrôlements forcés soient supprimés, sauf à les remplacer par les enrôlements à prix d'argent;

14. Que toute loi qui nous exclurait de parvenir à tous emplois civils et militaires soit supprimée, de même que toute loi qui distingue, à raison de la naissance, les peines pour les crimes de même nature;

15. Que nos propriétés ne soient pas moins respectées que celles des autres citoyens; que tous impôts soient à l'avenir supportés d'une manière égale, et par chacun, en proportion de sa fortune, sans distinction des ordres; qu'il n'y ait qu'un seul rôle pour tous, et qu'on supprime tous impôts particuliers sauf à remplacer, s'il est besoin, par des impositions générales;

16. Que l'ouverture et l'entretien des grandes routes ne soit plus à notre charge, mais que la dépense soit faite par le trésor public, puisqu'elles sont utiles à tous;

17. Que les lois qui rendent les corvées et servitudes et prestations féodales imprescriptible et infranchissable, soient remplacés par une loi qui permette à chaque vassale de le franchir sur le pied de leur valeur fixée par notre coutume; et que le franc-alleu soit de droit public: c'est le seul moyen de nous attacher à nos propriétés, et de nous sauver des suites ruineuses de la fiscalité des seigneurs;

18. Que la justice ne puisse être rendu qu'au nom de V. Majeste, que nous ne puissions être traduits que dans des tribunaux ordinaires, établis par elle, et auxquels seraient admis tous les citoyens, à raison de leurs talents, et sans qu'il puisse exister de tribunaux d'attribution; que dans notre paroisse il soit seulement établi un greffier et un notaire;

19. Que nous soyons autorisés à choisir entre nous, chaque ans, douze prud'hommes ou jurés, qui chaque dimanche s'assembleront à l'issue de la grand'messe, pour entendre les plaintes et demandes pour dommage de bêtes, injures et autres cas semblables, vérifier les faits et prononcer sans frais telle condamnation qu'ils jugeront convenable, la quelle sera exécutée sans appel, jusqu'à la somme de 30 L. par provision, à la charge d'appel pour les plus fortes condamnations;

20. Qu'il soit établi par chaque diocèse une caisse pour le soulagement des pauvres, et qu'il y soit versé un tiers du revenu de tous les biens ecclésiastiques, pour être réparti aux pères des pauvres de paroisses;

21. Que le sort de notre recteur soit amélioré et son revenu augmenté, par la réunion à sa curé d'autres biens ecclésiastiques jusqu'à 2400 L. au moins (article à supprimer, si le recteur n'est pas à portion congrue);

22. Adoptons en général tous et chacun des articles des doléances et demandes qui seront contenus dans le cahier de la Ville de Rennes, et qui n'auraient pas été prévus ou suffisamment développés dans le présent.



### Anhang III.

Dekret vom 11. August 1789.

Art. 1<sup>er</sup>. L'Assemblée nationale détruit entièrement le régime féodal, et décrète que, dans les droits et devoirs tant féodaux que censuels, ceux qui tiennent à la main-morte réelle et personnelle et à la servitude personnelle, et ceux qui les représentent, sont abolis sans indemnité; tous les autres sont déclarés rachetables, et le prix et le mode du rachat seront fixés par l'Assemblée nationale. Tous ceux desdits droits qui ne seront point supprimés par ce décret continueront néanmoins à être perçus jusqu'au remboursement.

Art. 2. Le droit exclusif des fuies et des colombiers est aboli; les pigeons seront renfermés aux époques fixées par les communautés; et durant ce temps ils seront regardés comme gibier et chacun aura le droit de les tuer sur son terrain.

Art. 3. Le droit exclusif de la chasse et des garennes ouvertes est pareillement aboli, et tout propriétaire a le droit de détruire et faire détruire, seulement sur ses possessions, toute espèce de gibier, sauf à se conformer aux lois de police qui pourront être faites relativement à la sûreté publique. Toutes capitaineries, même royales, et toute réserve de chasse, sous quelque dénomination que ce soit, sont pareillement abolies et il sera pourvu, par des moyens compatibles avec le respect dû aux propriétés et à la liberté, à la conservation des plaisirs personnels du Roi.

M. le Président sera chargé de demander au Roi le rappel des galériens et des bannis pour simple fait de chasse, l'élargissement des prisonniers actuellement détenus, et l'abolition des procédures existant à cet égard.

Art. 4. Toutes les justices seigneuriales sont supprimées sans indemnité, et néanmoins les officiers de ces justices continueront leurs fonctions jusqu'à ce qu'il ait été pourvu, par l'Assemblée nationale, à l'établissement d'un nouvel ordre judiciaire.

Art. 5. Les dîmes de toute nature et les redevances qui en tiennent lieu, sous quelque dénomination qu'elles soient connues et perçues, même par abonnement, possédées par les corps séculiers et réguliers, par les bénéficiers, les fabriques et tous gens de main-morte, même par l'ordre de Malte et autres ordres religieux et militaires, même celles qui auraient été abandonnées à des laïques en remplacement et pour option de portion congrue, sont abolies, sauf à aviser aux moyens de subvenir d'une autre manière à la dépense du culte divin, à l'entretien des ministres des autels, au soulagement des pauvres, aux réparations et reconstructions des églises et presbytères, et à tous les établissements, séminaires, écoles, collèges, hopitaux, communautés et autres, à l'entretien desquels elles sont actuellement affectées.

Et cependant, jusqu'à ce qu'il y ait été pourvu, et que les anciens possesseurs soient entrés en jouissance de leur remplacement, l'Assemblée nationale ordonne que lesdites dîmes continueront d'être perçues suivant les lois et en la manière accoutumée.

Quant aux autres dîmes, de quelque nature qu'elles soient, elles sont rachetables de la manière que sera réglée par l'Assemblée; et, jusqu'au règlement à faire à ce sujet, l'Assemblée nationale ordonne que la perception en sera aussi continuée.

Art. 6. Toutes les rentes foncières perpétuelles, soit en nature, soit en argent, de quelque espèce qu'elles soient, quelle que soit leur origine, à quelques personnes qu'elles soient dues, gens de main-morte, domaines, apanagistes, ordre de Malte, seront rachetables; les champarts de toute espèce, et sous toute dénomination, le seront pareillement aux taux qui sera fixé par l'Assemblée. Défenses sont faites de ne plus à l'avenir créer aucune redévance non remboursable.

## Quellen- und Literaturverzeichnis.

### Archivalien.

Archives nationales: Série D XIV (papiers du comité féodal)

„ D III, 359 (Comité de législation)

„ D XXIX (Comité des rapports)

„ D XXIXbis (Comité des recherches)

„ S (biens des corporations supprimées)

„ AD IV, 23, 24, 25 (Agriculture, Eaux et Forêts)

„ AD XVIIIc, 157—159 (Droits féodaux, Constituante)

„ AD XVIIIc, 191 (Législative)

„ AD XVIIIc, 310 und 311 (Agriculture; Convention)

„ Qu 1, P (Organisation seigneuriale)

„Les comités des droits féodaux et de législation et l'abolition du régime seigneurial“, documents (der Série D XIV) publiés par Ph. Sagnac et P. Caron; erschienen in Collection de documents inédits sur l'histoire économique de la Révolution française. Paris 1907.

Archives départementales Série C u. E.

### Sammelwerke.

Archives parlementaires de 1787 à 1860 Hg. Maridal und Laurent. Série I, Bd. 1—56. Paris 1875—1884.

Collection générale des lois, proclamations, instructions, et autres actes du pouvoir exécutif, publiés pendant l'Assemblée Nationale constituante et législative, depuis la convocation des États-généraux jusqu'au 31 décembre 1791. Paris 1792.

Histoire parlementaire de la Révolution française par Buchez et Roux. 2. édit. Paris 1846.

Recueil des anciennes lois françaises par Isambert.

Recueil de documents relatifs à la convocation des États-généraux de 1789 par A. Brette, Paris 1894, 96, 04.

Recueil des textes législatifs et administratifs concernant la suppression des droits féodaux par P. Caron. Paris 1924.

Recueil des textes législatifs et administratifs concernant les biens nationaux par P. Caron et Déprez. Paris 1922.

- Répertoire général des sources manuscrites de l'histoire de Paris pendant la Révolution française par Alex. Tuetey. Paris 1890—1894.  
Bibliographie de l'histoire de Paris pendant la Révolution par M. Tourneux. Paris 1890—1913.  
Chassin, Ch. L., Les élections et les cahiers de Paris en 1789.  
Dictionnaire de l'académie française.

### Spezialliteratur über das feudale Grundregime.

- Boucher d'Argis, code rurale. Paris 1885.  
Boutaric, Traité des droits seigneuriaux. Nîmes 1781.  
De Fréminville, La pratique universelle pour la renouation des terriers et des droits seigneuriaux. Paris 1752. 5 vol.  
Garsonnet, Traité des locations perpétuelles et des baux à longue durée. Paris 1879.  
Girard, Traité des usements ruraux de Basse-Bretagne. Quimper 1774.  
Guyot, Répertoire universel et raisonné de jurisprudence. Paris 1784-1785, 17 vol.  
Le Guevel, Commentaire sur l'usement de Rohan. Rennes 1786.  
Marion Marcel, Dictionnaire des institutions sociales et politiques de France au 17<sup>e</sup> et 18<sup>e</sup> s. Paris 1923.  
Merlin, Recueil alphabétique des questions de droit qui se présentent le plus souvent devant les tribunaux. Paris an XII (1804).  
Pansez, Dissertations féodales. Paris 1783.  
Renauldon, Traité historique et pratique des droits seigneuriaux. Paris 1765.  
Salvaing de Boissieu, Traité de l'usage des fiefs et autres droits seigneuriaux. Avignon 1731.  
Viollet P., Précis d'histoire du droit civil français. Paris 1885.

### Cahiers.

In Betracht kommen vor allem die von der Commission de recherche et de publication des documents relatifs à la vie économique de la Révolution herausgegebenen cahiers. Sie sind bei Leroux in Paris seit 1906 erschienen:

- Balencie G., Cahiers de doléances de la sénéchaussée de Bigorre pour les États généraux de 1789. 2 Vol. 1925.  
Bligny-Bondurand, Cahiers de doléances de la sénéchaussée de Nîmes. 2 Vol. 1908.  
Bloch C., Cah. de dol. du bailliage d'Orléans. 2 Vol. 1906.  
Blossier A., Cah. de dol. du bailliage de Honfleur. 1913.  
Boissonnade P., Cah. de dol. de la sénéch. d'Angoulême. 1907.  
Bridrey E., Cah. de dol. du bailliage de Contentin (dép. de la Manche) 3 Vol. 1907/14.  
Étienne Ch., Cah. de dol. du bailliage des généralités de Metz et de Nancy. 1907.  
Fourastié V., Cah. de dol. de la sénéch. de Cahors. 1908.



- Fournier P., Cah. de dol. de la sénéch. de Marseille. 1908.  
Gandilhon, Cah. de dol. du bailliage de Bourges et des bailliages secondaires de Vierzon et d'Henrichemont. 1907.  
Godard et Abensour, Cah. du bailliage d'Amot. 2 Vol. 1918.  
Laurent G., Cah. de dol. du bailliage de Sézanne. 1906.  
Laurent G., Cah. de dol. du baill. de Châlons-sur-Marne. 1911.  
Laurent G., Cah. de dol. du baill. de Reims. 1930.  
Le Parquier, Cah. de dol. du baill. d'Arques. 1929.  
Le Moy, Cah. de dol. des corporations de la ville d'Angers et des paroisses de la sénéch. d'Angers. 2 Vol. 1915/16.  
Lesueur et Cauchie, Cah. de dol. du baill. de Blois et du bailliage secondaire de Romorantin. 2 Vol. 1907.  
Malrieu V., Cah. de dol. de la sénéch. de Montauban. 1927.  
Martin E., Cah. de dol. du baill. de Mirecourt. 1928.  
Porée Ch., Cah. de dol. du baill. de Sens. 1908.  
Porée Ch., Cah. des curés et des communautés ecclésiastiques du bailliage d'Auxerre. 1927.  
Savina et Bernard, Cah. de dol. de la sénéch. de Quimper et de Concarneau. 1927.  
H. Sée et Lesort, Cah. de dol. de la sénéch. de Rennes. 4 Vol. 1909/12.  
Vernier, Cah. de dol. du baill. de Troyes et du baill. de Bar-sur-Seine. 3 Vol. 1909/11.

- 
- Dorvaux N. u. P. Lesprand, Cahiers de doléances des communautés en 1789. I: Bailliages de Boulay et de Bouzonville. Metz 1908.  
Duval L., Les cahiers du bailliage d'Alençon 1897.  
Lizerand, Les doléances du tiers-état du bailliage de Sens en 1789. Auxerre 1913.  
Mège F., Les cahiers des paroisses d'Auvergne. Clermont-Ferrand 1899.  
Sagnac Ph. et Saint-Léger, Les cahiers de la Flandre maritime. Lille 1905.

### **Zeitungen, Denkschriften, Flugschriften.**

- Gazette nationale ou le moniteur universel.  
Le Point du jour.  
Journal des débats et des décrets.  
Les Révolutions de Paris.  
Le Patriote français.  
Mercur de France.  
Logographe (Journal des États-généraux).  
Bulletin de Brest (Bulletin de la correspondance de la députation du tiers-état de la sénéchaussée de Brest).  
Le Courrier de Provence, servant de suite aux lettres du Comte de Mirabeau à ses commettants.

Ephémérides du citoyen.

Journal de l'agriculture.

Journal économique.

Les inconvénients des droits féodaux p. Boncerf.

Mémoire sur le rachat des droits féodaux déclarés rachetables par l'arrêté de l'Assemblée nationale du 4 août 1789. par le duc d'Antraigues. Versailles 1789.

Mémoire pour le rachat des droits féodaux, seigneuriaux et redevances foncières par Le Dure, Directeur des Terriers des domaines du Roi et de Monseigneur.

Moyens et méthodes pour éteindre les droits féodaux par Boncerf.

Réflexions sur le rachat des droits féodaux par Bondin.

Nouvelles réflexions sur le rachat des droits féodaux pour servir de réponse aux rapports faits par M. Tronchet au comité féodal par Boudin.

Arch. nationales AD IV, 24 und Bibl. nat. L b 39 20 . . vereinigen eine große Anzahl solcher meist unbedeutender Denkschriften.

Instructions du duc d'Orléans.

Avis d'un bon Normand.

Charges d'un bon citoyen de Campagne.

Délibérations que les assemblées de bailliage devraient prendre.

Qu'est-ce que le Tiers-Etat? 3. éd. 1789.

### Briefe, Tagebücher, Memoiren.

D'Argenson, Journal.

Bailly J. Sylvain de, Mémoires d'un témoin de la Révolution française. Paris an XII. (1804.)

Barbotin Emmanuel, Lettres. p. A. Aulard, Paris 1910.

Barère B., Mémoires. publ. p. H. Carnot et D. d'Angers. Bruxelles 1842-1844.

Bouchette F.-Jos., Lettres de, publ. p. C. Looten. Lille 1909.

Correspondance des députés de Strasbourg à l'assemblée nat. Revue d'Alsace 1879/80, T. 8, 9.

Duquesnoy, Journal d'Adrien D., député du tiers état de Bar-le-Duc sur l'ass. constit. 3. 5. 89—3. 4. 90. p. R. de Crèvecœur, Paris 1894.

Ferrières, Ch.-E. Marquis de, Mémoires pour servir à l'histoire de l'assemblée const. et de la Révol. de 1789, Paris an VII.

Gauville L., baron de, député de l'ordre de la noblesse aux États-généraux; Journal. Paris 1864.

Gaultier de Biauzat, député du tiers état aux États-généraux de 1789, sa vie et sa correspondance, p. F. Mège. Clermont-Ferrand 1890.

Lameth Th. de, Mémoires. Paris 1913.

Legendre L. F., député de la sénéchaussée de Brest aux États-généraux, correspondance p. Corre et Delourmel. (La Révol. franç. Bd. 39 u. 40, 1900).

Lindet Thomas, Correspondance, p. A. Montier. Paris 1889.

Morellet abbé, Mémoires. Paris 1823.

Lettre de Parrisot à ses électeurs par Hennequin (La Révol. franç. 1927).  
Young A., Voyages en France. Paris 1882.

### Zeitgenössische Werke.

Argenson Marquis d', Considérations sur le Gouvernement de France.  
Amsterdam 1784.  
Bertrand de Molleville, Histoire de la Révolution de France. Paris  
1801—1803.  
Histoire de la Révolution de 1789 et de l'établissement d'une constitution en  
France par Deux Amis de la liberté. Paris 1790.  
Lameth Alex., Histoire de l'assemblée constituante. Paris 1828.  
Mirabeau (père), Ami des hommes. Paris 1757.  
Toulangeon F. E., Histoire de France depuis la Révolution de 1789. Paris  
1801.  
Quesnay. Les maximes générales du gouvernement économique. Paris 1762.  
s. a. Encyclopédie ab 1756, art. fermiers, hommes, impôt.

### Neuere Literatur.

Aster E. v., Die französische Revolution in der Entwicklung ihrer politischen Ideen. Leipzig 1926.  
Aulard A., Histoire politique de la Révolution française. 4. Aufl. Paris  
1909.  
— Études et leçons sur la Révolution française. Série 7. Paris 1912.  
— La Révolution française et le régime féodal. Paris 1919.  
d'Avenel G., Histoire économique de la propriété, des salaires, des denrées  
et des prix de l'an 1200 à l'an 1800. Paris 1894.  
Babeau A., Le village sous l'ancien régime 3 éd. Paris 1882.  
— La vie rurale sous l'ancien régime 2 éd. Paris 1885.  
— Histoire de Troyes pendant la Révolution. Paris 1873—74.  
Becker, O., Die Verfassungspolitik der französischen Regierung bei Beginn  
der großen Revolution. Berlin 1910.  
Bloch C., l'État et l'assistance en France à la fin de l'ancien régime. Paris  
1908.  
— La répartition de la propriété foncière à la veille de la Révolution  
dans quelques paroisses de la généralité d'Orléans. (Revue d'hist.  
mod. et cont. 1900/01.)  
— Les cahiers du bailliage d'Orléans (La Révol. franç. Bd. 39).  
Bloch M., La lutte pour l'individualisme agraire dans la France du XVIII<sup>e</sup>  
siècle.<sup>1</sup> (Annales d'histoire écon. et sociales, 1930.)  
— Les caractères originaux d'histoire rurale française 1931.  
Beudant R., La transformation juridique de la propriété foncière dans le  
droit intermédiaire. Paris 1889.  
Boncomont, Des mainmortes personnelles et réelles en Nivernais.  
Bourgin G., Le partage des biens communaux. (Collection des documents  
inédits sur l'histoire économique de la Révolution française.) Paris  
1908.

- Les biens communaux et la Révolution française (Nouv. revue hist. du droit 1908).
- L'agriculture, la classe paysanne et la Révolution française (Revue d'histoire des doctrines économiques 1911).
- Brette A., Les privilèges pécuniaires de la noblesse de France (La Révolution franç. 1906).
- Bruchet M., L'abolition des droits seigneuriaux en Savoie, 1761-1793 (Coll. de doc. inéd. sur l'hist. écon. de la Révol. franç.). Paris 1908.
- Bruneau M., Les débuts de la Révolution dans les départements du Cher et l'Indre 1789—91. Paris 1902.
- Brutails, Note sur l'économie rurale du Roussillon à la fin de l'ancien régime (Mémoire de la société agricole, scientifique et littéraire des Pyrénées orientales. 1889. t XXX).
- Bussière G., Études historiques sur la Révolution en Périgord. Bordeaux 1877—1903.
- Calmette B., La société féodal. Paris 1922.
- de Calonne. La vie agricole sous l'ancien régime dans le Nord de la France. Paris 1885.
- Caron P., Le mouvement antiseigneurial de 1790 dans le Sarladais et le Quercy. (Bulletin d'histoire écon. de la Révol. 1912.)
- Carré H., La noblesse de France et l'opinion publique au 18<sup>e</sup> siècle. Paris 1922.
- Caudrillier C., La baronnie de Thodure en 1789. (La Revol. française 49.)
- Champion E., La France d'après les cahiers de 1789. Paris 1897.
- Charléty, Documents relatifs à la vente des biens nationaux dans le département du Rhône. (Collect. des doc. inéd. sur l'hist. écon. de la Rév.)
- Chassin Ch.-L., L'église et les derniers serfs. Paris 1880.
- Chaudron E., La grande Peur en Champagne méridionale. Thèse. Paris 1923.
- Chénon E., Étude sur l'histoire des alleux en France. Paris 1888.
- Chénon E., Le démembrement de la propriété foncière avant et pendant la Révolution. 2. éd. Paris 1923.
- Chérest A., La chute de l'ancien régime. Paris 1884—86.
- Conard, La peur en Dauphiné. (Bibl. d'hist. mod. t. I, 1904.)
- Couturier H., La préparation des États-généraux de 1789 en Poitou. 1911.
- Darmstädter P., Die Befreiung der Leibeigenen in Savoyen, der Schweiz und Lothringen. Straßburg 1897.
- Dareste C., Histoire de France. Bd. 7.
- Delaby R., La survivance des dîmes et des droits féodaux en Côte d'Or pendant la Révol. (La Révol. en Côte d'Or, Fasc. 2. 1926.)
- Dommanget M., La Révolution dans le canton de Neuilly-Saint-Front (Aisne).
- Doniol H., Histoire des classes rurales en France. Paris 1867.
- La Revolution française et la féodalité. Paris 1874.



- Donat L., Une communauté rurale à la fin de l'ancien régime; dép. de Tarn et Garonne (Collect. des doc. sur l'hist. écon. de la Révol.)
- Douarche. La grand'peur à Bourgoin en 1789. (La Révol. franç. t. 64, 1913.)
- Dubreuil L., Les vicissitudes du domaine congéable pendant la Révolution (Collect. des doc. sur l'hist. écon. de la Révol.)
- Le paysan breton au XVIII<sup>e</sup> siècle. (Rev. d'hist. écon. et sociale 1924.)
- La Révolution dans le département des Côtes-du-Nord. (études et documents.) Paris 1909.
- Histoire des insurrections de l'Ouest, t. I. Paris 1928.
- Une tenure bretonne. Le domaine congéable. (La Révol. franç. Bd. 58.)
- Duchemin, Les premiers troubles de la Révolution en Mayenne.
- Duval L., Archives révolutionnaires de la Creuse.
- Dupont E., La condition des paysans dans la sénéchaussée de Rennes et leurs vœux. (Annales de Bretagne t. 15 u. 16.)
- Dutil L., L'état économique du Languedoc à la fin de ancien régime. Thèse Paris 1911.
- Estignard A., Le Parlement de Franche-Comté. Paris 1892.
- Fayard J., Les cahiers des paysans beaujolais aux États-généraux de 1789. Lyon 1904.
- Faguet E., L'œuvre sociale de la Révolution française, Aufsätze, introd. p. Faguet. Paris 1903.
- Ferradou A., Le rachat des droits féodaux dans la Gironde 1790—93. Paris 1928.
- Finot J., Affranchissements inédits de la mainmorte dans le bailliage d'Amot en Franche-Comté. Vesoul 1879.
- Finot J., La mainmorte dans l'abbaye de Luxeuil. (Nouvelle revue historique du droit 1880.)
- Les derniers mainmortables de l'abbaye de Cherlien (Nouv. Rev. hist. du droit 1881).
- Gasc-Desfossés E., La Révolution française, La Constitiante. Paris 1925
- Gautier H., L'an 1789. Paris 1888.
- Giffard A., Les justices seigneuriales en Bretagne. Thèse. Paris 1900.
- Gipoulon J., Étude sur l'allodialité en Auvergne. Montluçon 1903.
- Giraud A., Des aveux féodaux et des déclarations censuelles (Rev. hist. du droit 1858).
- Giraud Ch., Précis de l'ancien droit coutumier français. Paris 1875.
- Glagau H., Reformversuche und Sturz des Absolutismus in Frankreich München-Berlin 1908.
- Glasson, L'évolution de la propriété foncière en France. (Comptes-rendus de l'Acad. des sciences morales, 1899, T. 2.)
- Graffin R., Les biens communaux en France. Paris 1899.
- Grand R., La tenure de complant. Paris 1917.
- Guillotini de Corson, Les grandes seigneuries de Haute-Bretagne.

- Hamon Jos., La vie municipale dans les communes du canton de Passais pendant la Révolution.
- Hermann G., La grand-peur à Reillac, Dordogne. (La Révol. franç T. 29. 1895.)
- Hintze H., Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution. Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928.
- Holtzmann Rob., Französische Verfassungsgeschichte von der Mitte des 9. Jahrhunderts bis zur Revolution. München-Berlin 1910.
- Jaurès J., Histoire socialiste de la Révolution française. Paris 1903.
- Karëiew N., Les paysans et la question paysanne en France dans le dernier quart du XVIII<sup>e</sup> siècle trad. franç. Paris 1899.
- Kowalewsky M., La France économique et sociale à la veille de la Révolution. trad. franç. Paris 1909.
- Kulischer, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte. 1928.
- Laferrière, Histoire du droit français. Paris 1836—58.
- Lantaud C., Convocation de la Sénéchaussée de Nîmes aux États-généraux. Nîmes 1913.
- de La-Monneraye, Le régime féodal et les classes rurales en Maine. Paris 1921.
- de La-Monneraye, Essai sur le régime seigneurial dans la Haute-Maine au 18<sup>e</sup> s. (Annales de Bretagne 1911/12).
- Lapeyre E., Les insurrections du Lot en 1790 d'après des documents inédits.
- Latouche R., La vie en Bas-Quercy du XIV. au XVIII. siècle. Thèse. Toulouse 1923.
- Laude F., Les classes rurales en Artois à la fin de l'ancien régime. Lille 1914.
- Laurent G., Reims et la région rémoise à la veille de la Révolution. Introduction aux cahiers de doléances du bailliage de Reims, étude économique. (Coll. de doc. sur l'hist. écon. de la Révol.) Paris 1930.
- Lavissee et Rambaud, Histoire générale du IV. siècle à nos jours. Paris 1893. T. 7 u. 8.
- Lavissee, Histoire de France contemporaine. Paris 1920. T. I.
- Lefebvre G., Les paysans du Nord pendant la Révolution française. Thèse, Lille 1924.
- La répartition de la propriété foncière avant la Révolution. (Revue d'hist. mod. 1928.)
- La Grande peur en 1789. Paris 1932.
- Lefeuvre P., Les communaux en Bretagne à la fin de l'ancien régime. Thèse, Rennes 1905.
- Le-Lay F., Le paysan et sa terre sous la seigneurie de Coëtaufas au 18. siècle, Vannes 1911.
- Lelièvre, Abandon des droits féodaux avant le 4 août (La Révol. franç. t. 49. 1905).
- Le Moy A., Le Parlement de Bretagne. Thèse, Rennes 1910.

- Letaconnoux J., Le régime de la corvée en Bretagne (Annales de Bretagne. t. 23, 1907/08).
- Loutchisky, De la petite propriété en France (Revue historique, t. 59. 1895). de Loménie, Les Mirabeau. Paris 1891.
- Marion H., La dîme ecclésiastique en France au 18. siècle et sa suppression. Bordeaux 1913.
- Marion M., Histoire financière de la France depuis 1715. Paris 1914—1928. T. 1—3.
- Les impôts directs sous l'ancien régime principalement au 18. siècle. Paris 1910.
  - La vente des biens nationaux. Paris 1908.
  - État des classes rurales dans la généralité de Bordeaux. (Revue des études histor. 1902).
  - Les droits féodaux. (Revue des cours et conférences. Bd. 27.)
- Mathieu Cardenal, L'ancien régime dans la province de Lorrains et Barrois. Paris 1907. 3. éd.
- Mathiez A., La Révolution française, 1—3. Paris 1928.
- La vie chère et le mouvement sociale sous la Terreur. Paris 1927.
  - Les subsistances pendant la Révolution (Annales révolutionnaires t. 9, 1927).
  - Études d'histoire révolutionnaire, Girondins et Montagnards. Paris 1930.
  - Notes sur le prolétariat en France sous l'ancien régime (Annales historiques de la Révol. française 1930).
  - La Révolution française et la théorie de la dictature I (Revue hist. 1929).
- Mège F., La grand'peur. (Bulletin hist. et scientifique de l'Auvergne 1900).
- Millot H., Le comité permanent de Dijon 1789. (La Révolution en Côte-d'Or 1925.)
- Mireur F., Procès-verbaux des élections des sénéchaussées de Dragnignan, Grasse et Castellane pour les États généraux de 1789.
- Mourlot F., La fin de l'ancien régime et les débuts de la Révolution en Caen 1797—90. Thèse, Paris 1913.
- Onou, La comparution des paroisses en 1789 (La Révol. française. t. 32. 1897).
- Person A., De l'allodialité en Champagne. Paris 1907.
- Pfister Ch., Les préliminaires de la Révolution à Nancy; l'élection aux États-généraux (Mémoire de la société d'archéologie lorraine t. 60, 1910).
- Porée Ch., Sources manuscrites de l'histoire de la Révolution dans l'Yonne. (Collect. des doc. sur l'hist. écon. de la Révol. franç.)
- La vente des biens nationaux dans le district de Sens. (Collect. de doc. sur l'hist. écon. de la Rév. franc.) 1912.
- Ranke, Leop. v., Ursprung und Beginn der Revolutionskriege von 1791 u. 1792. Leipzig 1879 (sämtl. Werke Bd. 45).



- Rébillon A., La situation économique du Clergé à la veille de la Révolution dans le district de Rennes, Vitry et Fougères (Coll. de doc. sur l'hist. écon. de la Révol.) Rennes 1913.
- Rogier, Essai sur les justices foncières principalement dans le Nord de la France. Thèse, Paris 1899.
- Rouff M., Le personnel des premiers émeutes de 1789. (La Révol. franç. t. 57, 1909.)
- Roupnel G., Les populations de la ville et de la campagne dijonnaises au XVII<sup>e</sup> siècle. Thèse, Paris 1922.
- de Roux, La Révolution à Poitiers et dans la Vienne. Poitiers 1912.
- Sagnac Ph., La législation civile de la Révolution française. Thèse. Paris. 1898.
- L'agriculture et les classes rurales en France au 18. siècle (Revue de synthèse historique 1906).
- Schmidt Ch., La crise industrielle de 1787. (Revue historique t. 97, 1907).
- Sée H., La France économique et sociale au 18. siècle. Paris 1925.
- La vie économique et les classes sociales en France au 18. siècle. Paris 1924.
- Les classes rurales en Bretagne au XVI. siècle à la Révolution. Paris 1906.
- Esquisse d'une histoire du régime seigneurial en Europe aux XVIII<sup>e</sup> et XIX<sup>e</sup> siècles. Paris 1921.
- Esquisse d'une histoire économique et sociale de la France. Paris 1929.
- La portée du régime seigneurial en France au XVIII. siècle (Revue d'hist. mod. et cont. 1908).
- Les troubles agraires en Haut-Bretagne 1790—91. Études et documents. (Bulletin d'histoire écon. de la Révol. en 1920—21.) Paris 1924.
- Seignobos Ch., Le régime féodal en Bourgogne. Thèse, Paris 1882.
- Sepet M., Les préliminaires de la Révolution. Paris 1890.
- Sion J., Les paysans de la Normandie Orientale. Thèse, Paris 1909.
- Sol E., La Révolution en Quercy, 2 Vol. 1930.
- Soulgé, Le régime féodal et la propriété paysanne en Forez. Paris 1923.
- Sybel Heinrich v., Geschichte der Revolutionszeit. Düsseldorf 1865.
- Taine H., Die Entstehung des modernen Frankreich. Deutsch v. Katscher. Leipzig 1894.
- Tarlé E., L'industrie dans les campagnes en France à la fin de l'ancien régime. Paris 1910.
- Thiébaud M., Le principe de la propriété individuelle devant l'Assemblée constituante. Paris 1919.
- Tricot A., Étude sur l'allodialité en Nivernais. Paris 1904.
- Triger, L'an 1789 en Mans et dans le Haute-Maine. Paris 1889.
- Tocqueville A., L'ancien régime et la Révolution. Paris 1857.
- Vermale J., Les classes rurales en Savoie au 18. siècle. Thèse, Paris 1911.



- Verriest L., Le régime seigneurial dans le Comté de Hainaut. Louvain 1916.
- Vignier J., Les émeutes populaires dans le Quercy en 1789/90. (La Révol. franç. t. 21. 1891.)
- Voltaire, Oeuvres de, publiés par Beuchot. t. 48, 50, 69.
- Wahl A., Vorgeschichte der französischen Revolution. Tübingen 1905 u. 1907.
- Wahl A., Über die Ursachen der französischen Revolution. (Historische Zeitschrift Bd. 101.)
- Weulersse G., Le mouvement physiocratique en France 1756—70. Thèse, Paris 1910.
- Wolters F., Agrarzustände und Agrarprobleme in Frankreich von 1700—1790. Leipzig 1905.
- 

Herrn Professor Dr. Becker, meinem verehrten Lehrer, bin ich für die Anregung zu der vorliegenden Arbeit und für mannigfache Förderung zu größtem Dank verpflichtet.